



# HESSISCHER LANDTAG

13.07.2005

## 74. Sitzung

Wiesbaden, den 13. Juli 2005

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	5069		
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	5069		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	5069		
Reinhard Kahl . . . . .	5113		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5113		
87. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Schluss mit der Heuchelei – für Koch schlägt die Stunde der Wahrheit</b>			
– Drucks. 16/4196 – . . . . .	5069		
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	5092		
20. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Steuervorschläge des Ministerpräsidenten der Besserverdienenden</b>			
– Drucks. 16/3751 – . . . . .	5069		
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	5092		
25. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Finanzplatz Frankfurt</b>			
– Drucks. 16/3788 – . . . . .	5069		
<i>Angenommen</i> . . . . .	5092		
89. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>beabsichtigte Flucht der CDU-Faktionsspitze aus Hessen</b>			
– Drucks. 16/4199 – . . . . .	5069		
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	5092		
91. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>sieben verlorene Jahre für Deutschland – Politikwechsel jetzt!</b>			
– Drucks. 16/4202 – . . . . .	5069		
<i>Angenommen</i> . . . . .	5092		
116. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>neues Denken: Deutschland braucht den Politikwechsel jetzt</b>			
– Drucks. 16/4234 – . . . . .	5069		
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	5092		
Andrea Ypsilanti . . . . .	5069		
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	5073		
Tarek Al-Wazir . . . . .	5077		
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	5081, 5086		
Gernot Grumbach . . . . .	5085		
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	5086, 5090		
9. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Verlängerung befristeter Rechtsvorschriften und zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung</b>			
– Drucks. 16/4195 – . . . . .	5092		
<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss, federführend, und dem Innenausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	5097		
Minister Dr. Christean Wagner . . . . .	5092		
Dr. Andreas Jürgens . . . . .	5093		
Dieter Posch . . . . .	5094		
Norbert Schmitt . . . . .	5095		
Birgit Zeimetz-Lortz . . . . .	5096		
Jürgen Frömmrich . . . . .	5096		
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	5097		
10. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbG)</b>			
– Drucks. 16/4197 – . . . . .	5097		
<i>Nach erster Lesung dem Ältestenrat überwiesen</i> . . . . .	5103		
90. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Änderung der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Hessischen Landtags – Veröffentlichung von Einkünften neben dem Mandat</b>			
– Drucks. 16/4201 – . . . . .	5097		
<i>Dem Ältestenrat überwiesen</i> . . . . .	5103		
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	5097		
Nicola Beer . . . . .	5099		
Reinhard Kahl . . . . .	5101		
Frank Gotthardt . . . . .	5102		
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	5103		
11. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und des Hessischen Abgeordnetengesetzes</b>			
– Drucks. 16/4205 – . . . . .	5103		
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i> . . . . .	5113		
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	5103		

Seite	Seite		
Günter Rudolph . . . . .	5104	Eva Kühne-Hörmann . . . . .	5134
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	5106	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	5135
Norbert Schmitt . . . . .	5108	Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	5137
Tarek Al-Wazir . . . . .	5109	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	5138
Minister Volker Bouffier . . . . .	5110	<i>Abstimmungsliste</i> . . . . .	5149
Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	5112		
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	5113		
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend <b>Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main – Ballungsraumgesetz umsetzen</b> . . . . . 5113			
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . . 5113			
40. Antrag der Abg. Siebel, Dr. Spies, Schaub (SPD) und Fraktion betreffend <b>kein Zwangsverband Kultur</b>			
– Drucks. 16/4078 – . . . . . 5113			
<i>Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen</i> . . . . . 5113			
111. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>verbesserte kulturelle Zusammenarbeit in der Rhein-Main-Region – kein Kulturzwangsvorband</b>			
– Drucks. 16/4227 – . . . . . 5113			
<i>Dem Innenausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 5113			
118. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>massiver Eingriff in die Finanzhaushalte der Ballungsraumkommunen</b>			
– Drucks. 16/4244 – . . . . . 5113			
<i>Abgelehnt</i> . . . . . 5138			
Ministerpräsident Roland Koch . . . . . 5113			
Jürgen Walter . . . . . 5120, 5126			
Rudi Haselbach . . . . . 5126			
Sarah Sorge . . . . . 5127			
Nicola Beer . . . . . 5131			
12. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (HAGTierNebG)</b>			
– Drucks. 16/4191 zu Drucks. 16/4027 zu Drucks. 16/3879 – . . . . . 5138			
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>			
<i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 5139			
<i>Gernot Grumbach</i> . . . . . 5138			
Vizepräsident Ruth Wagner . . . . . 5139			
13. Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend <b>die Entwicklung Nordhessens unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels</b>			
– Drucks. 16/3959 zu Drucks. 16/3018 – . . . . . 5139			
<i>Antwort besprochen</i> . . . . . 5147			
Heinrich Heidel . . . . . 5139			
Dr. Andreas Jürgens . . . . . 5140			
Uwe Frankenberger . . . . . 5143			
Dirk Landau . . . . . 5145			
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . . 5147			
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 5147			
104. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b>			
– Drucks. 16/4171 – . . . . . 5147			
<i>Petition 2728/16 dem Petitionsausschuss zurücküberwiesen; übrige Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . . 5148			
Frank Gotthardt . . . . . 5148			
Frank-Peter Kaufmann . . . . . 5148			
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 5148			

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil  
 Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
 Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
 Kultusministerin Karin Wolff  
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
 Sozialministerin Silke Lautenschläger  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
 Staatssekretär Harald Lemke  
 Staatssekretär Herbert Landau  
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
 Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
 Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Dr. Judith Pauly-Bender

(Beginn: 9.04 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 74. Plenarsitzung des Hessischen Landtags, heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen. Das ist der erste Punkt.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Guten Morgen! – Allgemeine Heiterkeit)

– Wir haben doch 111 Abgeordnete. Der 111. ist Herr Pawlow.

(Allgemeine Heiterkeit)

Zweiter Punkt – meine Damen und Herren, das wusste ich auch nicht –, dieses Haus hatte eine Klimaanlage.

(Allgemeine Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

Die ist ausgefallen.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Nein, sie geht wieder!)

Deswegen jetzt im Ernst. Ein bisschen schauen wir hier vorne schon auf die Kleiderordnung. Ich erlaube ausdrücklich, in Hemdsärmeln an den Abgeordnetenbänken zu sitzen. Ich bitte darum, das Jackett am Rednerpult wieder anzuziehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Auf dem Weg dahin!)

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung. Jetzt kommen wir zum Ernst der Angelegenheit. Wir haben erledigt die Punkte 1, 3 bis 8, 19, 29, 30, 39, 43 bis 45, 51 bis 77, 85 und 86, 93, 95, 97 bis 103, 112 und 115.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ziemlich viel – fleißig!)

– Es war ein guter Dienstag.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis 18 Uhr mit einer Mittagspause von einer Stunde gegen 13 Uhr. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 87. Die anderen rufe ich noch auf. Nach diesem Block, den wir jetzt bearbeiten, kommen weitere erste Lesungen und heute Nachmittag die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Ballungsräumgesetz.

Noch eingegangen sind ein Dringlicher Antrag sowie ein Dringlicher Entschließungsantrag, die zwischenzeitlich an Sie verteilt wurden. Das ist zunächst der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend neues Denken: Deutschland braucht den Politikwechsel jetzt, Drucks. 16/4234, und der Dringliche Antrag der Abg. Wagner (Darmstadt), von Hunnius (FDP) und Fraktion betreffend „Galileo“ muss im Europäischen Satellitenkontrollzentrum ESA/ESOC in Darmstadt überwacht werden, Drucks. 16/4235. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann nehmen wir die Punkte auf die Tagesordnung. Unter Punkt 116 wird der Dringliche Entschließungsantrag Drucks. 16/4234 zusammen mit den Tagesordnungspunkten 20, 25, 87, 89 und 91 aufgerufen. Der andere Antrag wird Punkt 117 und kommt in die normale Tagesordnung.

Ein freudiges Ereignis am heutigen Tag: Unsere Kollegin Nancy Faeser hat Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben den Schönsten von uns ausgesucht, der die Blumen bringt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir wünschen Ihnen alles Gute, bleiben Sie gesund und munter.

(Schriftführer Abg. Alfons Gerling überreicht einen Blumenstrauß. – Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt zur Sache. Wir beginnen mit dem **Tagesordnungspunkt 87**:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schluss mit der Heuchelei – für Koch schlägt die Stunde der Wahrheit – Drucks. 16/4196 –**

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 20**:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Steuervorschläge des Ministerpräsidenten der Besserverdienenden – Drucks. 16/3751 –**

und **Tagesordnungspunkt 25**:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Finanzplatz Frankfurt – Drucks. 16/3788 –**

und **Tagesordnungspunkt 89**:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend beabsichtigte Flucht der CDU-Fraktionsspitze aus Hessen – Drucks. 16/4199 –**

und **Tagesordnungspunkt 91**:

**Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend sieben verlorene Jahre für Deutschland – Politikwechsel jetzt! – Drucks. 16/4202 –**

und **Tagesordnungspunkt 116**:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend neues Denken: Deutschland braucht den Politikwechsel jetzt – Drucks. 16/4234 –**

Diese Debatte beginnt heute Morgen Frau Kollegin Ypsilanti für die Fraktion der SPD.

**Andrea Ypsilanti (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat diesen Antrag gestellt, weil wir glauben, dass die Menschen ein Recht haben, zu erfahren, was der Hessische Ministerpräsident und die hessische CDU vorschlagen, wie die Zukunftsaufgaben des Landes, die zu bewältigen sind, gelöst werden sollen, nachdem sie jahrelang im Bund Blockadepolitik betrieben haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man messen, meine Damen und Herren. Nach abgeschlossenen Vermittlungsverfahren – es waren 94 zu 346 Gesetzen – hat es noch einmal 29 Einsprüche im Bundesrat gegeben,

(Zuruf von der CDU: Wenn ihr so schlecht arbeitet!)

die dann im Bundestag mit Kanzlermehrheit zurückgewiesen werden mussten. Das waren in zweieinhalb Jahren fast so viele wie in den zurückliegenden 14 Wahlperioden zusammen. Daran war der Ministerpräsident maßgeblich beteiligt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Dann propagieren die CDU und der Ministerpräsident bei dem neuen Wahlprogramm die neue Ehrlichkeit, wenn man in die Wahl geht. Wenn der Herr Ministerpräsident „Ehrlichkeit“ sagt, Herr Koch, dann sind wir immer ein bisschen vorsichtig. Auch deshalb haben wir den Antrag gestellt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Wahrheitsexperte!)

Nun haben Sie Ihr Wahlprogramm am Montag auf den Tisch gelegt. Wir stellen fest: Die Steuerreform ist vom Tisch, die angebliche Steuersenkung muss erst einmal mit einer Steuererhöhung erkauft werden, von sozialer Balance keine Spur, Arbeitnehmerrechte werden geschliffen, und die Familien werden zusätzlich belastet.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wissen Sie, wenn Sie sagen: „Mut zur Ehrlichkeit“, und ein Programm vorlegen, das 65 Milliarden € ausmacht, dem Mehreinnahmen von 26 Milliarden € gegenüberstehen, sodass eine Deckungslücke von 39 Milliarden € besteht, dann fragen wir uns schon, wo die neue Ehrlichkeit ist.

(Beifall bei der SPD – Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Sie haben es an die Wand gefahren!)

Jetzt liegt das Programm auf dem Tisch. Jetzt können wir über die Ehrlichkeit in dem Programm diskutieren. Jetzt können wir uns darüber unterhalten – das finde ich auch wichtig –: Was ist die Geschichte hinter der Geschichte? Welches Deutschland wollen Sie denn wirklich?

(Horst Klee (CDU): Jedenfalls ein besseres!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der neue Mann in Berlin wird sich bestimmt dazu äußern, wie Sie sich das vorstellen. Wir sind sehr gespannt. Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass das vorrangigste Problem –

(Zurufe von der CDU und der SPD)

– Wenn die CDU einmal zwei Leute nach Berlin verliert, muss sie nicht gleich kopflos sein. Sie finden schon wieder jemand anderen, der Sie anleitet.

Wir alle wissen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen das vorrangige Problem in unserem Lande ist. Sie schreiben, Sie wollten Vorfahrt für Arbeit. Schauen wir uns das einmal näher an: Was heißt Arbeit? Was heißt Flächentarifvertrag? Was heißt Mindestlohn? Was heißt Kündigungsschutz? – Dann sehen wir sehr schnell, was bei Ihnen Vorfahrt für Arbeit heißt, nämlich: Arbeit billiger, rechtloser und ungeschützter. Das heißt bei Ihnen Vorfahrt für Arbeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt auf den Flächentarifvertrag zu sprechen kommen. Sie wollen ohne Not ein gut funktionierendes System sturmreif schießen. Sie behaupten, dieses System sei unflexibel und schwerfällig. Das, was Sie dazu gebetsmühlenartig wiederholen, kennen wir.

Sie sagen: Es ist nicht sinnvoll, dass die Gewerkschaften Flächentarifverträge aushandeln, denn das ist fern jeder Realität, entsprechende Verhandlungen kann man in den Betrieben eigentlich viel besser führen, die Geschäftsleitungen und die Betriebsräte sind nämlich bei den betrieblichen Bündnissen für Arbeit sehr viel flexibler. – Herr

Ministerpräsident, dabei wissen Sie ganz genau – das wurde in vielen Betrieben bereits unter Beweis gestellt –, dass die Flächentarifverträge genügend Öffnungsklauseln enthalten, um flexibel agieren zu können, wenn vor Ort Not herrscht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie wollen mit der Dezentralisierung und der Flexibilisierung zweierlei erreichen: Sie wollen die Arbeitszeit erhöhen und eine Lohnsenkung erreichen. – Herr Ministerpräsident, das haben Sie in Hessen vorgemacht. Da haben Sie den Herrn Ackermann des öffentlichen Dienstes gegeben. Genau da wollen Sie hin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, dabei wissen Sie genau, dass Sie mit diesen betrieblichen Bündnissen die Konflikte in die Betriebe und die Arbeitnehmerschaft hineinragen. Das wollen wir nicht. Wir bekennen uns zu starken Gewerkschaften, weil wir uns zum sozialen Frieden in diesem Land bekennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie ignorieren auch andere Fakten. Wir sollten einmal nach Ostdeutschland schauen. In Ostdeutschland sind nur noch 43 % aller Mitarbeiter durch Flächentarifverträge abgesichert. In Westdeutschland sind es noch 63 %. In Ostdeutschland sind betriebliche Vereinbarungen durchaus schon üblich. Wollen Sie behaupten, der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland sehe besser aus als der in Westdeutschland?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir waren doch zusammen bei der IG BCE. Da haben Sie ganz deutlich gesagt, dass Sie die Axt an den Flächentarifvertrag anlegen wollen. Sie haben nicht einmal von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbands für die chemische Industrie Zustimmung erhalten. Denn die Arbeitgeber wissen genau, wie wichtig ihnen der soziale Frieden in ihren Betrieben ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da haben Sie schmollend in der Ecke gesessen. Herr Ministerpräsident, ich kann mich sehr gut daran erinnern.

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Es hat Ihnen nicht gepasst, dass Sie von dieser Seite keine Zustimmung erhalten haben.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Zurufe)

In dieses Bild passt natürlich auch die Debatte um den Mindestlohn.

(Zurufe)

– Da werden Sie ziemlich nervös. Denn Sie wissen genau, dass das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wahlkampf ein ganz großes Thema sein wird. Wir werden das immer wieder sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Debatte um die Mindestlöhne wird eine große Rolle spielen. Wer keinen Flächentarif haben will, der will dann auch für die Ungeschützten keine Mindestlöhne. Das können Sie ganz konsequent sagen.

Aber Sie ignorieren auch da die Fakten. 2,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Vollzeit beschäftigt sind, erhalten nur bis zu 50 % des Durchschnittslohns. Das sind Armutslöhne. 60 % dieser 2,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Menschen mit einer guten Ausbildung.

(Volker Hoff (CDU): Das sind die Folgen Ihrer Politik! Sie haben sieben Jahre lang regiert!)

Wenn man das bis auf das Komma ausrechnet, erkennt man, dass das 1.442 € sind. Wohlgemerkt, das ist brutto.

Genau diese Entwicklung wollen Sie weiter vorantreiben. Sie wollen Arbeitsplätze ohne Schutz für Arbeitnehmer. Sie wollen billige Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, für Sie sind der Schutz und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur Kostenfaktoren.

(Volker Hoff (CDU): Schauen Sie sich doch einmal das Ergebnis Ihrer Politik an!)

Die Kosten, die der Gesellschaft aufgrund Ihrer Politik entstehen würden, rechnen Sie nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten einmal ins Ausland schauen, und zwar in die Länder, in denen es Mindestlöhne gibt. In 18 der 25 Staaten der Europäischen Union gibt es Mindestlöhne. Als Tony Blair den Mindestlohn in Großbritannien einführen wollte, haben auch dort die Konservativen geschrieen: Das wird uns mindestens 2 Millionen Arbeitsplätze kosten. – Er hat den Mindestlohn eingeführt. Es hat keine Arbeitsplatzverluste gegeben. Das können Sie als Beispiel dafür nehmen, dass die von Ihnen aufgemachte Rechnung überhaupt nicht stimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Ein starkes und reiches Land wie Deutschland darf kein Billiglohnland sein. Wir können nicht mit Bangladesch und Burkina Faso konkurrieren. Bei uns müssen die Löhne wieder stimmen. Bei uns müssen die Menschen sich und ihre Familie von den Löhnen ernähren können, die sie mit ihrer Arbeit erzielen. Deshalb brauchen wir den Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD)

Dann wollen Sie --

(Zurufe)

– Meine Damen und Herren, auch Ihnen wird gleich Redezeit zur Verfügung stehen. Sie werden 20 Minuten lang sagen können, was Sie wollen. Sie können dann versuchen, das von mir Gesagte zu widerlegen. Wir führen hier eine Debatte. Eine Debatte zu führen bedeutet, dass man sich auch streiten darf.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU) – Weitere Zurufe)

### Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, ich habe festgestellt, dass auf beiden Seiten des Hauses Störfaktoren vorhanden sind.

(Heiterkeit der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Bitte schön, Sie haben wieder das Wort.

### Andrea Ypsilanti (SPD):

Sie wollen die billigen Nebenjobs subventionieren. Meine Damen und Herren, Experten sagen, die Subventionierung der Billigjobs, in die Sie immer stärker einsteigen wollen, wird 25 Milliarden € kosten. Auch das gehört zur neuen Ehrlichkeit. In Ihrem Programm haben Sie überhaupt nichts dazu gesagt, wie Sie das finanzieren wollen. Sie haben gar nichts dazu gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sehr ehrlich sind Sie allerdings beim Thema Kündigungsschutz. Sie sagen: Betriebe mit weniger als 20 Mitarbeiter brauchen keinen Kündigungsschutz mehr. – Auch da sind Sie wieder der Meinung, das stelle eine Überregulierung dar und mache die Betriebe zu unflexibel. Das haben wir alles schon oft genug gehört.

Wir sollten da vielleicht einmal Wissenschaftler zu Rate ziehen, die nicht gewerkschaftsnah sind. Meine Damen und Herren der CDU, die OECD kommt in ihrem Employment Outlook 2004 zu dem Ergebnis, dass eine Regulierung des Arbeitsmarkts, insbesondere durch den Kündigungsschutz, kaum fassbare Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit habe. Das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit hat die gesamten Gesetzesänderungen, die es seit 1996 auf dem Arbeitsmarkt gegeben hat, in seiner bisher größten Studie untersucht. Sie haben dabei festgestellt: Dass der Kündigungsschutz für kleinere Betriebe unter der Regierung Kohl gelockert wurde, hatte keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie wollen zu jeder Zeit billige Arbeitskräfte haben, die rund um die Uhr, also immer, verfügbar sein sollen. Das ist Ihre Vorstellung hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik. Die teilen wir nicht.

Eines möchte ich Ihnen noch ganz ehrlich sagen: Sie haben bei dieser Gelegenheit Ihre christliche Soziallehre auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte jetzt auf Ihre Steuervorschläge zu sprechen kommen. Auch das sollte immer mit Blick darauf geschehen, dass Sie dadurch Arbeitsplätze schaffen wollen. Immerhin können wir hier einen Lernprozess der Mitglieder der CDU/CSU ausmachen.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Eine weitere Nettoentlastung sei angesichts der bekannten Lage der öffentlichen Haushalte nicht mehr machbar, heißt es jetzt offiziell. Das ist immerhin ein Fortschritt. Denn in der Vergangenheit haben Sie uns immer wieder gesagt, die Steuern müssten massiv gesenkt werden, und zwar noch mehr, als es die rot-grüne Regierung bereits gemacht habe. Gleichzeitig haben Sie im Bundesrat aber den Abbau der Subventionen blockiert. Das soll jemand verstehen.

Jetzt liegt Ihr Rezept aber auf dem Tisch. Sie wollen die Mehrwertsteuer von 16 % auf 18 % erhöhen. Meine Damen und Herren, damit belasten Sie zusätzlich die Bezieherinnen und Bezieher geringer Einkommen, die Kleinverdiener, die sozial Bedürftigen und die Familien. Rentner, Arbeitslose und Studenten haben von einer solchen Maßnahme überhaupt nichts. Denn sie sind nicht Mitglied der Arbeitslosenversicherung.

Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer verringern Sie die Binnennachfrage. Das wissen Sie. Wie Sie dadurch Arbeitsplätze schaffen wollen, wird Ihr Geheimnis bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage mich schon, welche volkswirtschaftliche Weisheit hinter Ihren Vorschlägen stecken soll. Auch Ihr Generalsekretär Kauder und viele andere aus Ihrer Partei haben noch vor Wochen gesagt, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei Gift für die Konjunktur. Herr Kauder hat Recht. Niemand bezweifelt, dass wir in unserem Land ein Problem bei der Binnennachfrage haben. Meine Damen und Herren, Sie wollen in dieser Situation die Mehrwertsteuer erhöhen. Dafür bekommen Sie noch nicht einmal Beifall von der FDP. Dafür bekommen Sie keinen Beifall von den Unternehmern. Sie erhalten dafür nicht einmal Beifall von Ihren Freunden von der neuen Marktwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Ministerpräsident sagt dann: Na ja, es liegt ja nicht an der letzten Nuance eines Preises. – Herr Ministerpräsident, bei der Kommentierung Ihres Wahlprogramms haben Sie gesagt, es käme auf den Optimismus an. Herr Ministerpräsident, ich frage mich allerdings, wo der Optimismus herkommen soll. In der Volkswirtschaft geht man allgemein davon aus, dass eine Umsetzung dieser Vorschläge das Wachstum dämpfen würde. Die Verbraucher würden dann weniger kaufen. Die Binnenkonjunktur wird dann leiden. Meine Damen und Herren von der Union, Sie wollen die Leute in schlecht bezahlte und nicht geschützte Jobs bringen. Wo soll da der Optimismus herkommen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An einer Stelle sind Sie sich treu geblieben. Weiterhin haben Sie die Absicht, den Spaltensteuersatz zu senken. Wer soll dafür bezahlen? Die Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sollen gestrichen werden. Die Schichtarbeiter, die Polizeibeamten und die Krankenschwestern werden darunter leiden.

Was das bedeutet, kann man ausrechnen. Ein Zeitungsdrucker wird durch den Wegfall der Steuerfreiheit der Schichtzulage rund 400 € verlieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Ein Briefsortierer wird dadurch etwa 135 € verlieren.

Sie besitzen dann auch noch die Chuzpe, zu sagen, diesen Verlust könnten die Tarifparteien durch Verhandlungen auffangen. Herr Jung, ich frage Sie: Wird das die Arbeit billiger oder teurer machen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wollen Sie ernsthaft die Gewerkschaften schwächen und dabei auch noch sagen, deren Vertreter sollten dann in Betriebsvereinbarungen das mit einer Verteuerung der Arbeit wieder herausholen? Das, was Sie uns hier erzählen, ist doch eine Farce.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unter das Thema Subventionsabbau fällt auch die Pendlerpauschale. Damit wollen Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch einmal in die Tasche greifen.

Man sollte das einmal zusammenzählen. Sie wollen die Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Verringerung der Pauschale für Pendler. Nacht- und Feiertagszuschläge sol-

len versteuert werden. Sie wollen auch den Wegfall der Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter haben. Das kann man zusammenzählen.

Das haben wir zusammengezählt. Sie entziehen dem Binnenmarkt für den privaten Konsum Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe, meine Damen und Herren. Wie Sie damit Arbeit schaffen wollen, das müssen Sie uns erklären.

(Beifall bei der SPD)

Was uns auch beeindruckt hat, war Ihr Verhältnis zur Ökosteuer.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): „Verhältnis“ ist gut!)

Ich fand das wunderbar. Ich kann mich noch erinnern – Herr Koch und Herr Teufel allen voran –: Teufelszeug. Sie wollten es im Bundesrat kippen. Und jetzt? Sie wissen genau, dass die Ökosteuer die Rentenbeiträge stabilisiert hat, und Sie wissen, dass Sie auf die Ökosteuer überhaupt nicht mehr verzichten können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Punkt, wo ich mich auch sehr gewundert habe, ist die vornehme Zurückhaltung bei der Gesundheitsreform. Da war die Kopfpauschale immer ziemlich hoch angesiedelt. Dazu sagen Sie in Ihrem Programm recht wenig. Unser Konzept liegt auf dem Tisch. Ich kann es nicht oft genug sagen: solidarische Bürgerversicherung. Alle zahlen entsprechend ihren Leistungen ein, und alle profitieren davon. Wir stärken damit die Einnahmeseite. Wir ermöglichen auch niedrigere Beiträge, sorgen für geringere Lohnnebenkosten. Meine Damen und Herren, wir stärken das Krankenversicherungssystem, und wir haben ein zukunftsorientiertes, solidarisches und durchgerechnetes Konzept.

(Beifall bei der SPD)

Herr Boddenberg, wir werden es tun. Deshalb steht es in unserem Wahlprogramm. Was will die CDU? Die will die Kopfpauschale. Das heißt: gleicher Beitrag für alle, egal wie hoch das Einkommen ist; ob jemand ein mittleres oder ein kleineres Einkommen bezieht, ist egal. Die Familie mit zwei Kindern, die vielleicht in der Großstadt gerade mal so über die Runden kommt, wird gleichgestellt mit einer gut situierten Familie mit der Villa im Grünen. Meine Damen und Herren, damit es für einige nicht zu hart ist, wollen Sie dann einen steuerfinanzierten Ausgleich. Nur haben Sie nicht gesagt, wer es finanziert und wie es finanziert wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Neue Ehrlichkeit!)

Meine Damen und Herren, Ihre Kopfpauschale ist ungerecht. Sie ist nicht gerechnet und wird nie funktionieren. Wenn sie funktioniert, dann nur auf Kosten der Kranken, weil Sie im Leistungsbereich etwas ausgliedern müssen, und zwar ziemlich viel. Bei Ihnen wird Krankenversicherung zur Kannleistung werden, und zwar nach Kassenslage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die größten Verlierer – das enttäuscht mich maßlos – sind bei Ihnen die Familien. Das hat sogar die „FAZ am Sonn-

tag“ gesagt, von der man nicht immer sagen kann, dass sie auf unserer Seite steht. Dann kommen Sie und sagen: Wir entlasten die Familien mit 8.000 € pro Familienmitglied. – Meine Damen und Herren, das hat für eine Familie im unteren Einkommensbereich überhaupt keine große Relevanz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was die Familien brauchen, sind Betreuungsplätze für Kinder von 0 bis 16 Jahren, das sind gerechte Bildungschancen für ihre Kinder,

(Beifall bei der SPD)

Ausbildungsplätze für ihre Kinder, Sicherung in Krankheit und Alter und Einkommen, von denen sie leben können. Das brauchen Familien. Denen ist mit Ihren 8.000 € überhaupt nicht geholfen, wenn sie all das, was sie brauchen, überhaupt nicht bekommen, weil Sie in die Infrastruktur nicht investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, Steuern und Abgaben sind nicht die einzige Qualität eines Standorts. Einrichtungen wie Kinderbetreuungsplätze, gute Schulen, Universitäten und Forschung, das sind auch Standortvorteile, zu denen Sie sehr, sehr wenig sagen. Wir in der SPD haben uns ganz ausdrücklich für ein Programm für Familien entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen da einen großen Wurf, und wir haben uns da viel vorgenommen.

(Lachen bei der CDU)

Wir haben gesagt, wir wollen bis 2010 einen Rechtsanspruch ab dem zweiten Lebensjahr der Kinder. Wir sagen, wir wollen langfristig auch von den Kita-Gebühren freistellen, weil wir denken, dass alle Kinder in den Kindergarten wollen. Das hat etwas mit frühkindlicher Bildung zu tun. Und wir sagen, wir führen ein Elterngeld ein, damit auch Männer keine Ausrede mehr haben, wenn sie ihre Erziehungsjahre nehmen. Das muss man an dieser Stelle schon einmal betonen. 60 % des letzten Einkommens wird ein Mann oder eine Frau bekommen, wenn er oder sie sein bzw. ihr Kind ein Jahr erzieht. 60 %.

Wir wissen auch, dass das teuer wird. Das sagen wir auch. Aber dazu bekennen wir uns. Wir haben diese Priorität in unserem Wahlprogramm gesetzt und stehen auch zur Finanzierung. Dann sagen wir: Okay, dann müssen breite Schultern mehr tragen als schwache Schultern. Wir machen einen Steuerzuschlag von 3 % auf allerhöchste Einkommen, Einkommen ab 250.000 €. Wissen Sie, meine Damen und Herren, an dieser Stelle von Neidsteuer zu reden, finde ich total albern.

(Beifall bei der SPD)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Ich bin nämlich fest davon überzeugt, dass Menschen mit einem so hohen Einkommen sehr wohl bereit sind, ihren Beitrag zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube schon, dass wir in diesem Wahlkampf vor einer Richtungsentscheidung stehen: soziale Marktwirtschaft oder neoliberaler Machtwirtschaft, Arbeitnehmerrechte oder hire and fire. Schützen wir die Familien, und bringen wir sie weiter. Haben wir ein Gesundheitssystem, wo jeder das Recht auf optimale Gesundheitsversorgung hat, oder sind Kassenleistungen und Kammleistungen angesagt? Meine Damen und Herren, wir alle hier – das sollten wir uns doch einmal ganz deutlich machen – haben die Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle ist Ihr Programm wirklich sehr dürftig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Jung für die Fraktion der CDU.

### **Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer eben Frau Ypsilanti zugehört hat,

(Zuruf von der SPD: Gute Rede!)

stellt sich die Frage: Wer hat eigentlich in den letzten sieben Jahren in Deutschland regiert?

(Beifall bei der CDU)

Warum hat eigentlich Bundeskanzler Schröder im Bundestag das Handtuch geworfen?

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, wenn ich Ihren Antrag sehe, sage ich nur: Die einzige politische Heuchelei, die hier stattfindet, ist das Wahlmanifest der SPD in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist ein Konzept der Unglaublichkeit. Sie wissen es selbst. Dass Sie teilweise hier wenig darauf eingegangen sind, hat es offensichtlich auch seinen Grund. Dann stellt sich auch die Frage: Warum haben Sie dann eigentlich dem Bundeskanzler das Misstrauen ausgesprochen?

(Beifall bei der CDU)

Auch das kommt hinzu: Der SPD-Fraktionsvorsitzende hat doch, wenn ich mich richtig erinnere, gesagt, Sie wollten sich alle enthalten.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat er nicht gesagt!)

Die Hälfte Ihrer Fraktion hat das überhaupt nicht gemacht.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat er nicht gesagt!)

Das zeigt doch den Zustand der SPD, der sich darin offenbart, dass sie nicht einmal die Kraft hat,

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat er nicht gesagt! Wahrheitsexperte Jung!)

das zu tun, was der Fraktionsvorsitzende Müntefering im Bundestag gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich füge des Weiteren hinzu: Warum hat denn das alles, was Sie in Ihrem Wahlmanifest formuliert haben, die SPD in sieben Jahren Bundesregierung nicht getan?

(Beifall bei der CDU)

Diese Frage muss man doch stellen.

Wissen Sie: 60 Milliarden € Kosten. Sie haben sich offensichtlich auf die Oppositionsrolle eingerichtet, nachdem man sieht, dass der Kanzler Schröder sozusagen durch sein eigenes Wahlmanifest widerlegt wird, wenn man sich die Politik der Bundesregierung der letzten sieben Jahre anschaut.

Ich finde es schon sehr bezeichnend, dass in dem SPD-Programm weder ein Satz zur Frage der Verringerung der Arbeitslosigkeit noch ein Satz zum Thema des Wirtschaftswachstums in Deutschland, noch ein Satz zur hohen Verschuldung steht.

(Reinhard Kahl (SPD): Alles nicht gelesen, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Sie haben inhaltlich aufgegeben. Das ist der Punkt. Deshalb muss Schluss sein auch mit dieser Regierung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, dass Rot-Grün jedes Vertrauen in Deutschland verspielt hat. Auch das füge ich hinzu: Eine 27-%-Partei kann Deutschland auch nicht mehr regieren.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt, dass die Bevölkerung nicht mehr hinter Ihnen steht. Wir brauchen einen Neuanfang. Wenn Sie „Blockade“ sagen, dann lassen Sie die Regierungszeit von Helmut Kohl in der vorletzten Legislaturperiode einfach freundlich weg. Da haben Sie nämlich zehn Gesetze blockiert. Das ist die Wahrheit. Wenn Sie dazu einen Vergleich aufstellen, war das jetzt gerade einmal ein Gesetz in der letzten Legislaturperiode. Nur glaube ich, dass das nicht das Thema ist. Ich finde, wir müssen uns sachlich-inhaltlich mit den Themen auseinander setzen und darüber diskutieren, wie die Menschen wieder in Arbeit kommen. Wir müssen darüber diskutieren, wie man Deutschland wieder nach vorne bringt. Und wir dürfen eines nicht machen, nämlich in einer Art und Weise holzen, wie Sie es tun. Der Bundeskanzler hat es begonnen, und was Herr Stiegler gestern gemacht hat, ist meines Erachtens mit Nachdruck als unverantwortlich zurückzuweisen.

(Beifall bei der CDU – Volker Hoff (CDU): Das ist doch eine richtige rote Socke!)

Es ist beschämend für einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, mit solchen Äußerungen politische Wahlkampfauseinandersetzung zu betreiben.

Meine Damen und Herren, die letzten sieben Jahre waren in Deutschland magere Jahre, und es waren sieben verlorene Jahre unter Rot-Grün. Deshalb ist es bezeichnend, dass Sie überhaupt nicht mehr über das reden, was Ihre Bilanz der letzten sieben Jahre ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Darüber kann man überhaupt nicht reden, Herr Kollege!)

Deshalb müssen Sie schon hören, dass wir die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland haben. Das ist das Problem Nummer eins, das angepackt werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden das mit unserer Politik verändern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wissen Sie, Frau Ypsilanti, wenn Sie dann von den Kosten reden, gehören 85 Milliarden € für 5 Millionen Arbeitslose auch zu dem Thema.

(Norbert Schmitt (SPD): In Hessen haben wir den höchsten Zuwachs an Arbeitslosigkeit!)

Ich finde, es ist zuerst ein Thema von Humanität, dass die Menschen wieder Arbeit bekommen. Es ist aber auch ein Thema, bei dem wir die Rahmenbedingungen wieder in den Griff bekommen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie viele waren es denn unter Kohl?)

Denn wenn die Menschen in Arbeit kommen, kommt es zu einer entsprechenden finanziellen Entlastung, und wir haben wieder Chancen, in anderen Bereichen konkrete Investitionen vorzunehmen.

(Bernd Riege (SPD): Wie denn?)

– Ich komme gleich dazu. – Mein Damen und Herren, was haben Sie vor der Wahl alles an Modellen zu diesem Thema vorgetragen? Ich kann mich erinnern, wie der Bundeskanzler mit Herrn Hartz vor die Bundespressekonferenz gezogen ist. Er hat das Bild dargestellt, dass man mit diesen Konzepten die Arbeitslosigkeit halbieren kann. Was ist das Ergebnis Ihrer Politik? Herr Schröder wird abgewählt, und Herr Hartz tritt heute zurück. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, Ihre Politik ist davon gekennzeichnet: Es gilt das gebrochene Wort. Von allem, was Sie vor der Wahl gesagt haben, haben Sie nach der Wahl gerade das Gegenteil gemacht. Auch wenn Sie zu diesen Themen kein Wort sagen, gehört es doch in die Debatte. Wir haben den höchsten Schuldenstand in Deutschland. Der Bundesfinanzminister hat uns gerade wieder prognostiziert: Bis zum Jahre 2008 werden wir 67 Milliarden € Steuerausfall haben. 863 Milliarden € Schulden – das Land ist pleite durch Ihre unverantwortliche Politik. Deshalb gilt es, hier einen Neuanfang zu machen und eine neue Perspektive zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört auch zur Ehrlichkeit, wenn Sie in diesem Zusammenhang die Ökosteuer ansprechen: Niemand von uns wird vom Grundsatz her das widerrufen, was er zu diesem Thema gesagt hat. Wir sind auch der Meinung, dass wir langfristig diese Sache wieder wegbekommen müssen. Aber Sie haben das Land in einen solchen finanziellen Ruin geritten, dass es jetzt nicht geht, diese Steuer zurückzunehmen. Das gehört auch zur Ehrlichkeit hinzu.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wissen Sie, heute haben wir die Diskussion wieder. Die Frage des Vertrauens in die Politik gehört auch dazu. Ich kann mich gut an die Situation erinnern, als es damals um die Umstellung der stabilen D-Mark in den Euro ging. Das hat die Menschen in

Deutschland bewegt, weil sie zum Teil erlebt haben, was Inflation bedeutet. Sie haben erlebt, was eine stabile D-Mark bedeutet. Daher haben Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel alles darangesetzt, um diese Stabilitätskriterien in Europa einzuführen und damit einen stabilen Euro zu garantieren. Denn wir hatten schon den Verdacht, dass andere Länder diese Voraussetzungen nicht mitbringen können. Wir wollten alles dafür tun, dass das Geld stabil bleibt.

Sie sind die Ersten gewesen, die in Europa diese Stabilitätskriterien gerissen haben, und sitzen weiterhin auf der Anklagebank. Das ist eine unverantwortliche Politik, auch im Interesse der Stabilität des Euro.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg zu verantworten. Die Wirtschaft ist total auf Talfahrt eingestellt. Wir haben eine Situation, in der wir Schlusslicht in Europa sind. Wir haben die meisten Konkurse. Sie haben uns auch noch, was den Technologie- und Forschungsstandort Deutschland anbelangt, blamiert mit der verkorksten Einführung der Maut, die auch heute noch ihre Probleme aufweist. All das sind Punkte, die zu Ihrer Bilanz gehören. Aber wer eine solche Bilanz vorzulegen hat, der müsste eigentlich mit Scham zurücktreten. Der müsste von der politischen Fläche abtreten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Wer das Regierungsauto so gegen die Wand gefahren hat wie Sie, der darf sich nicht zum Fahrlehrer bewerben, sondern dem gehört der Führerschein entzogen. Das ist die Politik, die meines Erachtens notwendig ist.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Meinen Sie die Hessische Landesregierung?)

Aber es fällt in das alte Konzept der SPD zurück: Sie entschuldigen sich für die Vergangenheit, Sie versagen in der Gegenwart, aber versprechen den Leuten die Zukunft. Darauf werden die Menschen in Deutschland nicht mehr hereinfallen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Menschen glauben Ihnen diesmal nicht mehr. Frau Ypsilanti, wenn man Sie hier erlebt hat, dann hat man auch ein Stück gespürt, dass Sie selbst es innerlich nicht verarbeitet haben. Die Wahrheit ist doch, dass sich die SPD-Fraktion geistig schon aus der Regierungsverantwortung verabschiedet hat.

(Gernot Grumbach (SPD): Das hätten Sie gerne! – Andrea Ypsilanti (SPD): Im Gegenteil, wir wissen, wie das geht!)

Es ist auch richtig: Die Menschen sind von Ihnen zu viel getäuscht und enttäuscht worden. Deshalb braucht Deutschland einen neuen Anfang unter unserer Verantwortung.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Unsere Botschaft lautet: Deutschlands Chancen nutzen, und zwar für Arbeit, für Wachstum und für Sicherheit. Wir legen ein Programm vor, das sich auszeichnet durch Mut zur Ehrlichkeit.

(Lachen bei der SPD)

Wir sagen den Menschen vor der Wahl, was sie nach der Wahl erwartet. Wir machen es nicht wie Sie. Sie versprechen den Menschen vor der Wahl Wolkenkuckucksheime, nachher wird das Gegenteil gemacht, und die Menschen sind bitter enttäuscht. Das ist der Unterschied, wenn es um die Wahlauseinandersetzung geht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man die Chance hat, den Menschen wieder Zuversicht und Hoffnung zu geben, und die haben wir,

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

dann wird meines Erachtens deutlich, welche Möglichkeiten bei Investitionen und welche Perspektiven bei der Konjunktur vorhanden sind. Wissen Sie, wir haben in Deutschland mittlerweile eine Sparquote von 11 %. Normalerweise liegt sie allenfalls bei 9 %. 1 % Sparquote bedeutet aber 15 Milliarden € Geldumlauf in der Konjunktur. Wenn Sie die Chance haben – und wir haben sie –, den Menschen Hoffnung und Perspektiven zu geben, dann haben wir eine erheblich große Möglichkeit, dass wieder investiert wird, dass Menschen wieder Vertrauen in die Politik haben und dass es wieder Arbeit und Wachstum in Deutschland gibt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass es besser wird.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, Vorfahrt für Arbeit heißt auch, dass wir die Kraft haben, zu sagen: Wir brauchen betriebliche Bündnisse vor Ort.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Sie wissen genau, dass es das alles schon gibt!)

Liebe Frau Ypsilanti, wenn wir uns zurzeit die Situation anschauen, wie offensichtlich in Kartellen Vereinbarungen getroffen werden – wir müssen heute nur zu VW gucken, was dort los ist –, dann müssen wir feststellen: Es kann doch nicht sein, dass hier nur die Macht der Gewerkschaften in Ihrem Blickfeld steht. Wir müssen die Interessen der Arbeitnehmer vor Ort im Blickfeld haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Beispiele in Hessen. Wir haben Viessmann, wir haben Braun, und wir haben hier in Wiesbaden Betriebe, die flexible Arbeitszeiten wollen, die Möglichkeiten für ihre Interessen haben wollen, und zwar gemeinsam mit den Arbeitnehmern. Wissen Sie, wenn zwei Drittel der Arbeitnehmer in den Betrieben für solche betriebliche Bündnisse sind, dann verstoßen Sie, wenn Sie dagegen sind, gegen die Interessen der Arbeitnehmer. Denn eine Zweidrittelmehrheit vor Ort ist meines Erachtens vorrangig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmer? Das ist wirklich ein Widerspruch!)

Es geht darum, Einstellungshindernisse wegzunehmen. Sie haben es wieder angesprochen. Ich sage es Ihnen noch einmal: Wenn 70 % der Unternehmen sagen, sie haben auf Einstellungen verzichtet, weil ihnen die Hindernisse zu groß sind, weil sie bei den Neueinstellungen den Kündigungsschutz als Risiko ansehen, dann müssen wir doch überlegen. Niemand will den Kündigungsschutz für bestehende Arbeitsverhältnisse abschaffen. Aber man sollte Einstellungshindernisse zurücknehmen, wenn es darum

geht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, und dafür den Kündigungsschutz für zwei Jahre zur Disposition stellen. Diese Frage stellt sich.

(Zurufe von der SPD)

Wer sagt: „Vorfahrt für Arbeit, sozial ist, was Arbeit schafft“, der muss die Kraft haben, derartige Regulierungen zurückzufahren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, es geht auch um Entbürokratisierung. Wir erleben es doch in Hessen. Wir brauchen Beschleunigung in Planungsverfahren, und wir haben in unserem Programm, dass wir die Verbandsklage im Planungsverfahren abschaffen wollen, weil dadurch immer mehr Verzögerungen eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben in Hessen doch alle Beispiele. Deshalb finde ich: Wer für Investitionen ist, wer für Verkehrsinfrastruktur ist, wer für Arbeitsplätze ist, der muss auch einen Beitrag dazu leisten, dass Planungsverfahren in Deutschland beschleunigt werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Vorfahrt für Arbeit heißt auch Senkung der Lohnzusatzkosten. Das ist das Thema, das Sie ausgeklammert haben, auch wenn es um die Mehrwertsteuer geht. Ich sage nur einmal am Rande: Im vorigen Jahr hat Ihr Finanzminister noch Überlegungen vorgetragen, dass 5 % Mehrwertsteuererhöhung im Zusammenhang mit dem Verhältnis von direkten und indirekten Steuern der richtige Weg wäre. Niemand von uns erhöht gerne Steuern. Wenn wir aber die Lohnzusatzkosten senken wollen, wenn wir bei der Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,5 % zurückgehen wollen – das bedeutet im Übrigen 1 % mehr Netto-Lohn für die Arbeitnehmer –, wenn wir alles dies machen wollen, dann können wir nur gegenfinanzieren, indem wir einen Ausgleich beim Verhältnis von direkten und indirekten Steuern finden und auf 18 % Mehrwertsteuer gehen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Und den Arbeitnehmern 2 % nehmen!)

Unter dem Strich stehen die Menschen dadurch besser, und es bleibt die soziale Balance, indem die 7 % für Lebensmittel, ÖPNV und andere Dinge bleiben. Das verschweigen Sie in der Debatte.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Die soziale Balance wird durch die 7 %, die nicht angestastet werden, gewährleistet. Das Gesamtkonzept ist ein Konzept für Arbeit und ein Konzept für mehr Beschäftigung. Deshalb ist der Schritt, die Lohnzusatzkosten so zu senken, der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Ich füge eines hinzu – das geht in der öffentlichen Diskussion etwas verloren –: Wir haben in unserem Programm auch stehen, dass wir die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer wollen. Ich habe Beispiele von Betrieben in Wiesbaden, wo das gemacht wird, die sich hervorragend darstellen und wo sich das positiv entwickelt. Ich bin schon der Auffassung: Wenn wir eine Voraussetzung schaffen, dass wir Wachstum haben, dass wir Arbeit haben, dass wir auch bessere Gewinnentwicklung in den Betrieben ha-

ben, dann sollten wir daran auch die Arbeitnehmer beteiligen.

Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied. Frau Ypsilanti, wissen Sie, Sie machen den Kuchen immer ein Stück kleiner und verteilen die kleinen Stücke. Wir wollen den Kuchen größer machen, damit die Menschen mehr haben. Das ist soziale Marktwirtschaft nach unseren Vorstellungen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Sie wollen die großen Stücke verteilen! – Andrea Ypsilanti (SPD): Große Stücke an die Großen, und die Krumen an die Kleinen!)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen dann das Thema Reichensteuer an. Ich halte es schon für gerecht, wenn wir die Steuerschlupflöcher entsprechend angehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf einmal!)

Wir werden diese Schlupflöcher schließen, und das wird einen Gesamtbetrag von 3 Milliarden € ausmachen. Gegenüber Ihren 1,3 oder 1,7 Milliarden € ist das ein wesentlich wirkungsvollerer Weg. Das ist von uns vorgelegt worden, und das ist der richtige Weg, zu einer gerechten und vernünftigen Entwicklung im Steuerrecht zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie ziehen von Ort zu Ort und diskutieren Betriebsverlagerungen kritisch. Aber im Steuerrecht haben Sie noch die Möglichkeit der Abschreibung von Betriebsverlagerungen. Das halte ich für den falschen Weg. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir Abschreibungen für Betriebsverlagerungen abschaffen sollten, damit die Arbeitsplätze in Deutschland bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Demonstrativer Beifall der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut! – Norbert Schmitt (SPD): Wir sind dabei!)

Meine Damen und Herren, ich will mich auf einige Punkte konzentrieren. In der Einkommensteuer – das wissen Sie – gehen wir auf 12 % und auf 39 % herunter. Das bedeutet, dass wir die Pendlerpauschale auf 25 Cent festlegen und sie auf 50 km begrenzen. Denn wir sind ehrlich im Zusammenhang mit der Politik.

(Gernot Grumbach (SPD): Ha, ha, ha!)

Wir haben es durchgerechnet. Das bedeutet, dass die Nachtzuschläge und die Sonn- und Feiertagszuschläge nicht gestrichen werden. Aber die Steuerfreiheit wird innerhalb von sechs Jahren abgebaut.

Frau Ypsilanti, Sie haben meines Erachtens Folgendes konträr dargestellt: Der Grundfreibetrag von 8.000 € bei der Steuer bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern, wenn Sie die gesamten Möglichkeiten rechnen, dass 38.200 € frei sind. Das sind umgerechnet 75.000 DM.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das ist doch lächerlich!)

Wenn Sie dann sagen, die wenig Verdienenden würden bestraft, frage ich Sie: Wo leben Sie eigentlich?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Das wird die entscheidende Entlastung sein, auch und gerade für Familien. Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg, wenn man etwas für Familien tun will. Wenn

ich auch noch die Abgeltungssteuer ansprechen darf: Unser Finanzminister war dort sehr positiv engagiert. In unserem Programm ist enthalten, dass wir die Voraussetzungen schaffen, Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte zu erheben, damit das Geld wieder nach Deutschland kommt und nicht im Ausland versteuert wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dann gehört auch dazu, dass wir bei der Körperschaftsteuer auf 22 % kommen wollen. Ich will mich konzentrieren und nur noch drei Punkte ansprechen. Erstens die Frage der Gesundheitsprämie. Sie haben das nicht so extensiv angesprochen. Aber Sie gehen vor Ort und sagen diese Dinge im Zusammenhang mit der Bürgerversicherung. Da stelle ich Ihnen die erste Frage: Warum haben Sie die Bürgerversicherung in Ihrer siebenjährigen Regierungszeit eigentlich nicht eingeführt?

(Beifall bei der CDU)

Diese Frage muss man doch stellen. Ich denke, Sie haben es deshalb nicht gemacht, weil Sie genau um die Risiken wussten.

(Norbert Schmitt (SPD): Warum haben Sie die Kopfpauschale unter Kohl nicht eingeführt? Das ist doch ein schwaches Argument!)

Sie müssen nämlich die Chance haben, die Krankenversicherung aus der Belastung des Lohns, aus der Belastung des Faktors Arbeit herauszunehmen. Wenn Sie, wie Sie es wollen, das weiter darin lassen, wenn es weiterhin zu Steigerungen kommt, dann sagt selbst das Gutachten der Bundesregierung: Das kostet über eine Million Arbeitsplätze. – Die Gesundheitsprämie führt zu einem entsprechenden Gewinn von einer Million Arbeitsplätzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Wir brauchen im Gesundheitssystem wieder mehr Wettbewerb. Wir müssen weg von der Entwicklung zu einer Zweiklassenmedizin, was die Wahrheit Ihrer Politik ist.

(Beifall der Abg. Frank Lortz (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir bei 16 Jahren Kohl gesehen!)

Meine Damen und Herren, in der Rente wollen wir den Kinderbonus einführen, d. h. 50 € Beitragsermäßigung für jedes neugeborene Kind. Da das finanziert werden muss, haben wir gesagt, das muss durch den Wegfall der Eigenheimzulage finanziert werden – wobei wir wissen, das die Hälfte vom Bund und die andere Hälfte von den Ländern getragen wird. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Deshalb trage ich das hier vor.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! Neue Ehrlichkeit!)

Meine Damen und Herren, wer aber sagt, er will etwas für Familien tun, er will etwas für Kinder tun, der muss auch die Kraft haben, eine klare, finanzpolitisch durchgerechnete Perspektive vorzulegen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das haben wir gemacht! – Norbert Schmitt (SPD): Da war nicht viel mit der Kraft!)

Zum Schluss noch drei Punkte. Erstens die Föderalismuskommission. Darüber haben wir im Landtag viel diskutiert. Das ist aus meiner Sicht an Ihrer rot-grünen Bundesregierung gescheitert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Reinhard Kahl (SPD): Da vorne sitzt er! – Andrea Ypsilanti (SPD): Das ist dreist!)

Wir haben wieder im Programm, dass wir wollen, dass die zustimmungspflichtigen Gesetze reduziert werden. Im Gegenzug wollen wir aber, dass die Kompetenzen der Landtage gestärkt werden und die Mischfinanzierung abgebaut wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum habt ihr es blockiert? – Norbert Schmitt (SPD): Die Stärkung der Kompetenzen des Landtages sehen wir in Hessen jeden Tag!)

Ich halte das für einen wichtigen, entscheidenden Schritt, auch im Hinblick auf eine Perspektive für die Zukunft der Landesparlamente, aber auch für klare Verantwortlichkeiten in der Politik.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Meine Damen und Herren, ich möchte hier noch etwas zu dem Thema Sicherheit, zu der Frage der Integration und zum Thema Europa sagen. Lassen Sie mich das zusammengefasst sagen. Wenn wir miteinander vergleichen, was das Ergebnis Ihrer Politik der letzten sieben Jahre ist, wenn wir sehen, wo Deutschland in Ihrer Verantwortung hingekommen ist, kann ich nur sagen: Aus Deutschland kann man mehr machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Als es Kohl gemacht hat! Allerdings!)

Wir müssen uns vor Augen führen: Ich finde, wir haben hervorragende Wissenschaftler, wir haben hervorragend qualifizierte Arbeitnehmer, wir haben einen guten Mittelstand, wir haben hervorragende Menschen, wir haben eine prima junge Generation. Was wir brauchen, ist eine bessere Politik und deshalb ein Wechsel in Deutschland unter unserer Verantwortung, damit es in unserem Land wieder aufwärts geht. – Besten Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat Abg. Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der lang anhaltende Beifall der CDU Fraktion

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Zeigt, dass er richtig gesprochen hat!)

kann vielleicht auch dahin gehend interpretiert werden, dass Sie froh sind, den Fraktionsvorsitzenden loszuwerden. – Aber lassen wir das.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lebhafte Zurufe von der CDU)

Von Ihrem Landesvorsitzenden, dem Ministerpräsidenten Koch, wurde gesagt, dass die Tatsache, dass Franz Josef Jung jetzt Spitzenkandidat für die Bundestagswahl der Hessen-CDU werden soll, unter anderem damit begründet sei, dass Franz Josef Jung nicht für die zweite, sondern nur für die erste Reihe in Berlin infrage komme.

(Norbert Schmitt (SPD): Da sind wir einmal gespannt!)

Herr Kollege Dr. Jung, wenn man die 20 Minuten Rede Revue passieren lässt, muss man sagen: Sie haben Recht, dass man Deutschland voranbringen muss. Aber ob das wirklich nur mit hohlen Sprüchen passieren kann, daran mache ich ein großes Fragezeichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Entscheidung für Bundestagswahlen, die voraussichtlich im Herbst kommen, war nicht unsere Entscheidung. Aber es ist, wie es ist.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir nehmen diese Herausforderung und diesen Kampf an. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es sehr spannend, wenn man sieht, was diese Entscheidung ausgelöst hat. Diese Entscheidung hat unter anderem ausgelöst, dass Sachen, die die letzten sechseinhalb Jahre Teufelszeug waren, auf einmal tolle Erfindungen sind. Herr Kollege Dr. Jung, immerhin da war Ihre Rede sehr aufschlussreich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir in den ganzen letzten Jahren den Versuch gemacht haben, Subventionen im Steuerrecht abzubauen, haben wir von Ihnen gehört, dass das faktische Steuererhöhungen seien. Wir haben die ganze Zeit erlebt, wie genau diese Landesregierung und dieser Ministerpräsident das blockiert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt erleben wir, wie genau derselbe Ministerpräsident sehr klug sagt, das Problem in Deutschland sei, dass wir nominal sehr hohe Steuersätze haben, die real aber niemand bezahle. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Warum haben Sie so lange Jahre alles dafür getan, dass das so bleibt? Das ist eine sehr spannende Frage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben dauernd Versuche hinsichtlich der Eigenheimzulage unternommen. Denn das ist die größte Subvention, die wir in Deutschland im Steuerrecht haben. Wir haben in den letzten drei, vier Jahren drei-, viermal versucht, im Bundesrat Gesetzentwürfe einzubringen. Wir haben gesagt: Da müssen wir zu Veränderungen kommen. – Das war immer das Teufelszeug. Es war der Untergang des Abendlandes. Es war das Ende der Bauindustrie. Ich weiß nicht, was ich alles von der CDU dazu gehört habe. Vorgestern stellt sich Angela Merkel hin und sagt: Hau weg den Scheiß. – Ich finde es sehr spannend, was der 22. Mai auch bei der CDU ausgelöst hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben hier Debatten über die Frage geführt, ob es Sinn machen kann, mit der Pendlerpauschale zu subven-

tionieren, erstens hinsichtlich des Stichwortes nominale Sätze im Steuerrecht und dessen, was herauskommt, und zweitens hinsichtlich der ökologischen Folgen mit allem, was dazugehört. Wir haben darüber diskutiert, ob es wirklich Sinn macht, die Entfernungspauschale, die Pendlerpauschale so hoch zu subventionieren. Es wurde uns vorgehalten, wir seien das Ende der Automobilindustrie, das Ende aller Leute, die auf dem Land wohnen, usw. Was sehen meine entzündeten Augen beim Durchlesen des CDU/CSU-Wahlmanifests? – Hau weg den Scheiß. – Ich finde es sehr spannend, was in der CDU/CSU seit dem 22. Mai passiert ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): 50 km!)

Herr Kollege Dr. Jung, ich glaube, an einem Punkt täuschen Sie sich. Bei der letzten Bundestagswahl hatte die FDP ihr Projekt 18, und zwar unter dem Schuh. Jetzt hat die CDU ihr Projekt 18, und zwar bei der Mehrwertsteuer. Das eine war im Jahr 2002 nicht erfolgreich. Ich glaube auch nicht, dass das Projekt, das Sie jetzt vorhaben, im Jahr 2005 erfolgreich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schröder hat auch ein Projekt 18!)

Die Leute kennen sich vielleicht nicht mit allen Details des Steuerrechts aus. Aber es gibt in der Bevölkerung ein sehr feines Sensorium für Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Herr Kollege Dr. Jung, wenn Sie in Ihren Wahlkampfschlachten, die aus Ihrer Sicht jetzt bevorstehen, den Bürgerrinnen und Bürgern erklären wollen, dass es sozial gerecht ist, die Mehrwertsteuer für alle zu erhöhen, um den Spartensteuersatz für wenige zu senken, dann wünsche ich Ihnen dabei gute Verrichtung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Dr. Jung, die Menschen haben ein sehr genaues Gespür dafür, was in diesem Lande passiert und für wen Politik in diesem Lande gemacht wird. Ich propheze Ihnen, dass Ihre Siegesgewissheit, die Sie hier vortragen, im Laufe dieses Sommers noch einer gehörigen Portion Angst weichen wird, weil ich ziemlich sicher bin, dass sich, wenn sich die Menschen genau damit beschäftigen, was CDU/CSU und auch FDP wollen, dann an den Umfrageergebnissen noch einiges ändern wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächster Punkt: Was haben wir, gerade wir GRÜNEN, uns für die Ökosteuer prügeln lassen. Ich kann mich noch an das Stichwort „Unterschriftenaktion“ erinnern. Was wurde uns vorgehalten. Und auf einmal hört man so kleinlaut in der letzten Woche, dass die CDU sagt: Es tut uns Leid. Wir können leider auch nicht darauf verzichten. Vielleicht ist es doch keine so schlechte Idee gewesen. – Ich sage Ihnen: Die Menschen haben auch dafür ein sehr gutes Gespür.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, an der Ökosteuer kann man ziemlich genau sehen, was das Problem der letzten Jahre war, Herr Ministerpräsident. Wenn das, was unter der Hand auch von CDU/CSU und FDP für richtig erachtet wird, jahrelang in jeder Verlautbarung, in jeder Talkshow, in jedem Programm, auf Plakaten, in Veranstaltungen als Unsinn geißelt wird und in der Sekunde, wo Sie glauben, an die

Macht zu kommen, auf einmal eine gute Idee ist, dann sagt das viel über Ihre Form von Politik aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Es sagt auch etwas über das eigentliche Problem des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland aus.

(Norbert Schmitt (SPD): Neue Ehrlichkeit oder alte Verlogenheit!)

Wissen Sie, Herr Kollege Dr. Jung: Ich finde es sehr spannend, wovon Sie hier reden. Ich finde es sehr spannend, wenn Sie hier von sieben verlorenen Jahren reden. Sie müssten es eigentlich besser wissen, und Sie müssten auch ganz genau wissen, warum Sie 1998 die Bundestagswahl verloren haben.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie müssten es eigentlich genau wissen. Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass Sie einen Bundeskanzler Helmut Kohl hatten, den keiner zum Abtreten bewegen konnte, sondern das hatte auch viel damit zu tun, dass Sie bestimmte Probleme einfach nicht angegangen sind.

(Frank Gotthardt (CDU): Daraus hätten Sie etwas lernen können!)

Wir haben einen Rentenversicherungsbeitrag von 20,3 % übernommen,

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es!)

der jetzt bei 19,5 % liegt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt wird auf einmal überall gesagt: Sie haben die sozialen Sicherungssysteme an die Wand gefahren. – Ich kann mich noch gut an jemanden erinnern, der auch aus der Hessen-CDU stammt,

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

einen gewissen Norbert Blüm, der jahrzehntelang immer vor sich hin brabbelte: „Die Rente ist sicher.“ Jetzt auf einmal, 1998, hatten wir die Situation, dass jeder wusste, dass das nicht mehr stimmt. Sie sind trotzdem noch damit in die Wahl gezogen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Wer hat denn den demographischen Faktor eingebaut? Wer hat ihn zurückgenommen?)

Sehen Sie: Das genau ist das Problem.

Zweiter Punkt: Ich erinnere mich daran, was der arme Walter Riester von CDU/CSU und FDP um die Ohren geschlagen bekommen hat, als er die zweite Säule in der Rentenversicherung eingeführt hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Wer hat denn den ökologischen Faktor eingebaut?)

Wenn Sie einmal zurückblicken, stellen wir fest: Wir haben unter Schmerzen und auch nicht in allen Details von Anfang an immer richtig, aber wir haben damit begonnen, diese Strukturprobleme in Deutschland anzupacken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Ihr habt den demographischen Faktor herausgenommen! Das hat er alles vergessen, der Herr Al-Wazir!)

Der nächste Punkt, denn das ist ja etwas, was vor allem in der SPD --

(Frank Gotthardt (CDU): Dann sagen Sie einmal etwas zu dem demographischen Faktor! Wie war das denn mit der SPD?)

– Das sage ich Ihnen ganz klar und einfach: Es war ein Fehler, den demographischen Faktor 1999 herauszunehmen. Es war ein Fehler.

(Zustimmung bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehen Sie: Es war ein Wahlversprechen unseres großen Koalitionspartners und von Herrn Dreßler, wenn sich noch jemand an ihn erinnern kann.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Nein, ich habe damit kein Problem. Wir haben ihn zu Beginn der jetzigen Legislaturperiode des Bundestages in leicht veränderter Form wieder eingeführt.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Sehen Sie, Herr Gotthardt, das ist halt der Unterschied: Wir machen ab und zu Fehler und korrigieren sie, und Sie sind der Fehler. Genau das ist der Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Sie haben eben gesagt, unter Helmut Kohl hat sich nichts getan!)

Also: Gerade bei Hartz IV --

(Frank Gotthardt (CDU): So gehen Sie mit der Wahrheit um!)

– Sagen Sie mal, Herr Gotthardt, in Berlin dürfen Sie aber nicht aus der ersten Reihe so viel brüllen. Das ist Ihnen schon klar, ja?

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Da brülle ich noch ein bisschen lauter!)

– Wenn Ihnen das solchen Spaß macht, dann bleiben Sie doch einfach hier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme also zu Hartz IV. Ein großes Problem gerade in der gegenwärtigen Lage, wie die Umfragen für die Sozialdemokratie stehen, hat viel damit zu tun, dass unter großen Schmerzen mit der Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme Ernst gemacht wurde.

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

– Da lacht Herr Weimar. Sehen Sie: Manche Leute machen halt Ernst, und manche Leute kaufen Schlösser und machen Schulden. Herr Finanzminister, das ist halt der Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie einmal ehrlich sind – das trifft auch in Ihre Wählerschaft hinein –, dann haben wir eine Situation, in der viele Menschen aus guten Gründen Angst vor Erwerbslosigkeit haben, in der sie sich die Frage stellen – Stichwort: Sparquote –, ob man nicht für bestimmte Zeiten etwas zurücklegen muss. Wenn als einziger Kommentar der Hessischen Landesregierung Ihre famose Sozialministerin sagt: „Man muss die Anrechnung bei den Familien noch verschärfen“, dann kann ich Ihnen sagen, dass ich mich auf

diesen Wahlkampf mit den inhaltlichen Debatten über die unterschiedlichen Konzepte der Parteien, die in den Bundestag wollen, freue.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Dr. Jung, Sie haben von „sieben verlorenen Jahren“ gesprochen und haben viel über Arbeitslose und Staatsverschuldung geredet. Ich finde, Angela Merkel hat in der Debatte über die Vertrauensfrage außer ganz spannenden Versprechern zwei klare Aussagen getroffen. Erste klare Aussage von ihr: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. – Ich finde, das ist für eine Bundesvorsitzende einer Partei eine zumindest gefährliche Aussage; denn sie ist überprüfbar.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie über die Arbeitslosenquote reden und sagen, wie die Arbeitslosenquote – –

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommen Rechenspielchen!)

– Das ist überhaupt kein Rechenspielchen, Herr Kollege Boddenberg. Gehen Sie einmal auf die Homepage der Bundesagentur für Arbeit, klicken auf „Bund“, klicken auf „Hessen“ und vergleichen die Veränderung von Dezember 2000 bis Dezember 2004. Dann werden Sie feststellen, dass die Erwerbslosigkeit in diesem Zeitraum im Bundesschnitt um 16 % gestiegen ist und in Hessen um 22,4 %.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Vielleicht hat Frau Merkel nicht ganz so Recht mit der Vorlage: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, wo Roland Koch regiert, soll es also den Menschen besser gehen. Dann sagt der Fraktionsvorsitzende und Spitzen-CDUler für die erste Reihe in Berlin: Mit der Staatsverschuldung kann es so nicht weitergehen. – Damit hat er auch Recht. Dann gucken wir uns einmal die Veränderung der Staatsverschuldung von September 1998, also Regierungsübernahme durch Rot-Grün im Bund, bis Dezember 2004 an und stellen fest: Zunahme um 15,7 %.

(Michael Boddenberg (CDU): Rechnen Sie mal den Länderfinanzausgleich dazu!)

– Hören Sie zu, Herr Generalsekretär: Zunahme um 15,7 %. Das freut mich nicht. Das ist zu viel.

Dann schauen wir uns einmal an, was seit Ihrer Regierungsübernahme, ein halbes Jahr nach diesem Zeitpunkt, in Hessen passiert ist: Im Bund Zunahme um 15,7 %, in Hessen Zunahme der Staatsverschuldung um 32,7 %.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist unter Ihrer Verantwortung geschehen, Herr Finanzminister.

Ich führe die Debatte, dass es mit der Staatsverschuldung so nicht weitergehen kann, seit 1995, egal, wer gerade wo Verantwortung trägt. Aber ich kann Ihnen sagen: Sie können über die Rechte künftiger Generationen nicht mehr reden, wenn Sie die Verschuldung des Landes Hessen seit 1946 in Ihrer Regierungszeit in vergleichsweise kurzen sechs Jahren um sage und schreibe ein Drittel erhöht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich kann Ihnen auch sagen, woran das liegt. Sie haben mit dem Subventionsabbau völlig Recht. Aber wenn Sie alles das getan hätten, Herr Ministerpräsident, was Hans Eichel und der Bundestag an Steueränderungsgesetzen beschlossen haben und was im Bundesrat blockiert worden ist, dann hätte dieses Land 20 Milliarden € mehr in der Kasse, die wir nicht in der Kasse haben und uns momentan bei Bund und Ländern über Schulden holen. Das ist Ihre Verantwortung, meine Damen und Herren.

Ich bin, ehrlich gesagt, sehr froh, dass wir jetzt die Programme der CDU auf dem Tisch liegen haben, mit denen Sie im Prinzip zugeben, dass das alles ein Fehler war, weil Sie das jetzt alles selber machen wollen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja!)

Im Prinzip geben Sie damit zu, dass Ihnen Blockade und parteipolitischer Vorteil vor Wohl des Landes gegangen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das finde ich aus Sicht eines Oppositionspolitikers in Hessen sehr spannend, aber aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland ist es eigentlich eine katastrophale Feststellung. Herr Kollege Dr. Jung, die Zahl der CDUler, die das sinkende Schiff hier verlassen, schwint ja von Tag zu Tag an. Das fängt beim Fraktionsvorsitzenden an, geht über den Geschäftsführer weiter. Der Staatssekretär im Justizministerium denkt auch: Bloß weg hier! – Sogar Ihr Pressesprecher möchte weg. Ich kann das ja verstehen, wenn man eine solche landespolitische Bilanz hat.

(Rudi Haselbach (CDU): Sie brauchen nicht so viel Personal in Berlin, wollten die sagen! – Heiterkeit bei der CDU)

– Das ist halt der Unterschied: Bei uns in der Partei wird momentan darüber diskutiert, dass wir zu wenig Plätze für zu viele gute Leute haben, bei Ihnen ist es andersherum. Aber bitte sehr.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es problematisch, wenn man als CDU ein Programm vorlegt und darin gleichzeitig eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Senkung des Spaltensteuersatzes fordert. Wenn die CDU sagt, dass sie das Solidarprinzip in der Krankenversicherung nicht mehr haben möchte, sondern eine Kopfpauschale, dann bedeutet das, Herr Kollege Dr. Jung, dass Sie, wenn Sie in der ersten Reihe im Bundestag landen sollten, denselben Krankenversicherungsbeitrag zahlen wie der beim Deutschen Bundestag beschäftigte Pförtner. Kann das richtig sein, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie sagt gleichzeitig, dass Sie all die inzwischen allgemein anerkannten positiven Schritte der letzten sieben Jahre wieder rückgängig machen wollen. Wir haben sehr genau verfolgt, dass wir in Hessen das erste Atomkraftwerk hätten, das nicht mehr gemäß der Vereinbarung abgeschaltet würde, nämlich Biblis A, wenn Sie an die Regierung kämen. Wir haben sehr genau verfolgt, was in Ihrem Programm zum Thema erneuerbare Energien steht. Wir haben sehr genau verfolgt, was in Ihrem Programm zum

Thema Verkehrspolitik steht. Herr Kollege Dr. Jung, wir haben das alles sehr genau verfolgt. Aus dieser Sicht kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe mich nicht gefreut, dass dieser Sommer statt der Perspektive Urlaub die Perspektive Wahlkampf bringt. Aber nachdem ich Ihr Programm gelesen hatte, freue ich mich richtig auf diesen Wahlkampf, denn da ist wirklich noch viel Musik drin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Stichwort Staatsverschuldung. Wir haben das ganze Wochenende auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN gesessen und das Bundestagswahlprogramm beraten und beschlossen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Das steht Ihnen auch noch bevor, Frau Kollegin. Die FDP beschließt ihr Programm aber bestimmt erst sieben Tage vor der Wahl. Da wird es bei Ihnen sicher sehr „tief gehende“ Diskussionen geben.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wenn man das CDU/CSU-Wahlmanifest genau liest, dann erfährt man, dass Sie bis zum Ende der übernächsten Legislaturperiode, also ab 2013, einen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Es hat bereits Interviews zum Stichwort Defizitgrenze gegeben, in denen CDU-Finanzverantwortliche gesagt haben: Wenn wir das machen, was in unserem Wahlmanifest steht, dann wird Deutschland die ganze Legislaturperiode von 2005 bis 2009 über der 3%-Defizitgrenze liegen. – Ich finde, wenn man so in eine Wahlauseinandersetzung geht, dann wäre es besser gewesen, Herr Kollege Dr. Jung, hier keine hohen Sprüche aneinander zu reihen, sondern sich Gedanken darüber zu machen, was für dieses Land nötig wäre – jenseits dessen, was an Platten, die seit Jahren laufen, die an einer bestimmten Stelle einen Sprung haben, sodass immer daselbe herauskommt, bei Ihnen noch in der Schublade liegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat am Anfang der Legislaturperiode gesagt, wir sollten die großen Trommeln einpacken. Er hat das auf den Hessischen Landtag bezogen. Wir gehen jetzt aber in eine Auseinandersetzung über die besseren Konzepte für dieses Land. Ich finde, Sie sollten einmal darüber nachdenken, ob eine Wahlkampagne, die im Prinzip nur sagt: „Dieses Land ist in einer katastrophalen Situation, und wir machen es noch ein bisschen katastrophaler“, aus Ihrer Sicht die richtige ist und ob das dieses Land voranbringt. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Kollege Hahn für die Fraktion der FDP.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland braucht einen Politikwechsel – jetzt. Der dringend notwendige Regierungswechsel ist nur der erste notwendige Schritt. Das „Weiter so“ von Rot-Grün schadet unserem Land von Monat zu Monat mehr.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir alle müssen uns wieder auf die Werte besinnen, die zum Wiederaufbau unseres Landes geführt haben. Das waren die Werte der sozialen Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard gemeinsam mit der FDP in Deutschland umgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP)

Die soziale Marktwirtschaft à la Ludwig Erhard ist der richtige Weg. Dagegen steht das Modell von Rot-Grün: staatliche Rundumversorgung und Gängelei der Bürger. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, Freiheit und Kreativität des Einzelnen müssen wieder Vorrang vor Gleichmacherei haben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Dr. Jung, wir führen die heutige Diskussion deshalb so, wie wir es tun, weil der Bundeskanzler – Sie haben es zu Recht gesagt – das Auto gegen die Wand gefahren hat. Jetzt benimmt er sich wie ein Fahrerflüchtiger. Er will nämlich aus dem Bundeskanzleramt heraus. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, helfen wir ihm doch dabei, dass er aus dem Bundeskanzleramt herauskommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Nach den Redebeiträgen der Kollegin Ypsilanti und des Kollegen Al-Wazir verstehe ich immer mehr, was Gerhard Schröder mit der Formulierung meint, dass er keinen Rückhalt in der Regierungskoalition habe. Frau Ypsilanti hat nämlich ein vollkommen anderes Programm vor Augen als das, was Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 für dieses Land machen wollte.

(Beifall bei der FDP – Andrea Ypsilanti (SPD): Ich habe nur unser Wahlmanifest vor Augen!)

Die Sozialdemokraten in Hessen, aber auch in ganz Deutschland, wollen nicht, dass der Reformstau in unserem Lande aufgebrochen wird. Sie wollen nicht, dass es bei den Arbeitsplätzen wieder vorwärts geht. Sie wollen, dass weiterhin die Gewerkschaftsfunktionäre im 10. Stock das Sagen haben. Das wollen die Bürger in diesem Lande aber nicht.

(Beifall bei der FDP – Andrea Ypsilanti (SPD): Aber Sie wissen, was die Bürger wollen?)

Kollege Al-Wazir hat vollkommen Recht, wenn er sagt, die Menschen haben ein feines Gespür. Die Menschen haben ein feines Gespür, und deshalb wollen zwei Drittel aller Deutschen, dass die rot-grüne Regierung endlich wieder auf die Oppositionsbänke gesetzt wird.

(Beifall bei der FDP)

Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, dass ihnen sieben Jahre lang eine Scheinpolitik vorgegaukelt worden ist, die wie die Echternacher Springprozession funktioniert: zwei Schritte nach vorn, drei Schritte zurück. – Das wollen die Menschen in unserem Lande nicht mehr. Sie wollen eine stringente Politik.

(Beifall bei der FDP)

Diese stringente Politik werden die Liberalen – gemeinsam mit den Unionschristen – nach dem 18. September, wenn der Bundespräsident die Neuwahlen so, wie es die Sozialdemokraten angestoßen haben und wie es fast alle Mitglieder des Deutschen Bundestages wollen, durchführen lässt, in Deutschland auf den Weg bringen.

Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, dass sie sieben Jahre lang, mit Verlaub gesagt, verhohnepipelt werden sind. Sprüche, die vor der Wahl gemacht worden sind, galten wenige Tage nach der Wahl nicht mehr. Wissen Sie eigentlich, was Gerhard Schröder wenige Tage vor der Bundestagswahl 1998, genauer gesagt, am 21. September, gesagt hat? Das ist ein wunderschönes Datum, da habe ich nämlich Geburtstag. Er hat gesagt:

Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient, wieder gewählt zu werden, noch werden wir wieder gewählt.

Jawohl, Gerhard Schröder, das wird am 18. September 2005 geschehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, dass sie von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN verhohnepipelt werden. Gerhard Schröder sagte am 1. Mai 2000 in Hannover:

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Zahl der Arbeitslosen auf deutlich unter 3,5 Millionen am Jahresende reduziert wird.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, am Jahresende 2000 hatten wir über 4 Millionen Arbeitslose in diesem Lande. Was ist denn das für eine Politik, die Sie machen? Wie glaubwürdig sind Sie denn? Ich zitiere Wolfgang Clement, damit Sie die Bandbreite der Versprechen – der „hohlen Sprüche“, wie Tarek Al-Wazir gesagt hat – der sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister im Kabinett Schröder sehen. Wolfgang Clement sagte im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2003:

Die Zahl der Arbeitslosen wird 2004 um bis zu 100.000 unter dem Durchschnitt des Jahres 2003 liegen.

Das sagte er in einer Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2004. Sie lag am Ende des Jahres 2004 um 500.000 höher. Was ist das für eine Politik?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein letztes Zitat: Am 16. August 2002 – wir erinnern uns daran, das war die Hochzeit des Bundestagswahlkampfes – wurde eines der repräsentativsten Gebäude, das die Reichshauptstadt, die Bundeshauptstadt Berlin – ich sage das bewusst so, wie ich es gesagt habe – zu bieten hat, angemietet. Es wurde ein Event organisiert, wie es Volker Hoff und seine Leute nicht besser organisieren könnten. Dort trat Herr Hartz auf und überreichte ein in Leder gebundenes Papier an Bundeskanzler Gerhard Schröder. Darin versprach er den Abbau von 2 Millionen Arbeitslosen innerhalb von drei Jahren. Das sei das Ziel dieses Gesamtkonzepts. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in diesem Lande haben ein sehr gutes Gespür dafür, dass diese Sprücheklopfer allesamt auf die Oppositionsbänke zurückgebracht werden müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir Liberale sind auf diesen Bundestagswahlkampf inhaltlich gut vorbereitet. Wir haben in den letzten zwei, drei Oppositionsjahren unsere Hausaufgaben gemacht. Sie wissen, dass wir ein rundes, durchgerechnetes Konzept

für eine Steuerreform haben. Wir wollen eine grundlegende Reform unseres Systems.

Es muss einfacher werden, und es muss transparenter werden. Die Einkommensteuer muss niedriger werden. Wir setzen uns für eine unbürokratische Zinsabgeltungssteuer ein, damit das internationale Kapital wieder nach Deutschland fließt und das nationale Kapital nicht ins Ausland flüchtet. Wir wollen eine rechtsformneutrale Unternehmenssteuerreform. Wir sind dafür, dass die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer endgültig abgeschafft werden, weil sie nicht dazu dienen, Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Das kann nur eine Partei fordern, die mit kommunaler Politik nichts mehr im Sinn hat!)

Wir sind auch dafür – dazu dient unser Steuerrecht –, dass die Eigenkapitalbildung gestärkt wird. Das ist eine mutige Politik, und ich fordere von dieser Stelle aus unsere Kollegen von der Union auf: Machen wir doch gemeinsam eine mutige Politik. Gehen wir nicht in Trippelschritten voran, sondern machen wir gleich zu Beginn der Legislaturperiode richtige, grundsätzliche Reformen.

(Beifall bei der FDP)

Hier rufen Leute, wie z. B. der Kollege Kahl aus Vöhl, da zwischen

(Zuruf von der SPD: Nicht aus Vöhl!)

– ich wollte jetzt die Solidarisierung der Kollegen organisieren –, dass die FDP kommunalfeindlich sei.

(Reinhard Kahl (SPD): Was denn sonst?)

So weiß der Kollege Kahl, der mit finanzpolitischem Fachwissen etwas belastet ist – als parlamentarischer Geschäftsführer vergisst man ja nicht alles, was man sich vorher jahrelang fachlich erarbeitet hat; das unterstelle ich auch Ihnen, lieber Kollege Kahl –, dass die FDP ein Programm vorgelegt hat, wonach die Kommunen von der sehr riskanten und nicht planbaren Gewerbesteuer nicht mehr abhängig sind.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Es gibt auch immer mehr Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene, die diesem Konzept der FDP für eine konstante finanzielle Ausstattung der Kommunen das Wort reden. Ich wette, dass die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth auch in diesem Punkt noch zu unserem Programm finden wird.

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

In der Gesundheitspolitik erreicht die polemische Auseinandersetzung ihren Höhepunkt. Meine sehr verehrten Kollegen von den Sozialdemokraten, wir haben in diesem Land derzeit eine Zweiklassenmedizin.

(Beifall bei der FDP)

Diese Zweiklassenmedizin wollen wir gerade durch eine Umstrukturierung der Gesundheitspolitik verändern. Wir möchten eine Ia-Versorgung für alle Patienten haben, nicht nur für die Privilegierten.

(Beifall bei der FDP)

Das leistet die von Ihnen bürokratisch organisierte Versicherung nach dem Motto „Jeder zahlt dasselbe ein, jeder kriegt ein bisschen Mist heraus“ aber nicht.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nein, auch hier ist Mut angesagt, nämlich der Mut, das Gesundheitssystem zu privatisieren und die Restriktionen zu beseitigen.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr solidarisch!)

– Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie weiterhin ein bürokratisches System mit einer Zweiklassenmedizin haben wollen, handeln Sie den Menschen gegenüber unsolidarisch. Unsolidarisch sind aber nicht diejenigen, die das ändern wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen Wahlfreiheit statt Zwangsversicherung. Wir wollen soziale Marktwirtschaft statt bürokratischer Staatswirtschaft. Wir wollen – das ist der zentrale Punkt auch in der Gesundheitspolitik – Eigenverantwortung statt Bevormundung. Das ist die Botschaft, wie das Gesundheitssystem wieder konsolidiert werden kann.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Al-Wazir, ich habe Ihnen relativ entspannt zugehört, obwohl es manchmal nicht so spannend war. – Als weiteren Punkt wollen wir eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hans Eichel – ich glaube, es war Joseph Martin Fischer, der ihn in diesem Haus einmal eine „bebrillte Büroklammer“ genannt hat – arbeitet in der ihm eigenen Art ganz ordentlich. Er hat die Schatzkammer bereits besenrein gefegt. Für künftige Regierungen ist kein Cent mehr drin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Skandal in der Politik, die Sie in Berlin zu verantworten haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Haushalte müssen endlich konsolidiert werden. Das können wir nur, indem wir einen mutigen Schritt des Dreiklangs vornehmen. Wir müssen unverzüglich Hand in Hand eine Steuerreform, eine Reform der Gesundheitspolitik und eine Reform der Rentenpolitik in Angriff nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Nur wenn wir das alles Schritt für Schritt, aber gemeinsam lösen, statt in Trippelschritte zu verfallen, können wir die Haushalte konsolidieren.

Natürlich hat der Kollege Al-Wazir Recht, wenn er die Staatsverschuldung des Landes Hessen anspricht. Da sind wir Hand in Hand. Nur, lieber Kollege Al-Wazir, ich habe von den GRÜNEN in diesem Hause noch keinen einzigen Einsparvorschlag gehört, keinen Hinweis darauf, wie Sie den Hessen-Haushalt konsolidieren wollen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben irgendetwas zu dem Thema Schloss Erbach gesagt. Aber ansonsten habe ich noch keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört.

(Beifall bei der FDP)

Wir, die neun Köpfe starke FDP-Fraktion in diesem Haus, sind die Einzigen, die ein umfassendes Konzept zur Sanierung des Haushalts des Landes Hessen vorgelegt haben. Deshalb hören Sie doch auf, hier Sprüche zu klopfen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das überlassen wir Ihnen gerne!)

Natürlich ist das ein Ausgabenproblem. Darüber streiten wir immer wieder mit demjenigen – mit wem auch immer –, der an der Regierung ist. Es ist kein Einnahmenproblem. Ich bin dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Christian Wulff, sehr dankbar, dass er am Sonntag bei „Sabine Christiansen“ gesagt hat – es ist das erste Mal, dass ich das von einem Ministerpräsidenten gehört habe: – Wir wissen in Niedersachsen, dass wir unser Haushaltsproblem auf der Ausgabenseite lösen müssen, nicht auf der Einnahmenseite. – Recht hat er. Er befindet sich ja auch in einer Koalition mit den Liberalen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn der Kollege Al-Wazir in diesem Zusammenhang erklärt, dass die Ökosteuer schon immer von allen gewünscht worden sei und dass wir sie deshalb fortführten, irrt er.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schafft ihr sie ab?)

– Hören Sie doch einfach ganz entspannt zu. Warum denn immer sofort wie ein Pawlow reagieren? Herr Kollege Al-Wazir, Sie sind der Prototyp eines Pawlow in diesem Hause, sozusagen der kleine Pawlow. Hören Sie einfach zu.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie uns eine solche Haushaltssituation hinterlassen – ich habe sie beschrieben; Hans Eichel ist derjenige, der gerade die Schatzkammer besenrein fegt –, müssen wir die Finanzierungssysteme zunächst übernehmen. Genau das Gleiche haben wir in diesem Lande auch schon einmal gemacht. Ich darf daran erinnern, dass die Grundwasserabgabe 1999 auch nicht unverzüglich abgeschafft werden konnte, sondern dass man dazu mehrere Schritte benötigt hat. Das ist sehr vernünftig. Genau dasselbe muss mit der Ökosteuer in Berlin geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn über das Thema Ehrlichkeit diskutiert wird, muss man sich wirklich wundern. Der Kollege Al-Wazir will uns ungestraft weismachen, dass die alte Regierung unter Kohl und Kinkel in der Rentenpolitik nichts geleistet habe.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Al-Wazir, nachdem wir dreimal laut dazwischenrufen haben, mussten Sie immerhin zur Kenntnis nehmen, dass Sie von diesem Pult aus zunächst einmal die Unwahrheit gesagt haben. Es stimmt einfach nicht, dass unter der Regierung von CDU, CSU und FDP – unter Bundeskanzler Helmut Kohl und Vizekanzler Klaus Kinkel – das Problem mit den Renten nicht angegangen worden ist. Entgegen der billigen Polemik von Herrn Schröder, Herrn Lafontaine und anderen ist der demografische Faktor in die Berechnung der Renten eingeführt worden.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben, gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner, 1998 davon profitiert, dass die Sozialdemokraten, auf eine platte Polemik zurückgreifend, das Thema ausgenutzt haben. Jetzt hören Sie auf, zu weinen und sich zu beschweren, dass der Koalitionspartner derjenige gewesen sei, der den demographischen Faktor nach der Bundestagswahl wieder herausgenommen habe. Sie waren doch dabei. Oder war Joseph Martin Fischer gerade in der Ukraine unterwegs, um zu sehen, wie es um die Visa steht?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Hören Sie auf, Unwahrheiten in die Geschichtsbücher zu schreiben. Erst als Sie gemerkt haben, dass es überhaupt nicht mehr geht, den demographischen Faktor außen vor zu lassen, haben Sie ihn – nach der Bundestagswahl 2002 – wieder eingeführt. Das ist wie bei der Echternacher Springprozession. Das ist das, was die Menschen in diesem Land nicht mehr ertragen können. Deshalb brauchen wir einen Regierungs- und Politikwechsel.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen – ich sage das ganz offen – keine Mehrwertsteuererhöhung, um das Steuersystem, wie wir Liberale es uns vorstellen, zu finanzieren. Wir halten es auch nicht für klug, dieses Thema jetzt hochzuziehen, weil jeder, der sich für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausspricht, all jenen Argumentationshilfe leistet, die nicht bereit sind, die Sozialsysteme in diesem Land mutig zu verändern.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die zentrale Botschaft. Es soll doch allen gesagt werden: Freunde, nach dem 18. September ist es mit dem Spaß zu Ende. Es ist zu Ende damit, nur Versprechungen zu machen. Vielmehr müssen die Systeme von Grund auf renoviert und restauriert werden. Das geht nicht nach dem Motto: „Ich habe 16 oder 18 Milliarden €“ – wie viel auch immer – „und daher braucht ihr nicht mehr zu reformieren.“ Das ist die zentrale Auseinandersetzung, wenn es um die Erhöhung der Mehrwertsteuer geht.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen – ich merke, die Redezeit läuft ab – das Kartell im Tarifrecht abschaffen. Wir müssen dieses Kartell schlicht aufbrechen. Die Verbandsmacht darf nicht über den Interessen der Beschäftigten eines einzelnen Betriebs stehen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn 75 % aller Beschäftigten eines Betriebs sagen, dass sie eine vom Tarifvertrag abweichende Lösung bevorzugen, kann es nicht sein, dass Herr Peters oder andere vom 10. Stock der Frankfurter Zentrale aus sagen: So geht das aber nicht.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben Angst vor dem einzelnen Arbeitnehmer in den Betrieben. Deshalb wollen Sie, dass das Kartell der Gewerkschaften zusammen mit den Arbeitgeberverbänden das Sagen hat. Wir dagegen wollen mehr Freiheit in den Betrieben.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen, dass ein mittelstandsfreundliches Kündigungsschutzrecht eingeführt wird. Auch hierbei geht es darum, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, und es geht darum, zukünftig weniger Arbeitslose zu haben. Das schaf-

fen Sie nicht mit den verkrusteten, mittelstandsfeindlichen, unübersichtlichen Regelungen, die Sie uns jetzt im Kündigungsschutzrecht hinterlassen haben. Es muss – ich will das einmal sehr vereinfacht sagen – jedem in diesem Land wieder Spaß machen, einen Arbeitsplatz zu schaffen. Es darf nicht sein, dass er erst 100 Gesetze lesen und mehrere Anwälte fragen muss, bevor er weiß, ob er in einem Betrieb, der zwölf Mitarbeiter hat, noch jemanden einstellen kann. Das ist mittelstandsfeindlich, und das muss weg.

(Beifall bei der FDP)

Um zu dem Thema Bildungspolitik zu kommen: Wir wollen einen Wettbewerb der Bildungsreinrichtungen und die Autonomie der Hochschulen garantiert wissen. Bei der Bundestagswahl geht es hauptsächlich um die Arbeitsplätze, die Wirtschaft und die Finanzen. Es geht aber auch um die anderen Themen, deren Behandlung in den letzten sieben Jahren in dieser Republik verschlafen wurde.

Das ist ein Wettbewerb der Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau, und das ist die Autonomie der Hochschulen. Reden wir doch nicht immer nur sonntags davon, dass die wichtigste Ressource unseres Landes die Bildung und das Wissen unserer Kinder sind. Tun wir endlich etwas dafür. Frau Bulmahn hat diese Entwicklung sieben Jahre lang verschlafen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch zwei oder drei Sätze zu dem Thema Innenpolitik sagen. Wir wollen trotz der verheerenden Terroranschläge keine Verschärfung der Gesetze in unserem Land mehr haben. Ich lese mit Erstaunen, Verärgerung und Verbitterung, dass Herr Schily bereits heute, spätestens aber nächste Woche „Schily III“ – einen Gesetzentwurf für ein neues Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit in unserem Land – einbringen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann die Freiheit auch durch Gängelung gefährden.

(Beifall bei der FDP)

Freiheit muss gesichert werden. Ich glaube, jeder im Raume, der um meine politische Biografie weiß, weiß, was ich damit meine. Auf der einen Seite muss der Einzelne vor dem Staat geschützt werden. Auf der anderen Seite muss der Staat die Möglichkeit haben, den Einzelnen vor Dritten zu schützen. Diese Balance hat etwas mit vernünftiger Innen- und Rechtspolitik zu tun. Meine sehr verehrten Damen und Herren von Rot-Grün, ich spreche besonders Sie an, weil Sie immer das Bild aufstellen, Sie wären bürgerfreundlich. Was Sie in den letzten Jahren getan haben, ist genau das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP)

Bevormundung auch in der Innen- und Rechtspolitik durch Sie und die Polemik, die eben gerade von Ihnen wieder zum Thema Bankgeheimnis gekommen ist – das macht deutlich, dass Sie dem Bürger per se erst einmal nicht vertrauen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir vertrauen erst einmal per se dem Bürger.

(Beifall bei der FDP)

Erst wenn Anhaltspunkte bestehen, dass er sich nicht gut verhält, dann kann der Staat mit seinen Einrichtungen agieren.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Mein letztes Thema ist die Außenpolitik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es reicht nicht aus, dass sich die deutsche Außenpolitik auf das Thema fokussiert: Ersstens mache ich alles nicht mit, was Amerika will; zweitens will ich aber auf alle Fälle einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Außenpolitik à la Fischer hat unserem Land nicht nur in Europa, sondern weltweit geschadet. Deshalb muss diese Außenpolitik endlich beendet werden.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe der Abg. Marco Pighetti (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir brauchen wieder eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen. Wir müssen wieder Menschenrechtsverletzungen ansprechen. Wo sind denn die Auftritte von Sozialdemokraten und GRÜNEN, wenn es um die Menschenrechtsverletzungen in Russland oder China geht?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Schröder und Fischer gehen doch lieber mit ihrem Freund Putin einen Wodka trinken, als das Thema der Menschenrechtsverletzungen anzusprechen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Hier ist eine werteorientierte Außenpolitik dringend notwendig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb plädieren wir Liberale nicht nur dafür, dass es am 18. September in diesem Lande einen Regierungswechsel geben muss,

(Zuruf des Abg. Marco Pighetti (SPD))

sondern es muss auch einen Politikwechsel geben: eine mutige Politik, Aufhören mit den Trippelschritten, keine Echternacher Springprozession mehr. Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir in wenigen Jahren in der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik wieder führend sein. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention ertheile ich Herrn Abg. Grumbach das Wort.

### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute war in der Zeitung das folgende Zitat zu finden:

Wir wissen aber inzwischen, dass nur der frei sein kann, der weiß, wovon er in den nächsten vier Wochen lebt.

Dieses Zitat stammt von Friedrich Naumann, einem der großen Freien Demokraten in Deutschland, einem der großen Liberalen.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Hahn, an dieser Stelle ist deutlich, dass Sie dieses Erbe abgelegt haben.

(Beifall bei der SPD – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Es ist eine Schande, dass Sie das sagen! Sie haben kein Recht dazu!)

Denn Ihr Begriff von Freiheit beinhaltet eben nicht mehr die materielle Sicherung.

(Widerspruch der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wer darüber redet, wie in dieser Auseinandersetzung mit Arbeitnehmern umzugehen ist, und dabei feststellt, dass dort, wo die Tarifverträge und der Schutz der Gewerkschaft nicht mehr existieren – in Ostdeutschland –,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sie haben keine Ahnung!)

die Stundenlöhne für 30 % aller Arbeitnehmer unter 4,50 € liegen, der weiß, dass die Voraussetzungen für Freiheit, für die Wahlfreiheit, über die materielle Absicherung gefährdet werden.

Sie haben Ihr Erbe verspielt. Die Sozialdemokraten mussten es antreten. Ich glaube, an dieser Stelle sollten Sie ein Stück zurückhaltender sein.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es sind nur zwei Minuten. Stören Sie ihn bitte nicht dabei.

### **Gernot Grumbach (SPD):**

Ich würde Ihnen allen empfehlen: Blicken Sie einmal ins Grundgesetz.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben sehr genau gewusst, warum sie dort hineingeschrieben haben: „Eigentum verpflichtet.“ Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben genau gewusst, warum sie hineingeschrieben haben, es solle dem Wohl des ganzen Volkes dienen.

Und dann reden wir darüber, wie es mit der Gesundheit ist. Wollen Sie wirklich das durchsetzen, was Sie sagen, nämlich die Privatisierung?

(Zurufe von der FDP)

Dabei machen Sie das Risiko der Krankheit plötzlich zur Last des Einzelnen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist gar nicht wahr! Das ist eine Lüge!)

– Das war Ihr Ansatz hier. Sie haben gesagt, Sie wollen die Privatisierung. Wenn Sie etwas anderes meinen, dann nehmen Sie es doch einfach zurück. Frau Wagner, Sie können das im Protokoll nachlesen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Diskutieren Sie doch mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden.

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist doch gar nicht beschlossen!)

**Gernot Grumbach (SPD):**

Er hat es gesagt, damit müssen Sie leben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das stimmt gar nicht!)

Ich sage Ihnen: Wir können nicht zulassen, dass in Deutschland der Geldbeutel über Bildung und Gesundheit entscheidet. Wir können nicht zulassen, dass die Menschen, die arbeiten, nicht geschützt werden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Hahn, deswegen werden wir Ihnen widerstehen müssen, denn Sie sorgen dafür, dass dieser Schutz wegfällt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zur Erwiderung hat Herr Kollege Hahn das Wort.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Friedrich Naumann diesen Redebeitrag von Gernot Grumbach gehört hätte, würde er sich im Grabe herumdrehen.

(Widerspruch bei der SPD)

Friedrich Naumann ist die Persönlichkeit, die ihr ganzes Leben lang für die Freiheit des Menschen, gegen die Gängelung durch große Systeme gekämpft hat. Friedrich Naumann ist die Persönlichkeit, die ihr Leben lang gegen Scheinsozialisten gekämpft hat. Herr Kollege Grumbach, da stehe ich gern in seiner Nachfolge. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ach du lieber Gott! Das war die billigste Erwiderung, die ich bisher erlebt habe, wirklich!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Finanzminister Weimar.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser Bemerkung von Herrn Grumbach ist es natürlich leichter geworden, zu reden. Denn er hat dargelegt, wie eine bestimmte Art der Sozialdemokraten – die möglicherweise dafür verantwortlich waren, dass der Bundeskanzler erklärt hat, er habe kein Vertrauen in seine eigene Fraktion mehr – denkt. Das kann so nicht funktionieren.

Meine Damen und Herren, es ist schon ein faszinierender Vorgang, dass hier Reden gehalten werden, als hätten nicht Sozialdemokraten und GRÜNE in den vergangenen sieben Jahren in Berlin regiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Irgendwie haben Sie natürlich auch schon aufgegeben. Denn wenn Sie schreiben: „für Koch schlägt die Stunde der Wahrheit“, dann sage ich: Prima, wenn wir regieren, werden wir schon zeigen, was wir können.

(Reinhard Kahl (SPD): Das haben wir hier gesehen! – Norbert Schmitt (SPD): Das sehen wir täglich!)

Insofern wird die Zeit nach dem 18. September für dieses Land erfreulich werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Das hessische Beispiel ist keine Vorzeigekarte!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns ganz kurz analysieren, was eigentlich die Probleme dieses Landes sind. Denn ich glaube, vor dem Angebot von Lösungen müsste die Analyse stehen.

Wir haben in diesem Land die höchste Arbeitslosigkeit seit Menschengedenken – nur kurz nach dem Krieg war sie höher. Wir haben aber nicht nur die höchste Arbeitslosigkeit, sondern wir haben im Moment eine ausgesprochen starke Tendenz der Verlagerung von Arbeitsplätzen in das Ausland. Meine Damen und Herren, wer hier darüber spricht, Lebenschancen zu wahren, Arbeitsplätze für Menschen zur Verfügung zu haben, der muss diesen Trend doch angehen. Der kann doch nicht nicht vorhandene Arbeit verteilen. Da kann die Bundesagentur für Arbeit in Zukunft statt 90.000 150.000 oder 300.000 Menschen haben, die Arbeit vermitteln sollen – aber damit haben Sie nur dort Arbeitsplätze geschaffen. Tatsächlich haben Sie insgesamt die Möglichkeiten für die Menschen, die in diesem Land Arbeit suchen, überhaupt nicht verbessert.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir reden doch hier nicht von einer Verteilungsproblematik, sondern davon, dass keine Arbeitsplätze da sind. Das ist doch das entscheidende Moment.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Deswegen ist diese Gesamtdiskussion über die Verteilung – Frau Ypsilanti, du liebe Güte, das Koordinatenkreuz ist so verschoben, dass einem angst und bange sein muss, wenn man das hört, was Sie hier heute morgen in einer kruden Art und Weise vorgetragen haben. Sie reden ständig von der Verteilung von Ressourcen, die überhaupt nicht da sind. Wir müssen uns in diesem Land endlich wieder einmal darum kümmern, dass Ressourcen da sind, über die wir reden und die wir verteilen können.

(Beifall bei der CDU)

Bevor wir in diesem Land überhaupt etwas verteilen können, müssen wir doch einmal sehen: Wir haben in Europa das geringste Wachstum, seit Jahren.

(Norbert Schmitt (SPD): Auch schon zuvor, da haben Sie Recht!)

Es passiert in diesem Land doch nichts. Sie haben sieben Jahre lang regiert und beklagen das jetzt. Da muss ich sagen: Gehen Sie nach Hause, Sie haben es nicht geschafft. Das ist die normale Regel der parlamentarischen Demokratie – dass dann eben die Opposition die Verantwortung übernimmt.

Ich garantiere Ihnen – so, wie Franz Josef Jung das eben dargelegt hat –, dass wir das nicht nur können, sondern dass wir das auch ordentlich machen werden.

(Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt.

(Wortmeldung der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

– Frau Ypsilanti, ich will im Moment keinen Beitrag haben. Ich möchte darüber reden, was in diesem Land notwendig ist.

Frau Ypsilanti, wir liegen auf Platz 28 der OECD-Liste beim Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung.

(Rüdiger Hermanns (CDU): Hinter Moldawien!)

– So polemisch wollen wir es gar nicht machen. Jedenfalls sind alle Nationen in Westeuropa entweder deutlich an uns vorbeizogen oder liegen mittlerweile auf gleicher Höhe. Das ist doch nicht nur politisch unter dem Gesichtspunkt zu qualifizieren, wie es so weit kommen kann, sondern auch unter dem Gesichtspunkt, was denn die Menschen dann überhaupt noch an Ressourcen in diesem Land haben, mit denen sie – wie Sie sagen – gut leben können; wenn das das Ergebnis der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Ein anderer Punkt wird hier schlicht übersehen oder ignoriert. Insgesamt haben wir eine Staatsverschuldung von 100 Milliarden € pro Jahr. Wir haben derzeit Steuereinnahmen von 480 Milliarden € und eine Staatsverschuldung von insgesamt 100 Milliarden € im Jahr. Das wurde jetzt noch einmal von Herrn Eichel festgeklopft.

(Norbert Schmitt (SPD): Dazu tragen Sie auch etwas bei!)

Wenn es so weiterginge, über Jahre mit steigender Tendenz --

(Reinhard Kahl (SPD): Was haben wir in Hessen?)

Deswegen muss man einmal sehen, was wir an dieser Stelle tun müssen. Das Erste ist: Kapital muss wieder nach Deutschland kommen. Ich sage sehr bewusst: Kapital muss wieder nach Deutschland kommen.

Im ersten Quartal sind – weil wir am 01.04. Kontenabfragen eingeführt haben – 150 Milliarden € ins Ausland geflossen, deutsches Kapital, dort zu schlechten Bedingungen angelegt – dort werden hohe Gebühren gezahlt –, und anschließend leihen wir das Geld in Staatsanleihen teuer wieder zurück.

Meine Damen und Herren, das ist doch irre. Das ist richtig irre. In den letzten Jahren sind Hunderte von Milliarden aus Deutschland hinausgeflossen, weil eine falsche Politik gemacht wurde.

Jetzt komme mir bitte keiner mit der Bemerkung, wir würden die Großen und die Reichen schonen. Frau Ypsilanti, wir haben bei der Körperschaftsteuer im ersten Halbjahr ein Minus von 500 Millionen €. Das hätte eine Regierung von CDU, CSU und FDP in diesem Land machen sollen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

In Deutschland wird – unter Ihrer Regierungsverantwortung im Jahr 2000 beschlossen – praktisch keine Körperschaftsteuer mehr bezahlt.

(Volker Hoff (CDU): Völlig verkorkste Steuerreform!)

Da reden Sie davon, dass Sie den Reichen etwas wegnehmen wollen. Ihnen brauchen Sie doch nichts mehr wegzu nehmen; sie zahlen gar nichts mehr, Frau Ypsilanti. Deswegen muss das geändert werden. Was Sie hier sagen, sind aber alles nur Sprüche.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Was da läuft, kann doch nicht wahr sein.

Genauso ist es beim Spaltensteuersatz. Wer zahlt denn in Deutschland noch den Spaltensteuersatz? Dazu ist zweierlei zu sagen. Zum einen gibt es Steuerschlupflöcher. Wir haben ein Gesetz zum Schließen von Steuerschlupflöchern vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es ist von den Finanzministern mit 16 : 0 anerkannt worden; nach dem 18. September wird es natürlich unverzüglich umgesetzt werden. Meine Damen und Herren, wir brauchen uns keine Vorwürfe machen zu lassen, wir hätten dazu nichts gemacht. Das hätte längst die Bundesregierung machen müssen. Wir haben es als Land Hessen mit größter Zustimmung gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der zweite Punkt ist Ihre „Millionärssteuer“. Sind Sie sich eigentlich darüber im Klaren, dass der Europäische Gerichtshof die Wegzugsbesteuerung vollständig aufgehoben hat? In Deutschland kann jeder ohne Auflösung stiller Reserven und ohne die Zahlung von Steuern sein Kapital jederzeit irgendwohin in Europa bringen.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

– Ich bin für den Europäischen Gerichtshof nicht verantwortlich; so ist die Rechtslage, Frau Ypsilanti.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Nein!)

Jeder kann mit seinem ganzen Kapital jederzeit aus Deutschland weggehen.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gott sei Dank!)

Jetzt sind wir dabei, darüber zu diskutieren, wie das mit der Besteuerung funktionieren könnte. Hier soll ein Sollkonto für die Steuern aufgebaut werden, und wenn der Betreffende in dem Land, in dem er sitzt, eine Steuer auslöst, soll uns der Tatbestand gemeldet werden, damit wir bei ihm die Steuer einziehen können. Vergessen Sie das.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Wenn Sie das Kapital nicht davon überzeugen, dass Deutschland der richtige Platz ist, um zu investieren, wird Ihnen hier nichts mehr bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das trifft die kleinen Leute. Ich bin da völlig fassungslos, weil wir in dieser Frage gar nicht auseinander sein dürfen. Wenn das Kapital aus Deutschland hinausgeht, trifft das doch die kleinen Leute, und wenn Arbeitsplätze aus Deutschland verlagert werden, trifft es auch die kleinen Leute. Das aber ist jeden Tag der Fall, und daran sind Sozialdemokraten schuld,

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

weil sie mit ihrer Ideologie in der Auseinandersetzung nicht zu den wahren Problemen heruntergehen können.

Im Jahr 2000 hat es eine Reform der Körperschaftsteuer gegeben, was dazu geführt hat, dass wir keine Körperschaftsteuer mehr einnehmen. Insgesamt 7 Milliarden € waren es im letzten Jahr; es waren einmal insgesamt fast

30 Milliarden €. In Hessen gab es 2002 ein Minus. 2003 und 2004 hatten wir gerade noch ein Plus von 300 Millionen €. 300 Millionen €, das müssen Sie sich einmal vorstellen, in einem Land wie Hessen. Jetzt sind wir im ersten Halbjahr brutto bei 500 Millionen € und in Hessen bei einem Minus von 170 oder 180 Millionen €. Im vorigen Jahr hatten wir noch 800 Millionen €.

Sie sehen: Der Schwund in diesem Land wird immer größer. Sie aber machen nur Sprüche. Sie müssen die internationale Herausforderung annehmen. Warum gehen denn die Leute fort? Warum geht das Kapital aus Deutschland fort? Weil wir Bedingungen haben, unter denen viele einzelne Individuen entscheiden: Ich werde nicht in Deutschland bleiben. Wir können ihnen vorschreiben, was wir wollen; was ich meine, spielt doch überhaupt keine Rolle, sondern eine Rolle spielt, wie der Markt auf das reagiert, was wir tun.

Wir müssen reagieren, und deswegen brauchen wir eine Abgeltungssteuer. Jörg-Uwe Hahn hat dankenswerterweise gesagt, dass wir uns da einig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Natürlich ist es richtig, einen niedrigen Abgeltungssteuersatz einzuführen, damit in Deutschland wieder mehr Steuern gezahlt werden. Es ist – das gebe ich zu – eine intellektuelle Leistung, den Menschen in diesem Land zu erklären, dass man mit niedrigeren Steuersätzen mehr Steuern einnehmen wird.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das können Sie an einem ganz einfachen Beispiel festmachen. Als die Tabaksteuer zu hoch wurde, wurde so viel geschmuggelt, dass die Steuer erheblich zusammengebrochen ist. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass man eine Schraube auch überdrehen kann. Man muss immer versuchen, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Deswegen haben wir auch die Kapitalrenditesteuer vorgeschlagen. Meine Damen und Herren, wenn wir im internationalen Wettbewerb nicht auf die Dauer mit der Gesamtsteuerlast der Konzerne und der kleinen und mittleren Unternehmen auf eine Größenordnung um die 25 % kommen, werden sukzessive alle aus Deutschland weggehen.

(Zuruf: Falsch!)

– Sie werden teilweise hier bleiben, werden hier aber keine Steuern bezahlen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Sie werden ihr Kapital völlig legal transferieren. Heute, so wird gesagt, werden schon 80 Milliarden € in Deutschland verdiente Gewinne im Ausland versteuert.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das sagt alles!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Gewinne mit 25 % besteuern könnten, hätten Sie 20 Milliarden € mehr in der Kasse. Das sind Gewinne, die in Deutschland erwirtschaftet werden. Sie hätten auch einen Sog hierher. Wenn Sie das Kapital in Deutschland vernünftig behandeln, haben davon alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas, weil dann hier Arbeitsplätze geschaffen werden und Geld in Deutschland bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wer sich dagegen wehrt, versündigt sich an den Interessen der kleinen Leute in diesem Land. Denn wenn Sie keine Arbeitsplätze haben, ha-

ben Sie anschließend kein Geld für die Sozialkassen. Sie können die Löcher in den Sozialkassen nicht dauerhaft dadurch stopfen, dass Sie immer neue Steuergelder hineinstecken, die Sie nicht haben. Insofern hat Jörg-Uwe Hahn völlig Recht.

Natürlich müssen die Systeme so aufgestellt werden, dass sie sich aus sich selbst heraus tragen; darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Wo wir im Moment in der Problematik einen kleinen Dissens haben – darüber wird zu reden sein –, ist die Frage, ob man es schafft, die Systeme vom ersten Tag an so zu stellen, dass sie sich aus sich selbst heraus tragen können, oder ob man z. B. durch Vorbildungen – wir kennen das – Beschlüsse fasst, die zwar auf die Dauer, aber nicht im ersten und im zweiten Jahr Volumen bringen. Man wird sehen müssen, was man mit der Steuer macht.

Ich bin der Meinung, dass bei der Arbeitslosenversicherung eine Absenkung von 6,5 auf 4,5 % erbracht werden kann. Sie wird nur nicht im ersten Jahr erbracht werden können. Dafür brauchen wir sicher einen steuerlichen Ausgleich. Bei der Staatsverschuldung, die wir im Moment haben, werden wir ein Problem haben, das Geld aufzubringen. Das heißt, der Prozess wird so aussehen, dass am Anfang eine mutige Entscheidung steht und in zwei, drei Jahren eine volle Wirkung im System eintreten wird.

Wer glaubt, dass die Systeme auf die Dauer aufrechterhalten werden können, wenn auf der einen Seite die Konjunktur abbricht, Arbeitsplätze verlagert werden und Kapital aus Deutschland flüchtet und auf der anderen Seite die Mechanismen so laufen, dass sich Systeme wie die Rentenkassen nicht mehr tragen können, wird auf die Dauer die Schwachen in diesem Land schädigen. Ich wehre mich deshalb einfach dagegen, dass sich Sozialdemokraten als Anwalt der Schwachen gerieren,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

wenn sie die Volkswirtschaft ruinieren und keine richtigen Konzepte haben, aber andererseits behaupten, man müsse nur den Reichen Geld nehmen, das dann die Kleinen hätten. Pustekuchen. Das ist doch nicht wahr. Die Realität widerlegt Sie jeden Tag. Am Ende werden die kleinen Leute in Deutschland die Leidtragenden sein. Sie sind es doch heute schon, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Machen Sie doch keine Sprüche. Heute finden ganze Hauptschulklassen keine Lehrstelle mehr. Wir kämpfen verzweifelt, dass wir es schaffen, und werden es auch schaffen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Realität ist, dass nicht irgendwelche bösen Firmen nicht mehr ausbilden wollen, sondern dass es einerseits infolge von Insolvenzen immer weniger Firmen gibt und dass sie andererseits wirtschaftlich so stehen, dass sie das nicht leisten können.

Gehen Sie einmal weiter: Was passiert denn nach der Ausbildung? Sagen Sie den Leuten einmal, woher die Arbeitsplätze kommen sollen. Fragen Sie einmal in einer Familie, in der der Vater arbeitslos ist und die Kinder nach der Ausbildung keine Arbeitsstelle bekommen, was sie von Ihrer Gerechtigkeitsthese halten.

Dieses Land wird nur gesunden, wenn wir es, und zwar mit erheblichen Einschnitten, schaffen,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

die Arbeit in Deutschland wieder in den Vordergrund zu stellen und die Arbeitslosigkeit zu senken. Dann erreichen Sie etwas für die Menschen; denn Arbeit zu haben ist auch Wertschätzung für einen persönlich

(Beifall bei der CDU und der FDP)

und nicht nur ein Faktor in einer Rechnung. Sie beleidigen Monat für Monat fast 5 Millionen Menschen in diesem Land unter dem Gesichtspunkt, dass sie keine Chance haben, zu arbeiten, und damit in der Gesellschaft nicht die Position haben, die sie haben könnten.

Natürlich gibt es Menschen, die nicht arbeiten wollen, und natürlich gibt es welche, die sich total marktwirtschaftlich verhalten, weil sie dann, wenn sie arbeitslos sind, mehr Geld haben, als wenn sie arbeiten. Das ist alles richtig. Aber die große Mehrzahl der Menschen will arbeiten und leidet darunter, keine Arbeit zu haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen brauchen Sie mir nicht zu erklären, die Sozialdemokraten seien Anwälte der kleinen Leute und derer, die arbeiten. Das sind Sie gerade nicht und werden es auch nie sein, wenn Sie weiter so reden wie hier.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein letzter Punkt aus meiner Sicht zu den Finanzen. Haben Sie eigentlich eine Vorstellung davon, wie die finanzielle Situation in Deutschland ist?

(Reinhard Kahl (SPD): In Hessen kennen wir sie genau!)

Im Bundeshaushalt stehen in diesem Jahr 80 Milliarden € Zuschüsse an die Rentenversicherung, 44 Milliarden € für Hartz IV – das ist geschätzt und kann auch mehr werden – und fast 40 Milliarden € Zinsen. Das sind 164 Milliarden €. Insgesamt wird der Bund nach der Prognose 193 Milliarden € einnehmen. Das heißt, es verbleibt eine Differenz von gerade 30 Milliarden €, mit der Sie die gesamte Politik in diesem Land organisieren müssen. Wissen Sie eigentlich, was Sie da angerichtet haben, meine Damen und Herren?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen wir!)

Das ist eine verzweifelte Situation. Zur Wahrheit gehört, dass man das sagt und dass nicht am nächsten Tag Wunder geschehen werden. Es wird einer knochenharten Arbeit über Jahre bedürfen, eine Vielzahl von Systemen in Ordnung zu bringen und gleichzeitig die Finanzen in Ordnung zu halten.

Herr Al-Wazir hat den hessischen Landeshaushalt angesprochen. Weil wir gerade so schön dabei sind, will ich Ihnen auch etwas zur inneren Gerechtigkeit in Deutschland und zu den Finanzen sagen. Wir haben seit 1970 – damals begann der Länderfinanzausgleich – eine Nettoneuverschuldung von knapp 30 Milliarden € und haben 31 Milliarden €, also fast gleich viel, in den Länderfinanzausgleich gezahlt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das heißen?)

Nun sehen Sie sich einmal die letzten sechs Jahre an. Wir haben in den Länderfinanzausgleich über 15 Milliarden € gezahlt und haben 8 Milliarden € neue Schulden gemacht. Wir hätten einen riesigen Betrag tilgen können. Das ist unsere Leistung in Deutschland.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das Geld ist in Hessen erwirtschaftet worden und geht hinaus. Ich lege darauf Wert, dass nicht immer über unsere Finanzpolitik hergezogen wird, sondern dass man anerkennt, dass Hessen in erheblichem Umfang dazu beiträgt, dass die Länder und die Gemeinden in Deutschland überhaupt überleben können.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn man fast doppelt so viel in den Länderfinanzausgleich einzahlzt, als man selbst Schulden macht, dann muss ich irgendwo sagen,

(Zuruf des Abg. Marco Pighetti (SPD))

die Sache in Deutschland ist nicht mehr im richtigen Lot.

(Reinhard Kahl (SPD): Die Zahlungen in dem Länderfinanzausgleich sind zurückgegangen, und Ihre Schulden sind gestiegen, das ist Ihre Realität!)

Meine Damen und Herren, um jetzt auf die Bundespolitik zurückzukommen: Wir haben bei der Körperschaftsteuer gigantische Verluste. Wir hatten weit über 1 Milliarden € in den Neunzigerjahren und 2000 eingenommen. Jetzt sind wir im Minus. Wir zahlen trotzdem den mit Abstand höchsten Betrag in den Länderfinanzausgleich. Das liegt doch daran, weil es den anderen noch viel schlechter als uns geht. Wir sind zwischenzeitlich der Zahlmeister der Nation geworden.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie zahlen weniger als in den letzten Jahren!)

Deswegen ist es schäbig, sich hierhin zu stellen und zu sagen, wir machten eine schlechte Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

In Hessen werden die Dinge erwirtschaftet, weil hier eine gute Wirtschaftspolitik betrieben wird. Wir zahlen viel mehr, als wir selbst Schulden machen, an die anderen Bundesländer. Ich will an der Stelle keine Weiterungen daraus ziehen. Ich will nur gelegentlich einmal darauf hinweisen, dass es so ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Da war vielleicht die „Kleinigkeit“ deutsche Einheit dazwischen!)

Durch Ihre Finanzpolitik ist die Körperschaftsteuer im Haushalt des Landes Hessen vollständig verschwunden. Auf der anderen Seite muss der Länderfinanzausgleich immer höher werden, weil der Abstand zu den Ländern, die schwach sind, immer größer wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Der wird niedriger, das wissen Sie doch!)

Ich muss Ihnen sagen: Die tun mir Leid. Denen geht es noch viel schlechter als dem Land Hessen. Wir müssen es tragen. Dann muss ich mir hier nicht anhören, dass wir eine schlechte Finanzpolitik machen. Wir sorgen dafür, dass in Deutschland auf der Länderebene wenigstens noch etwas die Möglichkeit besteht, dass der eine oder andere noch einen kleinen Spielraum hat.

Meine Damen und Herren, wenn sich nicht grundsätzlich in der Frage der Finanz- und Wirtschaftspolitik in diesem Lande etwas ändert, dann werden wir über kurz oder lang – ich habe es mehrfach gesagt – einen Quantensprung der Leistungsfähigkeit dieses Staates nach unten erleben. Wir sind jetzt schon dabei. Dies wird die Bildung und die innere Sicherheit treffen. Dies wird die kleinen Leute unter dem Gesichtspunkt treffen, was wir uns an Sozialhilfe und Arbeitslosengeld noch leisten können.

Meine Damen und Herren, es ist eigentlich schon fünf nach zwölf. Dass der Bundeskanzler das Handtuch geworfen hat, ist die logische Folge dessen, dass wenigstens er eingesehen hat, dass es so nicht weitergeht. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass mit CDU, CSU und FDP in diesem Lande die Chance besteht, bei knochenharter Arbeit und Ehrlichkeit an der Stelle die Sache in den Griff zu bekommen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Du lieber Gott! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben das vorher gesagt. Die Landesregierung begrüßt, dass es vorher gesagt worden ist, und wir werden es nachher machen. Sie werden sehen, Deutschland hat damit eine Chance, dass es wieder nach oben geht. Die Chance brauchen die Menschen, und die werden wir Ihnen geben. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Weimar. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kahl zu Wort gemeldet.

(Minister Karlheinz Weimar: Hätten Sie gleich geendet, wäre es spannender geworden!)

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Weimar, die Finanzpolitik des Landes Hessen ist wahrlich kein gutes Beispiel für Finanzpolitik – im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite kurze Bemerkung. Es ist schon abenteuerlich, was Sie hier vom Länderfinanzausgleich erzählt haben. Das ist Nebelwerfen und sonst gar nichts.

(Zurufe von der CDU)

Erster Punkt. Herr Finanzminister, eines ist klar. Seit es den Länderfinanzausgleich gibt, hat Hessen immer deutlich in diesen Länderfinanzausgleich eingezahlt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er hat gar nichts begriffen! – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Zweiter Punkt. Jetzt reden wir über Ihre Regierungsverantwortung. Herr Finanzminister, in den letzten Jahren sind die Einzahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich in jedem Jahr zurückgegangen, weil Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern seine gute Position eingebüßt hat. Die Realität ist: Sie haben weniger in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, aber gleichzeitig die Schulden in Hessen erhöht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Selbstverständlich, Herr Ministerpräsident. Gucken Sie es sich doch einmal an. In jedem Nachtragshaushalt, den Sie gebracht haben, konnten Sie am Ende des Jahres die Einzahlungen in den Länderfinanzausgleich reduzieren – nur, die Schulden haben Sie jeweils erhöht.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt dazu. Die Schulden, die Sie ausweisen, sind nicht die realen Schulden, denn Sie verkaufen im großen Umfang Landesvermögen, was Ihnen strukturell weitere Probleme für diesen Landeshaushalt verschaffen wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie schon über Hessen reden, dann reden Sie bitte über die Realitäten. Das, was Sie gesagt haben, ist absolut falsch und entspricht nicht den Tatsachen der hessischen Finanzpolitik. Die hessischen Finanzen haben Sie mit Ihrer Politik schlicht gegen die Wand gefahren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die Möglichkeit zur Antwort, Herr Weimar – zwei Minuten.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Wenn es denn gewünscht wird, führen wir an der Stelle eine Haushaltsdebatte. Erstens. Im Vergleich zu Herrn Eichel sind unsere Verkäufe prozentual wirklich bescheiden. Herr Kahl, ich finde, ein Sozialdemokrat, der das rügt oder negativ anspricht, liegt aber ziemlich schief.

(Reinhard Kahl (SPD): Herr Eichel hat noch kein Ministerium verkauft!)

Zweitens. Ich habe Ihnen den Durchschnitt der letzten sechs Jahre gezeigt. Wir haben fast doppelt so viel in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, als wir selbst Schulden gemacht haben. Das ist die Realität. Hören Sie mit der Frage „herunter“ auf.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Ja, wir sind etwas heruntergegangen,

(Reinhard Kahl (SPD): Nur die Schulden sind hochgegangen!)

übrigens mit 1,7 Milliarden € immer noch Lichtjahre über das, was Sie jemals gezahlt haben. Das haben Sie teilweise noch nicht einmal in D-Mark bezahlt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Kahl, nur ist alles teurer geworden. Vielleicht sollte man doch einmal darauf hinweisen, dass das der Punkt ist.

Der weitere Punkt ist – darüber habe ich gesprochen –: Wir nehmen praktisch keine Körperschaftsteuer mehr ein. Das liegt doch nicht an Hessen. Wir sind im Jahre 2004 auf dem Steuerniveau unter dem Jahre 1998 angekommen. Herr Kahl, Sie sind so lange dabei. Das jetzt zu kritisieren ist nicht eine Kritik an der Hessischen Landesregierung, sondern an der Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Ich kann es doch an der Stelle nicht ändern.

(Beifall bei der CDU – Ministerpräsident Roland Koch: Sehr richtig!)

Ich kann doch nur monatlich in das Steuereinkommen schauen und Vorschläge in Berlin machen, wie man die ganze Sache verbessern kann. Da sind wir ganz aktiv.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie haben doch im Bundesrat blockiert!)

Eben haben Sie gesagt: Subventionsabbau. – Das Koch-Steinbrück-Papier war das Einzige, was in sieben Jahren auf den Tisch gekommen ist. Wir haben einen ganz beachtlichen Teil daran gearbeitet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie alles darauf notiert?)

Die Subventionen sind an der Stelle abgebaut worden. Also, vergessen Sie das alles. Das sind alles die kleinen Ausflüchte der Opposition bei der Frage der Auswirkungen. Wenn in Deutschland insgesamt kein Geld mehr verdient wird, keine Steuern mehr gezahlt werden, geht es diesem Land schlechter. Hessen geht es im Verhältnis zu den anderen noch relativ gut. Aber die Basis ist so weit abgesunken,

(Im Saal geht eine Lichtleiste aus. – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt geht auch noch das Licht aus!)

dass man sich im internationalen Vergleich fast schämen muss, wie Rot-Grün Deutschland herabgewirtschaftet hat.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächster hat Herr Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort. Fünf Minuten Redezeit stehen wieder zur Verfügung.

(Lachen bei der CDU)

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, für einen Finanzminister, der viermal hintereinander verfassungswidrige Haushalte vorgelegt hat, der in sechs Jahren die Verschuldung um 30 % gesteigert hat,

(Zurufe von der CDU)

nehmen Sie den Mund ziemlich voll, finde ich an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Für einen Finanzminister, der von soliden Finanzen spricht, aber in schwierigen Zeiten, in denen tatsächlich die Steuern hinter den Erwartungen zurückbleiben, zusammen insbesondere mit dem liberalen Koalitionspartner Haushaltssteigerungen vorgenommen hat, wie es in den Länderhaushalten der Bundesrepublik einzigartig war, nehmen Sie den Mund verhältnismäßig voll.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich möchte aber zur entscheidenden Lebenslüge der Konservativen in diesem Lande kommen, nämlich der CDU, wo auch die FDP immer mitgemacht hat. Der Finanzminister hat eine wunderschöne Tabelle über den Länderfinanzausgleich vorgelegt und die Zahlen der Siebziger- und Achtzigerjahre mit den heutigen verglichen. Wissen Sie, meine Damen und Herren, da war eine Kleinigkeit dazwischen. Wissen Sie, wie die Kleinigkeit heißt? Die Kleinigkeit heißt deutsche Wiedervereinigung, deutsche

Einheit. Sie drücken sich aber immer um die Folgen der Einheit herum. Der Dicke und die CDU lassen sich anlässlich ihres Parteijubiläums als Väter der Vereinigung feiern, aber über die Folgen der deutschen Einheit wollen Sie nicht sprechen.

(Zurufe von der CDU)

Die haben nämlich die Bezieher kleiner Einkommen, insbesondere die Arbeitnehmer durch ihre Sozialabgaben, zu bezahlen,

(Beifall bei der SPD)

weil es Ihre Partei zusammen mit den Liberalen war, die die deutsche Einheit über die Sozialversicherungssysteme finanziert hat.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Genau das ist der Fall.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Jetzt komme ich einmal zu den Steuerschlupflöchern. Wissen Sie, wie die Situation Mitte der Neunzigerjahre war? Als wir 1998 an die Regierung kamen, wurde doch in Deutschland fast keine Einkommensteuer mehr bezahlt. Wir haben das abgefragt. Die Anfrage liegt doch vor, z. B. über das Finanzamt Bad Homburg, wo nicht die gerade armen Menschen wohnen. Da wurde doch überhaupt keine Einkommensteuer mehr gezahlt. Da war die Einkommensteuer negativ. Diese Steuerschlupflöcher, die besonders etwas mit der deutschen Einheit zu tun haben – die wurden durch Ihr Regierungshandeln aufgemacht –, sind durch die Regierung Schröder geschlossen worden.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Blühende Landschaften haben Sie von der CDU versprochen, im Osten haben Sie aber Investitionsruinen hinterlassen und die Staatsfinanzen durch Steuerschlupflöcher in Deutschland am Ende zum Ruin gebracht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich komme zu einem anderen Thema. Wer hat denn die Schärfe in die Debatte gebracht?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wer hat denn hier den demagogischen Faktor in die Debatte hineingebracht? Waren wir das, oder waren Sie das?

(Beifall bei der SPD)

Da nimmt dieser Minister zusammen mit dem Ministerpräsidenten den Mund voll über Lehrstellen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wollen Sie die Mauer wieder haben?)

In keinem anderen Land Deutschlands ist aber die Schere zwischen der Zahl der Bewerber und der Angebote so weit auseinander gegangen wie in Hessen.

(Beifall der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Herr Finanzminister, auch da haben Sie den Mund etwas voll genommen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hast du gestern deinen 50. Geburtstag gefeiert?)

Jetzt will ich noch einmal etwas zu der Abgeltungssteuer sagen. Das ist ein wunderschönes Konzept. Es hat aber ei-

nen Nachteil: Es kostet die Kleinigkeit von 3,5 Milliarden €.

(Minister Karlheinz Weimar: Das kostet überhaupt nichts!)

Ich glaube, das ist unbestreitbar. Wir sind daran interessiert, zu erfahren, wie Sie das gegenfinanzieren wollen.

Interessant waren auch die Ausführungen des Finanzministers zur Arbeitslosenversicherung und zu der Frage, wie die Bundesagentur für Arbeit finanziert werden soll. Die Botschaft war doch: Die Fort- und Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit wird zerstört. – Menschen, die arbeitslos sind, haben dann keine Perspektive mehr, an den Arbeitsmarkt herangeführt zu werden. Das ist Ihre Politik. Ich denke, das wird bei der Bundestagswahl eine entscheidende Rolle spielen. Darüber müssen wir uns unterhalten.

Deswegen sage ich Ihnen: Es geht um die Fragen, die ich in dem Beispiel genannt habe. Es geht aber auch um die Frage, wie mit den Ressourcen, auch den finanziellen Ressourcen, umgegangen werden soll. Es geht um die Frage, wie mit der Ressource Umwelt umgegangen werden soll. Vor allem geht es aber um die Frage, wie der Zusammenhalt in Deutschland organisiert werden soll und ob Zusammenhalt, Solidarität und Gerechtigkeit weiterhin Orientierungspunkte der Politik sein sollen oder ob diese Werte einem neoliberalen Menschenbild weichen sollen. Deswegen ist die Bundestagswahl, die ansteht, eine Richtungswahl. Wir haben die Hoffnung, dass wir die Menschen davon überzeugen werden, dass unser Konzept das richtige ist, um diese Gesellschaft zusammenzuhalten. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schmitt, vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Geschäftsführer hatten verabredet, dass jetzt über die Anträge abgestimmt werden soll, die in verbundener Debatte behandelt wurden. Ich darf sie daher der Reihenfolge nach aufrufen.

Zunächst kommen wir zu Tagesordnungspunkt 87. Das ist der Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schluss mit der Heuchelei – für Koch schlägt die Stunde der Wahrheit, Drucks. 16/4196. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 20: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Steuervorschläge des Ministerpräsidenten der Beserverdienenden, Drucks. 16/3751. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU und der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist auch besser!)

Wir kommen damit zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 25: Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Finanzplatz Frankfurt,

Drucks. 16/3788. Wer möchte diesem Antrag zustimmen?

– Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der übrigen Fraktionen. Damit ist der Dringliche Entschließungsantrag angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 89: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend beabsichtigte Flucht der CDU-Fraktionsspitze aus Hessen, Drucks. 16/4199. Wer möchte diesem Antrag zustimmen?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ihr wollt, dass Herr Jung hier bleibt! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Wir haben uns so an euch gewöhnt!)

Das taten die Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU und der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 91: Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend sieben verlorene Jahre für Deutschland – Politikwechsel jetzt, Drucks. 16/4202. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Das taten die Abgeordneten der übrigen drei Fraktionen. Damit ist der Entschließungsantrag angenommen.

Dann haben wir noch über Tagesordnungspunkt 116 zu beschließen. Das ist der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend neues Denken: Deutschland braucht den Politikwechsel jetzt.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das ist Drucks. 16/4234. Wer möchte diesem Dringlichen Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der FDP. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Damit ist der Dringliche Entschließungsantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der verbundenen Debatte über diese Initiativen angelangt. Wir fahren jetzt mit den Gesetzeslesungen fort.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Verlängerung befristeter Rechtsvorschriften und zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung – Drucks. 16/4195 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Wer bringt den Gesetzentwurf ein? – Herr Staatsminister Wagner, das tun Sie. Sie haben das Wort.

#### **Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis jetzt hatten wir eine temperamentvolle politische Debatte. Bei dem, was ich Ihnen jetzt vortrage und damit vorlege, handelt es sich um einen parlamentarischen Routinevorgang.

Die Regierung Koch hat in der letzten Wahlperiode beschlossen, dass in Gesetzentwürfen der Landesregierung und in Rechtsverordnungen grundsätzlich eine Befristung auf fünf Jahre vorzusehen sei. Mit der Befristung soll eine effektive Kontrolle der Wirksamkeit gewährleistet werden.

Darüber hinaus hat das Kabinett am 14. Mai 2002 entschieden, dass alle befristeten Gesetze und Rechtsverordnungen von den Ressorts vor Ablauf ihrer Geltungsdauer evaluiert werden. Der Arbeitsgruppe „Verwaltungsvereinfachung“, die bei der Staatskanzlei angesiedelt ist, wurde der Auftrag erteilt, bei der Evaluation der befristeten Rechtsvorschriften eine begleitende Kontrolle der Vorschriften durchzuführen. Das Hessische Ministerium der Justiz wurde mit der Federführung für die Sammelgesetzentwürfe zur Verlängerung der Geltungsdauer der Rechtsvorschriften betraut.

Meine Damen und Herren, ich lege Ihnen heute den Entwurf des Gesetzes zur Verlängerung befristeter Rechtsvorschriften und zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung vor. Bei diesem Sammelgesetzentwurf geht es um zwölf Gesetze, die bis zum 31. Dezember 2005 befristet sind und deren Gültigkeit verlängert werden soll.

Der Entwurf sieht vor, dass das Gesetz über Volksabstimmung, bei dem auch inhaltliche Änderungen vorgesehen sind, und das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid jeweils um sechs Jahre verlängert werden sollen. Damit soll erreicht werden, dass sämtliche hessischen Wahlgesetze zu demselben Zeitpunkt, nämlich zum 31. Dezember 2011, zur Verlängerung anstehen.

Die Gültigkeit des Hessischen Altenpflegegesetzes soll auf den 31. Dezember 2007 befristet werden, weil zum 1. Januar 2008 eine neue gesetzliche Regelung erfolgen wird. Dann soll ein hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesaltenpflegegesetz in Kraft treten.

Die Geltungsdauer des Hessischen Naturschutzgesetzes soll in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe „Verwaltungsvereinfachung“ nur bis zum 31. Dezember 2006 verlängert werden, da eine Novellierung dieses Gesetzes vorgesehen ist.

Bei sämtlichen anderen im Sammelgesetzentwurf enthaltenen Gesetzen soll die Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2010 verlängert werden.

Alle in diesen Gesetzentwurf aufgenommenen Vorschriften wurden zuvor von den Ressorts evaluiert. Es wurde geprüft, ob sie noch erforderlich sind, und festgestellt, dass dies der Fall ist.

Das war meine kurze Einführung in diesen Gesetzentwurf.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich darf die Aussprache eröffnen und erteile Herrn Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wagner hat es gesagt: Der Gesetzentwurf sieht nur für das Gesetz über Volksabstimmung substantielle Änderungen vor. Alle anderen Gesetze sollen unverändert verlängert werden. Ich werde mich deswegen im Wesentlichen auch auf die Vorschläge zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung beschränken.

Im Wesentlichen sollen zwei Vorschläge der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung übernommen werden. Genau aus diesem Grund ist es aber auch nicht ganz unproblematisch, so zu verfahren, wie die

Landesregierung es vorgeschlagen hat. Ich sage das mit aller Vorsicht.

Nicht nur gestern, sondern auch in der letzten Plenarsitzungsminute und auch davor haben wir schon darüber gesprochen, dass sich der Verfassungsgeber im Augenblick nicht in der Lage sieht, die Vorschläge der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung zu übernehmen. Deswegen läuft der Gesetzgeber, wenn er die Vorschläge übernimmt, die die Enquetekommission für den einfachen gesetzlichen Bereich gemacht hat, Gefahr, den Eindruck zu vermitteln, der Gesetzgeber wolle hier dem Verfassungsgeber vorgreifen.

Beim näheren Hinsehen ergibt sich allerdings, dass das im Grunde genommen nur im Hinblick auf eine Vorschrift problematisch ist, nämlich hinsichtlich der Änderung des § 1 des Gesetzes über Volksabstimmung, die Sie vorschlagen haben.

Nach der gegenwärtigen Verfassungslage kann eine Verfassungsänderung nur erfolgen, wenn sich dafür eine absolute Mehrheit hier im Landtag findet und das Volk in der nachfolgenden Volksabstimmung zustimmt. Eine andere Möglichkeit der Verfassungsänderung gibt es nicht.

Sie schlagen jetzt vor, in § 1 des Gesetzes über Volksabstimmung den Zusatz aufzunehmen, dass eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss, wenn die Änderung der Verfassung der Zustimmung des Volks bedarf. Das vermittelt den Eindruck, als gäbe es in Hessen eine Möglichkeit der Änderung der Verfassung, die nicht der Zustimmung des Volkes bedürfe.

In die Begründung des Gesetzentwurfs haben Sie hineingeschrieben, dass Sie dabei einen Vorschlag der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung sozusagen im Vorgriff in das einfache Gesetz übernehmen wollen. In der Tat ist ein Bestandteil des Vorschlags der Enquetekommission, dass die Möglichkeit geschaffen werden soll, dass der Landtag mit qualifizierter Mehrheit die Verfassung ändern kann, ohne dass eine Volksabstimmung danach folgen muss.

Allerdings wissen alle in diesem Haus, dass es sich dabei um einen der wesentlichen Dissenspunkte gehandelt hat, der mit dazu beigetragen hat, dass die Vorschläge der Enquetekommission zur Reform der Hessischen Verfassung gegenwärtig nicht umgesetzt werden können. Gerade aus Respekt vor dem Verfassungsgeber und vor der gegenwärtig geltenden Verfassung halte ich es für außerordentlich problematisch, jetzt schon sozusagen etwas im Vorgriff auf Änderungen der Verfassung zu machen, die wir noch gar nicht kennen.

Das ist auch in der Sache nicht erforderlich. Sollte sich der Verfassungsgeber tatsächlich zu einer entsprechenden Änderung der Verfassung in dieser Legislaturperiode, in der nächsten oder wann auch immer durchringen, ist der Gesetzgeber natürlich nicht daran gehindert, diese gesetzestechisch relativ einfache Änderung vorzunehmen. Das kann nämlich relativ einfach über die Bühne gebracht werden.

Im Augenblick gibt es also keine Notwendigkeit und keinen inneren Zwang, eine solche Änderung aufzunehmen. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Ich halte es für falsch, das jetzt zu machen.

Ich bleibe bei dem, was ich in der Diskussion gestern über unseren Gesetzentwurf gesagt habe und was ich jetzt wiederhole: Dort, wo die Verfassung Vorgaben macht, sollte sich der Gesetzgeber auch an die Vorgaben halten

und nicht sozusagen im Vorgriff Vorschläge der Enquetekommission vorwegnehmen.

In dem anderen Bereich, den Sie vorschlagen, nämlich beim Abstimmungsverfahren, ist es allerdings anders, genauso wie es bei unserem Gesetzentwurf gestern der Fall war. Die Verfassung macht über das Verfahren in Bezug auf die Volksabstimmung keinerlei Vorgaben oder jedenfalls keine, die das betreffen, worüber wir jetzt gleich reden. Ich habe gestern betont, dass die Verfassung keinerlei Vorgaben über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid macht, sodass wir beides, sowohl das, was Sie jetzt vorschlagen, als auch das, was wir gestern vorschlagen haben, durchaus jetzt schon umsetzen können, ohne mit der Verfassung in Konflikt zu geraten und ohne irgendwelche Vorschläge der Enquetekommission vorwegzunehmen. Das betrifft im vorliegenden Fall das Abstimmungsverfahren.

Es ist ja durchaus sinnvoll, wie ich finde, und das hatte der Landeswahlleiter in der Enquetekommission auch vorschlagen, dass für den Fall, dass mehrere Änderungen der Hessischen Verfassung gleichzeitig zur Abstimmung stehen, der Abstimmende die Möglichkeit haben soll, mit einem einfachen Ja im Paket allem zuzustimmen und mit einem Nein gegen alles im Paket zu stimmen, dass er aber auch selbstverständlich die Möglichkeit haben muss, einzelnen Änderungen der Verfassung seine Zustimmung zu geben oder diese eben auch zu verweigern. Diese vorgesehene Regelung ist aus meiner Sicht durchaus vernünftig. Wir haben im Zusammenhang mit der Verfassungsquertekommission und der Diskussion, die wir in diesem Hause über die Hessische Verfassung geführt haben, mehrfach festgestellt, dass es erheblichen Reformbedarf gibt, der im Umfang und in den Einzelheiten von den Fraktionen unterschiedlich gesehen wird, dass es aber jedenfalls erheblichen Reformbedarf an der Hessischen Verfassung gibt. Es ist also nahe liegend, dass der Verfassungsgeber, wann auch immer, dazu kommt, die Verfassung nicht nur einzeln, sondern an mehreren Stellen tatsächlich zu reformieren. Dafür ein vernünftiges und handhabbares Abstimmungsverfahren vorzuhalten, das ist aus unserer Sicht durchaus vernünftig.

Deswegen werden wir uns vorbehaltlich der Äußerungen in der Anhörung aller Voraussicht nach diesem auch anschließen können, und zwar aus dem gleichen Grund, aus dem wir es für richtig halten, das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid, so wie wir es gestern vorgestellt und diskutiert haben, zu ändern und nicht, wie es die Landesregierung vorsieht, unverändert zu übernehmen. Ich denke, wir können das gemeinsam in einer Anhörung besprechen und danach die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Dr. Jürgens. – Als Nächster hat Herr Posch für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Justizminister, Sie sind nach der sehr lebhaften Debatte, die eben stattgefunden hat, mit den Worten hier nach vorne getreten, es handle sich um einen parlamentarischen Routinepunkt. Ich sage Ihnen sehr deutlich für die

Liberalen: Für uns ist das kein parlamentarischer Routinepunkt;

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

denn die Frage der Befristung von Gesetzen war ein Kernpunkt der Verwaltungsreform in der letzten Legislaturperiode. Wir haben die Frage diskutiert, ob es Sinn macht, Gesetze einer Befristung zu unterwerfen, oder nicht. Wir haben uns damals dafür entschieden, dies zu tun. Wenn jetzt aber in der Vorlage gesagt wird, die Ressorts hätten das evaluiert, reicht das der FDP-Fraktion und mir beim besten Willen nicht aus.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, die Landesregierung hat hier eine Bringschuld, und diese Bringschuld besteht darin, sachlich darzustellen, warum eine erneute Befristung im Gesetz vorgesehen wird. Es reicht nicht aus, aus eigener Machtvollkommenheit zu sagen: Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir das Gesetz wieder einmal brauchen. – Das hat mit Evaluation relativ wenig zu tun. Sie haben als Landesregierung hier eine Bringschuld und müssen sagen, aus welchen Gründen das gesamte Gesetz so beibehalten werden soll, wie das gegenwärtig der Fall ist, warum es erneut befristet werden muss. Genau dieser Bringschuld kommen Sie mit dieser Vorlage in keiner Weise nach.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage sehr deutlich: Das, was Sie uns hier vorlegen, ist eine Bankrotterklärung in der Frage, ob ein Gesetz erneut befristet werden soll oder nicht. Ich sage das sehr deutlich, einfach deswegen, weil es für uns keine Routineangelegenheit ist, über die Frage der Zweckmäßigkeit der Befristung von Gesetzen zu diskutieren und entsprechend zu entscheiden.

Ich darf in dem Zusammenhang noch daran erinnern, Herr Justizminister, dass es damals eine Diskussion darüber gegeben hat, ob es Sinn macht, Gesetze zu befristen, oder ob man nicht differenzieren müsse zwischen Gesetzen, die man immer brauchen wird, und anderen Gesetzen. Ein typisches Beispiel war damals die Diskussion über die Hessische Gemeindeordnung. Dann hat man darüber diskutiert, ob wir eine Diskussion über Ewigkeitsgesetze führen, bei denen von vornherein eine Befristung ausscheidet, und wie wir die Gesetze definieren, die befristet werden. Damals haben wir diese Frage nicht entschieden, weil wir gesagt haben: Den Streit wollen wir nicht jedes Mal im Detail führen. – Wir haben dann alle Gesetze befristet. Aber gerade wenn das so ist, meine Damen und Herren, muss mehr über die Frage der sachlichen Notwendigkeit einer erneuten Befristung gesagt werden.

Deswegen noch einmal zum Abschluss für die FDP-Fraktion: Das war eine nicht einfache Entscheidung, die wir damals getroffen haben, und wir selbst als Gesetzgeber müssen uns hinterher rechtfertigen, wenn wir sagen, dass wir es nicht geschafft haben, ein Gesetz völlig ad acta zu legen oder, wie gesagt, in seiner Bedeutung zu reduzieren und Ähnliches mehr.

Das zur Frage der Befristung. Hier hätten wir die Bitte, dass das in dem parlamentarischen Beratungsgang nachgeholt wird. Mit der lapidaren Feststellung, wie das bisher der Fall war, können wir dem so nicht Rechnung tragen.

Auf den zweiten Punkt, den Herr Dr. Jürgens eben hier angesprochen hat, will ich nicht im Detail eingehen, nämlich ob im Hinblick darauf, dass wir in der Enquetekommission die Möglichkeit vorgesehen hatten, dass der Landtag selbst eine Verfassungsänderung vornimmt, eine Bestimmung jetzt schon zulässig ist. Das sollten wir im Detail diskutieren. Aber ich muss schon sagen: Es mutet ein bisschen seltsam an, dass das Einzige, was an ausführlicher Begründung des Gesetzesvorschlags jetzt hier vorgebracht wird, ein Stimmzettel samt Begründung ist, wohl wissend, dass die Enquetekommission leider kein Ergebnis zu dieser Frage erbracht hat. Deswegen meine ich, dass das schon etwas grotesk anmutet, dass wir uns mit der Frage der modifizierten Abstimmungsmöglichkeiten – Herr Dr. Jürgens hat darauf hingewiesen: pauschal Ja oder Nein oder differenziertes Abstimmungsverhalten – beschäftigen. Das ist ja ein Vorschlag, den Herr Prof. Stolleis dankenswerterweise in der Enquetekommission eingebracht hat. Es ist also grotesk, dass dieser Vorschlag zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Beschlussfassung erhoben wird. Das kann man tun, aber es ist völlig richtig, was Herr Dr. Jürgens gesagt hat: Das könnte man auch zu einem späteren Zeitpunkt machen, nämlich dann, wenn tatsächlich feststeht, dass der hessische Gesetzgeber sich dazu durchgerungen hat, die Hessische Verfassung in bestimmter Weise zu ändern und zu dem Zweck eine Volksabstimmung herbeizuführen.

Deswegen meine Bitte für die FDP-Fraktion: Lassen Sie uns insbesondere in der Frage der Befristung von Gesetzen diese Dinge nacharbeiten. Eine pauschale Erkenntnis eines jeweiligen Ressorts, dass man das Gesetz in Zukunft auch noch braucht, reicht uns als Gesetzgeber und als Fraktion dieses Gesetzgebers nicht aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Posch. – Als Nächster hat Herr Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Posch hat Recht: Es wird jetzt etwas ruhiger in der Debatte als bei dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt. Ich stimme Herrn Posch auch zu, dass man die Frage der Befristung, wenn man sie angeht, nicht so beantworten kann, wie das die Landesregierung getan hat, nämlich eigentlich nichts sagend im Hinblick auf eine Vielzahl von Gesetzen, deren Geltungsdauer nun einfach verlängert wird. Wir haben immer gesagt, es sei etwas dogmatisch angelegt, alle Gesetze zu befristen, aber wenn man es tut, darf man nicht einfach eine Jahreszahl ersetzen, sondern dann gehört in den Erläuterungen die Begründung dazu, warum man der Auffassung ist, dass ein Gesetz weitere fünf Jahre in Kraft bleiben soll.

Zu der Frage des Volksabstimmungsgesetzes will ich zunächst einmal die aus unserer Sicht positiven Punkte nennen. In der Tat hatte der Staatsgerichtshof in seiner Entscheidung zur Volksabstimmung zu Recht vom Gesetzgeber verlangt, dass er die Abstimmungsberechtigten mit ausreichenden und hinreichenden Informationen über das Abzustimmende, also die Verfassungsänderung, versorgt. Dazu gehört – das ist in dem Gesetzentwurf, zumindest nach der ersten Durchsicht, für uns akzeptabel – das Abstimmungsverhalten hier im Landtag. Die beschlos-

sene Erläuterung wird sicherlich in den meisten Fällen auch die Begründung für die Verfassungsänderung sein, nämlich dass die Möglichkeit – ich betone, dass es in zwei Jahren anders aussieht, aber dieses Recht wollen wir dann auch der CDU einräumen – besteht, dem ein Minderheitsvotum beizufügen, wenn es zu einer unterschiedlichen Einschätzung einer Verfassungsänderung durch den Hessischen Landtag kommen sollte.

Auch die Frage, dass die Wahlberechtigten die Muster der Stimmzettel bekommen sollen, ist aus unserer Sicht positiv zu sehen, auch die Detailfrage, dass Auszählungsvorstände gebildet werden können. Das hat sich ja bei der Kommunalwahl aus unserer Sicht durchaus bewährt. Wenn Volksabstimmungen anstehen, die möglicherweise etwas komplizierter auszuzählen sind, ist das ein sinnvolles Vorgehen.

Negativ beurteilen wir – da kann ich auf Dr. Jürgens Bezug nehmen – die vorgesehene Änderung des § 1 des Volksabstimmungsgesetzes, wo sozusagen schon unterstellt wird – das ist wirklich eine Unterstellung, Sie wissen, dass genau dies kontrovers diskutiert worden ist und von uns abgelehnt wurde –, dass auch eine Verfassungsänderung mit einer qualifizierten Mehrheit, mit einer Zweidrittelmehrheit durch den Landtag möglich ist. Wir haben gesagt: Die Hessische Verfassung war immer eine Volksverfassung, und sie muss es auch in Zukunft bleiben. – Deswegen halten wir diesen Weg durch die kalte Küche, der jetzt schon durch diesen § 1 vorgedacht wird, für falsch. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Dr. Jürgens – das halte ich auch für einen fairen Umgang mit unterschiedlichen Vorstellungen in dieser Frage hier im Haus –, dass er darauf Bezug genommen hat. Wir werden auch darum ringen, dass dieser Paragraph so nicht gesetzt wird.

Ich will auch kurz die Probleme benennen. Ich nenne sie Probleme. Das muss man im laufenden Verfahren in den Beratungen des Hauptausschusses sicherlich noch einmal diskutieren. Es geht um die Frage des Musters des Stimmzettels.

Der Text der Verfassungsänderung soll nicht mehr auf dem Stimmzettel sein. Da liegen die Probleme im Detail, z. B. in der Kurzbezeichnung. Ich bin mir ziemlich sicher, dass bei dem gleichen Sachverhalt Herr Dr. Jung von der CDU und ich andere Kurzbezeichnungen wählen würden. Wir sehen es manchmal bei Überschriften über Anträgen hier im Landtag. Sie sehen, da ist ein Problem im Detail: Wie wird die Verfassungsänderung bezeichnet? Deswegen sind dort Zweifel angebracht. Das muss man im weiteren Verfahren erörtern.

Wir haben durchaus auch ein Problem – ich will es als Problem benennen – mit der Frage, dass ein Kreuz genügen soll, wenn mehrere Volksabstimmungen, die rechtlich selbstständig sind, auf einem Stimmzettel zusammengefasst werden. Ist es tatsächlich so, dass ein Kreuz genügt? Das fragen wir uns. Ich weiß, dass dies in der Enquetekommission von einem Sachverständigen vorgetragen wurde. Es ist zu diskutieren, ob man damit die Abstimmungsberechtigten nicht ein Stück weit entmündigt. – Das wollen wir auch unter verfassungsrechtlicher Sicht erörtert haben.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage – die muss jetzt auch gelöst werden –: Wenn es ein Kreuz gibt, das ein Ja zu allen Verfassungsänderungen bedeutet, der Stimmzettel aber auch zum Teil Einzelabstimmungen enthält und jemand oben ein Ja zu allem, aber bei einer

Änderung ein Nein ankreuzt – wie behandelt man dies? Führt das zur Ungültigkeit des Stimmzettels?

Sie haben sich ähnlich wie bei der Kommunalwahl dafür entschieden, dass die Einzelabstimmung vorgeht. Sie machen selbst deutlich: Hier liegt ein Problem. Man könnte fast sagen, die Regierung versucht, die Probleme, die sie sich selbst geschaffen hat, auf diese Weise zu heilen. Das ist leider nicht immer hier im Lande so. Aber man muss wirklich überlegen, ob dieses eine Kreuz für alle Verfassungsänderungen, die auch sehr heterogen sein können, sinnvoll ist.

Positiv ist sicherlich der Versand der Unterlagen, wenn man mehrere rechtlich selbstständige Volksabstimmungen auf einem Stimmzettel zusammenfasst. Damit werden die Wahlhelfer beim Auszählen auch nicht so belastet. Ich finde, vor allem ist es eine Erleichterung für die Abstimmungsberechtigten, weil damit eine bessere Übersichtlichkeit und Transparenz gegeben sind, die auch wichtig sind.

Aber, wie gesagt, diese Transparenz kann sich sehr schnell mit dem Problem stoßen, dass auf dem Stimmzettel der Text nicht mehr enthalten ist und der Weg geöffnet ist für Kurzbezeichnungen, die möglicherweise in die Irre führen.

Wir sagen Ihnen also eine Beratung im Hauptausschuss zu, in der wir die positiven Punkte unterstützen werden. Dort, wo Zweifel angebracht sind, werden wir zu einer Meinungsbildung kommen, nachdem wir noch den einen oder anderen dazu anhören werden. Dort, wo es ein klares Nein gibt – das ist der von Herrn Dr. Jürgens angesprochene § 1 –, hoffen wir auf Ihre Einsicht, dass man nichts vorwegnehmen sollte, was weiterhin in der Kontroverse und im Dissens bleibt. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Schmitt. – Als Nächste hat Frau Zeimetz-Lorz das Wort.

(Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU) hält ein kleines Gerät hoch, das auf dem Rednerpult lag, und fragt: Vermisst jemand etwas?)

– Das ist eine Stoppuhr. Die kann sich jeder einstellen, der das möchte, um seine Redezeit zu kontrollieren.

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident, für die Aufklärung. Ich dachte, vielleicht vermisst jemand sein Handy. Aber es handelt sich offensichtlich nicht um ein solches.

Meine Damen und Herren, ich denke, ich kann mich an dieser Stelle relativ kurz fassen, weil wir noch Gelegenheit haben werden, die einzelnen Vorschriften des vorliegenden Gesetzentwurfs im Ausschuss zu beraten. Ich möchte nur ganz gerne einige Stichworte aufgreifen, die die Kollegen angesprochen haben.

Herr Dr. Jürgens, Sie haben gesagt, es handle sich bei den Vorschlägen zu dem Gesetz über Volksabstimmung um einen Vorrang auf die Verfassungsänderung. Diesen Schluss vermag ich nicht zu ziehen. Ich glaube, dass die vorgeschlagenen Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes relativ unabhängig davon sind, ob es zu einer Ver-

fassungsänderung in diesem Zusammenhang kommt oder nicht.

Ich halte genau wie Sie die einzelnen Vorschläge für durchaus vernünftig. Wir erinnern uns daran, dass es bei der Volksabstimmung im Zusammenhang mit der Bundestagswahl des Jahres 2002, wo wir drei Artikel zur Abstimmung gestellt haben, zu Kritik in einigen Punkten gekommen ist. Der Gesetzentwurf über Volksabstimmung greift genau diese Kritikpunkte auf, zum einen den berechtigten Kritikpunkt der mangelnden Information. Das heißt, die amtliche Information soll verbessert werden. Zum anderen geht es um die Vereinfachung des Abstimmungsverfahrens. Sehr geehrter Herr Schmitt, über die Einzelheiten des Stimmzettels können wir sicherlich ausführlich in der Ausschusssitzung beraten.

Ein Satz noch zur Befristung. Herr Kollege Posch, eines möchte ich ungern machen: bei einem Gesetzentwurf mit den Anzuhörenden darüber streiten, ob ein Gesetz wichtig oder unwichtig ist und ob es zu befristen oder nicht zu befristen ist. Ich denke, da macht es viel Sinn, wenn man alle Gesetze befristet. Dann wird es bei ganz besonders wichtigen Gesetzen – hier nehme ich beispielhaft das Gesetz über Volksabstimmung – keinen Zweifel daran geben, dass man die Gültigkeit eines solchen Gesetzes um fünf Jahre oder einen längeren Zeitraum verlängert. Das Volksabstimmungsgesetz soll bis 2011 befristet werden, um die Möglichkeit zu haben, dann sämtliche Wahlgesetze einheitlich zu betrachten und einheitlich einer Überarbeitung zu unterziehen.

Über die inhaltlichen Fragen des Volksabstimmungsgesetzes sollte es keinen tief greifenden Streit geben. Wir werden Gelegenheit haben, hierüber in der Ausschusssitzung ausführlich zu beraten. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Zeimetz-Lorz. – Herr Frömmrich, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben noch knapp fünf Minuten Redezeit.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie noch etwas zu dem Problem der Befristung von Gesetzen sagen. Denn wir diskutieren nun schon seit Monaten über dieses Thema: erstes Verwaltungsstrukturgesetz, zweites, drittes und folgende. Bei diesem Gesetzentwurf passiert genau das Gleiche. Sie heben die Befristung von Gesetzen auf, setzen eine neue Frist, aber erklären uns nicht, wie Sie zu der Erkenntnis gekommen sind, dass dieses Gesetz, wie es bereits existiert, weiterhin existieren soll. Sie schreiben einfach in den Gesetzentwurf – hier wäre ein erklärendes Wort von Ihnen, aber auch vom Justizminister sinnvoll, der dieses Gesetz hier zu vertreten hat –: Alle in das Gesetz aufgenommenen Vorschriften wurden zuvor von den Ressorts evaluiert, und die Erforderlichkeit der Verlängerung ihrer Gültigkeitsdauer wurde festgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dem so ist, dann lassen Sie uns doch an Ihrem Erkenntnisgewinn teilhaben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das haben wir Ihnen schon so oft gesagt. Ich habe Ihnen das beim Thema Verwaltungsreform hier schon des Öfteren vorgeworfen. Sie machen Verwaltungsreform und schreiben ins Gesetz, eine Aufgabenkritik habe stattgefunden. Wir sagen: Okay, wenn sie stattgefunden hat, können Sie sie dem Hessischen Landtag als Gesetzgeber zur Verfügung stellen. – Fehlanzeige, auch da lassen Sie uns an Ihren Erkenntnisgewinnen nicht teilhaben.

Das Gleiche trifft hier zu. Deshalb stelle ich hier schon einmal die Frage, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz: Was hat die Evaluation des Hessischen Kindergartengesetzes ergeben? Vielleicht sagt die Sozialministerin etwas dazu. Oder warum wird das Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes weiter so in Kraft gelassen? Was hat die Evaluation dieses Gesetzes ergeben? Beim Tierseuchengesetz wird ganz großes Tennis gespielt. Dann erzählen Sie uns doch: Was hat die Evaluation dort ergeben?

Auch da ist Fehlanzeige. Da können Sie sich nicht einfach in den Hessischen Landtag stellen und sagen, Sie wollen die Anzuhörenden nicht damit belästigen, indem Sie die Frage stellen, ob ein Gesetz wichtig oder nicht sei. – Grundlage der Einführung der Befristung von Gesetzen war seinerzeit, dass man gesagt hat: Wir geben den Gesetzen eine Laufzeit, und wenn die Gesetze in den Ablauf geraten, überprüfen wir, welchen Änderungsbedarf es zu den jeweiligen Gesetzen gegeben hat, ob wir anpassen müssen oder nicht. Wenn wir anpassen müssen, dann tun wir das, indem wir die Gesetze ändern und gleichzeitig befristen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Kollegin Zeimetz-Lorz, zu diesen Fragen haben Sie keine Auskunft gegeben. Wir werden im Hauptausschuss die Möglichkeit haben, darüber zu diskutieren. Aber ich finde, Sie sollten endlich aufhören, in diesem Landtag bei Gesetzen, die Sie hier einbringen, in dieser Form herumzumurksen. Der Landtag ist Gesetzgeber, und wenn die Landesregierung Gesetzentwürfe in den Hessischen Landtag einbringt, dann soll sie, wenn sie einen Erkenntnisgewinn hat, den Hessischen Landtag davon in Kenntnis setzen. Das fordern wir bei den Verwaltungsstrukturreformgesetzen ein, und das fordern wir auch bei diesen Gesetzen ein: Erzählen Sie uns, wie Sie zu der Erkenntnis gekommen sind, dass Sie die Befristung der Gesetze verlängern wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Frömmrich. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind damit am Ende der Aussprache zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Verlängerung befristeter Rechtsvorschriften und zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung, Drucks. 16/4195.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung dem Hauptausschuss, federführend, unter Beteiligung des Innenausschusses zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann werden wir so verfahren.

Dann komme ich zu **Punkt 10 der Tagesordnung:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbG) – Drucks. 16/4197 –**

Gemeinsam damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 90** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Änderung der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Hessischen Landtags – Veröffentlichung von Einkünften neben dem Mandat – Drucks. 16/4201 –**

Ich darf Herrn Kaufmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen zur Begründung des Gesetzentwurfs und des Antrags.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch bei diesem Gesetzentwurf ist es sicher gut, wenn wir eine ruhige und gelassene Debatte führen; denn das Thema hat uns alle schon mehrfach beschäftigt. Es ist jetzt rund ein halbes Jahr her, dass die Debatte über die Nebeneinkünfte der Abgeordneten des Bundestages und der Landtage recht lautstark begann. Wie so oft war der Anlass eine Reihe skandalöser Fälle. Damals war es breiter Konsens in der Politik, dass bei den Nebentätigkeiten mehr Klarheit geschaffen werden müsse. In der Zwischenzeit ist es in vielen Landtagen, auch hier, eher still geworden. Einer zeigte auf den anderen. Aber eine gemeinsame Aktivität kam nicht zustande.

Meine Damen und Herren, wir, d. h. die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Hause, haben schon sehr früh, nämlich im Januar dieses Jahres, die ersten Vorschläge gemacht, um in Sachen Nebentätigkeit über eine Veränderung der Verhaltensregeln zu größerer Transparenz zu kommen. Wir haben seitdem mehrfach Vorstöße unternommen, um eine möglichst breite Zustimmung zu erhalten. Wir haben uns dabei immer wieder vertrösten oder hinhalten lassen mit Hinweisen, dass die Konferenz der Landtagspräsidenten erst tagen müsse, dass man auf Ergebnisse von Arbeitsgruppen warte, und zum Schluss, dass man erst einmal sehen wolle, was der Deutsche Bundestag mache.

Meine Damen und Herren, all dies ist geschehen. Der Deutsche Bundestag hat in der vorvergangenen Woche seine Beschlüsse zur Verbesserung der Transparenz gefasst, sodass es aus unserer Sicht jetzt keinen Grund mehr gibt, auf fehlende Entscheidungen zu verweisen. Der Bundestag hat eine Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen. Er hat dies zwar nicht im Konsens getan, aber bei der Gesetzesänderung hat am Ende nur die FDP dagegen gestimmt. Mit Verlaub, ich halte dies gleichermaßen für nicht verwunderlich, aber auch für nicht beachtlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns an, was inhaltlich vorgeschlagen wird. Wir wollen die Tätigkeiten, die ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete neben dem Mandat ausübt, zusammen mit dem, was er oder sie dafür an Einnahmen erzielt, nicht länger als Geheimnis betrachtet sehen, sondern aus der Grauzone ins Licht der Öffentlichkeit rücken. Damit machen wir zugleich deutlich, dass eine berufliche Tätigkeit neben dem Mandat überhaupt nichts ist – ich betone das –, was in irgendeiner Form anrüchig wäre, sodass man es etwa verbergen müsste. Aber es soll transparent sein, welche Art von Tätigkeit es ist und in welcher relativen Größenordnung die daraus erzielten Einkünfte, gemessen an der Abgeordnetenentschädigung, stehen.

Ich will es noch einmal klarstellen, weil es uns immer gern unterstellt wird: Niemand will die Tätigkeiten von Abgeordneten – sei es als Freiberufler, als Unternehmer, im

Rahmen eines Autorenvertrages, als Angestellter oder Selbstständiger – in ein schiefes Licht rücken. Aber es ist für Abgeordnete gewiss auch keine Zumutung, sondern sollte eher eine Selbstverständlichkeit sein, die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeiten zu unterrichten, auch über diejenigen außerhalb des Mandats.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, wir wissen doch: Über die politischen Aktivitäten berichten die Politiker von sich aus. Danach haben sie sogar ein relativ starkes Verlangen. Manche sprechen sogar von Sucht. Auch über weitere Aktivitäten wird gerne berichtet, ob über das Vereins- oder das Familienleben. Da kann man auf Homepages gucken oder die Homestories in den bunten Blättern lesen. Wenn man sich all das anschaut, kommt man doch zu einem Ergebnis: Da fehlt doch noch etwas. – Genau dies sollte im Rahmen einer umfassenden Unterrichtung über das, was die Abgeordneten tun, nun wirklich nicht vergessen werden. Deswegen wollen wir, dass eine entsprechende Angabe festgehalten wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, insbesondere von konservativer Seite wird gegen eine Veröffentlichung der Einkommensdaten, die dabei eine Rolle spielen, immer wieder mit allem Möglichen argumentiert, sei es mit dem Datenschutz oder sonstigen Verfassungsrechten. Ich glaube nicht, dass diese Argumente durchgreifen. Ich meine vielmehr, dass sie wohl dazu benutzt werden, sich gegen mehr Transparenz im Grundsatz zu sperren. Denn wenn das, was dort zum Teil vorgetragen wird, wirklich zutreffen würde, dürften wir auch die Diäten nicht veröffentlichen, und auch die Gehälter im öffentlichen Dienst müssten geheim bleiben. Wie wir alle wissen, ist das aber nicht der Fall. Deswegen unterstreiche ich: Wir meinen, wer ein öffentliches Mandat oder ein öffentliches Amt ausüben will, der genießt die Rechte, die damit verbunden sind, er unterliegt aber gleichzeitig auch den Pflichten, die damit verbunden sind oder sein sollten.

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal daran erinnern, dass sich „Republik“ von *res publica*, also der „öffentlichen Sache“, ableitet. Das hat nach unserer Auffassung den deutlichen Aufforderungscharakter, weniger als bisher im Verborgenen zu agieren.

Ich gehe nun noch konkret auf eine Pressemitteilung der FDP vom 7. Juli ein, in der uns vorgehalten worden ist, dass alles unklar und unausgegoren sei. Wenn ich auf diesen Punkt komme, scheint mir das ein typischer Fall von Verweigerungsproblematisierung zu sein. Man sucht mit der Lupe ein Problem und versucht absichtlich, meiner Ansicht nach wider besseres Wissen, etwas herauszupräparieren und damit zu begründen, dass alles Mist sei.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Meine Damen und Herren, die FDP macht sich Gedanken über die Begriffsbildung der Bruttoeinkünfte und zieht sogar das Standardwerk von Norbert Andel zurate. Sie gibt uns kund, uns und der Öffentlichkeit insgesamt, dass man zwischen Brutto-, Minimalentgelten, Bruttonaturalentgelten, hinzugerechneten Einkünften, Lohnersatzleistungen, Wertzuwachsen, Erbschaften und Geschenken, Glücksspielgewinnen und, und, und unterscheiden müsse. Meine Damen und Herren, man stellt fest, dass

das alles Blödsinn ist, wenn man unseren Antrag richtig liest.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da steht nämlich ganz eindeutig, dass sich die Einkommensangaben, genauer gesagt, die Angaben zu Einkünften, auf das beziehen sollen, was zu den Kategorien mitzuteilen ist.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Da geht es weder um Lottospiel noch um Vermögensverwaltung. Da geht es um Tätigkeiten. Die sind schon bisher in unseren Verhaltensregeln klar definiert. Meine Damen und Herren, von daher denke ich, dass das in die Irre führt und nur den Verdacht nahe legt, man wolle es gar nicht. Dann soll man es aber auch klar sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Ich würde das bedauern. Ich stehe auch hier, um bei Ihnen dafür zu werben, dass Sie nicht sagen: „Wir wollen es gar nicht.“ Ich stehe hier, damit wir gemeinsam eine Lösung finden und zu einem Ergebnis kommen. Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die Tätigkeiten der Abgeordneten neben dem Mandat dem Grunde und der Höhe nach öffentlich bekannt gegeben werden. Wir wollen die Höhe in analoger Weise zu den Regeln im Bundestag festlegen, nämlich nicht exakt in Euro und Cent, sondern in Form einer Kategorisierung.

Dabei übernehmen wir vom Bundestag in unserem Vorschlag auch die Regelung, Einkünfte bis 1.000 € im Monat – das sind 12.000 € im Jahr – von der Veröffentlichung freizustellen. Ich sage ganz offen, dass wir diese Grenze aus grüner Sicht für eine eher hohe Grenze halten. Man könnte auch niedriger gehen. Um hier aber eine Brücke zu bauen, und weil bei dieser Grenze sicher ist, dass alle üblichen Einkünfte, die aus politischen und sonstigen Mandaten sowie Tätigkeiten am Rande der Ehrenamtlichkeit und Sonstiges zusammenlaufen, allemal mit abgedeckt sind, sind wir bereit, zu sagen: Okay, da wäre es im Einzelnen vielleicht auch zu aufwendig, Dokumente zu führen.

Meine Damen und Herren, die Kategorisierung der Einkünfte erfolgt deshalb auch nicht in der absoluten Höhe, sondern wie im Bundestag in der Relation. Der Bundestag hat gesagt, es mache Sinn, alles an der Abgeordnetenentschädigung zu messen. Das schlagen wir hier auch vor. Das heißt, wir schlagen vor, drei Kategorien zu bilden. Die erste Kategorie ist jenseits der 1.000 € im Monat, die zweite dann ungefähr bei der Hälfte der Diät – gleich 39.000 € im Jahr –, die dritte bei der vollen Diät – gleich 78.000 € im Jahr – und darüber. Das ist zur Orientierung eine hinreichende Information und ausreichend, um die Information zu gewährleisten. Das sorgt zugleich dafür – das ist mir wichtig –, dass alle Befürchtungen, die insbesondere im Hinblick auf die Freiberufler geäußert wurden, damit vollständig unbegründet sind. Durch eine Angabe der Einkünfte in den genannten Kategorien wird kein Selbstständiger oder Freiberufler in irgendeiner Weise im Hinblick auf seine Konkurrenz benachteiligt.

Ich kann es Ihnen gerne anhand eines Beispiels vorführen. Nehmen Sie an, wir würden das so beschließen. Dann stünde im Handbuch z. B.: Tätigkeit als selbstständiger Rechtsanwalt, Einkünfte nach Kategorie 2. – Oder ein zweites Beispiel: selbstständiger Unternehmer in der Textilbranche, Einkünfte nach Kategorie 3. – Dann weiß jeder

Leser, wie er die Tätigkeit des Genannten im Vergleich zu dem Mandat einstufen soll. Es ist niemand geschädigt. Ich denke, der Informationswert wird deutlich verbessert.

Meine Damen und Herren, ich will klar darauf hinweisen, was in unserem Vorschlag, der aus einem gesetzlichen Verweis und dem konkreten Ergänzungsvorschlag für die Verhaltensregeln besteht, nicht enthalten ist. Es sind ausdrücklich keine Sanktionen enthalten. Wir schlagen keine Sanktionen vor, nicht weil wir damit Probleme hätten, sondern weil wir denken, dass es für die Zustimmung hilfreich ist, wenn man zunächst einmal auf Sanktionen zusätzlicher Art verzichtet. Wir haben derzeit auch keinen Anlass, über Sanktionen bei uns nachzudenken. Ich finde, das ist ein guter Zustand. Wenn aber die Meinung im Hause ist, dass man dies hinzufügen sollte, signalisiere ich gleich an dieser Stelle, dass dies an uns mit Sicherheit nicht scheitern wird.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, im Übrigen soll die Tätigkeit der Politikerinnen und Politiker insbesondere von der Öffentlichkeit und von den Medien beobachtet werden. Das wird sie auch. Sie wird damit auch kontrolliert. Die bisherigen Beispiele, die wir kennen, weisen ganz eindeutig darauf hin, dass diese Kontrolle sehr gut funktioniert hat. Uns allen sind einige abrupte Enden von politischen Karrieren bekannt.

Zum Abschluss sage ich: Wir glauben, dass der Schritt zu mehr Transparenz der entscheidende Schritt ist und dass wir ihn jetzt gehen sollten. Ich lade Sie alle ein, mit uns eine Lösung zu finden. Ich sagte schon: Wir sind auf jeden Fall gesprächsbereit. Wir glauben allerdings, dass ein noch längeres Zuwarten in dieser Frage nicht vertretbar ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Kaufmann. – Wir fahren in der Aussprache fort. Ich darf Frau Beer für die Fraktion der FDP das Wort erteilen.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Kaufmann, ich bleibe für die FDP-Fraktion dabei, dass ich den Vorschlag, den die GRÜNEN heute zur Offenlegung der Nebeneinkünfte unterbreiten, für unausgegoren und populistisch halte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht auch an dem eigentlichen Problem vorbei, das zu Mandatsaufgaben, wie Sie sie erwähnt haben, geführt hat. Das Problem im Kern ist Folgendes: Erstens. Die Nebentätigkeiten von Abgeordneten sollen bekannt sein, damit eventuelle Interessenkollisionen aufgedeckt werden können und verhindert werden kann, dass diese z. B. bei Abstimmungen und in anderen Fällen zum Tragen kommen. Sehr geehrter Herr Kollege, dies ist in Hessen schon seit langem geregelt: Vergleiche Ziffer I der Verhaltensregeln für Abgeordnete in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Die Bezahlung für tatsächlich nicht geleistete Arbeit soll verboten sein. Das heißt, so genannter bezahlter Lobbyismus ist nicht erlaubt. Das ist in Hessen ebenfalls seit langem geregelt: Vergleiche Ziffer V unserer Verhaltensregeln.

(Beifall bei der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Aber keine Kontrolle!)

Man könnte allenfalls darüber nachdenken – Herr Kollege Kaufmann, und ich wundere mich, dass Sie dies wiederum nicht erwähnen –, ob es notwendig ist, Rückforderungsregeln oder sonstige Arten von Sanktionen für den Fall vorzusehen, dass ein Verstoß gegen die Angaben, vor allem im Hinblick auf das Verbot der bezahlten „Nicht-Tätigkeit“, wie ich es einmal nennen möchte, erfolgt.

Der GRÜNEN-Vorschlag hingegen stößt auf massive verfassungsrechtliche Bedenken

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

im Hinblick auf Grundrechtseingriffe bei den Abgeordneten. Ich bin schon etwas erstaunt, Herr Kollege Kaufmann, dass gerade Sie als eine Fraktion, die immer so die Fahne der Grundrechte vor sich herträgt, diese verfassungsrechtlichen Bedenken, die sehr massiv gerade auch bei den entsprechenden Anhörungen im Deutschen Bundestag vorgetragen wurden, so lapidar beiseite wischen.

Ich kann für die FDP-Fraktion nur betonen, dass ein Abgeordneter seinen Grundrechtsschutz in seiner Eigenschaft als Bürger mit der Annahme seines Mandats nicht verliert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Er bleibt weiterhin Grundrechtsträger, Herr Kollege Kaufmann. Dies geht nicht im Status des Landtagsabgeordneten auf. Die Berufung auf seine Grundrechte ist dem Abgeordneten nur in Bezug auf seinen Status als Abgeordneter versagt, aber nicht in dem Bereich, der über das Abgeordnetensein hinausgeht.

Von daher ist es eben so, dass die Veröffentlichung von Einkommensklassen aus dem nebenberuflichen Bereich, also gerade nicht dem Abgeordnetenbereich, einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Wenn Sie sich einmal die juristische Fachliteratur dazu ansehen, stellen Sie fest, das gilt auch für die von Ihnen vorgesehene gestufte Veröffentlichung. Das erkennen Sie, wenn Sie es an den Grundsätzen messen, die das Bundesverfassungsgericht für dieses Grundrecht festgehalten hat, dass nämlich Eingriffe nur aus überwiegendem Allgemeininteresse erlaubt sein können, dass der Verwendungszweck bereichsspezifisch geregelt sein muss und dass vor allem ein Schutz gegen Zweckentfremdung gewährleistet sein muss. Gerade am letzten Punkt, nämlich dem Schutz gegen Zweckentfremdung, aber auch schon bei der Frage des bereichsspezifischen Verwendungszwecks kommen Sie über die Hürde der Verfassungswidrigkeit nicht hinweg, Herr Kollege.

Ein aus meiner Sicht noch wesentlicherer Eingriff in Grundrechte erfolgt bei Art. 12, nämlich der Berufsfreiheit. Die Nebentätigkeiten von Abgeordneten fallen unter dieses Berufsfreisheitsrecht, denn ein Abgeordneter ist eben kein Funktionär, er ist kein Beamter des Landes, sondern wird gerade separat von diesen in unserem demokratischen System gedacht. Der Abgeordnete repräsentiert

sentiert das Volk. Ein Beruf, wenn auch nur subsidiär neben dem Mandat ausübar, ist eine Rückkopplung zu diesem Volk, Herr Kaufmann. Dafür steht er auch unter dem Schutz unseres Art. 12 Grundgesetzes.

(Beifall bei der FDP)

Gerade Selbstständige und Freiberufler würden in ihren beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten entscheidend getroffen, Herr Kollege Kaufmann, wenn sie Umsatz- oder Gewinnzahlen veröffentlichen müssten. Das erklärt sich nur so, dass Sie selber nie als Freiberufler oder Gewerbetreibender tätig waren,

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

dass Sie hier eine andere Ansicht äußern können.

Die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens oder auch einer Sozietät betrifft extrem sensible Daten, deren Vertraulichkeit für den wirtschaftlichen Erfolg, für das berufliche Fortkommen erhebliche Bedeutung hat. Das können Sie sich vorstellen, wenn Sie sich allein einmal überlegen, was die Veröffentlichung derart sensibler Daten im Hinblick auf die im wirtschaftlichen Bereich existierenden Konkurrenten oder auch Geldgeber für einen Unternehmer, für einen Freiberufler bedeutet, Herr Kollege Kaufmann. Hier haben Sie wiederum die Unkontrollierbarkeit des Verwendungszweckes. Denn das war eigentlich nicht der bereichsspezifische Zweck, für den Sie die Daten veröffentlicht haben wollten.

Von daher kann man hier mit den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts darlegen, dass eine objektiv berufsregelnde Tendenz einer solchen Veröffentlichung besteht, sodass damit diese Geschichte auch wiederum verfassungsrechtlich scheitern muss.

Des Weiteren muss darauf hingewiesen werden, Herr Kollege Kaufmann, dass diese Veröffentlichung, wie sie von Ihnen geplant ist, den Abgeordneten auch in seinem Grundrecht aus Art. 38 trifft. Denn die Veröffentlichung trifft die verschiedenen Berufsgruppen in diesem Parlament höchst unterschiedlich. Für ehemalige Beamte, z. B. ihren Beruf jetzt nicht ausübende Richter, Lehrer oder andere, hat die Veröffentlichung überhaupt keine Probleme. Denn ihr Verhältnis zum Land Hessen ruht in dem Moment, in dem sie das Mandat annehmen. Sie können diesen Beruf nicht weiter ausüben. Von daher trifft sie die Veröffentlichung nicht.

Für Freiberufler und Gewerbetreibende sind die Folgen wesentlich stärker. Dort erschweren sie das berufliche Tätigwerden oder werden es vielleicht sogar unmöglich machen. Das heißt, Sie schwächen den einzelnen Abgeordneten auch in seiner beruflichen Unabhängigkeit.

Letztendlich – Herr Kollege Kaufmann, das müsste meines Erachtens selbst Ihnen einleuchten – greifen Sie mit solch einer Veröffentlichungspflicht auch in geschützte Grundrechtspositionen Dritter ein. Das betrifft z. B. Mitgesellschafter einer Personengesellschaft, Sozietätspartner eines Anwalts oder eines Steuerberaters, aber auch Arbeitgeber von abhängig Beschäftigten, die dann gezwungen werden, z. B. außertarifliche Regelungen offen zu legen, was wiederum den Betriebsfrieden gefährden könnte.

Rechtfertigungsgründe für den Eingriff in die Grundrechtsposition dieser geschützten Dritten bestehen nicht. Von daher kommt in der Anhörung des Deutschen Bundestages z. B. Professor Waldhoff von der Universität

Bonn dazu, dass auch für eine gestufte Regelung unüberwindbare verfassungsrechtliche Hindernisse bestehen.

Unserer Meinung nach wäre es jedoch denkbar, Herr Kollege Kaufmann, dass man, um die von Ihnen gewünschte Transparenz mit den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts in Einklang zu bringen, über eine Veröffentlichung gegenüber dem Landtagspräsidenten diskutieren könnte.

Für unausgegoren hält die FDP-Fraktion jedoch Ihren Vorschlag, Herr Kaufmann – Sie haben schon quasi als vorweggenommene Verteidigung darauf hingewiesen –, im Hinblick auf die Ausgestaltung, Stichwort: Bruttoeinkünfte. Finanzwissenschaftlich ist die Definition dieser so genannten Bruttoeinkünfte, die Sie hier wählen, nämlich ausgesprochen weit gefasst. Da hätte Ihnen, weil Sie so etwas lächelnd darüber hinweggezogen sind, der Blick in eines der Standardwerke der Finanzwissenschaften weitergeholfen. Denn ich glaube nicht, dass Sie genau all diese Kategorien mit erfassen wollten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tun wir auch nicht, Frau Kollegin! Das wissen Sie auch! Sie sprechen völlig am Thema vorbei!)

– Herr Kollege Kaufmann, hören Sie mir doch einfach zu. Ich habe Ihren Ausführungen, obwohl ich sie inhaltlich für völlig falsch halte, auch zugehört.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Sie werden im Hinblick auf die zu nennenden Tätigkeiten, nämlich abhängige Beschäftigung, Gewerbetreiben und freiberufliche Tätigkeiten, auch mit angeben müssen: Bruttonominalentgelte, Bruttonaturalentgelte, zugerechnete Einkünfte, Lohnersatzzahlungen, Wertzuwächse, Erbschaften und Geschenke, Glückspielgewinne, Herr Kollege Kaufmann. Das bedeutet z. B., um bei der eigenen Fraktion zu bleiben und nicht auf andere Kolleginnen und Kollegen zurückzugreifen, dass, wenn Sie einen Landwirt wie den Kollegen Heidel haben, der einen Nebenerwerbsbetrieb hat, dieser, wenn er nicht zu veröffentlichte Einkünfte hat, mit einem Zentner oder zwei Zentnern selbst geernteter Kartoffeln plötzlich über die entsprechende Meldepflicht rutschen könnte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halleluja! Machen Sie sich doch nicht so lächerlich!)

Zum Thema „Wertzuwächse“: Das bedeutet, wenn Sie jemanden wie die Kollegin Wagner nehmen, die nebenbei künstlerisch tätig ist, zum Teil Bilder auch veräußert, aber auch Bilder noch in Eigenbesitz hat, dass, wenn Kollegin Wagner ihre Bilder in ihrer Wohnung hängen hat und diese im Wert steigen, sie diesen Wertzuwachs angeben müsste.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Das wissen Sie auch! Das steht überhaupt nicht drin!)

– Natürlich, es geht ja um die Nebentätigkeiten.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, bitte.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Kollege Kaufmann, das können wir sicherlich noch in der Anhörung zu Ihrem Gesetzentwurf diskutieren. Aber auch die Ausübung eines künstlerischen Berufes ist eine freiberufliche Tätigkeit, die anzugeben wäre.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Beer, Sie müssen zum Schluss kommen. Die zehn Minuten sind um.

**Nicola Beer (FDP):**

Sie können auch das Beispiel nehmen, dass ich mit einer Kanzlei in einem eigenen Haus sitze und dann die Wertzuwächse dieser Immobilie anmelden müsste. Ich weise Sie auch darauf hin, Herr Kollege Kaufmann, dass Sie im Hinblick auf den Bruttoumsatz keinerlei Absetzungsbezüge, sei es für Personal, sei es für Raumkosten, Strom, anderes, nicht einmal die entsprechenden Mehrwertsteuerverrechnungen mit hineingenommen haben.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher ist schon der Aussagewert der von Ihnen hier in die Diskussion gebrachten Bruttoeinkünfte überhaupt nicht tragbar.

Es bleibt das Fazit, Herr Kaufmann, egal, wie sehr Sie sich aufregen, dass Sie sich im Vorfeld nicht intensiver mit den Details der von Ihnen vorgeschlagenen Regelungen beschäftigt haben. Es bleibt im Ergebnis, dass Ihr Vorschlag unausgegoren ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Beer. – Als Nächster hat Herr Kahl das Wort für die SPD-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wovor habt ihr eigentlich Angst?)

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es im Kern um eine Neuregelung der Nebentätigkeiten im Abgeordnetengesetz oder, noch genauer gesagt, um eine Veröffentlichung der Höhe der Nebentätigkeitszeiten in Größenklassen. Das ist im Kern das, was hier vorgelegt worden ist.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang: Durch die Affären Laurenz Meyer, Hermann-Josef Arentz und der zwei Landtagsabgeordneten aus Niedersachsen wurde das Thema „Nebentätigkeiten“ über Wochen zu einem beherrschenden Thema in der Öffentlichkeit. Es gab viele Diskussionen dazu in der Öffentlichkeit, und es ist notwendig und richtig, dass Politik auf diese Diskussionen reagiert.

(Beifall bei der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bundestag hat mit seiner rot-grünen Mehrheit – ich betone und bedauere das eigentlich: nur mit seiner rot-grünen Mehrheit – bei Enthaltung der CDU/CSU und Gegenstimmen der FDP nach mehrmonatigen intensiven Beratungen unter Einbeziehung von verfassungsrechtlichen Gutachten eine Regelung getroffen, die im Kern unsere volle Zustimmung auch hier in Hessen findet, um das vorweg klar zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang muss man sehr klar sagen, dass die CDU/CSU in dieser Frage zu keiner Regelung gekommen ist – ich bedauere das sehr –, obwohl es Ansätze dazu gab. Nur bei der FDP ist die Position vollkommen klar, und das hat eigentlich auch die Rede der Kollegin Beer hier deutlich gemacht: viele, viele vorgeschoßene Scheinargumente, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Kern geht es nur um eine Aussage: Sie wollen keine Regelung, Sie wollen keine Transparenz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Um was geht es bei dieser Regelung für den Deutschen Bundestag? Ich will die Bestimmungen noch einmal zusammenfassen. Nebentätigkeiten sind grundsätzlich erlaubt. Die Wahrnehmung des Mandats steht aber im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Abgeordneten. Darauf darf in diesem Zusammenhang einmal hingewiesen werden.

Abgeordnete dürfen keine Zuwendung ohne entsprechende Gegenleistung annehmen. Der Unterschied zwischen einer mandatsbegleitenden Berufstätigkeit und einer Nebentätigkeit wird aufgehoben. Es gibt eine Anzeigepflicht über die Höhe der Nebeneinkünfte gegenüber dem Präsidenten. Angaben zur Höhe der Nebeneinkünfte werden in pauschalierter Form – wie der Kollege Kaufmann schon gesagt hat –, in drei Stufen, veröffentlicht. Es gibt ein Sanktionssystem für Verstöße gegen diese Bestimmungen. Das sind die Kernpunkte der Regelung für den Deutschen Bundestag. Wir halten sie für sehr richtig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind bereit, die Regelungen, die im Bund getroffen worden sind, auf das Hessische Abgeordnetengesetz zu übertragen.

(Frank Gotthardt (CDU): Die Bestimmungen haben wir doch schon!)

– Herr Kollege, dazu komme ich gleich. – Die hessischen Regelungen und die Regelungen für den Bundestag haben unterschiedliche Ausgangspositionen. Das ist unbestritten. Deshalb sagen wir ganz offensiv: Hessen hat schon seit mehreren Jahren – wohl als einziges Bundesland und auch im Gegensatz zum Bund – die klare Regelung, dass Abgeordnete keine Zuwendung ohne Gegenleistung annehmen dürfen. Dies war eine richtige Entscheidung im Hessischen Abgeordnetengesetz.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu stehen wir. Das haben wir gemeinsam in das Gesetz hineingeschrieben. Woran es an der Stelle vielleicht ein bisschen fehlt, Herr Kollege Gotthardt: Wie sieht es mit der Kontrolle dieser Regelung aus, und wie sieht es gege-

benenfalls mit Sanktionsmöglichkeiten aus? Beides sind offene Fragen, die in Hessen noch nicht geregelt sind.

Meine Damen und Herren, ich will sehr klar sagen, die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, über Art und Umfang der Nebentätigkeiten von Abgeordneten informiert zu werden. Dabei geht es vor allem um die Klärung möglicher Interessenkonflikte, die zwischen Mandatsausübung und Nebentätigkeit entstehen können. Das erfordert eine klare Regelung.

Die gestaffelte Veröffentlichung der Höhe der Nebeneinkünfte ist, durch Gutachten eindeutig bestätigt, verfassungsgemäß.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Beer, das können Sie nicht wegdiskutieren. Die Gutachten liegen auf dem Tisch.

(Nicola Beer (FDP): Ich glaube nicht, dass Sie die gelesen haben! Sonst würden Sie hier nicht eine solche Rede halten!)

– Ich will nicht behaupten, dass ich jedes Gutachten bis in die letzte Verästelung hinein gelesen habe, Frau Kollegin. Die Beispiele, die Sie genannt haben, treffen aber wirklich nicht zu. Deshalb muss ich die Frage stellen, ob Sie die Gutachten gelesen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nicola Beer (FDP): Ja!)

Daran habe ich meine klaren Zweifel. Ich kann Sie aber verstehen. Sagen Sie doch bitte offen, dass die FDP keine Regelung haben will. Das ist der Kern Ihrer Rede gewesen. Im Gegensatz zur CDU/CSU-Fraktion im Bundestag haben Sie an keiner Stelle einen konstruktiven Vorschlag zu dieser Problematik unterbreitet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich deshalb schließen, indem ich sage: Wir unterstützen den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sinne dessen, was wir im Bundestag beschlossen haben, und werden uns in den Ausschusseratungen dafür einsetzen, dass neben dem, was wir in unserem Abgeordnetengesetz schon bestimmt haben, die Regelungen des Bundestags möglichst wirkungsgleich auf das Hessische Abgeordnetengesetz übertragen werden. In diesem Sinne ist das eine Initiative in die richtige Richtung. Es wäre wichtig, wenn sich auch die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag an diesem Punkt ein Stück bewegen würde. Auf die FDP, das ist klar geworden, können wir bei dieser Frage nicht setzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Kahl. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Gotthardt zu Wort gemeldet.

#### **Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs noch einmal das hervorheben, was der Kollege Kahl eben angesprochen hat: Der Hessische Landtag hatte bereits in den vergangenen Jahren die bundesweit wahrscheinlich besten Verhaltensregeln für

Abgeordnete und die beste Transparenz hinsichtlich Nebentätigkeiten und Zuverdienste. Insofern sollten wir uns über die Tatsache, dass wir an der Stelle die Besten waren, nicht streiten.

Wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, Herr Kollege Kaufmann, als hätten die Fälle, die in Berlin und Niedersachsen passiert sind, mit unseren hessischen Regelungen etwas zu tun; denn alle Fälle, über die in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, waren nach den hessischen Regelungen nicht zulässig. Es ist auch gut so, dass wir hier besonders strenge Regelungen getroffen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die zweite Frage ist: Was will man eigentlich mit diesen Verhaltensregeln bewirken? Wir wollen doch nicht primär bewirken, dass in der Zeitung steht, was ein Abgeordneter im Rahmen seiner Nebentätigkeit verdient. Es geht vielmehr darum, dass sich ein Abgeordneter natürlich daran messen lassen muss, wie viel Zeit er für sein Abgeordnetenmandat und wie viel Zeit er für Nebentätigkeiten investiert. Es geht aber insbesondere um die Frage einer potenziellen Interessenkollision. Wenn sich also ein Abgeordneter mit einem bestimmten Thema politisch befasst, dann stellt sich die Frage: Gibt es eine Interessenkollision mit seiner Nebentätigkeit oder mit anderen Interessensbereichen? Deshalb ist es ja auch logisch und konsequent, dass wir als hessische Landtagsabgeordnete unsere Vereinsmitgliedschaften und anderes angeben, damit für die Öffentlichkeit transparent ist, wo es zu einer Interessenkollision kommen kann. Das wird von den Abgeordnetenkollegen, von den Bürgern im Wahlkreis und auch von den übrigen Bürgern Hessens beobachtet. Deshalb stehen diese Angaben im Internet und auch im Handbuch. Jeder kann sie lesen.

Wir werden aber auch im Ausschuss darüber streiten, ob zu diesen Informationen tatsächlich Angaben über das Gehalt gehören, das man „nebenher“ verdient. Die Frage lautet also: Gibt es eine Interessenkollision, und ist sie stärker oder schwächer, je nachdem, ob jemand 5.000 € oder 13.000 € nebenher in einer Firma verdient? Wichtig ist doch, dass die Öffentlichkeit weiß, dass jemand nebenher in einer Firma arbeitet. Das ist wichtig für die Entscheidung, ob eine potenzielle Interessenkollision vorliegt. Die Interessenkollision selber hat aber mit der Höhe des zusätzlichen Einkommens nichts zu tun. Deswegen ist das der Punkt, über den wir im Detail streiten werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Deshalb reden wir von einer Staffelung!)

– Deshalb frage ich doch: Was ist der Unterschied, ob jemand oberhalb oder unterhalb einer Staffelung ist? Wo ist der Erkenntnisgewinn für die Öffentlichkeit? Das kann zumindest ich noch nicht erkennen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb finde ich eines ganz wichtig: Wir sagen an allen Stellen, die Abgeordneten sollen nicht anders behandelt werden als die Bürger, und die Bürger sollen nicht anders behandelt werden als die Abgeordneten. Das bedeutet in der Praxis aber, dass das Steuergeheimnis, das für jeden Bürger gilt, auch für uns Abgeordnete gelten muss. Darüber sollten wir aus meiner Sicht nicht streiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Das wird nicht bestritten!)

Alle Bürger im Lande Hessen können sich informieren, ob ein Abgeordneter seinen Job gut macht. Alle Bürger haben die notwendigen Informationen, zu prüfen, was ein Abgeordneter nebenher macht. Bei mir steht z. B. „frei-beruflicher Unternehmensberater“. In den vergangenen vier Jahren hat mich keiner gefragt, ob ich diese Tätigkeit ausübe. In meiner Zeit als Staatssekretär konnte ich sie nicht ausüben, und wenn man parlamentarischer Geschäftsführer ist, dann kann man sie ebenfalls nicht nebenher ausüben. Es hat mich aber noch niemand darauf angesprochen. Es hat offensichtlich noch niemanden interessiert. Es gab offensichtlich bisher noch keine Interessenkollision. Was bringt es denn, wenn Sie in Zukunft wüssten, wie viel ich nebenher verdient oder nicht verdient habe? Das bringt keinen Erkenntnisgewinn. Es ist wichtig, dass jeder weiß, was man macht, aber nicht, wie viel man bei dieser Tätigkeit verdient.

Insofern glaube ich, dass unsere Verhaltensregeln die besten in Deutschland sind. Ich glaube auch, dass der Kollege Kaufmann und der Kollege Kahl irren, wenn sie sagen, dass es in Hessen keinen Sanktionsmechanismus gebe. Das ist nicht der Fall. Wir haben in unserem Abgeordnetengesetz einen entsprechenden Sanktionsmechanismus, und zwar in § 18 – Mehrere aktive Bezüge –, in dessen Abs. 2 steht:

Wird neben der Grundentschädigung nach § 5 Abs. 1 ein Einkommen aus der Verwendung im öffentlichen Dienst oder ein Einkommen aus einem Dienst-, Arbeits- oder Werkverhältnis erzielt, dem keine tatsächlich geleistete Arbeit entspricht, so ruht die Grundentschädigung in Höhe des Einkommens.

An anderen Stellen in Deutschland wird diskutiert, dass man die Einkünfte in solchen Fällen zurückzahlen muss. In unseren Verhaltensregeln steht das schon drin. Deshalb glaube ich, wir haben die besten Regeln. Das schließt nicht aus, dass wir über weitere Verbesserungen nachdenken. Das Steuergeheimnis muss aber gewahrt sein. Es darf auch in Zukunft nicht bekannt werden, was jemand verdient, sondern es muss klar sein, wo es potenzielle Interessenkollisionen gibt. Zu nicht mehr dient die Veröffentlichung der Nebentätigkeiten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Sie haben das Wort Sanktion nicht verstanden!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Gotthardt. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Ende der Aussprache zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags und der damit verbundenen Debatte über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Änderung der Verhaltensregeln für die Mitglieder des Hessischen Landtags, Tagesordnungspunkt 90.

Beide Initiativen sollen an den Ältestenrat überwiesen werden. – Dem wird nicht widersprochen. Dann können wir so verfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des**

#### **Landtagswahlgesetzes und des Hessischen Abgeordnetengesetzes – Drucks. 16/4205 –**

Herr Dr. Jung, Sie bringen den Gesetzentwurf ein. Die Redezeit der Fraktionen beträgt zehn Minuten.

#### **Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Landtagswahlgesetz läuft Ende dieses Jahres aus. Deshalb ist der Hessische Landtag gehalten, über einen neuen Gesetzentwurf zu debattieren und ein neues Gesetz zu beschließen.

Meine Damen und Herren, die letzte Änderung des Landtagswahlgesetzes, die den Zuschnitt der Wahlkreise anbelangte, ist im Jahr 1980 beschlossen worden – mit Wirkung für die Wahl am 1. Januar 1983. Damals hat der Hessische Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP diese Änderung aufgrund einer Gesetzesinitiative dieser Fraktionen vorgenommen. Diesen Weg gehen wir dieses Jahr wiederum,

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

indem wir einen Fraktionsgesetzentwurf einbringen.

(Günter Rudolph (SPD): Von zwei Fraktionen!)

– Von zwei Fraktionen. Herr Kollege Rudolph, ich komme auf das andere Thema sofort zurück. – Ich will hier Folgendes deutlich machen. Sie wissen, dass beim hessischen Staatsgerichtshof ein Verfahren anhängig ist, und Sie wissen, dass es im Hinblick auf die Wahlkreiseinteilung durchaus kritische Stimmen gibt. Zu dem Verfahren möchte ich mich hier nicht äußern.

Wir haben die Situation vor Augen, dass wir beispielsweise im Wahlkreis 19, d. h. Gießen II, Abweichungen haben. Dort liegen wir mit 42,86 % über der durchschnittlichen Entwicklung. Im Wahlkreis 30, Wiesbaden II, liegen wir mit 31,15 % unter der durchschnittlichen Entwicklung. Man sieht, dass es Handlungsbedarf bei der ausgewogenen Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung gibt, wenn es um die Wahlberechtigung und die Einteilung der Wahlkreise geht.

Wir haben in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen. In Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen liegt die Grenze bei etwa 33,3 %. In Bayern, Schleswig-Holstein und Thüringen liegt die Grenze dagegen bei 25 %. So ist es auch im Deutschen Bundestag.

Wir sind deshalb der Auffassung, dass man sich hier an einer Marschrichtung orientieren muss, die auf Werte abzielt, die klar unter 30 %, wenn nicht sogar bei 25 % liegen. Wir sollten allerdings berücksichtigen, dass wir vielfach Wahlkreise haben – mit zwei Ausnahmen –, deren Strukturen mit denen der Landkreise und der Städte identisch sind. Dies sollten wir im Wesentlichen beibehalten.

Wenn man sich mit diesen Fragen beschäftigt, stellt man fest, dass es zu erheblichen Veränderungen kommen muss, was die Wahlkreisstruktur in unserem Land anbelangt. Jetzt stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien man dort vorgeht. Man kann drei Kriterien wählen: das Kriterium der Wahlberechtigten, das Kriterium der deutschen Bevölkerung – d. h. dass man die demographische Entwicklung mit berechnet – oder das Kriterium der Gesamtbevölkerung.

Es gibt hierzu eine Diskussion. Wir waren und sind allerdings der Auffassung, dass man die Bevölkerungsentwicklung – auch die demographische Entwicklung – berücksichtigen sollte, dass man aber nur diejenigen Bevölkerungsgruppen einbeziehen sollte, die die Möglichkeit haben, den Hessischen Landtag zu wählen, die also, im Klartext gesprochen, deutsche Staatsbürger sind.

Deshalb kommen wir hier zu folgender Gesamtüberlegung. Wir können die unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb der jeweiligen Kreis- und Stadtgrenzen im Wesentlichen ausgleichen, indem wir die entsprechenden Verschiebungen vornehmen. In der Vorlage ist das so vorgesehen. Allerdings kommen wir nicht darum herum, zu erkennen, dass wir im Wetteraukreis eine Entwicklung haben, die es zwingend erforderlich macht, dort einen zusätzlichen Wahlkreis zu schaffen.

Wenn im Hessischen Landtag weiterhin 110 Abgeordnete sitzen, die Zahl der Abgeordneten also nicht erhöht wird, hat das die Konsequenz, dass wir über die Region reden müssen, in der ein Wahlkreis abgegeben werden soll, um den Ausgleich in der Wetterau zu bewerkstelligen. Ich finde, das ist im Zusammenhang mit dieser Diskussion eine der schwierigsten Entscheidungen gewesen. Wir sind, was das Verhältnis der Wahlberechtigten angeht, unter Berücksichtigung aller objektiven Gesichtspunkte zu dem Ergebnis gekommen – das sieht die Vorlage vor –, dass Wiesbaden einen Wahlkreis an die Wetterau abgeben muss. Ich weiß, dass das für die Landeshauptstadt eine sehr schwierige Entscheidung ist, und ich kann auch die dort vorgetragenen Bedenken sehr gut verstehen.

Wenn hier auf den Vergleich mit Frankfurt verwiesen wird, möchte ich eines vortragen: Wenn Sie sich die objektiven Zahlen anschauen, stellen Sie fest, dass wir in Wiesbaden den niedrigsten Wert haben, was das Verhältnis zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wahlkreisen betrifft. Nehmen Sie die Zahlen für Frankfurt. Dort haben wir 485.763 Wahlberechtigte. Das bezieht sich auf die deutsche Bevölkerung. Bei sechs Wahlkreisen entfallen durchschnittlich 80.961 Wahlberechtigte auf einen Wahlkreis. In Wiesbaden haben wir 223.975 Wahlberechtigte. Bei drei Wahlkreisen sind das 74.658 Wahlberechtigte pro Kreis. Das heißt, Sie kommen auch unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte nicht um die Entscheidung herum, einen Wahlkreis zu verlagern.

Ich möchte noch etwas auf den Zwischenruf des Kollegen Rudolph antworten. Wir haben diese Vorstellung selbstverständlich mit allen Fraktionen besprochen. Wir haben auch versucht, einen Konsens aller Fraktionen herbeizuführen.

Es gibt hier einen grundsätzlichen Unterschied. Ich glaube, Herr Kollege Al-Wazir, dass ich das vortragen darf. Beispielsweise ist die Fraktion der GRÜNEN der Auffassung, dass man die Gesamtbevölkerung zugrunde legen soll, nicht nur, wie ich es hier im Einzelnen vortragen habe, die deutsche Bevölkerung.

Wenn ich es aber richtig sehe, gibt es weniger Bedenken im Hinblick auf den Ausgleich zwischen den Wahlkreisen. Die SPD-Fraktion stimmt zu, was die Neueinteilung der Wahlkreise in der Wetterau anbelangt. Es gibt auch eine Zustimmung, was Darmstadt-Dieburg betrifft. Wenn ich es richtig sehe, gibt es noch eine gewisse Divergenz im Bezug auf Gießen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Lassen Sie mich das in aller Ruhe und Sachlichkeit vortragen. – Zu Kassel habe ich noch keine unterschiedlichen Vorschläge gehört. Aber wir bringen diesen Gesetzentwurf heute in erster Lesung ein. Gegebenenfalls muss auch noch eine Anhörung stattfinden. Vielleicht müssen wir versuchen, diese Punkte im Rahmen einer Anhörung zu erörtern.

Ich fände es gut, wenn es hier zu einer breiten Unterstützung käme. Denn ich glaube, es darf nicht passieren – deshalb trage ich das hier vor –, dass die Wahlkreise unter politischen Gesichtspunkten zugeschnitten werden. Das ist nicht unser Thema. Unser Thema besteht darin, objektive Strukturen zu schaffen, und ich habe versucht, das deutlich zu machen. Deshalb möchte ich hier signalisieren, dass man versuchen sollte, auch in dem einen Punkt, der noch strittig ist, zusammenzukommen.

**Zusammengefasst:** Ich glaube, dass der Entwurf für ein Landtagswahlgesetz, den wir hier vorlegen, die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung im Land berücksichtigt. Es kommt zu einer ausgewogenen Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Bevölkerungszahl und Wahlkreisen. Deshalb ist dieser Gesetzentwurf eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen, und ich hoffe, dass wir auch zu einer guten Entscheidung im Sinne der zukünftigen Entwicklung kommen, was sich bei der nächsten Landtagswahl auswirken wird. Ich bitte um eine konstruktive Beratung, damit wir für den Hessischen Landtag gemeinsam ein gutes Wahlgesetz beschließen können. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Jung. – Der Gesetzentwurf ist eingebbracht. Ich eröffne die Aussprache. Herr Rudolph, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Wahlprüfungsverfahren für die Landtagswahl 2003 wurden aufgrund der extrem abweichenden Zahl von Stimmberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen zahlreiche Einwände gegen die Gültigkeit der Landtagswahl erhoben. Mangels einer Prüfungskompetenz hat sich das Wahlprüfungsgericht jedoch inhaltlich nicht mit diesen Einwänden befasst.

Seit dem Sommer 2004 – Herr Dr. Jung hat es angesprochen – ist vor dem Staatsgerichtshof ein Verfahren anhängig, das die Verfassungsmäßigkeit der Wahlkreiszuschnitte infrage stellt. Ich denke, wir sollten uns aus wohlüberlegten Gründen zu dem derzeit laufenden Verfahren auch hier nicht öffentlich äußern.

Alle Fraktionen im Landtag waren sich einig, nicht auf das Urteil zu warten, sondern selbst initiativ zu werden und notwendige Veränderungen bei den Wahlkreiszuschnitten vorzunehmen. Mit den Fraktionsvorsitzenden wurde im Frühjahr 2005 vereinbart, dass Verschiebungen zunächst innerhalb der Landkreis- bzw. Stadtkreisgrenzen durchgeführt werden sollen. Dies führt nach einer Statistik des Landeswahlleiters zu vertretbaren Ergebnissen. Lediglich im Fall der beiden Wetterauer Landtagswahlkreise ist dies nicht möglich, da dort die Toleranzgrenze deutlich nach oben überschritten wird.

Die SPD-Fraktion sagt: Ja, es ist richtig, die bestehenden Wahlkreise möglichst in den Grenzen der Gebietskörperschaften zu belassen. – 1980 wurde dies bei der damaligen großen Reform der Landtagswahlkreise gemacht. Ich habe das zu Beginn meiner politischen Karriere erlebt. Das war wirklich eine große Zäsur. Damals gab es nämlich Wahlkreise, die sich über die Kreisgrenzen hinweg erstreckten. Mit der Neuordnung wurde dies alles zusammen verändert.

Auf Bitten der Fraktionen hat der verehrte Herr Innenminister einen ersten Entwurf aus seinem Hause zur Verfügung gestellt. Dieser Entwurf sollte, was auch geschehen ist, in den Fraktionen beraten und – so der politische Wille in diesem Haus – nach Möglichkeit gemeinsam verabschiedet werden. Ich finde, es ist eine gute Tradition, Landtagswahlgesetze möglichst im Konsens zu verabschieden, weil dies alle Fraktionen betrifft

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

und keine Fraktion sicher sein kann, dass bei jedem Wahlgang das gleiche Wahlergebnis herauskommt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das wäre schlimm! Dann würdet ihr in Berlin immer weiter regieren!)

– Herr Hahn, wissen Sie, dann hätten wir in Nordhessen auf kommunaler Ebene immer gut über 50 %. Damit könnten wir leben – um das hier einmal deutlich zu sagen. Ich bin sehr dafür, dass die Karten dann gemischt werden und dass die Wählerinnen und Wähler das entscheiden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP)

Was machen CDU und FDP? Herr Dr. Jung hat den Gesetzentwurf eben für die CDU- und für die FDP-Fraktion begründet und eingebracht. Mit diesem Verfahren werden alle bisherigen Prinzipien en passant über Bord geworfen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, ich kenne die Pressemitteilung, die Sie in Gießen abgegeben haben. Sie sehen, ich bin wie immer gut informiert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Das unterscheidet den einen oder anderen auf der anderen Seite von uns. Aber lassen wir das.

Einen Entwurf der Fraktionen gab es schon 1980; da haben Sie völlig Recht. 1980 hat eine große Wahlkreisreform stattgefunden. Es gab damals drei Fraktionen im Hessischen Landtag: SPD, FDP – sie haben eine Koalition gebildet – und CDU.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schlimme Zeiten waren das!)

– Ach, Herr Kollege, das sehen die einen so, die anderen sehen das anders. Das würde ich gelassen zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die drei Fraktionen haben gemeinsam diesen Entwurf verabschiedet. Die damalige Opposition – die CDU – wurde ausdrücklich eingebunden. Herr Dr. Jung, deswegen ist das hier gewählte Verfahren eine klare Abweichung und, wie ich finde, dem Thema nicht angemessen. So schlecht und mangelhaft sind andere Fraktionen noch nie eingebunden worden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in diesen Gesetzentwurf offensichtlich ihre parteipolitischen Präferenzen eingearbeitet.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Nein, Herr Kollege Hahn, auch da irren Sie sich. Bevor eine Rede vorgetragen wird, wird das mit dem Fraktionsvorsitzenden abgestimmt. Der Fraktionsvorsitzende hat eindeutig bestätigt, dass es im Frühjahr Gespräche gab. Das ist so. Es gab einen ersten – ich sage einmal – Entwurf aus dem Hause Bouffier. Er war die Beratungsgrundlage für die Diskussion in unseren Fraktionen.

Nun bringen Sie einen Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP ein. Es ist klar: Offensichtlich wollen CDU und FDP keine gemeinsame Lösung aller vier Fraktionen. Dies ist bedauerlich und der Sache abträglich.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind wir uns alle einig: Es besteht Änderungsbedarf. Ich habe auf die Problematik hingewiesen – mögliches Urteil des Staatsgerichtshofs. Darauf wollen wir nicht warten. Ich denke, das ist politisch richtig und sinnvoll.

Nun kommt der Herr Innenminister, die Abteilung Tiefgang: Ich melde mich einmal, ich habe mit der Sache eigentlich gar nichts zu tun. – Sonst klappt das mit Pressemitteilungen und anderen Dingen aus diesem Hause schon besser.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Aber nur in diesem Hause! Es gibt auch andere!)

Der Innenminister sagt: Ich mache an dieser Stelle gerade einmal gar nichts. – Frau Kollegin Ypsilanti, in diesem Hause ist das besonders extrem, da wird noch die kleinste Kleinigkeit PR-mäßig produziert.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aus Sicht der SPD-Fraktion zu drei Bereichen etwas sagen, die natürlich in unserer Fraktion diskutiert werden, möglicherweise auch in anderen Fraktionen.

Erster Bereich: Landeshauptstadt Wiesbaden. Wiesbaden soll einen Landtagswahlkreis verlieren. Die Wiesbadener SPD – aber nicht nur sie, es gibt wohl einen einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hier in Wiesbaden –

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

sagt, die jetzige Größenverteilung in Wiesbaden ist nicht gerecht, daran muss sich etwas ändern. – So weit besteht Einvernehmen. Aber die Frage aus Wiesbaden, warum diese Argumentation nicht auch für andere Wahlkreise in Hessen gilt, ist mehr als berechtigt. Insofern Konsens in Wiesbaden darüber, dass dies nicht unproblematisch ist. Es gibt, wie gesagt, einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.

Für den Bereich der Landtagswahlkreise in Gießen müssen wir feststellen: Kollege Schäfer-Gümbel hat bereits vor einigen Monaten Korrekturen an dem damaligen ersten Entwurf vorgebracht. Der nunmehr vorliegende Entwurf setzt sich darüber hinweg.

Herr Innenminister Bouffier, ich spreche Sie jetzt persönlich an, denn Sie haben – ich glaube, es war heute – in der Presse in Gießen erklärt, das, was der Kollege Schäfer-Gümbel erklärt hat, stimme alles überhaupt nicht. Über Ihren Kreisvorsitzenden hat der Kollege Schäfer-Gümbel angeregt, gemeinsam Gespräche zu führen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Das haben Sie abgelehnt. Meine Damen und Herren, deswegen bleibt natürlich die Frage: Wollte sich der Innenminister für Gießen einen eigenen Wahlkreis zusammenschustern – um das einmal so vorsichtig zu formulieren?

(Widerspruch bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es, natürlich!)

Herr Innenminister, deswegen können wir zumindest einmal die Frage der Neutralität hier durchaus kritisch anmerken.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es!)

Es gab den Wunsch des Kollegen Schäfer-Gümbel, gemeinsam darüber zu reden, wie wir das hinbekommen können. Sie haben das abgelehnt.

Meine Damen und Herren, für den Bereich der Landtagswahlkreises in Kassel müssen wir feststellen, dass der nunmehr eingebrachte Entwurf gegenüber dem ersten Entwurf aus dem Hause Bouffier deutliche Unterschiede aufweist. 16 Großgemeinden beim ersten Entwurf, die im Landtagswahlkreis Kassel I zu berücksichtigen sind – heute sind es 18. Das bedeutet bei vielen kleinen Ortschaften eine deutliche Erhöhung der Anzahl der zu betreuenden Menschen. Deswegen ist die Forderung aus den ländlichen Bereichen des Landes Hessen nicht unberichtig, zu sagen: Nicht nur die Anzahl der dort lebenden Menschen muss ein Kriterium sein, sondern möglicherweise auch die Wahlkreisgröße. Denn sonst ist eine vernünftige Wahlkreisbetreuung schlechterdings nicht möglich.

Für die sozialdemokratische Fraktion sage ich: Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Kriterien Wahlkreisgröße und Anzahl der Abgeordneten. Wir wollen auch in den Wahlkreisen präsent sein. Das geht nur, wenn man das zeitlich und sachlich bewältigen kann.

(Rüdiger Hermanns (CDU): Ihr müsst mehr Stimmen bekommen!)

Meine Damen und Herren, deswegen ist diese Frage natürlich nicht uninteressant. Immerhin sind dann in Kassel die Wahlkreise immer noch mehr als 40.000 Einwohner größer als der kleinste Wahlkreis in Südhessen.

Meine Damen und Herren, der schlechte Stil – ich sage das für uns so deutlich –, den CDU und FDP mit ihrem Gesetzentwurf heute praktiziert haben,

(Widerspruch bei der CDU und der FDP)

legt den Verdacht nahe, hier wollte man ein parteipolitisches Spielchen spielen. Ich formuliere das vorsichtig, denn wir befinden uns in der Einbringung. Nach einer Einbringung gibt es eine Anhörung; ich glaube, da sind wir uns einig.

Meine Damen und Herren, deswegen sollten wir jetzt gemeinsam darangehen, die Änderungen der Landtagswahlkreise vernünftig zu lösen.

Ich will aber auch die positiven Beispiele herausstellen, wie es auch möglich gewesen ist. Es gab in der Wetterau – da spreche ich nicht den Präsidenten, sondern den Landtagskollegen Kartmann an, der gemeinsam mit anderen Gespräche geführt hat – eine vernünftige, konsensuale Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich spreche den Bereich Darmstadt-Dieburg an. Dort gab es unter den Kollegen ebenfalls gemeinsame Gespräche – ja, Kollege Milde, Kollegin Hofmann, ich sage ausdrücklich, es hat funktioniert.

Deswegen war der Kritikpunkt vorhin: Warum hat man das bei anderen Wahlkreisen nicht so gemacht? Ob am Ende dann alle damit einverstanden sind, ist eine andere Geschichte. Aber Sie sind den Weg des gemeinsamen Gesprächs nicht gegangen. Das ist der Kritikpunkt, den wir hier und heute ansprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind bereit, auf Sachargumente einzugehen und im Rahmen der Anhörung dafür zu werben, den Zuschnitt der Wahlkreise in Hessen sachgerechter zu machen. In dieser Zielsetzung sind wir uns einig. Deswegen ist kein Platz für parteipolitische Ränkespiele. Wir wollen ausdrücklich vonseiten der F-, der SPD sagen –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nicht für uns!)

– Ich nehme es zurück, ich nehme es doch zurück.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Danke! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wollt ihr denn mit solchen Versprechern? Das ist ja wie bei Kanzlerkandidaten!)

– Eben, es gibt Leute, die angeblich noch etwas Höheres wollen, und die machen auch ganz andere Sachen. Von daher: Gelassenheit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich wollte es nur klarstellen!)

Wir erklären also ausdrücklich unsere Bereitschaft zu Gesprächen. Wir erklären ausdrücklich unsere Bereitschaft, die Änderung des Landtagswahlgesetzes, die wichtig ist und die auch nicht jedes Jubeljahr vorkommt – die Bedeutung für die Menschen und für die Fraktionen hat, für die Parteien –, konsensual zu lösen. Dies sage ich für die sozialdemokratische Fraktion.

Deswegen bedauern wir es, dass Sie den Weg des Fraktionsentwurfes gegangen sind. Es besteht noch die Gelegenheit, im Rahmen der Anhörung auf diese Argumente einzugehen. Es wäre schön, und das wäre auch der Beleg dafür, dass es CDU und FDP nicht um die parteipolitische Sache geht, sondern um die rechtliche Ausgewogenheit, die Wahlkreise aufgrund der unterschiedlichen Strukturen gerechter zu machen. Dafür steht die sozialdemokratische Fraktion bereit. Herr Dr. Jung, es liegt an Ihnen, dass wir diesen Weg gemeinsam erfolgreich zu Ende gehen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Rudolph. – Als Nächster hat Herr Hahn das Wort für die FDP-Fraktion.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Sache, über die wir hier diskutieren, ist nicht geeignet, zu parteipolitischen Scharmützeln genutzt zu werden. Ich bin sehr dankbar für den Redebeitrag des Kollegen Rudolph.

(Günter Rudolph (SPD): Ich war sehr sachlich!)

Er macht nämlich deutlich, dass die verbale Aufrüstung, die der Generalsekretär der hessischen SPD ganz kurz vor seinem 50. Geburtstag offensichtlich noch einmal brauchte,

(Günter Rudolph (SPD): Guter Mann, der Schmitt!)

jetzt wieder zur Seite gelegt worden ist und wir uns damit beschäftigen, worum es wirklich geht. Kollege Schmitt, ich bitte wirklich darum, solche Überschriften wie „Murks und schlechter politischer Stil“ erst dann öffentlich zu machen,

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch Murks!)

wenn man vorher mit den Fraktionsvorsitzenden gesprochen hat.

(Beifall bei FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch unglaublich!)

– Herr Kollege Schmitt, es wäre ganz klug, wenn Sie mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden gesprochen hätten.

(Norbert Schmitt (SPD): Mit dem haben wir gesprochen! Aber Sie haben nicht mit uns gesprochen!)

– Nicht mit dem von der FDP oder der CDU, sondern wenn Sie mit Ihrem gesprochen hätten.

(Beifall bei der FDP)

Dann wüssten Sie, dass Sie eine Reihe schlichter Unwahrheiten dort hineingeschrieben haben.

(Widerspruch bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Zum Beispiel?)

Das müssen Sie sich einfach gefallen lassen – dass wir das hier kurz ansprechen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was war denn unwahr?)

Also, Kollege Schmitt, „politische Scharmützel“ – – Das Alter hat doch ein bisschen etwas mit Reife zu tun. Wir haben gestern Ihren 50. Geburtstag gefeiert. Jetzt hören Sie doch auf, sich hier weiter zu produzieren.

(Norbert Schmitt (SPD): Was war denn in meiner Pressemeldung unwahr?)

Der Staatsgerichtshof hat uns relativ deutlich gemacht, dass wir eine Änderung vornehmen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was war denn unwahr? – Gegenruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Seien Sie doch ruhig! – Replik des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Von Ihnen lasse ich mich noch lange nicht maßregeln! – Zurufe von der CDU: Uuiuiuiui!)

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal, damit Herr Hahn mit seinen Ausführungen fortfahren kann.

### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Mitglieder des Staatsgerichtshofes, führende hessische Staatsrechtler haben in mehreren Gesprächen mit allen Fraktionen dieses Hauses deutlich gemacht, dass man davon ausgehen kann, die jetzige Form der Verteilung der Wahlkreise könnte bei einer künftigen Landtagswahl nicht mehr verfassungsgemäß sein. Ich formuliere das so

konjunktivisch, weil ich weiß, dass der Landeswahlleiter und andere Persönlichkeiten aus der Landesverwaltung uns bitten, dem Staatsgerichtshof nicht noch irgendwelche Vorlagen zu geben.

Wir haben also Gefahr in Verzug. Wir sind uns wohl alle darüber einig: Die nächste Landtagswahl soll 2008 auf alle Fälle verfassungsgemäß organisiert werden.

(Clemens Reif (CDU): Die fällt doch aus!)

– Die fällt nicht aus, wie sich das mancher aus der CDU-Fraktion – lieber Clemens Reif – wünscht. Da gibt es verschiedene Interessenlagen.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre auch nicht verfassungsgemäß!)

Die Demokratie ist noch immer das oberste Staatsprinzip, das wir in Hessen haben – auch wenn ihr manchmal schon späfeudale Züge in eurer Arbeit deutlich machen wollt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn wir uns alle darüber einig sind, dass eine Änderung vorzunehmen ist, dann war es unheimlich vernünftig, dass der Fraktionsvorsitzende der größten Fraktion, Dr. Franz Josef Jung, die anderen drei Kollegen eingeladen hat. Ich breche da kein Beratungsgeheimnis – so etwas gibt es bei Besprechungen von Fraktionsvorsitzenden nicht –,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

aber wir waren uns darüber einig, dass es eine Änderung geben muss.

(Reinhard Kahl (SPD): Eben, unstrittig!)

In diesem Gespräch waren wir uns auch darüber einig – ich sage das jetzt hier, weil das etwas mit Stil zu tun hat –, dass es einen Fraktionsentwurf gibt. Wir hatten zwei andere Kritikpunkte; insbesondere – ich schaue Tarek Al-Wazir an, weil der die Frage sehr problematisiert hat – welche Rechengrundlage wir zugrunde legen. Aber wir waren uns über Folgendes einig.

Erstens. Es bleibt bei 110 Abgeordneten. Wir verändern die Zahl der Wahlkreise nicht.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Zweitens. Weil es um die erste Gewalt geht, bringen die Fraktionen – und nicht mehr die Landesregierung – einen Gesetzentwurf ein.

(Günter Rudolph (SPD): Ja! – Reinhard Kahl (SPD): Aber bitte alle!)

Drittens. Wir versuchen, die zwei strittigen Punkte einigermaßen zu klären. Das haben wir bisher nicht geschafft. Das ist richtig.

Tarek Al-Wazir – ich kann das ja nachvollziehen – hat die Idee vorgetragen: Ich habe doch nichts dagegen, dass die Wahlbevölkerung genommen wird. Aber vertreten wir eigentlich nur die Wahlbevölkerung? – Da ist ein Offenbacher selbstverständlich noch etwas anders involviert als einer aus der Wetterau, denn er hat sicherlich einen größeren Bevölkerungsanteil zu vertreten; wenn er sich in Offenbach für die Polizei einsetzt – das war sein Beispiel –, dann setzt er sich nicht nur für die Wahlbevölkerung ein, sondern auch für die nicht deutsche Bevölkerung.

Darüber kann man doch diskutieren. Aber bitte nicht „Murks und schlechter politischer Stil“ – das sind alles Dinge, die nicht hierher gehören.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, deshalb will ich auch nicht viel mehr dazu sagen. Ich will darauf hinweisen, dass wir das, was wir in der Wetterau erreicht haben, auch in Gießen erreichen können. Für die FDP-Fraktion sage ich ausdrücklich: Wir haben auch ein Ziel, ein Interesse daran, dass das in Gießen etwas anders organisiert wird, als es jetzt im Gesetzentwurf steht.

(Zuruf von der SPD: Danke!)

Aber irgendwann müssen wir mit dem Gesetzgebungsverfahren beginnen. Das haben wir jetzt getan. Da sollten sich alle diejenigen, die mit diesem Thema etwas zu tun und kein Interesse daran haben – wie der Generalsekretär, den ich jetzt anscheinend noch zu einem Nachruf provoziert habe –, parteipolitisches Kapital daraus zu schlagen,

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

zusammensetzen und eine Lösung finden.

(Reinhard Kahl (SPD): Abrüsten!)

Es ist am sinnvollsten, man nimmt das Modell Wetterau.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir haben das vorgeschlagen!)

Da gab es Gespräche zwischen Norbert Kartmann, Jürgen Walter, dem Kollegen Becker und mir. Da gab es Gespräche mit den GRÜNEN, auch wenn sie vor Ort niemanden haben; ansonsten sind wir dort mit sehr hohen Repräsentanten des Landtags vertreten. Es gab verschiedene Karten. Die veränderten sich im Verlauf der Diskussion immer mehr – bis wir den Vorschlag erarbeiteten hatten, gemeinsam CDU und FDP, wie wir ihn jetzt eingebracht haben.

Ich glaube, das muss man alles sehr niedrig hängen. Wir müssen das Problem in Gießen – wenn es noch eines gibt – lösen. Meine Parteifreunde sagen dasselbe. Sie sagen auch, dieser Zuschnitt ist relativ willkürlich.

Wir dürfen gar keinen willkürlichen Zuschnitt machen, weil wir dann wieder ein Problem mit dem Staatsgerichtshof haben. Herr Dr. Jung hat eben gesagt – ich wiederhole es –: Wir werden jetzt die Änderungen, die notwendig sein können oder müssen, im Rahmen der Gesetzesberatungen erörtern. Ich appelliere an Sie, in der Öffentlichkeit nicht weiter das Bild zu vermitteln, als würden wir irgendwelche parteipolitischen Zuschnitte von Wahlkreisen machen wollen. Das Ziel muss es vielmehr sein, dass letztlich dieses Haus als erste Gewalt mit sehr, sehr großer Mehrheit die notwendige Wahlkreisneueinteilung vornimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Hahn. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Schmitt von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das habe ich mir gedacht! – Günter Rudolph (SPD): Sie haben ihn doch provoziert, Herr Kollege Hahn!)

### Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat hat mich der Kollege Hahn mit der Behauptung provoziert, meine Pressemitteilung enthalte Unwahrheiten. Ich habe sie zum Glück bei mir, Herr Kollege Hahn. Gehen wir sie einfach einmal durch und arbeiten einmal ganz solide ab, ob es Tatsachenbehauptungen oder Unwahrheiten sind.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da bin ich gespannt! – Lebhafte Zurufe)

Ich habe geschrieben: „CDU und FDP haben die von ihnen gewünschten Änderungen als Fraktionsentwurf eingebracht.“ So ist es wohl. Nächste Behauptung: „Damit werden alle bisherigen Prinzipien über den Haufen geworfen.“ Dazu hatte der Kollege Rudolph von uns etwas gesagt. Bisher gab es tatsächlich noch nie einen Entwurf, der nicht von allen Fraktionen in diesem Haus getragen worden ist.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Das ist also keine Unwahrheit, sondern eine nüchterne, sachliche und richtige Feststellung.

Die nächste Behauptung ist: „Bis zum heutigen Tag habe für die Neuordnung der Wiesbadener Wahlkreise kein Vorschlag des Ministeriums vorgelegen.“ Ist das eine Unwahrheit, oder ist das die Wahrheit, Kollege Hahn? Das möchte ich jetzt von Ihnen einmal wissen. Ich will es auch vom Innenminister wissen. Denn wenn er die Frage wahrheitsgemäß beantwortet, wird er sagen müssen: bis zum heutigen Tage kein Entwurf des Innenministers. Deswegen hatten wir ja in unserem Schreiben vom 27. Mai dieses Jahres darauf hingewiesen,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

dass wir zu Wiesbaden als Partei und als Fraktion gar nicht Stellung nehmen können, weil dazu überhaupt kein Vorschlag vorliegt.

Sie sagen immer, es habe Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden gegeben. Wir haben diese Frage in der Tat mit unserem Fraktionsvorsitzenden erörtert. Er musste immer sagen: Ich habe keine Ahnung, wie es in Wiesbaden weitergehen soll.

Dann habe ich behauptet: „Im Bereich Gießen sei dem Vorschlag der SPD, den sie an den Innenminister gerichtet habe, nicht gefolgt worden.“ Das ist eine Tatsachenfeststellung. Ist das richtig, oder ist das falsch? Ist das gelogen, oder ist es wahr? Es ist die nüchterne Wahrheit. Es ist nicht einmal zu Gesprächen gekommen, meine Damen und Herren.

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schmitt, die zwei Minuten sind herum.

### Norbert Schmitt (SPD):

Deswegen sage ich noch einmal: Murks im Detail und ganz miserabler politischer Stil in der Sache. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Schmitt. – Als Nächster hat Herr Al-Wazir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zu dem, in dem wir uns wahrscheinlich alle miteinander einig sind. Unter anderem die Landesanwältin hat zum Stichwort „Gültigkeit der letzten Landtagswahl“ gesagt, dass aus ihrer Sicht dringend etwas für die Zukunft passieren muss. Wir als Fraktion sehen das auch so, weil es aus unserer Sicht nicht sein kann, dass bei der bisher gültigen „Währung“ Wahlberechtigte, wenn ich einmal so sagen darf, der Wahlkreis 19 im Landkreis Gießen von seiner Größe her 42,8 % über dem Durchschnitt und der Wahlkreis 30 in der Stadt Wiesbaden um 31,15 % unter dem Durchschnitt liegt. Das können wir in unser aller Interesse nicht stehen lassen, weil es im Zweifelsfall, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, der einzelnen Abgeordneten nichts nützt, wenn sie den Wahlkreis gewinnt und die Wahl danach für ungültig erklärt wird, weil man das vorher wusste und ein Verfahren vor dem Staatsgerichtshof anhängig war.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Darüber sind wir uns einig!)

Da sind wir uns alle einig. Ein Zweites, bei dem wir uns alle einig sind, ist, dass wir, wenn man sich die Größen insgesamt anschaut, weiterhin an dem Prinzip festhalten sollten, möglichst keine gebietskörperschaftüberschreitenden Wahlkreise zu haben. Das haben wir bisher nur zwischen Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner in dem einen Fall und zwischen Darmstadt und Darmstadt-Dieburg in dem anderen Fall. Das sollte man nicht auch noch vergrößern, sondern man sollte, wenn es irgend geht, innerhalb der Grenzen der Kreise oder der kreisfreien Städte bleiben.

(Norbert Schmitt (SPD): Auch richtig!)

Das Dritte ist – das folgt daraus –, dass die Wetterau, bei welchem Modell auch immer, einen dritten Wahlkreis braucht. Selbst da sind wir uns noch alle einig.

Die Frage, bei der es anfängt, ein bisschen problematisch zu werden, ist: Wo soll denn, wenn die Wetterau einen dritten Wahlkreis braucht, dieser hergenommen werden? Da werden wir uns langsam uneinig. Das hat sehr viel damit zu tun, welche „Währung“, also welche Berechnungsgrundlage, man nimmt.

Es gibt aus meiner Sicht zwei sinnvolle Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit, die man begründen kann, ist die, die Zahl der Wahlberechtigten zu nehmen; so ist es bisher. Dann gilt, bezogen auf die Wahlentscheidung, das Motto: gleicher Wert der abgegebenen Stimme.

Die zweite sinnvolle Möglichkeit ist die Gesamtbevölkerung als Berechnungsgrundlage. Das bedeutet: alle Einwohner, egal, ob sie über oder unter 18 Jahre alt sind und ob sie Deutsche oder Nichtdeutsche sind. Eine solche Berechnungsgrundlage wählt man, wenn man sagt: Es geht darum, wen der direkt gewählte Abgeordnete in seinem Wahlkreis vertritt.

Ich bin nicht direkt gewählt; das hat in Hessen noch kein GRÜNER geschafft.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nicht! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir arbeiten daran!)

– Das kann noch kommen. Ich werde einmal bei Ströbele nachfragen, wie so etwas geht.

Der direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises 43, Offenbach-Stadt, Stefan Grüttner, hat sicher die Erfahrung, dass sich auch Bürgerinnen und Bürger an ihn wenden, die nicht Deutsche sind, und er vertritt sie natürlich auch.

Aus meiner Sicht gibt es also zwei Möglichkeiten, entweder die Zahl der Wahlberechtigten – Stichwort: Wert der Stimme – oder die Gesamtbevölkerung, Stichwort: Wer wird vertreten?

(Frank Gotthardt (CDU): Ich kümmere mich sogar, wenn jemand von außerhalb Hessens anruft! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Deshalb gehst du nach Berlin! – Frank Gotthardt (CDU): Das ist konsequentes Handeln!)

Sie haben allerdings eine dritte Möglichkeit gewählt. Ich sage ausdrücklich: Diese dritte Möglichkeit ist aus meiner Sicht rechtlich nicht problematisch – es gibt andere Bundesländer, die eine solche Regelung haben –; sie macht aber keinen Sinn. Man sagt: alle Deutschen, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht. Das heißt, man zählt die unter 18-Jährigen mit.

Ich sage Ihnen, warum das keinen Sinn macht. Wenn man nicht mehr auf die Wahlberechtigung abstellt, ist es notwendig, die Nichtdeutschen dazuzählen, weil es darum geht, wen man vertritt.

Es gibt einen weiteren Punkt, der die Frage ein bisschen anders aussehen lässt als früher. Sie müssen sich einmal anschauen: Seit der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. Januar 2000 hat es in der Bundesrepublik Deutschland 800.000 Einbürgerungen gegeben. Das heißt, über kurz oder lang wird es, und zwar in zunehmender Schnelligkeit, dazu kommen, dass auch die Nichtdeutschen zur Wahlbevölkerung zählen werden, weil sich die Lücke zwischen Staatsvolk auf der einen Seite und Gesamtbevölkerung auf der anderen Seite glücklicherweise immer weiter schließen wird. Deswegen macht es Sinn, als Berechnungsgrundlage die Gesamtbevölkerung zu nehmen.

(Frank Gotthardt (CDU): Wenn sich die Lücke schließt, ist es doch egal!)

– Das sollte man machen, damit man das Wahlgesetz nicht alle vier oder fünf Jahre ändern muss.

Wenn man allerdings die „Währung“ Gesamtbevölkerung – so darf ich sie nennen – nimmt, kommen wir wieder zu der Frage zurück: Wo soll der Wahlkreis herkommen? Denn dann sind die Wahlkreise in Wiesbaden auf einmal gar nicht mehr so klein

(Reinhard Kahl (SPD): Immer noch!)

– übrigens sind auch die Wahlkreise in Frankfurt dann gar nicht mehr so klein – wie nach der jetzigen Berechnungsgrundlage, weil die nicht deutsche Wohnbevölkerung vor allem in den größeren Städten lebt.

Ich sage ausdrücklich: Der Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden hat Recht. Er hat uns alle angeschrieben, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung kundgetan und dazu gesagt: Die jeweiligen Wahlkreisabgeordneten haben die Interessen aller in Wiesbaden lebenden Menschen zu vertreten und werden häufig auch von Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern angesprochen, die nicht wahlberechtigt sind. – Das ist nun einmal einfach richtig, und das können, glaube ich, die drei Abgeordneten der Stadt Wiesbaden bestätigen, die direkt gewählt sind und sich in den Reihen der CDU befinden.

(Norbert Schmitt (SPD): Die anderen auch!)

Wenn wir in den Ausschüssen über die Frage ernsthaft beraten, bitte ich ausdrücklich darum, noch eine vertiefte Anhörung durchzuführen. Denn wenn das Richtige passieren würde, wenn man nämlich die Gesamtbevölkerung als Berechnungsgrundlage nähme, würde es dazu kommen, dass ein Wahlkreis nicht mehr aus Wiesbaden, sondern aus dem nordhessischen Bereich kommen würde.

Die Entscheidung ist für die Abgeordneten, die die Wahlkreise bisher vertreten, nicht einfach. Sie ist auch für die Sozialdemokratie nicht einfach. Aber sie würde eigentlich Sinn machen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich möchte das auch begründen.

Jeder Abgeordnete hat die Materialien der Enquetekommission „Demographischer Wandel“ bekommen. In diesen Materialien des Hessischen Statistischen Landesamts steht auf Seite 41 – ich kann allen empfehlen, sich das anzusehen – eine Prognose für das Jahr 2020, d. h. für die Situation in 15 Jahren. In 15 Jahren gibt es zwei Kreise, von denen der eine über 9 % und der andere fast 8 % an Bevölkerung verloren haben wird. Das sind der Werra-Meißner-Kreis und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber erst im Jahr 2020!)

– Nein, es fängt schon an, Frau Wagner.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja, klar, es fängt schon an!)

Der Werra-Meißner-Kreis hat in den letzten Jahren schon fast 5 % der Bevölkerung verloren. Das heißt, wenn wir jetzt etwas machen, was sowohl dem demographischen Wandel als auch den Einbürgerungen, die ja stattfinden, nicht Rechnung trägt, werden wir ein Gesetz beschließen, das wir spätestens in der nächsten Legislaturperiode wieder ändern müssen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das stimmt!)

Das aber macht aus meiner Sicht keinen Sinn, Frau Kollegin Wagner.

Ich sage noch etwas. Wir waren uns auch alle einig, möglichst keine gebietskörperschaftübergreifenden Wahlkreise zu machen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wenn man das ernst nimmt, dann heißt das faktisch, dass es in Zukunft einen Wahlkreis Werra-Meißner und einen Wahlkreis Hersfeld-Rotenburg geben wird.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das kann passieren!)

Ich habe so ein bisschen die Befürchtung, dass ein Teil der Veränderung in der Bezugsgröße – von den Wahlberechtigten auf die deutsche Bevölkerung auch unter 18 Jahren – deshalb gewählt worden ist, damit man genau das vermeiden kann, weil es auch kein Geheimnis ist, dass die drei Abgeordneten der drei Wahlkreise Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner und der, der dazwischen liegt, alle noch einmal kandidieren wollen, währenddessen die drei direkt Gewählten aus der CDU-Fraktion – –

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Jetzt wird es aber! – Reinhard Kahl (SPD): Ein bisschen dünne!)

Ich fürchte, das könnte ein Hintergedanke gewesen sein.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt geht es auch noch um die Frage von Entfernungen, über die man reden kann!)

Aus meiner Sicht soll mein letzter Vorschlag für die Zukunft sein – –

(Reinhard Kahl (SPD): Aber Prognosen werden schon als Grundlagen genommen!)

– Kollege Kahl, ich finde, wir sollten das in aller Ruhe besprechen. Aus meiner Sicht fehlt noch etwas in diesem Gesetzentwurf. Es fehlt aus meiner Sicht die Pflicht des Landeswahlleiters, in Zukunft von Amts wegen anzugeben, wenn aus seiner Sicht Wahlkreise zu groß oder zu klein werden. Ich fände es analog dem Bundeswahlgesetz sinnvoll, wenn man in das Wahlgesetz einen Passus einfügte, der besagt, von Amts wegen muss sich der Landeswahlleiter melden, die Fraktionen anschreiben, dem Innenminister Bescheid sagen, den Parteien Bescheid sagen, wenn aus seiner Sicht für eine Wahl eine solche Veränderung eines Wahlkreises droht.

Ich fände es auch sinnvoll, wenn es eine beim Landeswahlleiter angesiedelte unabhängige Kommission gäbe, die die Vorschläge macht, wo aus ihrer Sicht etwas geändert werden soll. Wenn es im Einvernehmen zwischen allen Landtagsfraktionen – Beispiel Wetterau – andere Vorschläge gibt, dann muss man die nicht übernehmen. Aber ich finde das aus unserer Sicht eigentlich hilfreich, weil man dann sicher sein könnte, dass keine anderen Überlegungen hinter der Wahlkreiseinteilung oder Berechnungsgröße als die stehen, die wirklich nur mit der Sache zu tun haben. Das ist aus meiner Sicht im Landtagswahlgesetz angebracht. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister Bouffier hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich will bei dem Gedanken anfangen, den der Kollege Al-Wazir eben genannt hat. Das ist durchaus interessant. Wenn Sie sich einmal anschauen, was das bisher in der Praxis gebracht hat, klingt das gut. Wir sind auch gelegentlich mit der Einteilung der Bundestagswahlkreise befasst. Alle Vorschläge des Bundeswahlleiters werden regelmäßig vom Bundestag abgelehnt – in Übereinstimmung aller vier großen Parteien, die auch in diesem Hause vertreten sind. Der Bundeswahlleiter bemüht sich seit sechs Jahren, hessische Wahlkreise zu verändern. Es ist nie gelungen, warum auch immer.

Die grundsätzlichen Positionen, die diesem Gesetzentwurf der Fraktionen zugrunde liegen, hat Herr Dr. Jung vorgetragen. Ich habe zwei Punkte, weshalb ich noch einmal das Wort ergreifen will. Zum einen muss ich nicht zuletzt im Interesse meiner Mitarbeiter ein paar Dinge zu rechtfertigen. Sie, Kollege Schmitt, haben eben etwas anderes gesagt, als Ihre Pressemeldung aussagt.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein!)

In Ihrer Pressemeldung haben Sie gesagt: „Noch nie gab es einen Fraktionsentwurf zur Änderung von Landtagswahlgesetzen“. Das ist nachweislich falsch. Heute haben Sie gesagt: Noch niemals gab es einen – das weiß ich

nicht –, den nicht alle Fraktionen eingebracht haben. – Das ist ein Unterschied. Seinerzeit, 1980 – das hatte ich nicht zu verantworten –, hat das hessische Innenministerium genauso wie heute auch zugearbeitet.

(Günter Rudolph (SPD): Das haben wir doch gar nicht kritisiert!)

– Langsam. Ich lege großen Wert darauf, dass solche unanständigen Behauptungen nicht länger unwidersprochen bleiben.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Unanständig!)

– Herr Kollege Schmitt, tun Sie langsam. In Ihrer Presseinfo vom 6. Juli steht: Noch nie war die Information des Innenministeriums so mangelhaft.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es!)

– So ist es. Dazu stelle ich vor dem Hause Folgendes fest. Alle Fraktionen dieses Hauses inklusive der Landesvorstände der hier im Hause vertretenen Parteien haben vollumfänglich die gleichen Unterlagen erhalten.

(Norbert Schmitt (SPD): Zum Beispiel zu Wiesbaden? Was haben Sie dazu geliefert?)

– Sie fordern es geradezu heraus. Herr Schmitt, ich empfinde Ihre Behauptung nicht nur für die Mitarbeiter und den Landeswahlleiter als ehrenrührig. Sie ist auch falsch. Einzig und allein die Sozialdemokratische Partei hat sich an uns gewandt und hat zusätzliche Informationen erbeten, die sie auch bekommen hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Das habe ich auch gesagt!)

Was wollten Sie haben? Sie wollten eine Umrechnung der Landtagswahlkreise der letzten drei Wahlen auf die neuen Wahlkreise haben. Das haben Sie bekommen. Das hat außer der SPD niemand verlangt, was ich nicht rüge.

(Petra Fuhrmann (SPD): Weil Sie die CDU vertreten, und die anderen kann es nicht so sehr interessieren!)

Herr Präsident, ich kann es noch lauter, aber ich möchte das Haus vom Verhalten der Sozialdemokratischen Partei unterrichten.

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Zwischenrufe auf diesem Lärmpegel sind wir gewohnt. Aber die Mittagspause lädt eventuell zu einem etwas heftigeren ein. Also bitte mehr Ruhe.

### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Die Mittagspause in Ehren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der zuckert hier!)

Es geht nicht. Sie haben bis zur Stunde weder schriftlich noch mir bekannt mündlich irgendeine weitere Auskunft erbeten. Deshalb ist es nicht richtig, wenn Sie in Ihrer Pressemeldung schreiben, noch nie habe es eine so schlechte Information gegeben. Das, was die zuständige Abteilung geleistet hat, war aus meiner Sicht hervorragend. Es war eine Menge von Unterlagen. Wer zusätzliche haben wollte, hat sie bekommen. Deshalb ist Ihre Behauptung wahrheitswidrig.

(Beifall bei der CDU)

Aus Zeitgründen, und damit die Mittagspause nicht noch verkürzt wird:

(Reinhard Kahl (SPD): Die wird nicht verkürzt!)

Ich habe Ihr Schreiben vom 30.05. vorliegen – Sozialdemokratische Partei Hessen. Sie haben sechs Punkte genannt. Im ersten Punkt, Groß-Gerau, stimmen wir zu. Zweiter Punkt. Zu Wiesbaden geben wir keine Stellungnahme ab; die ist uns nicht möglich.

(Norbert Schmitt (SPD): Warum?)

– Ich zitiere das. Warum? Üblicherweise machen die kreisfreien Städte Vorschläge. Da die Stadt Wiesbaden beschlossen hat, keinen Aufteilungsvorschlag zu machen, sondern sich darauf zurückgezogen hat, zu sagen: „Den Verlust des Wahlkreises halten wir für falsch“ – Sie kennen das Schreiben –, gibt es diesen Vorschlag nicht.

Dritter Punkt. Wetterau – einvernehmlich gelöst. Zu Gießen komme ich gleich. Fünfter Punkt. Darmstadt-Messel – einvernehmlich gelöst. Sechster Punkt. Sie rügen, dass im Landkreis Kassel ein Wahlkreis eine Reihe von Gemeinden mehr als andere hat.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben es festgestellt!)

Das kann man so machen. Nur muss man dann sagen: Wir hätten es gerne anders.

(Günter Rudolph (SPD): Sie sind abgelehnt!)

Das heißt, ich habe alle Ihre Wünsche, soweit sie überhaupt umsetzbar waren, weitergegeben. Sie sind in dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP enthalten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wer hat das unterschrieben? Schmitt?)

– Da ist gar nicht unterschrieben – doch, Norbert Schmitt, 30.05.2005.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch völlig unstreitig und steht in der Pressemitteilung! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist ein Eigentor! Unglaublich!)

Nächster Punkt. Man merkt die Absicht und ist verstimmt: Der Innenminister schneidet sich einen Wahlkreis zurecht. – Ich finde das ganz prima. Hier höre ich heute, der Kollege Schäfer-Gümbel wollte mit mir reden. Bis zur Stunde kam keiner.

(Günter Rudolph (SPD): Über den Kreisvorsitzenden!)

– Ach, über den Kreisvorsitzenden? Machen Sie sich doch nicht lächerlich. Wir sitzen stundenlang, tagelang zusammen. Wenn einer von mir etwas will – wir kennen uns lange genug, Herr Kollege –, dann kann er doch zu mir kommen.

(Günter Rudolph (SPD): Sie kriegen jetzt die Antwort!)

Ich habe mich öffentlich nie dazu geäußert. Am vergangenen Samstag gab es in einer Gießener Zeitung einen großen Bericht mit dieser Überschrift nach dem Motto: Ich schneide mir einen Wahlkreis zurecht. – Nun möchte ich Ihnen vortragen, was der Kollege Schäfer-Gümbel fordert und was ich nur aus der Presse kenne. Er hat nicht widersprochen. Ich möchte es Ihnen einmal vorlesen, damit wir wissen, wie wir miteinander umgehen:

Es wäre richtig gewesen, in der heimischen Region einen zusätzlichen Wahlkreis zu schaffen, um der Region eine Stimme mehr in Wiesbaden zu verschaffen. Die Gießener SPD fordert einen dritten Wahlkreis für den Landkreis Gießen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Mit wie vielen Wahlberechtigten?)

Ich habe noch nicht gehört, dass die hessische SPD auch fordert. Es ist auch ganz schön. Als Gießener bin ich sehr dafür. Nur, zu Hause einen dritten Wahlkreis zu fordern, aber keinerlei Vorschläge zu machen, wo der herkommt, hier im Landtag eine Nummer aufzumachen, die geradezu bodenlos ist, und zu sehen, wie die eigene Partei jetzt mit erstaunten Gesichtern hier sitzt, das ist genau die Methode, die ich nicht unwidersprochen lassen kann.

(Beifall bei der CDU)

Es macht sich vor Ort gut, für drei Wahlkreise einzutreten. Aber es ist feige, das nicht einmal hier vorzutragen. Im Übrigen ist der Vorschlag sachwidrig. Ich bedauere es, das als Gießener sagen zu müssen. Aber die großen Abweichungen und damit mathematisch die ersten Ansprüche auf weitere Wahlkreise wären in den Bereichen der Bergstraße, Main-Kinzig und Lahn-Dill. Deshalb kann solchen Vorschlägen ernsthaft nicht gefolgt werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Main-Kinzig – hochinteressant!)

Vorletzte Bemerkung. Ich habe der Presse entnommen, die SPD – Herr Schäfer-Gümbel – schlägt vor, eine andere Zuteilung mit zwei anderen Gemeinden vorzunehmen. Dem kann man nicht folgen. Würden wir dies tun, würde der von mir seit Jahren vertretene Wahlkreis über 34 % Abweichung vom Durchschnittswahlkreis haben. Wenn wir vorher gemeinsam zu der Überzeugung gekommen sind, 30 % ist die verfassungsrechtlich relevante Grenze, macht es wenig Sinn, einem Vorschlag zu entsprechen, der augenscheinlich diese Verfassungsgrenze überspringt. Ich kenne das alles nur aus der Zeitung.

Meine Damen und Herren, letzte Bemerkung. Es ist im Moment relativ egal, welche Gemeinde in meinen Wahlkreis kommt oder meinen Wahlkreis verlässt. Ich habe die große Freude, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass ich in allen Gemeinden des Landkreises Gießen bei den Erststimmen mit weitem Vorsprung gewonnen habe. Von daher mögen Sie das viel sachlicher sehen, als das hier gekommen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Bouffier, danke. – Herr Schäfer-Gümbel hat sich zu Wort gemeldet. Herr Schäfer-Gümbel, bitte schön. Ihnen stehen fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt die Entschuldigung! – Gegenruf von der SPD: So weit kommt es noch!)

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen Anlass für eine Entschuldigung gibt es höchstens bei einem Mitglied, das auf der Regierungsbank sitzt, nämlich bei dem Wahlkreisabgeordneten Bouffier.

(Beifall bei der SPD)

Es gab eine Mitteilung an den Landesverband der SPD – das ging allen Parteispitzen Hessens zu –, die den ersten Entwurf für eine Neueinteilung der Wahlkreise enthielt. Diese ist – das wird bei den meisten Parteien Hessens wahrscheinlich so üblich sein – bei uns an die jeweiligen Unterbezirke mit der Bitte um eine Stellungnahme gegangen.

Wir haben uns in mehreren Runden zusammengesetzt und über den Vorschlag diskutiert. Wir haben einen sehr umfänglichen Beschluss dazu gefasst, der verschiedene Teile enthält.

Grundsätzlich sagen wir in diesem Beschluss Ja zu einer Änderung der Wahlkreise. Denn es geht gar nicht anders.

Zweitens ging es aber um die Frage, welche verschiedenen Möglichkeiten es gibt. Wir haben miteinander mehrere Varianten diskutiert. Alle Varianten haben aus den unterschiedlichsten Gründen Vor- und Nachteile.

Herr Bouffier hat wie folgt argumentiert. Dabei will ich die vorgesehene Wahlkreiseinteilung im Detail jetzt gar nicht diskutieren.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Denn wenn wir das jetzt hier für alle Wahlkreise machen würden, hätten wir viel zu tun. Aber in dem Entwurf zur Änderung des Landtagswahlgesetzes wird ein Argument aufgeführt, das besagt, dass bei der Frage des Zuschnitts der Wahlkreise auch geographische Dinge zumindest eine gewisse Bedeutung haben sollen. Der Vorschlag des Innenministers sieht nun ausdrücklich eine Durchschneidung des Lumdatal vor.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Das hat in der Region Gießen eine gewisse geographische Bedeutung. Für den Teilraum Süd soll das angeblich alles nicht möglich sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es! – Günter Rudolph (SPD): Das ist interessant!)

Herr Bouffier, wir haben diese Stellungnahme, bevor wir sie veröffentlicht haben, an alle Parteien des Landkreises Gießen, die auch im Hessischen Landtag vertreten sind, mit der Bitte um Stellungnahme und ein Gespräch geschickt. Wie gesagt, das Ganze kam über die Parteien. Sie haben über Ihren Parteivorsitzenden --

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Hahn, ich komme dazu. Sie sollten am besten ganz ruhig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt ist es aber gerade einmal gut!)

Denn Sie wissen, dass die Stellungnahme des Kreisverbands der FDP genau dem entspricht, was ich hier vortrage. Herr Hahn, Sie wissen, dass die Stellungnahme des Kreisverbands der FDP mit dem übereinstimmt, was ich hier gerade vortrage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Ich habe Herrn Braun, das ist Ihr Vorsitzender in diesem Landkreis, ausdrücklich darum gebeten, ein Gespräch zu vermitteln, damit wir diese Frage miteinander besprechen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! Herr Bouffier hat gelogen!)

Die Antwort des Herrn Braun, die mir wenige Tage später telefonisch zuging, lautete, dass Sie der Auffassung seien, wir sollten unsere Vorschläge erst einmal formal in das Verfahren einbringen, für Gespräche im Landkreis Gießen gebe es aus Ihrer Sicht keine Notwendigkeit.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unglaublich! Das ist wirklich gelogen! So viel zur Wahrheit!)

Darin besteht der Unterschied im politischen Stil und im politischen Umgang miteinander. Herr Bouffier, das nenne ich feige, und sonst gar nichts. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schäfer-Gümbel, vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und des Hessischen Abgeordnetengesetzes, Drucks. 16/4205, angekommen.

Es ist vorgesehen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung dem Innenausschuss zu überweisen. Es erhebt sich kein Widerspruch? – Dann wird so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie damit in die Mittagspause entlassen. Wir treffen uns um 14.15 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 13.15 bis 14.19 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und bitte Sie um Aufmerksamkeit. Ich bitte auch die Kollegen der SPD, Platz zu nehmen.

Noch eingegangen sind zwei Dringliche Entschließungsanträge sowie ein Dringlicher Antrag. Sie sind zwischenzeitlich verteilt worden.

Zum einen ist dies der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend massiver Eingriff in die Finanzaushalte der Ballungsraumkommunen, Drucks. 16/4244. Zum anderen ist dies der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Ja zum europäischen Verfassungsvertrag – Ja zur Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses, Drucks. 16/4245. Des Weiteren ist dies der Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zustände im hessischen Strafvollzug, Drucks. 16/4246.

Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Entschließungsantrag Drucks. 16/4244 Tagesordnungspunkt 118. Er wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 2, 40 und 111 aufgerufen werden.

Der Dringliche Entschließungsantrag Drucks. 16/4245 wird Tagesordnungspunkt 119. Er kann zusammen mit den Tagesordnungspunkten 49, 50 und 114 aufgerufen werden.

Der Dringliche Antrag Drucks. 16/4246 wird Tagesordnungspunkt 120.

Ich sehe, dass dies allgemeine Zustimmung gefunden hat. Herr Kollege Kahl, bitte.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend massiver Eingriff in die Finanzaushalte der Ballungsraumkommunen, der jetzt zusammen mit Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen werden wird, den anderen Antrag der Fraktion der SPD, der für diese Debatte vorgesehen war, ersetzt.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Können Sie mir bitte noch die Drucksachennummer sagen?

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist Tagesordnungspunkt 40!)

– Es geht also um Tagesordnungspunkt 40. – Der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/4244, ersetzt den Antrag der SPD-Fraktion unter **Tagesordnungspunkt 40**.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja!)

– Okay. – Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main – Ballungsraumgesetz umsetzen**

Außerdem rufe ich **Tagesordnungspunkt 111** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend verbesserte kulturelle Zusammenarbeit in der Rhein-Main-Region – kein Kulturzwangsvorstand – Drucks. 16/4227 –**

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 118** auf:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend massiver Eingriff in die Finanzaushalte der Ballungsraumkommunen – Drucks. 16/4244 –**

Es ist eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion vereinbart. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie über einen Beschluss des Kabinetts unterrichten, der am vergangenen Montag gefasst wurde und der die Zusammenarbeit der Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main in den Grenzen des Planungsverbands betrifft, den das Ballungsraumgesetz vorsieht, das der Hessische Landtag verabschiedet hat.

Ich möchte dabei über einen Punkt sprechen, den ich in meiner Regierungserklärung, die ich im vergangenen Jahr gehalten habe, bereits klar beschrieben habe. Es gab dazu eine Ankündigung der Landesregierung. Derzufolge ist neben einigen anderen Maßnahmen, auf die ich gleich kurz zu sprechen kommen werde, aus Sicht der Landesregierung die Frage der kulturellen Zusammenarbeit im Planungsverband von besonderer Bedeutung.

Kurz gefasst kann ich sagen: Wir glauben, dass es im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main unerlässlich ist, dass es im Kern zu einer gemeinsamen Durchführung kultureller Projekte von internationaler und überregionaler Bedeutung kommt. Die Region soll gemeinsam über diese Projekte entscheiden, sie soll diese dann aber auch gemeinsam finanzieren. Das muss angegangen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das befindet sich in dem Kontext des Ballungsraumgesetzes, zu dem der hessische Staatsgerichtshof im vergangenen Jahr nach Klagen und Auseinandersetzungen entschieden hat, dass es verfassungsgemäß ist. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass in der öffentlichen Diskussion dieser Tage immer wieder auch die Frage auftaucht, ob es in diesem Zusammenhang zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen wird.

Bei dieser Angelegenheit geht es sichtbar um Geld. Deshalb ist das auch einer der Punkte, für die Sie und die Landesregierung sich interessieren. Aber natürlich interessiert das auch jeden Bürgermeister und Landrat. Deswegen ist der Ruf nach einer rechtlichen Auseinandersetzung bei diesem Thema selbstverständlich lauter, als es bei anderen Themen der Fall ist.

Das haben wir auch während der ersten Stufe so gesehen, als der Hessische Landtag das Ballungsraumgesetz beschlossen hat. Wenn Sie sich die Presseerklärungen anschauen, die früher dazu gemacht wurden, dann werden Sie erkennen, dass sich das damalige Szenario nicht sehr von der Diskussion unterscheidet, die wir heute dazu führen. Eine Landesregierung und auch ein Landesparlament haben keinen Anspruch darauf, dass andere nicht meinen, ihre Interessen vor Gericht wahrnehmen zu müssen. Aber es gibt einen Anspruch darauf, dass eine Ebene, wie es ein Bundesland nun einmal ist – es ist für das Zusammenwirken in einer Region verantwortlich –, die Kraft aufbringt, Entscheidungen zu treffen. Hoffentlich kann es am Ende auch aufgrund von Klugheit und angemessener Beratung diese Entscheidungen vor Gericht durchsetzen, so wie es bisher der Fall war.

Auch wenn diese Diskussion angespannt und gelegentlich durchaus auch aufgeregt über alle parteipolitischen Grenzen hinweg geführt wird, bleibt schon zu fragen, warum wir uns eigentlich mit einem Thema wie der Kultur beschäftigen. Ich glaube, die Antwort auf diese Frage ist nicht nur für die spätere juristische Auseinandersetzung bedeutend. Warum hat ein Landtag einen zwar immerhin kleinen, aber doch vorhandenen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung vorgenommen? Dieser Eingriff ist kleiner, als es die Bildung eines Regionalkreises wäre. Dieser Eingriff ist kleiner, als es jegliche Form einer Eingemeindung selbstverständlich sein könnte. Aber auch wenn es der kleinste Eingriff ist, der denkbar ist, handelt es sich immer noch um einen Eingriff in die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist ein Eingriff in die finanziellen Freiheiten, gelegentlich auch in die organisatorischen Freiheiten, die damit zusammenhängen.

Warum machen wir das also? Warum ist die Frage, welches kulturelle Angebot es in der Rhein-Main-Region gibt, für uns alle im Bundesland Hessen von besonderer Bedeutung? Es ist banal, festzustellen, dass wir alle, die wir im Bundesland Hessen leben, zum Teil von dem Ertrag des Rhein-Main-Gebiets leben. Das Rhein-Main-Gebiet ist nicht nur das dichtestbesiedelte Gebiet Hessens. Vielmehr ist es auch das Gebiet, das einen ganz erheblichen Teil zu der Wirtschaftskraft und zu dem beiträgt,

was wir, die wir quer über das ganze Land verteilt wohnen, zur Verfügung haben.

Es handelt sich also um eine Region, in der man gutes Geld verdient. Es handelt sich aber auch um eine ganz untypische Region. Es handelt sich um eine Region, die längst nicht so groß ist wie die von Paris, London oder New York. Es ist eine Region, in der es viele Entscheidungsträger gibt. Herr Prof. Speer hat einmal gesagt, es handele sich dabei um eine polyzentrische Struktur. Zugleich handelt es sich um eine Region, die aufgrund ihrer Verkehrsinfrastruktur in besonderer Weise das Potenzial dazu hat, zu einem der Tore Europas zu werden.

Die Fragen müssen lauten: Wie geht man damit um? Was hat das für Konsequenzen? Die Regionen, in denen einzelne Regelungen durch Verwaltung ausgesetzt wurden und die nunmehr Großregionen sind, müssen über die Fragen, die wir hier diskutieren, erst gar nicht nachdenken.

Jetzt kann man sagen: Wir sind keine Region, wie es die von Paris, New York oder London sind. – Das ist unbestritten richtig. Wir wollen auch nicht eine solche Region sein. Es gibt sogar eine besondere Herausforderung. Unsere Region ist nämlich nur etwa ein Zehntel so groß wie die anderen, die es gibt. Also könnten wir uns doch eigentlich fragen: Warum werden wir dauernd mit diesen Regionen verglichen?

Die Antwort ist relativ einfach: weil die wirtschaftliche Stärke, die diese Region Frankfurt/Rhein-Main hat, darin liegt, dass man außerhalb der Region eigentlich nicht merkt, dass wir wesentlich kleiner sind. Bei der Frage: „Nenne mir die zehn wichtigsten Marktplätze, Netzwerke, wirtschaftlichen Metropolen und Regionen in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika“ – früher hätte man Asien noch dazu genommen, aber da entstehen jetzt zwei oder drei weitere –, ist Frankfurt auf der Liste. Es käme niemand auf die Idee, wenn er in Südamerika Europa betrachtet, einen großen Unterschied zwischen den drei Plätzen London, Paris und Frankfurt zu machen. Aber was daraus an wirtschaftlichen Erfolgen kommt, hängt davon ab, was die Menschen eigentlich antreffen, wenn sie diesen Platz sehen. Welche Erwartungen haben sie an das, was dort geschieht? Diese Frage beschäftigt uns oft. Sie beschäftigt uns bei etwas, was nur einen kleinen Teil des Parlaments hier interessiert, nämlich in der Frage der Verkehrserschließung. Sie erwarten genauso günstige Verkehrsverhältnisse wie an anderen Plätzen. Aber sie erwarten eben auch, dass sie dies tatsächlich als ein Tor zu Europa nutzen können, dass das, was dort an wirtschaftlicher Stärke da ist, auch eine Stärke von Lebensqualität ist,

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

eine Lebensqualität, in der wir wieder einen Wettbewerb haben. Diese polyzentrische Struktur, die wir haben, ist ein Vorteil. Ein Bürgermeister kümmert sich um seine Gemeinde und seinen örtlichen Kindergarten und sieht das neue Zuziehen von Bürgerinnen und Bürgern anders, als man das im Verwaltungsbezirk III B, weit entfernt von der Zentrale, irgendwo tut. Es ist wahrscheinlich der entscheidende Qualitätsvorteil, dass wir im Rhein-Main-Gebiet nicht einheitlich verwaltet, sondern dass jeder in seiner überschaubaren örtlichen Gemeinschaft etwas leisten kann, so wie es ein Qualitätsvorteil der Region ist, dass sie nicht ganz so groß ist, was die Frage angeht: Wie lange muss man eigentlich fahren, um vom Arbeitsplatz mitten in der City zu dem Wohnort, einigermaßen entfernt von

der City, sodass es nicht so lange dauert, der aber doch schon im Grünen liegt, zu kommen? Das sind unsere Stärken, und die wollen wir alle nicht zerstören.

Die Aufgabe der Landespolitik, die Frage, über die wir uns hier gemeinsam unterhalten, ist: Kann man diese Stärken der Dezentralität so gestalten, dass daraus nicht durch Wahrnehmungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region für die Zukunft wichtig sind, so große Schwächen werden, dass wir aus dieser Vergleichbarkeit von Metropolregionen, mit denen wir glücklicherweise im wirtschaftlichen Leben heute verglichen werden, herausfallen? Das ist die Legitimation, warum sich ein Land und nicht nur die unmittelbare kommunale Selbstverwaltung jeder einzelnen Gemeinde auch mit einer Frage wie der Kultur beschäftigt. Wenn es nur um die Frage ginge, wie das in einer Stadt, in einer Gemeinde wird, wäre es eben ein Teil der kommunalen Selbstverwaltung, zu sagen: Wir bieten unseren Bürgern einen guten oder einen schlechten Service. – In dem Augenblick, in dem diese Frage der kleinen Einheit dazu führt, dass in der Gesamtheit ein Qualitätsverlust entsteht, den keiner der einzelnen Beteiligten dieser Einheiten ausgleichen kann, entsteht die Frage, ob die Landesregierung und das Parlament zusehen oder ob Regierung und Landesparlament daraus Konsequenzen ziehen, und zwar im Interesse des gemeinen Wohls.

Wenn ich in diesen Tagen wiederum manche sehe, die bei mir klagen, dass darüber so heftige Auseinandersetzungen stattfinden, muss ich entgegnen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich finden darüber heftige Auseinandersetzungen statt, wie es z. B. in der Föderalismuskommission gelegentlich auch so war, dass es dort auf unterschiedlichen Ebenen Auseinandersetzungen gab. Ebenen haben ihre eigenen Interessen, aber die Tatsache, dass man im Rhein-Main-Gebiet – ich habe das damals ausführlicher dargestellt, als ich es heute tun will, aber es bleibt richtig – gemeinsam etwas tun muss, ist keine neue Erkenntnis. Das hat bereits 1972 zu einem direkt gewählten Parlament geführt.

(Beifall bei der CDU)

Zur Wahrheit gehört, dass dieses Parlament in überparteilicher Übereinstimmung ohne Unterschied allen Kommunalpolitikern die Möglichkeit gegeben hat, in einer hoch entwickelten Weise sicherzustellen, dass nichts Gemeinsames geschieht.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Dieses bildet sich in den Kommunen nach wie vor ab. Jeder betrachtet es als ein Stück Einschränkung seiner Verantwortung: Diejenigen, die möglicherweise im Augenblick weniger Lasten tragen als andere, haben selbstverständlich auch darauf geplant, und diejenigen, die Lasten für andere tragen, haben gelegentlich doch davon profitiert, dass ihnen wenigstens niemand reinreden konnte. Dies ist ja ein Teil der Rhein-Main-Entwicklung, des wechselseitigen Spiels, dass entweder der eine zufrieden war, dass ihm der andere nichts sagen konnte, oder der andere zufrieden war, dass dieser eine für ihn bezahlt hat.

Nun sind wir in einer Situation, in der das zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr zu ausreichenden Erfolgen führt. Die Konsequenz daraus, das Ballungsraumgesetz, ist eine der möglichen Alternativen. Ich weiß, dass es andere gab, aber es ist die, die Gesetz ist und Gesetz bleiben soll. Deswegen ist die erste Frage, wenn man jetzt in einen weiteren Schritt geht: Hat denn das, was wir bisher damit getan haben, Erfolg gehabt? Ich glaube, das sollte man dann

auch nicht ganz unbeachtet lassen. Wir haben im vergangenen Jahr – das war im vergangenen Jahr Gegenstand der Regierungserklärung – mit einer Dringlichkeitserklärung die Region aufgefordert, sich mit der Frage des regionalen Marketings im Wirtschaftswettbewerb zu beschäftigen. Wir können heute feststellen, dass die Gründung einer „Frankfurt/Rhein-Main GmbH – International Marketing of the Region“ eine Möglichkeit war, die ohne Anwendung der Zwangsmassnahmen, die das Gesetz auch beinhaltet, zu einem Ergebnis geführt hat. Ein Großteil der Region hat inzwischen am 24. März 2005 den Gesellschaftsvertrag geschlossen. Das ist ein bemerkenswertes Datum, was meine Person angeht.

(Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jeder hat so seine Eselsbrücken!)

– Gut, wenn es jedes Jahr zum Geburtstag geschieht, ist ja genug Zeit bis zum nächsten Mal, Herr Kollege.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie werden immer älter!)

Also es ist in Ordnung, aber wenn es dann vier Tage vor der Kommunalwahl ist, könnte man in meinem Lebensalter Schritt für Schritt die Region einen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will dabei darauf hinweisen, dass sich das Land Hessen im Rahmen der Verhandlungen und Gespräche dieser Gesellschaft bereit erklärt, sich mit einem eigenen Gesellschaftsanteil und einer Finanzierung, die dem Gesellschaftsanteil entspricht, an dieser Maßnahme zu beteiligen. Wir haben aufgrund dieser gemeinsamen Entscheidung in einem Kabinettsbeschluss vom 4. Juli dieses Jahres festgestellt, dass die für dringlich erklärte gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben als derzeit gewährleistet angesehen wird.

Im Februar 2005 hat sich die Gesellschaft für integriertes Verkehrsmanagement gebildet, an der neben 15 Gebietskörperschaften im Rhein-Main-Gebiet auch die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz beteiligt sind.

Am 20. Juli 2005 – Sie erinnern sich an meine Bemerkungen in meiner letzten Regierungserklärung zu der Frage, dass es sein könnte, dass auch bezüglich der Regionalparkstruktur eine Dringlichkeitserklärung erforderlich ist, wenn sich die Beteiligten nicht zu einem vernünftigen Weg verständigen –, also in sehr absehbarer Zukunft, wird der Gesellschaftsvertrag zur Regionalpark-Dachgesellschaft Frankfurt/Rhein-Main beurkundet werden. Dies ist auf Vorschlag des Rats der Region beschlossen worden. Den habe ich das letzte Mal angemessen beschimpft, deswegen will ich an dieser Stelle auch sagen: Das ist der erste im Wesentlichen durch den Rat der Region mit entwickelte gemeinsame Weg innerhalb der Region, aus den streitenden Regionalparkgesellschaften durch eine Zusammenführung in eine Dachgesellschaft die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Auch an dieser Stelle hat das Land Hessen erklärt, dass es sich weiterhin an der Finanzierung beteiligen und gemeinsam mit dem Planungsverband auch Verantwortung tragen wird.

Damit ist offenkundig: Im Vergleich mit dem Zustand, den wir lange gehabt haben, ist durch das Ballungsraumgesetz in wesentlichen Teilen durch das Kernziel, das der Gesetzgeber gehabt hat, durch die verbindliche Erklärung, dass wir den Zustand der Nichtkooperation nicht länger dulden wollen, eine Situation entstanden, in der freiwillige Kooperationen begonnen wurden, sodass die Entwicklung auf einem guten Weg ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommen wir zu einer für die Region wahrscheinlich im Vergleich zu den anderen genannten Aufgaben noch bedeutenderen, aber auch in ihrem Konflikt aufgrund der finanziellen Implikationen, die sie hat, offensichtlich schwieriger zu führenden Diskussion. Die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, so wie sie überregional und international wahrgenommen wird, hat finanzielle Konsequenzen, die die Beteiligten nicht unbetroffen daneben stehen lassen. Sie hat aber auch große Konsequenzen für das Selbstverständnis und für die Abarbeitung von lieb gewonnenen Spannungen, die sich in der Vergangenheit oft an der Stadtgrenze von Frankfurt am Main aufgebaut haben und die man in manchen Texten der Presseerklärungen der letzten Tage auch wieder nachlesen konnte.

Angesichts der Kulturausgaben in der Region und in der Stadt Frankfurt und deren großer Unterschiedlichkeit zeigt sich hier natürlich auch – das darf nicht verschwiegen werden –, dass es in einer Situation, in der man nicht dazu kommt, ein Gemeinwesen so zu organisieren, dass alles in einen Topf kommt, Verteilungsprobleme gibt. Das ist wiederum eine Frage, wie man eine Region organisiert. In der Betriebsstruktur von London, New York und Paris ist diese Frage nicht bedeutend. Das Geld geht zunächst in einen zentralen Topf. Jeder der Beteiligten weiß, dass ein nennenswerter Teil am zentralen Kernpunkt bleibt, im Planquadrat der Innenstadt, dass es weniger Geld für die Vororte gibt, die dann teilweise auch entsprechend aussehen, und dass die gesamte Infrastruktur für die Bürger an einer Stelle zentral vorgehalten wird.

Wir glauben, dass ein Teil der Lebensqualität unserer Region daher röhrt, dass wir das nicht so machen. Das Ballungsraumgesetz und die Dringlichkeitserklärung der Landesregierung sollen erreichen, dass wir auch hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sodass es im Zentrum nicht mehr die Kraft gäbe, dort das vorzuhalten, was normalerweise in den Mittelpunkt eines großen Ballungsraums gehört. Dies muss aber so gemacht werden, dass alle einigermaßen verträglich an den Lasten teilnehmen.

Meine Damen und Herren, Standorte, wie wir sie im Rhein-Main-Gebiet haben, die für innovative Unternehmen aufgrund der Mobilität von Information und Kapital zunehmend austauschbar werden, haben heute andere Herausforderungen als vor 20 Jahren. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass man bestimmte Dinge in Frankfurt machen muss, weil es nur dort die Vernetzung und Ansammlung gibt. Es gibt durchaus Alternativen. Das heißt, im gleichen Maße, in dem es die Austauschbarkeit von Regionen gibt als einen Standortfaktor für Unternehmen, als einen Wohnort für Bürgerinnen und Bürger und man leicht mit dem Flugzeug und Datenkommunikation alle Probleme der räumlichen Distanz überwinden kann, gilt es, mehr und mehr darauf hinzuwirken, dass der Standortvorteil wirklich da ist.

Wir haben in einem Gutachten von Prof. Stölzl eine Zusammenfassung, die ich hier gerne vortrage:

Je mehr es in einer globalen Ökonomie austauschbare Wirtschaftsstandorte gibt, desto wichtiger werden Fragen der Lebensqualität am neuen Platz. Ein überreiches Kulturangebot ist der unwiderstehlichste Willkommensgruß für zuwandernde Eliten. Eine Kulturblüte mit Spitenkräften und Spitzeneignissen schafft Selbstbewusstsein und Stolz, aber nicht nur bei seinen Eliten, sondern auch in die Breite und Tiefe der Gesellschaft. Gerade dort ist die verbindende Kraft gemeinsamen Kulturbes-

wusstseins dringend nötig. Kultur ist Bindemittel der Verständigung zwischen Fremden, die Nachbarn werden wollen. Nichts anderes baut so gut Brücken zwischen den unterschiedlichen Menschen wie die gemeinsame Freude über die Ehe, die eine Region mit ihrer Kultur eingeht.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Genau das muss der Anspruch sein, den unsere große Region Frankfurt/Rhein-Main in Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Entscheidung, die wir im Kabinett getroffen haben, bedeutet im Klartext, dass wir diese Herausforderung annehmen wollen. Wir wollen den Stellenwert als Kulturregion dem Stellenwert, den diese Region als internationaler Netzknotenpunkt, als internationaler Marktplatz, als internationaler Finanzplatz hat, anpassen. Ohne solche Maßnahmen werden am Ende wirtschaftlich alle leiden. Auch dort wieder ist ganz klar: Wenn eine Region Wirtschaftskraft verliert, verliert sie sie nicht im Kern, und alle drum herum schauen in Reichtum zu, sondern sie wird am Ende ihre Kraft immer mehr auf den engeren Raum der direkten Metropole verengen. Sie wird dann nicht mehr Wohlstand weit in die Region drum herum ausbreiten können. Das ist wiederum einer der Gründe, warum es sehr wohl ein gemeinsames, auch materielles Interesse aller Beteiligten gibt, dafür zu sorgen, dass der Stellenwert der Region so bleibt.

Wir müssen diese Potenziale bündeln. Wenn wir das tun, müssen wir die Frage beantworten: Für was bündeln wir die Potenziale? Es gab am Anfang Missverständnisse. Ohnehin ist die ganze Diskussion eine Geschichte, in der man Stück für Stück versuchen muss, Missverständnisse, wie immer sie aufgebaut worden sind, in die richtige Relation zu rücken. Natürlich geht es nicht darum, dass im Ballungsraum jetzt alles zentral verwaltet wird. Wir schaffen die Rahmenbedingungen für eine polyzentrische Struktur doch gerade deshalb, weil wir wollen, dass die Subsidiarität der Aktivitäten bleibt. Alles, was in der Gemeinde gemacht werden kann, die Stadtteilbücherei, das örtliche Vereinswesen, die Bürgerfeste, die Dichterlesung im Bürgerhaus, die Skulpturenausstellung in der Stadt, viele Projekte der Musik, des Theaters, nicht nur mit Schulen, sondern durchaus auch in Theaterringen in allen Bereichen – all das muss doch selbstverständlich nicht zentral geregelt werden. Das ist der klasse Unterschied zu dem, was im Zweifel ein Millionenaufwand ist, was aber in einer Ballungsregion angeboten werden muss.

Meine Damen und Herren, nach dem Gesetz gibt es auch die Möglichkeit, diese Einrichtungen im Rahmen eines Zweckverbandes als Eigentum übergehen zu lassen. Da ruft der eine oder andere in einem Landkreis und in einer Großstadt, das sei Enteignung.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Ich sage in Klammern: Das Zweckverbandsgesetz gibt es schon so lange. Es ist schon so oft gemacht worden. Es hat im richtigen Tatbestand mit Enteignung nichts zu tun. Aber wir glauben, dass Kultur in Institutionen, die als Kooperationen zwangsgeschaffen sind, eine lange Zeit lang zunächst einmal darben wird, weil die Beteiligten sich mit der Zwangsorganisation beschäftigen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Wir haben uns deshalb dazu entschieden: Es reicht, wenn die vorhandenen und neuen Institutionen und neue

Ideen, die es gibt, auf einen gemeinsamen Rahmen von Finanzierung festgelegt werden, der allerdings an Bedingungen geknüpft ist, die dafür sorgen, dass es ein gemeinsames Projekt Kultur gibt. Wir werden uns deshalb unter Bezugnahme auf die entsprechenden Vorschriften des Ballungsraumgesetzes in dem Vorschlag, den wir den Kommunen im Rahmen der Dringlichkeitserklärung gemacht haben, wie wir uns eine Lösung vorstellen könnten, darauf konzentrieren, uns mit der Finanzierung von Kultur in der Region zu beschäftigen, um sicherzustellen, dass jenseits der Grundversorgung auch die anderen Bereiche dessen, was zur regionalen Kulturarbeit gehören muss, in Zukunft eine angemessene Ausformung haben.

Meine Damen und Herren, dies ist kein ganz neuer Gedanke. Ich will nur darauf hinweisen, dass Frau Kollegin Ruth Wagner in der vergangenen Wahlperiode des Hessischen Landtags eine Kulturkommission unter der Leitung von Prof. Hilmar Hoffmann berufen hatte. Er hat in seinem damaligen Bericht bereits darauf aufmerksam gemacht, dass es gelte, die vorhandenen, international herausragenden Kultureinrichtungen und -veranstaltungen zu stärken, zu reorganisieren, zu rekonstruieren und dann auszubauen. Die notwendigen Mittel dafür müssten, so hat er damals geschrieben, bereitgestellt werden, sonst sei Kultur in ihrem Bestand gefährdet. Er hat hinzugefügt, unverzichtbare, überregional bedeutsame Kultureinrichtungen müssten identifiziert und in ihrer internationalen Bedeutung gestärkt werden.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Nichts dagegen!)

Genau das, was dieser Auftrag war, ist nunmehr das Ziel, das hier verfolgt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kulturkommission hat damals auch darauf hingewiesen, dass es generell gelte, eine Trendwende in der kulturpolitischen Debatte herbeizuführen und die Umlandgemeinden wie auch das Land angemessen an der Finanzierung dieser bedeutenden Kultureinrichtungen, die in der Mehrzahl in der Rhein-Main-Metropole liegen, zu beteiligen. Wenn dies nicht gelinge, so schon damals die Kommission, dürften deren Kultureinrichtungen und damit die Attraktivität des Rhein-Main-Gebiets auf Dauer gefährdet sein.

Wir haben uns in der Beratung des Kabinetts zur Vorbereitung der Dringlichkeitserklärung darauf verständigt, dass wir den Kommunen zwei Wege anbieten, wie man sich im Rahmen der Gespräche, die in Zukunft unter den Kommunen zu führen sein werden, der Frage annähern kann, was denn diese überregional bedeutenden Kultureinrichtungen sind. Es gibt im Beschluss des Kabinetts einen siebenstufigen Kriterienkatalog. Sechs der Kriterien müssen erfüllt sein, sodass sichergestellt ist, dass wir nicht über die Gemeindesaale, nicht über programmorientierte Kunst- und Kulturangebote, über Volkshochschule, Bibliotheken und Archive sprechen, sondern dass wir über international und national bedeutende Kultur, über Maßnahmen sprechen, die eine überregionale Werbung erfordern, die Besucherzahlen von 50.000 und mehr Bürgerinnen und Bürger haben, um überhaupt in diese Kategorie zu kommen. Wir wollen auch, dass solche Veranstaltungen einen Fremdbesucheranteil von mindestens 20 % haben müssen, weil sie sonst auch nicht eines der Kriterien erfüllen, das rechtfertigt, dass man sich über die Grenzen einer Region hinaus damit beschäftigt.

Daraus ergibt sich eine vorläufige Liste, ein Vorschlag. Der ist erweiterbar und verkürzbar. Das wird man alles diskutieren können. Er wird aber natürlich in einem großen Maß Einrichtungen in der Kernstadt Frankfurt ent-

halten. Wie vorhin gesagt: So untypisch ist diese Region auch nicht, dass sich nun alle Einrichtungen flächig gleichmäßig über alle Planquadrate einer Ballungsregion verteilen. Nein, natürlich sind diese Einrichtungen zu einem beachtlichen Teil dort konzentriert, aber keineswegs nur dort. Selbstverständlich hat das Stadttheater in Rüsselsheim seine Bedeutung über die Grenzen dieser Stadt hinaus. Die Bürgerinnen und Bürger, die dort Steuern zahlen, können Anspruch erheben, in ihrem Umfang genauso daran beteiligt zu werden, gemeinsame Lastentragung zu haben wie eine Stadt Bad Homburg, eine Stadt Offenbach oder andere. Diese jeweiligen Aufgaben zu identifizieren ist Voraussetzung für die Einigung. Das kann man zentral lösen. Man kann sich aber auch in einer Weise darauf einlassen, dass die Beteiligten sich freiwillig darauf verständigen, wie es geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dies geschieht, dann wird dies am Ende finanzielle Konsequenzen haben. Es gibt das Gutachten von Prof. Pfäffli, das wir auch vorgelegt haben. Das ist ein Modell. Ich habe in einer Presseerklärung dieser Tage gelesen, da seien doch nur wenige Tage gezählt worden. Was wäre denn, wenn da – wer war es, Herr Al-Wazir, die Landfrauen? –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus Wöllstadt! – Jürgen Walter (SPD): Sie haben einen methodischen Ansatz, dass die 10 Millionen € aus dem Fenster geschmissen sind! Dass Kultur wichtig ist, wissen wir doch!)

die Landfrauen aus Wöllstadt, oder wer auch immer, jedenfalls eine Organisation, der Sie zutrauen, sehr viele Menschen auf die Beine zu bringen, gekommen wären? Selbstverständlich, deshalb ist das bei einem solchen Modell unbestreitbar notwendig. Wenn die Kommunen einen anderen Verteilungsmodus finden, sage ich ausdrücklich, dass sie ihn finden sollen. Es gibt auch andere. Ich lade jeden dazu ein, wobei die Frage, wer was nutzt, kein irrelevantes Kriterium ist.

Man kann aber nicht nur vier Wochen lang zählen, sondern selbstverständlich muss die Basis der Verteilung dann auf einer sehr viel kontinuierlicheren Betrachtung beruhen, wo die Besucher herkommen. Die Zählungen müssen regelmäßig wiederholt werden. Daraus müssen Durchschnitte gebildet werden, wie das an vielen Stellen in unserem Land jeden Tag passiert. Es ist also gar nichts Ungewöhnliches. Aber natürlich ist die Frage, wo jemand herkommt, eine dauerhaft sehr vernünftig beantwortbare Frage. Es ist vielleicht eines der objektivsten Kriterien.

Ich sage ausdrücklich noch einmal: Solange es freiwillig geht, kann man verschiedene andere Kriterien finden, wenn alle Kommunen gemeinsam der Auffassung sind, das sei methodisch das Falsche. Die Landesregierung ist nicht der Auffassung, dass es nur das eine gibt. Wenn sich die Beteiligten nicht einigen können und die Landesregierung nötigen, am Ende Regeln aufzustellen, muss man damit rechnen, dass das aus unserer Sicht ein denkbare Kriterium ist, weil es sicherlich in einer juristischen Auseinandersetzung durchaus als ein sehr vertretbares und wissenschaftlich sehr stabiles Kriterium gilt. Nicht aufgrund einer Zählung von vier Wochen – darüber gibt es keinen Streit. Also, die Landfrauen werden das Datum nur mittelfristig beeinflussen können, aber eben in einer Weise, in der es darum geht, die Verteilungsmaßstäbe zu finden. Die Verteilungsmaßstäbe sind dann eben anders als die derzeitige Darstellung der finanziellen Verhältnisse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, denn das ist auch die Wahrheit, obwohl ich sehr wohl weiß – denn ich bin fast zwei Jahrzehnte in diesem Hause –: Niemand ist uneingeschränkter Freund der Stadt Frankfurt als Kernstadt, insbesondere wenn es um das Geld geht. Auch in einer Ballungsregion – dazu bin ich lange genug Bürger der Stadt, in der ich kommunalpolitisch aktiv war – wird Frankfurt von außen immer so angesehen, als hätte sie tendenziell zu viel Geld, als hätte sie sich nie angemessen verhalten

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Eschborn stimmt es aber auch!)

– nein, die Frankfurter –; das Unnötigste von allem wäre, einen solchen Bereich zu stärken. Deshalb ist es eine sehr bequeme These, wenn sie etwas aufwenden, zu sagen: „Die haben es ja auch“, mit der man zunächst einmal in die Diskussion gehen kann.

Ich weiß, dass dies populär ist. Viele Bürger sind aus Frankfurt hinausgezogen, um nicht mehr in Frankfurt zu sein. Da ist es auch für den Bürgermeister eine durchaus nachvollziehbare Verhaltensweise, zu sagen: überall hin, nur nicht nach Frankfurt.

Die Wahrheit ist auf der anderen Seite aber auch: Die Kultur wird ohne die Kernstadt Frankfurt nicht leistbar sein. Für die Kernstadt Frankfurt ist das ein beträchtlicher Aufwand. Die Stadt Frankfurt bringt zur Finanzierung ihres über das Land Hessen, jedenfalls über ihre Stadtgrenzen weit hinauswirkenden Museums- und Theaterangebotes ca. 10 % ihres Gesamthaushalts auf. Frankfurt am Main hat prozentual zum Gesamthaushalt den größten Kulturaushalt aller deutschen Städte. Die Höhe der Mittel, mit denen sich die Region Frankfurt/Rhein-Main über das bisherige kulturelle Angebot hinaus als eigentliche Kulturregion profilieren könnte, würde die Mittel der Stadt Frankfurt übersteigen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP) – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Richtig!)

Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs hat im Rahmen einer Prüfung der Stadt Frankfurt am Main ausgeführt, dass eine allgemeine Finanzierung insbesondere der vielen und teuren Museen finanzpolitisch nicht durchhaltbar sei. Strukturell unterfinanzierte Museen zu unterhalten sei problematisch. Sofern sich die Region nicht an der Finanzierung beteilige, könne die Alternative nur der Verzicht – so hat er dann gesagt – auf mindestens drei Museen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben alle keinen Anlass, unserem Rechnungshofpräsidenten zu misstrauen, dass er sich das nicht sorgfältig überlegt hat. Aber seine Konsequenz wäre die falsche Konsequenz. Deswegen besteht Handlungsbedarf. Man kann nicht einfach so tun, als gäbe es hier nichts.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Natürlich sind sich viele der betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr schnell darüber einig, die Taschen an dieser Stelle zu schließen. Das ist völlig unabhängig davon, ob der Landrat oder der Bürgermeister ein Christdemokrat, ein Sozialdemokrat, ein guter Freund oder ein engagierter Gegner ist. Das kann man aus mancher Kongenialität der Diskussion der letzten Tage ableiten.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist normal. Ich verstehe, dass die sozialdemokratische Fraktion im Hessischen Landtag versucht, daraus Honig zu saugen.

(Jürgen Walter (SPD): Nicht versuchen! Das wird scheitern!)

Dazu ist sie Opposition. Warum soll sie einer Regierung helfen? Aber ich sage Ihnen noch einmal: Egal, wer das Land regiert, wenn Sie der Auffassung sind, Sie können kommunalen Strukturen nur in der Weise gegenübertreten, dass Sie sagen: „Da gibt es Schwarze, und da gibt es Rote“, dann haben Sie das Problem nicht begriffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt Kommunen, die in ihrer Selbstständigkeit bestimmte Dinge nicht miteinander machen wollen, und im föderalen Staat gibt es ein Land unter anderem auch deshalb, um die Grenzen zu bestimmen, wo sie zur Zusammenarbeit verpflichtet sind.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vor diesem Hintergrund gilt es dann allerdings auch, zu sagen, dass man sich die finanziellen Verhältnisse und Strukturen, die damit verbunden sind, einmal angucken müsste. Zu diesen finanziellen Verhältnissen, die wir –

(Die Saalbeleuchtung flimmt. – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihr Staatsminister Grüttner! Wenn der einmal an den Strom geht, dann geht alles schief! – Heiterkeit und Beifall)

– Das ist eine Inlight-Dokumentation.

(Lebhafte Zurufe)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit.

### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ganz ausdrücklich: Im regionalen Kulturverbund brauchen wir Offenbach.

(Heiterkeit – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der letzte Offenbacher schaltet das Licht aus!)

Offenbach ist dann auch ein guter Punkt für die Bemerkung, die ich noch zu der Frage der Finanzen machen möchte. Ich habe eingangs gesagt, allen Beteiligten tut das Thema weh. Denn bei einer Regional-Marketinggesellschaft, bei der die Beteiligten noch die innere Kraft haben, darüber zu streiten, ob sie 3 oder 4 Millionen € jährlich dafür aufwenden, ist das natürlich eine andere Dimension. Natürlich sagen die Kommunen: Möglicherweise können wir eine kulturelle Koordination in der Größenordnung von 10 Cent pro Bürger pro Jahr in einem Verein leisten. – Den Verein, den Frau Dr. Jungherr dort führt, schätze ich ausdrücklich nicht gering.

Wenn die Kommunen anfangen, darüber nachzudenken, ob es klug ist, darauf zu warten, dass wir etwas durchsetzen, oder ob es klüger ist, darüber zu reden, was sie selbst machen können, dann kann das ein sehr interessanter Nukleus sein, zusammen mit der Kulturinitiative Rhein-Main, die ein unglaubliches Maß an fachlicher Kompetenz

zur Verfügung stellen könnte, diese Projekte zu ordnen. Dann würden auch wir sagen: Ein Kreis, der gemeinsam entscheidet, wenn er die finanziellen Voraussetzungen hat, wäre gut beraten, diese Kompetenz an kultureller Fähigkeit einzusetzen und nicht am Ende Bürgermeister – bei allem Respekt vor Bürgermeistern – darüber entscheiden zu lassen, was das Theater und die Oper bekommen.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sie sollten sich dieses Sachverstands bedienen. Nur hinsichtlich der Hoffnung, dass durch die gemeinsamen Treffen und durch einen Betrag von jeweils 10 Cent im Jahr etwas in der Kulturregion Rhein-Main passiert, besteht eine Verpflichtung, sehr klar zu sagen, dass das nicht der Fall ist.

Das Land hätte einfache Möglichkeiten, das Problem zu lösen. Der Landesgesetzgeber hat jederzeit die Möglichkeit, über den Kommunalen Finanzausgleich Kriterien einzuführen, durch die die Stadt Frankfurt das zusätzliche Geld bekäme. Dann wäre das Problem gelöst. Es gäbe auch die Möglichkeit, das in einem Kulturräumgesetz zu regeln, wie es die Sächsische Landesregierung gemacht hat. Der Kommunale Finanzausgleich ist an sich die einfachste Lösung. Sie ist die heftigste Drohung für die Region, wenn wir auf die politische Idee kämen, es zu machen.

Wir haben diesen bequemen Weg gerade nicht gewählt, weil der Vorwurf: „Wir geben kein Geld ab, und die Frankfurter bestimmen“, der die Diskussion jahrelang geprägt hat, ob er richtig oder falsch ist, das emotionale Kernproblem war. Der Finanzausgleich würde genau dieses Problem wieder auslösen. Das Geld wäre in Frankfurt, und die anderen bekämen keine weiteren Kompetenzen. Ich will, dass man gemeinsam finanziert. Eine Stadt, die etwas dazu beiträgt, hat aber auch das Recht, mitzubestimmen. Wir wollen einen Weg finden, dass die Region gemeinsam finanziert, aber auch gemeinsam entscheiden kann, und nicht einfach Geld an andere abgeben muss.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Bei dieser Frage muss man irgendwann auch über die Beträge und Dimensionen reden. Gott sei Dank ist in den Diskussionen klar – der Betrag, den wir für Kultur insgesamt ausgeben, ist sehr beachtlich; er beträgt etwa 340 Millionen € im Jahr, von denen etwa 287 Millionen € allein im Haushalt der Stadt Frankfurt stehen –, dass die überregionalen Kulturstiftungen maximal einen Betrag von 120 Millionen € verbrauchen. Das bedeutet, dass es bei dieser Betrachtung eine Sorge weniger gibt. Wenn man über die Verteilung redet, dann beträgt die Höhe dessen, was die Region in der endgültigen Stufe maximal leistet, 70 Millionen €.

Da ich den Fraktionsvorsitzenden schon gestern mein Redemanuskript zur Verfügung gestellt habe, konnte ihnen der Antrag, der die 70 Millionen € enthält, schon ein bisschen früher vorgelegt werden. Jetzt hören Sie es als Redebitrag. Man wird darüber diskutieren, ob dieser Betrag in Stufen geleistet wird. Ich sage wieder ausdrücklich: Das haben wir doch beim Marketing auch gesehen. Wenn Sie die Landesregierung fragen, ob 3 bis 4 Millionen € genug für Marketing sind, würden sich wahrscheinlich einige finden, die sagen würden: Es ist wahrscheinlich an der ziemlich unteren Grenze dessen, was man noch vertreten kann. – Wenn sich die Region aber gemeinsam auf den Weg macht, werden wir doch am Ende nicht die Zahl fest-

legen, ob man das in einer Stufe macht, ob man das in fünf oder sechs Jahren macht. Das alles mag, wenn es freiwillig geschieht, die Region entscheiden.

Ich sage für das Land an dieser Stelle – so, wie wir es im Prinzip beim Regionalpark gemacht haben, wie wir es im Prinzip im Bereich von Marketing gemacht haben –: Wir sind bereit, wie Pfäffli es ausgerechnet hat, zu sagen: Ja, auch dort gehen wir in einer freiwilligen Vereinbarung mit 10 % dessen, was diese Institution als Umsatz hat, herein. – Das ist, heute klar gesagt, eine Aussage, die irgendwo zwischen 7 und 12 Millionen € liegt. Das ist eine Aussage, die historisch gesehen, ein Beitrag ist.

Es ist ja nicht so, dass es für Frankfurt nichts gäbe. Aber es ist völlig richtig, dass Frankfurt keine klassische Residenzstadt ist. Sie ist nicht so versorgt, wie das München oder andere Landeshauptstädte aufgrund der historischen Tradition sind, weil es bei uns – so ist die Geschichte des Landes – eben für die Städte Wiesbaden, Darmstadt und Kassel die besondere Verantwortung des Landes gibt.

Die Wahrheit ist auch wieder: Frankfurt war über lange Jahre sehr glücklich damit, dass es so ist. Als ich die Regierung übernommen habe, hatten Hans Eichel und Karl Starzacher gerade einen Kulturvertrag mit der Stadt Frankfurt abgeschlossen, in dem die Stadt Frankfurt ausdrücklich wollte, dass die Strukturen so sind, wie sie jetzt geschaffen worden sind, und wir dort einen finanziellen Ausgleich, auch eine Verantwortungsübernahme in anderen Bereichen hergestellt haben.

Dennoch sage ich, wenn es der Einigung dient: Wir als Land haben ein Interesse daran. Die Landesregierung wird dem Haushaltsgesetzgeber vorschlagen, sich dann auch daran zu beteiligen. Allerdings sage ich auch: Ich habe nur ein Interesse daran, das zu machen, wenn es freiwillig ist, dass wir das Zweckverbandsgesetz ändern, um einem Zweckverband Zuschüsse zu geben. Wenn die nicht freiwillig sozusagen auch eine Struktur schaffen, die eine Zukunftsgewandtheit hat und die die persönliche Überzeugung der Beteiligten ist, scheint mir das nicht sehr sinnvoll zu sein. Dort, wo es eine freiwillige Einigung gibt, wird sie nicht daran scheitern, dass das Land nicht bereit wäre, seinen Teil der Verantwortung zu übernehmen.

Aber bitte, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir dann auch, dass ich noch zwei Zahlen sage, die die Relationen ein bisschen gerade rücken. Die Städte und Gemeinden im Ballungsraum haben im Jahr 2003 – und das ist nicht weniger, sondern mehr geworden – insgesamt Verwaltungshaushalte von 5,7 Milliarden € gehabt, davon die Stadt Frankfurt am Main 2,7 Milliarden € und das Umland die restlichen 3 Milliarden €. Ich habe die Kreishaushalte nicht dazu gerechnet, weil es da eine gewisse Überlappung gibt. Aber wir reden von einer Größenordnung von 6 bis 7 Milliarden €, die jährlich in den Verwaltungshaushalten der Kommunen des Planungsverbandes verausgabt werden.

Wir reden deshalb bei der Frage, über die wir hier diskutieren, so schmerhaft sie sein mag, über die Größenordnung zwischen 1 und 2 % der Verwaltungshaushalte der Kommunen der Region. Wir reden nicht darüber, die totale Entmachtung, die totale Ausblutung und anderes zu haben.

Alle in der kommunalen Politik Tätigen wissen, dass jeder Cent Einsparung schmerhaft ist, auch jeder Cent Umlaufschmerhaft ist, aber dass jedenfalls, wenn man es freiwillig schafft, eine Vereinbarung zu treffen, dass

man das auch noch zeitlich gestaffelt in Stufen einführt, niemand behaupten kann und auch niemand juristisch behaupten kann, dass daraus eine Überforderung wird.

Erlauben Sie mir bitte auch noch den zweiten Satz. Karlheinz Weimar und einige andere Finanzminister in Deutschland haben vor einiger Zeit eine Veränderung herbeigeführt, was die Einkommensteuerverteilung unter den Gemeinden angeht. Manche der Landtagskollegen aus den unterschiedlichen Regionen, jedenfalls aus den nördlichen, haben davon auch gehört. Denn das hat zu einer deutlichen Verschiebung der Steuereinnahmen der Kommunen in unserem Lande geführt.

Das war aus Gründen, die man erklären kann, durchaus beabsichtigt. Aber das bedeutet, dass das Regierungspräsidium in Nordhessen etwa 30 Millionen € verloren hat und die beiden südlicheren, insbesondere aber der Regierungsbezirk Darmstadt, die gleiche Größenordnung gewonnen haben. Noch deutlicher gesagt: Zwischen der Veränderung im Jahre 2003 – damals ist sie wirksam geworden – und dem Vorjahr liegen für den Landkreis Hochtaunus und den Main-Taunus-Kreis pro Jahr steuerliche Zugewinne von 9,2 Millionen € im einen und 10,4 Millionen € im anderen Fall, also Beträge, die durchaus ausreichen, diese Herausforderung zu bewältigen.

Den Rhein-Main-Abgeordneten sind diese Beträge nie sonderlich aufgefallen, weil die nahezu unauffällig eingeflossen sind. Wenn ich die Bürgermeister in manchen Landkreisen Nordhessens höre, ist es ihnen durchaus aufgefallen. Aber wir als Gesetzgeber haben es von den Beteiligten verlangt. Wir haben verlangt, dass wegen eines allgemeinen Grundsatzes der Einkommensteuergerechtigkeit den Kommunen diese Verteilung zugemutet wird. Sie sind damit fertig geworden. Wir haben sie bewusst nicht im Kommunalen Finanzausgleich kompensiert.

Wenn der Hessische Landtag zu der Auffassung kommt, dass Umverteilungen in den Verwaltungshaushalten von 1 oder 2 % bei als richtig und notwendig erachteten gesamtpolitischen Interessen nicht mehr vertretbar sind, hätten wir das nicht tun dürfen, was wir gemacht haben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann können Sie regionale Politik vergessen. Es bewegt sich in eine Größenordnung, die niemand freut. Das kann niemand einfach aus der Tasche bezahlen, weil er zu viel Geld hat. Es verlangt von allen Beteiligten an bestimmten Stellen auch Umstrukturierungen, und zwar nicht, indem man die eine Kultur gegen die andere ausspielt, sondern in anderen Bereichen zugunsten der Kultur spart. Das ist die Wahrheit, und damit schließt sich der Kreis.

Jeder, der sich damit beschäftigt, auch in diesem Landesparlament, muss zwei Fragen beantworten. Die erste Frage lautet: Ist die Analyse richtig, dass zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft, des Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit dieser bedeutenden Region Frankfurt/Rhein-Main eine Fortentwicklung der sichtbaren überregional und international anerkannten Kultur gehört, ja oder nein?

Die zweite Frage: Ist es vertretbar, dies mit einer auf die Kultur beschränkten Finanzausgleichs- und Organisationslösung zu machen, oder will man neue Großgebilde à la Regionalkreis oder gar Eingemeindung schaffen, um dieses Problem zu lösen, ja oder nein?

Die Antwort auf diese beiden Fragen führt zu einem Ergebnis. Die Hessische Landesregierung ist der Auffassung, dass wir die Selbstständigkeit der Gemeinden, die Selbstständigkeit der Landkreise und damit die direkte Bürger-

nähe, die der Vorteil der Rhein-Main-Region ist, nicht stören dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Hessische Landesregierung ist zugleich der Auffassung, dass wir nicht zusehen dürfen, wie der kulturelle Rang dieser Region so weit von denen Abstand nimmt, und zwar in die falsche Richtung, die in Europa und darüber hinaus unsere Wettbewerber sind, dass daraus ein schwerer, auch wirtschaftlicher Schaden wird.

Wenn man das beides sagt, dann hilft es nichts, Programme zu schreiben. Programme sind in den letzten 30 Jahren wahrlich genug geschrieben worden. Dann ist es vielmehr notwendig, Entscheidungen zu treffen.

Deshalb hat das Kabinett die Dringlichkeitserklärung abgegeben. Nun gilt es, den Dialog zu pflegen. Es gibt ein Jahr Zeit. Dazwischen liegt eine Kommunalwahl. Die wird den einen oder anderen erst einmal am Nachdenken hindern und das möglicherweise später beschleunigen. Es ist eine Zeit, in der man Alternativen finden kann. Das Problem ist lösbar. Keine Kommune ist überfordert, wenn sie bereit ist, konstruktiv daran mitzuwirken, das Problem zu lösen. Aber es ist aus der Sicht der Landespolitik nicht hinnehmbar, dass sich die Beteiligten verabreden, das Problem nicht lösen zu wollen.

Es ist unter Beteiligung des Landes, auch unter finanzieller Beteiligung des Landes, die Verantwortung eines Bundeslandes, dafür zu sorgen, dass eine Region zusätzliche Chancen gewinnt und nicht Chancen verliert. Und darum handelt es sich hier. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Walter für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dietz, bleiben Sie einen Moment hier; denn Sie als Ballungsraumabgeordneten betrifft das ja nun auch. Ich spreche Sie gleich direkt an; deshalb wäre es hilfreich, wenn Sie hier bleiben würden. – Herr Ministerpräsident, aus dem Beifall Ihrer Fraktion könnte man entnehmen, dass Ihre gesamte Fraktion die Kabinetsentscheidung vom Montag begrüßen und unterstützen würde. Ich habe großen Beifall gehört, wenn ich auch gesehen habe, dass manche Augen ein bisschen heruntergeschlagen waren. Aber Sie wissen, dass das jedenfalls für die Ballungsraumabgeordneten Ihrer Partei nicht gelten kann. Sie wissen, dass ein Rudi Haselbach aus Mörfelden-Walldorf, der dort hinten sitzt, eine Brigitte Kölsch aus Bad Homburg, die direkt hier vorn sitzt,

(Zuruf: Das ist der Volker Hoff!)

und Herr Dietz aus Bad Nauheim hier im Parlament klatzen, wenn Sie reden, dass sich diese drei Ballungsraumabgeordneten aber vor Ort bestenfalls in die Büsche schlagen werden. Wahrscheinlicher aber werden Ihre Abgeordneten vor Ort gänzlich anders reden als hier im Plenum.

(Widerspruch bei der CDU – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Man soll nicht von sich auf andere schließen!)

– Jetzt halten Sie das Ganze wieder für Oppositionsrhetorik. Aber, lieber Kollege Jung, was erwarten Sie denn von Ihren eigenen Abgeordneten, wenn sich der Chef der Staatskanzlei, der hier hinter mir sitzt, sozusagen derjenige, der die Verantwortung für die Ausarbeitung der Dringlichkeitsentscheidung in der Staatskanzlei hat, unser Freund Stefan Grüttner, vor Ort in die Büsche schlägt?

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Wagner?

**Jürgen Walter (SPD):**

Nein, wir haben nicht so viel Zeit.

Ich will das nicht als Oppositionsrhetorik machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht hören Sie an der Stelle einmal zu. Beschluss vom 17.06.2004 der Stadtverordnetenversammlung Offenbach, dessen Mitglied unser Freund Stefan Grüttner ist, und zwar beschlossen mit den Stimmen der CDU. Vielleicht sagen Sie etwas dazu, ob Sie dagegen waren. Ich lese den Text vor:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, gegen eine Realisierung der von Hessens Ministerpräsident Roland Koch angekündigten Gründung von Zwangsverbänden alle juristischen und politischen Mittel zu prüfen und einzusetzen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war kein Einzelfall. Die Offenbacher CDU hat das Thema „Ballungsraum“ als ein großes Wahlkampfthema im Oberbürgermeisterwahlkampf entdeckt. Denn es geht weiter. Antrag diesmal der CDU zum Haushalt. Ihr Chef der Staatskanzlei vom 09.12.2004 auf Antrag der CDU:

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung spricht sich entschieden gegen einen Zweckverband Kultur im Rhein-Main-Gebiet aus,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dessen Hauptziel eine Umverteilung kommunaler Haushaltssmittel in der Region zugunsten der Frankfurter Kultureinrichtungen ist.

Da Stefan Grüttner weiß, dass Widerstand manchmal Geld kostet, hat er das richtig vorbereitet, und in Abs. 3 heißt es:

Für den Fall einer notwendigen Klage werden im Unterabschnitt ... zusätzlich 5.000 € in die Haushaltssstelle eingestellt.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt könnte man immer noch argumentieren: Na ja, das war im Dezember. Wie Konrad Adenauer gesagt hat: Was interessiert mich mein Geschwätz vom letzten Jahr? Jetzt sind wir in einer ganz anderen Situation.

Lieber Kollege Grüttner, Sie wissen, welcher Beschluss jetzt kommt. Der ist vor nicht allzu langer Zeit gefasst

worden, nämlich am 8. Juni 2005. Das ist gerade einmal sechs Wochen her. Mit Zustimmung der CDU wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird beauftragt, für den Fall, dass die Hessische Landesregierung den Kommunen des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main die Gründung eines Pflichtverbandes zur gemeinsamen Kulturförderung vorschreibt, umgehend alle juristischen Möglichkeiten dagegen auszuschöpfen.

Herr Grüttner, ich habe ein gewisses Verständnis dafür, aber Ihre Positionen – zum einen als Staatsminister in der Staatskanzlei in Vorbereitung dieser Dringlichkeitsentscheidung, zum anderen im Offenbacher Stadtparlament gegen diese Entscheidung – führen nicht zu politischer Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn schon Sie sich vor Ort in die Büsche schlagen, dann werden das auch die Rudi Haselbachs dieser Welt machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Roland Koch: Sie wissen, dass Sie nicht die Wahrheit sagen!)

Herr Kollege Grüttner, ich zitiere aus dem --

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Liebe Kollegen, ich weise darauf hin, dass ein Dialog zwischen Regierungsbank und Redner nicht zu einer Besserung führt. Also: immer schön hintereinander.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Grüttner, Sie haben nachher die Möglichkeit, sich von der CDU vor Ort und von Ihrer Stadtverordnetenfraktion zu distanzieren. Das können Sie nachher machen.

(Volker Hoff (CDU): Kommen Sie zur Wahrheit! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Grüttner, Ihre Position im Stadtparlament von Offenbach ist verständlich, denn nach dem Gutachten des Herrn Pfäffli, das Grundlage der Dringlichkeitsentscheidung ist, müsste die Stadt Offenbach einen Betrag in Höhe von 5.352.000 € an den Zwangsverband zahlen. Da das Städtische Ledermuseum und das Klingspor-Museum zukünftig auf den Zwangsverband übergehen sollen, d. h. die Stadt Offenbach von den kommunalen Ausgaben in diesem Bereich in Höhe von 1.089.460 € entlastet werden würde, kämen wir zu einer zusätzlichen Belastung für die Stadt Offenbach in Höhe von über 4 Millionen €. Dieser Betrag entspricht ungefähr dem, was die Stadt Offenbach für die eigene Kulturarbeit aufwendet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Kommune im Ballungsraum, keine Kommune in unserem Bundesland Hessen, keine Kommune in Deutschland könnte je einem solchen Modell zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es handelt sich um den härtesten Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung, denn da, wo kein Geld mehr ist, kann auch keine örtliche Politik mehr gemacht werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt die Frage an den Ministerpräsidenten zu dem Beifall von vorhin: Wenn sich schon Ihr Chef der Staatskanzlei – wie beim Thema Frankfurter Flughafen – in die Büsche schlägt, wie sollen sich denn dann Rudi Haselbach, Frau Kölsch und Herr Dietz verhalten?

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Herr Haselbach, Sie kommen aus Mörfelden-Walldorf. Nach dem Gutachten von Pfäffli

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– dieses Gutachten haben Sie in Auftrag gegeben, hören Sie zu – müsste die Stadt Mörfelden-Walldorf 576.000 € an den Zwangsverband zahlen. Herr Kollege Haselbach, das ist mehr als das, was Ihre Kommune für Vereine und für kulturelle Veranstaltungen insgesamt aufbringen kann.

(Zurufe von der CDU)

Dieser Betrag soll – so steht es in dem uns freundlicherweise zur Verfügung gestellten Manuskript der Rede, der Ministerpräsident war heute defensiver – für den Anteil dieser Kommune zur Haushaltkskonsolidierung der Stadt Frankfurt aufgewandt werden, die dieser die Möglichkeit gibt, neue Kultureinrichtungen zu schaffen. Herr Kollege Haselbach, glauben Sie denn, dass Sie mit dieser Position in Mörfelden-Walldorf kommunalpolitisch überleben werden?

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Dietz hat sich bereits jetzt in die Büsche geschlagen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Die Stadt Bad Nauheim müsste 360.000 € aufbringen. Der Kollege Dietz hat möglicherweise eine andere Argumentationslinie, weil die CDU bei der Bürgermeisterwahl mit 14,3 % so sehr versenkt worden ist, dass der Kollege Dietz sagen kann, Ministerpräsident Koch habe dafür eine Strafe in Höhe von jährlich 360.000 € verhängt. Aber kommunalpolitisch kann man mit so einer Position nicht überleben.

Abschließend komme ich zur Frau Kollegin Kölsch aus Bad Homburg. Bad Homburg soll außerordentlich viel zahlen, da sehr viele Besucher von Bad Homburg nach Frankfurt kommen. Frau Kölsch, Sie haben vorhin rhythmisch geklatscht. Wissen Sie überhaupt, für was Sie geklatscht haben? Sie klatschen für eine Nettozahlung Ihrer Heimatkommune an den Verband in Höhe von 1.682.000 €. Ist das wirklich ein Grund zum Jubeln? Ich kann mir das bildhaft vorstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Frau Kollegin kommt, motiviert von der Rede des Herrn Ministerpräsidenten, nach Bad Homburg, stellt sich vor ihre Oberbürgermeisterin und die gesamte CDU-Stadtverordnetenfraktion und sagt:

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

„Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ich habe zwei Nachrichten für euch, eine gute und eine schlechte. Die gute Nachricht ist, Roland Koch kümmert sich um die Kultur. Die schlechte Nachricht ist, wir sind bankrott.“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere aus dem Ballungsraum, wir geben Ihnen Gelegenheit – indem wir unseren ursprünglichen Antrag zurückgezogen

und einen neuen Antrag gestellt haben, der auf die Regierungserklärung und die etwas veränderten Zahlen, die der Herr Ministerpräsident genannt hat, reagiert –, heute in namentlicher Abstimmung, die ich hiermit ankündige, zu entscheiden, ob Sie für die Interessen der Menschen in Ihrer Kommune eintreten oder ob Sie Ihre Kommunen durch einen Zwangsbeschluss der Hessischen Landesregierung knebeln lassen.

Sie alle tragen letztlich die Verantwortung dafür – das freut mich, das sage ich ganz offen dazu –, ob die Kommunen im Ballungsraum in ein finanz- und kommunalpolitisches Desaster laufen werden. Sie, meine Damen und Herren CDU-Landtagsabgeordnete, werden vor Ort auch persönlich dafür verantwortlich gemacht, wenn eine örtliche Kulturpolitik nicht mehr stattfinden kann. Deshalb sollten Sie heute in namentlicher Abstimmung unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin nicht ganz sicher, ob schon diese Ausführungen – ich habe ja nicht jeden Ballungsraumabgeordneten angeprochen – die ganze CDU-Landtagsfraktion überzeugt haben, unserem Antrag zuzustimmen.

(Volker Hoff (CDU): Ich fühle mich diskriminiert!)

Deshalb will ich denjenigen, die sich noch nicht abschließend entschieden haben, wie sie auf unseren Antrag reagieren sollen, noch einmal etwas zu der Grundlage der Dringlichkeitserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten darlegen.

Grundlage dieser Entscheidung sind die beiden mehrfach angesprochenen Gutachten, das Gutachten des Herrn Stölzl und das Gutachten des Prof. Pfäffli aus der Schweiz. Das Gutachten Stölzl ist in der Tat interessant, weil die eigentliche Aussage des Gutachtens Stölzl lautet, dass Kultur in Zukunft möglichst politikfern organisiert werden soll. Er spricht sich dafür aus, dass diejenigen, die entscheiden, welche Art von Kultur stattfindet, möglichst weit von der Politik weg sind. Diesen Ansatz kann man teilen, aber wir müssen feststellen, bislang war dies nicht der Ansatz, den die Kommunen im Rhein-Main-Gebiet und die Landesregierung vertreten haben.

Zweitens. Herr Stölzl vertritt die Auffassung, dass alles, was sich bisher in der Rhein-Main-Region an Kultur entwickelt hat, nicht wirklich metropolengerecht ist. Herr Stölzl spricht sich dafür aus, dass wir metropolengerechte Einrichtungen schaffen, unter anderem – das steht ausdrücklich in seinem Gutachten – ein Museum von Weltgeltung. Er erwähnt als Vergleich natürlich das Museum of Modern Art in New York oder das Centre Pompidou in Paris. Er sagt, internationale Konkurrenzfähigkeit setze Größe voraus.

Ich sage, diese Größe ist wünschenswert, aber sie kostet zusätzliches Geld. Auf die Frage, wo dieses zusätzliche Geld herkommen soll, Herr Ministerpräsident, haben Sie keine Antwort gegeben, bzw. Sie sind dieser Fragestellung ausgewichen. Soll der Anteil des Landes für den Status quo-Erhalt verwendet werden, oder soll der Anteil des Landes für zukünftige Investitionen genutzt werden?

Das Gutachten Stölzl kann man so zusammenfassen: Kulturelles Wachstum in der Region ist notwendig. Wir müssen Einrichtungen schaffen, die weit über den jetzigen Status quo hinausgehen. Die zusätzlichen Landesmittel in Höhe von 10 %, die der Herr Ministerpräsident angekündigt hat, sind hierfür sicherlich nicht ausreichend.

Für die Kommunalpolitiker wird das Gutachten Pfäffli von weitaus größerer Bedeutung sein. Die Berechnung, die in diesem Gutachten vorgenommen wird, ist relativ einfach. Für diejenigen, die es interessiert, kann ich das im Einzelgespräch darlegen. Das Gutachten Pfäffli bezieht sich auf die Frage der Finanzierung. Der Ministerpräsident hat eben deutlich gemacht, dass er zunächst davon ausgeht, dass dieses Gutachten und die methodischen Schritte des Gutachtens Grundlage der Entscheidung über eine Verordnung der Landesregierung sein werden.

Ich möchte das Gutachten kurz darstellen, damit Sie wissen, worüber wir reden. Herr Pfäffli fragt in einem ersten Schritt: Was ist zu finanzieren? Dann betrachtet er die kulturelle Landschaft in der Rhein-Main-Region analog dem Kriterienkatalog, den auch der Herr Ministerpräsident angesprochen hat, und kommt zu dem Ergebnis, dass 33 Einrichtungen im Ballungsraum von überregionaler Bedeutung sind. Davon sind 24 Einrichtungen in Frankfurt und 9 Einrichtungen im übrigen Ballungsraum. Dass es ein bestelltes Gutachten ist, sieht man z. B. daran, dass „zufälligerweise“ jeweils eine Einrichtung aus jedem Landkreis – aus dem Kreis Offenbach sind es zwei – von Herr Pfäffli ausgewählt worden ist.

In einem zweiten Schritt fragt er: Wie viel Geld wird benötigt? Die Berechnung ist relativ einfach. Er schaut sich das Gesamtjahresbudget dieser 33 Einrichtungen an und addiert den jeweils öffentlichen Anteil für die Finanzierung. So kommt er zu einem Betrag in Höhe von 120 Millionen €.

Wenn der Herr Ministerpräsident jetzt darstellt – in dem Manuskript war ausdrücklich noch von 70 Millionen € die Rede –, dass es vielleicht nicht ganz 120 Millionen € werden, ist das wahrscheinlich schon eine Rückwärtsbewegung als Reaktion auf die ganz große Attacke, die am Wochenende von den eigenen Parteifreunden und am Montag von den Sozialdemokraten kam. Dann gibt es nur zwei Möglichkeiten, zum einen die Anzahl der Einrichtungen oder zum anderen das Gesamtbudget der einzelnen Einrichtungen zu reduzieren. Der Status quo dieser 33 Einrichtungen kostet nämlich 120 Millionen €.

In einem dritten Schritt fragt Herr Pfäffli: Wer soll das bezahlen? Das ist sicherlich die interessanteste und die entscheidende Frage. Herr Pfäffli spricht sich für einen möglichst hohen Grad an Deckungsgleichheit von Nutznießern und Kostenträgern aus. Er spricht das Problem des „Nutzen-Spill-over“ an, also sozusagen des Überlaufens von Nutzern.

Deshalb untersucht er, woher die Nutzer kommen. Ich wusste nicht – der Herr Ministerpräsident hat es eben gesagt –, dass der Prüfzeitraum vier Wochen betrug. Wir müssen wissen, dass manche dieser als wichtig angesehenen Einrichtungen in diesen vier Wochen nicht offen waren. Das betrifft beispielsweise gewisse Events, die im Sommer stattfinden. Herr Pfäffli misst die Anzahl der Besucher. Deshalb glaube ich, dass die Verwendung dieses methodischen Ansatzes besonders gravierende Auswirkungen auf die Kommunen hat. Ich glaube aber nicht, dass dieser Ansatz einer wissenschaftlichen Bewertung standhalten kann.

Herr Ministerpräsident, in der Tat habe ich am Montag auf meiner Pressekonferenz in der kleinsten Gemeinde meines Wahlkreises, nämlich in Wöllstadt, deutlich gemacht – in Frankfurt sind sechs Besucher aus Wöllstadt gezählt worden –, dass, wenn in diesen vier Wochen zufällig die Landfrauen meiner Gemeinde Wöllstadt mit zwei

Bussen und 100 Personen nach Frankfurt gefahren wären, um die Alte Oper zu besuchen, nicht sechs Personen, was ungefähr 30.000 € entspricht, sondern 106 Personen, was einem Betrag von mehr als 300.000 € entspricht, gezählt worden wären. Ohne dass ich den Wöllstadter Landfrauen davon abraten möchte, in Zukunft die Frankfurter Kultureinrichtungen zu besuchen, muss ich sagen: Wenn Sie es ernst meinten mit diesem Gutachten, hätte das zur Folge, dass die Gemeinde Wöllstadt wegen des Besuchs der Landfrauen in Frankfurt bankrott wäre.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Roland Koch: Das ist doch untauglich!)

– Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie das untauglich finden: Ich habe schon oft genug die Gelegenheit gehabt, Sie hier zu erleben. Das Maß an Defensivität, mit der Sie heute Morgen Ihre Regierungserklärung vorgetragen haben, zeigt mir, dass Sie eines wissen: Sie wissen, dass Sie sich mit diesem Thema übernommen haben und dass Sie daran scheitern werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie es schon an dieser Stelle hören wollen: Ich kündige Ihnen hiermit den härtesten – oder, damit Sie es verstehen, in Ihrer Sprache: den brutalstmöglichen – Widerstand der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Hessischen Landtag, im Ballungsraum und, ich glaube, im gesamten Land Hessen an; denn das, was Sie hier vorschlagen, führt letztendlich zur völligen Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung.

Dies ist eine ganz entscheidende Frage. Wenn sich Roland Koch durchsetzt, brauchen wir nicht mehr über eigenständige Kommunen zu reden. Dann haben wir die Blaupause für eine Entmachtung der Kommunen; denn ganz ohne Geld gibt es gar nichts mehr zu entscheiden.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Herr Ministerpräsident, deshalb kündige ich Ihnen hier an: Mit diesem Vorschlag werden Sie in diesem Bundesland scheitern, und zwar nicht nur an den Sozialdemokraten, sondern auch an Ihrer eigenen Partei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Roland Koch: Die SPD macht den Regionalkreis und redet über kommunale Selbstverwaltung!)

– Reden wir über die Antworten der SPD. Sie geben mir die Stichworte; das ist sehr freundlich.

Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass herausragende Kultureinrichtungen in die gemeinsame Verantwortung der Region gehören. Das funktioniert aber nur dann, wenn dies nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander der Region erfolgt. Wir erleben momentan, dass die Reaktion auf Ihre Vorschläge – vorsichtig formuliert – eher ein Gegeneinander als ein Miteinander fördert. Die Gründe hierfür sind erkennbar; sie liegen auf der Hand. Wir haben sie Ihnen schon oft genug genannt. Das sind die Grundfehler des Ballungsraumgesetzes. Natürlich ist das auch die Auffassung des Herrn Pfäffli, der das nicht so deutlich schreiben darf, weil er von Ihnen bezahlt wird. Aber, Herr Ministerpräsident, die Ausgangsposition des Ballungsraumgesetzes, wonach eine Stadt wie Wiesbaden nicht zum Rhein-Main-Gebiet gehören soll, kann, abgesehen von den Mitgliedern dieser Landesregierung, kein Mensch verstehen. Ihr Ballungsraumgesetz ist von der Anlage her

ein Gesetz, das nicht für, sondern gegen die Region ist. Deshalb reden wir hier über die Früchte eines vergifteten Baums. Alles, was Sie aus dem Ballungsraumgesetz ableiten, muss schief gehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Pfäffli traut sich an der einen oder anderen Stelle doch, etwas zu sagen. Ich nehme an, auch Sie werden diese Stellen mit Interesse gelesen haben. Er fragt nämlich: Wo kann man diese regionale Frage besser lösen, in einer Einzweckorganisation oder in einer Mehrzweckorganisation? Eine Mehrzweckorganisation hat den großen Vorteil, dass man unterschiedliche Interessen besser gegeneinander abwägen kann. Die wirtschaftliche Entwicklung in dem einen Bereich kann möglicherweise durch ein besonders starkes kulturelles Engagement in dem anderen Bereich ausgeglichen werden. Das gilt auch für den Naturschutz, eigentlich für alles zusammen. Er sagt dann wiederum, Einzweckorganisationen böten den Einstieg in eine Mehrzweckorganisation.

Aber, Herr Ministerpräsident, das, was in diesem Gutachten steht, bedeutet, auf Deutsch übersetzt, nichts anderes, als dass der gravierende Mangel in der Region Rhein-Main – das sagen wir Ihnen schon länger, als diese Legislaturperiode andauert – die mangelhafte Organisation ist. Auch Sie wissen das. Nur fehlt Ihnen die Kraft zu einem mutigen, historischen Schritt, der in die Zukunft weist, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Jetzt sagen Sie, er redet weder über Kultur noch über Geld. Ich gebe Ihnen eine Antwort darauf, da Sie gelegentlich versuchen, mithilfe unseres Regionalkreismodells das Bild zu stellen, wir würden die Kommunen schwächen, statt sie zu stärken. Das Gegenteil ist wahr. Sehen Sie, nach unserer Auffassung bleibt die Kultur eine kommunale Aufgabe. Nach Ihrer Auffassung soll die Kultur eine staatliche Zwangsaufgabe werden.

Jetzt kommt ein bisschen Kritik. Wir sagen, dass, wenn die Kultur eine kommunale Aufgabe bleibt, eine Kommune, die entschieden hat, eine kommunale Einrichtung zu schaffen, grundsätzlich für die Kosten aufkommen muss. Wir sagen nicht, dass, wenn eine Kommune entschieden hat, sich das zu leisten, die Nachbarkommune dies quasi zwangsweise mitzufinanzieren hat. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz würden wir nur bei wirklich herausragenden Einrichtungen der kulturellen Szene in dieser Region machen. Der Unterschied zwischen unserer Position und der der jetzigen Landesregierung ist, dass wir, wie der gute Gutachter Stölzl bei dem, was über den Status quo hinausgeht, an die Zukunft denken.

Was den Status quo betrifft: Wenn Probleme entstehen, weil z. B. die Stadt Frankfurt entscheidet, eine bestimmte Kultureinrichtung zu schaffen, die sie dann finanziell nicht mehr tragen kann, bleibt es der Landesregierung unbekannt – auch dies ist eine Aussage aus dem Gutachten von Herrn Stölzl –, an dieser Stelle mit originärem Landesgeld bei der Finanzierung einzelner, von der Landesregierung als wichtig angesehener Einrichtungen helfend einzugreifen. Übrigens gehen auch andere Bundesländer in ihren zentralen Regionen so vor.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Auch Sie machen das, Frau Kollegin. – Ich halte es für völlig richtig, dass das Land für den Umbau des Frankfur-

ter Fußballstadions, ehemals Waldstadion, jetzt Commerzbank-Arena, 120 Millionen € aufgewandt hat.

(Zurufe von der CDU: 20 Millionen €!)

– 20 Millionen €. Als Fan der Frankfurter Eintracht hätte ich bei 120 Millionen € auch noch zugestimmt. Aber bleiben wir bei 20 Millionen €.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hängt davon ab, ob das Dach dicht ist!)

Sie wissen, dass diese Aufgabe in dem Katalog des Ballungsraumgesetzes aufgeführt ist. Sie hätten – das Instrumentarium des Ballungsraumgesetzes hätte es Ihnen ermöglicht – diese 20 Millionen € in den Kommunen zwangsweise eintreiben können, weil es unstrittig ist, dass, wenn wir eine Sporteinrichtung von überregionaler Bedeutung haben, das nicht der Biebrer Berg in Offenbach, sondern das Waldstadion in Frankfurt ist, lieber Tarek.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben sich für einen anderen Weg entschieden. Sie haben gesagt – ich sehe, die Eintracht-Fans klatschen, das finde ich hervorragend –: Diesem Ärger setzen wir uns nicht aus, das machen wir mit originärem Landesgeld. – Dies können Sie auch im Rahmen des Status quo unserer kommunalen Einrichtungen machen.

Bei all dem, was darüber hinausgeht, haben wir eine völlig andere Situation. Dann müssen nämlich die Fragen nach dem Ob, dem Was und dem Wo von den Kommunen gemeinsam entschieden werden. Die beste Ebene, um dies zu entscheiden, ist nun einmal ein Regionalkreis. Wenn die Kommunen nicht etwas Bestehendes übernehmen müssen, für das sich andere entschieden haben, sondern wenn es um etwas geht, was sie sich selbst wünschen und von dem sie glauben, dass es in der Region benötigt wird, sind sie auch zu einer gemeinsamen Finanzierung bereit. Dessen bin ich sicher.

Unser Ansatz führt dazu, dass die kommunalen Vertreter in der Region Rhein-Main zusammengeführt statt auseinander getrieben werden. Unser Ansatz zeigt, dass wir Vertrauen in die Kommunalpolitiker haben und glauben, dass sie diese Aufgaben gemeinsam lösen. Ihr Ansatz dagegen lautet: Die denken doch alle nur an ihren eigenen Kirchturm, und erst wenn ich mit großem Druck arbeite, werden sie zusammenkommen.

Nein, Herr Ministerpräsident, Ihr Druck wird dazu führen, dass alles auseinander geht. Deshalb sind wir sicher, dass wir uns in der politischen Auseinandersetzung mit unseren Vorstellungen durchsetzen werden, auch bei Ihren eigenen Kommunalpolitikern.

(Beifall bei der SPD)

Diese harte Kampfansage der Sozialdemokraten vom Montag hat Sie offensichtlich schon jetzt ein bisschen in die Defensive gedrängt.

(Lachen bei der CDU)

Wir kommen zu einer für die Frankfurter Abgeordneten ganz zentralen Frage, nämlich zu dem Problem, was eigentlich mit dem Eigentum an den Einrichtungen passiert. In dem Manuskript, das uns zur Verfügung gestellt worden ist, schreiben Sie – Sie haben das auch öffentlich gesagt; deshalb glaube ich, dass ich das an dieser Stelle wiederholen kann –:

Keine einzige Einrichtung wird aus dem Eigentum der jeweiligen Kommune entfernt werden. Alle

Kommunen bleiben Eigentümer der jeweiligen Einrichtungen.

Für die Stadt Frankfurt heißt das also: Die Oper bleibt in eurem Eigentum, und die Theater bleiben in eurem Eigentum. Nichts ändert sich an den Eigentumsverhältnissen, mit einer Ausnahme: Die anderen sollen dafür bezahlen.

An dem Kopfnicken des Herrn Ministerpräsidenten sehe ich, dass er diese Position offensichtlich nach wie vor vertreibt. Verehrter Herr Ministerpräsident, problematisch ist allerdings, dass Sie mit dieser Position schlicht gegen den Wortlaut Ihres eigenen Ballungsraumgesetzes verstößen. In § 7 des Ballungsraumgesetzes heißt es nämlich:

Wird ein Pflichtverband nach § 6 gebildet, gehen mit In-Kraft-Treten der Rechtsverordnung die zur Durchführung der Aufgabe vorhandenen Einrichtungen der Verbandsmitglieder einschließlich der mit diesen verbundenen Grundstücken, Rechte und Pflichten unentgeltlich in das Eigentum des Pflichtverbandes über.

Herr Ministerpräsident, das ist ein gesetzlicher Übergang. Das heißt, wir brauchen keine Entscheidung im Parlament. In dem Moment, da Sie einen Zwangsverband mit einer gemeinsamen Finanzierung durch die Region bilden, verliert die Stadt Frankfurt das Eigentum an ihren zentralen Kultureinrichtungen.

Wenn Sie das anders sehen, kommen Sie in die Bütt, und berichten Sie uns, wie Sie das machen wollen. Sie können das Gesetz ändern. Das wäre auch ein schöner Hinweis darauf, dass es nicht funktioniert. Nur, die Vorgabe, bei Geltung dieses Gesetzes alles so zu belassen, wie es ist, ist schlicht falsch. Ich bin auch sicher, dass Ihre Juristen Ihnen das gesagt haben.

Sie sagen dies, weil Sie Angst haben, dass der Widerstand in der Region groß wird. So wollen Sie wenigstens die Frankfurter Interessen wahrnehmen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie dies angesichts der geltenden Rechtslage weiter behaupten, müssen wir Ihnen sagen, dass Sie die Frankfurterinnen und Frankfurter belügen, weil Sie Angst haben, dass die Stadt Frankfurt auch dagegen vorgeht. Dann halten Sie den Widerstand nicht aus.

Ich fand es spannend, dass sich die Frau Oberbürgermeisterin Roth – bislang jedenfalls – zurückgehalten hat. Sie sagt ja immer – gelinde gesagt –: Das Ballungsraumgesetz ist ein netter Anfang, besser wäre es aber, wir wären mit diesem Gesetz bereits am Ende. – Die Zustimmung Ihrer eigenen Oberbürgermeisterin in Frankfurt zu der Zwangsbeglückung ist ja nun greifbar. Die Damen und Herren in Frankfurt wissen also, dass dies, was ich hier darstelle, zutreffend ist.

Man kann mit diesem Gesetz relativ viel machen. Wenn aber darin steht, wenn wir einen Zwangsverband machen, dann geht das Eigentum an den Einrichtungen über, dann ist das halt so. Deshalb, Herr Ministerpräsident, die herzliche Bitte: Treten Sie hier nochmals an das Mikrofon, und berichten Sie den interessierten Frankfurterinnen und Frankfurtern, ob sie denn mit Ihrem Zwangsverband das Eigentum an ihren Theatern, der Oper verlieren werden oder ob das Eigentum in Frankfurt bleiben wird. Wir alle sind sehr interessiert an Ihren Ausführungen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Tarek Al-Wazir und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, ich komme zum Schluss. Ihre Dringlichkeitserklärung war ein fataler Fehler. Ich glaube, das haben Sie mittlerweile schon selbst gemerkt.

(Lachen des Abg. Volker Hoff (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn etwas wirklich dringlich wäre, dann wäre es die Aufhebung des Ballungsraumgesetzes – und keine Dringlichkeitserklärung nach dem Ballungsraumgesetz.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Volker Hoff und Boris Rhein (CDU))

– Herr Kollege Hoff, ich will ja präzise argumentieren. Wenn ich sagen würde, dieses Gesetz ist vom ersten bis zum letzten Paragraphen völlig verkorkst, dann wäre das unpräzise.

(Zurufe der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz und Volker Hoff (CDU))

Dann hätten Sie mich bei einem Fehler erwischt. Denn in der Tat gibt es in diesem Gesetz einen Paragraphen, der von ausgezeichneter Wirkung ist.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Das ist der Paragraph mit der Befristung dieses Gesetzes – die Vorgabe, dass dieses Gesetz am 31. März 2006 außer Kraft tritt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie etwas für die Region tun wollen, dann vergessen Sie, dieses Gesetz zu prolongieren. Lassen Sie dieses Gesetz müde entschlafen. Das wäre ein wichtiger Schritt für die Region Rhein-Main.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz und Volker Hoff (CDU))

Herr Ministerpräsident, Sie werden mit diesem Gesetz scheitern. Das wissen auch Ihre Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Sie werden auf den härtesten politischen und juristischen Widerstand der SPD im Ballungsraum stoßen – aber nicht nur der SPD,

(Volker Hoff (CDU): Schauen wir einmal!)

sondern auch auf den Widerstand Ihrer eigenen Kommunalpolitiker. Der Name Banzer wurde gerufen.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Ich habe ihn nochmals zitiert, Sie kennen die Aussage. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Banzer ist übrigens Landrat der CDU. Am Montag hat mich eine HR-Journalistin gefragt, ob der Kollege Banzer auch bei der SPD-Veranstaltung auftritt. Nach diesem Interview hat sie geglaubt, das sei jemand auf unserer Seite. Nein, ich habe eher den Eindruck, das ist jemand, der die Interessen der Region wahrnimmt.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen: „Das ist ein guter Freund von mir“, dann ist dieser letzte Satz des Interviews eine schallende Ohrfeige.

(Ministerpräsident Roland Koch: Er ist Landrat, ich bin Ministerpräsident!)

Eine Region, die freiwillig so viel auf die Beine gestellt hat – RMV, integriertes Verkehrsmanagement, Müllentsorgung, Standortmarketing, Kulturinitiative, Regional-

park –, sollte auch nicht damit unter Wert geschlagen werden, dass Sie irgendwelche Staatsveranstaltungen aus der Mottenkiste staatlichen Handelns ziehen. Herr Ministerpräsident, viel Spaß bei der Diskussion mit Ihren eigenen Kommunalpolitikern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Ministerpräsident, Sie haben der Region den Kulturmampf erklärt. Wenn Sie glauben, der Kulturmampf eint die Region, dann täuschen Sie sich. Ich glaube, das negativste Ergebnis Ihrer Dringlichkeitserklärung wird sein, dass – nachdem Sie Ihr Scheitern werden eingestehen müssen – die Region eben nicht näher zusammengerückt ist, sondern weiter auseinander; dass wir nicht mehr regionales Bewusstsein haben, sondern weniger; dass wir nicht weniger Kirchturmdenken haben, sondern mehr; und dass alle Kommunen eher in den Schützengräben der Abwehr gegen diese Landesregierung verharren werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion – die hier wirklich nur noch sehr, sehr dünn besetzt ist –,

(Widerspruch bei der CDU)

mit dem Dringlichen Entschließungsantrag, den wir hier eingebracht haben, haben Sie die Möglichkeit, Ihrer Landesregierung deutlich zu sagen, dass man mit der kommunalen Selbstverwaltung, mit den Menschen im Ballungsraum nicht so umgehen kann.

Deshalb eine Chance für Sie – Sie haben in der letzten Zeit genügend Ungemach gehabt, und das wird noch größer, wenn Sie an dieser Stelle dagegen stimmen –: Wir bieten Ihnen die Chance, mit der Regionalpolitik Rhein-Main nach vorne zu kommen, statt rückwärts gewandt zu agieren wie dieser Ministerpräsident.

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, stimmen Sie unserem Antrag zu. Das ist das Beste, was Sie für die Region Rhein-Main tun können. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Haselbach, CDU-Fraktion, gemeldet.

#### **Rudi Haselbach (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Walter, es ehrt mich fast, dass Sie sich Gedanken um meine politische Überlebensfähigkeit im Landkreis Groß-Gerau und in der Stadt Mörfelden-Walldorf machen.

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen einmal den grundsätzlichen Unterschied im Politikverständnis von Ihnen und mir an einem Beispiel aufzeigen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Als Sie erkannt haben, dass Sie mit Ihrer Auffassung zum Flughafen Frankfurt im Kreis Groß-Gerau kein Bein auf

die Erde bekommen, haben Sie Fahnenflucht begangen und sind in die Wetterau gezogen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie hätten nämlich im Kreis Groß-Gerau überhaupt keine Chance gehabt, jemals Landtagsabgeordneter zu werden. – Sie werden jetzt sicher nicht widersprechen.

(Jürgen Walter (SPD): Rudi, ich war schon Landtagsabgeordneter!)

– Das ist ja gar nicht wahr. – Das stimmt. Du bist über die Juso-Liste reingekommen. So war das.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will dir ganz deutlich sagen: Im Gegensatz zu dir habe ich die Auffassung des Ministerpräsidenten zu der meinen gemacht und gesagt, es ist im Interesse der Menschen notwendig, den Flughafen in Frankfurt auszubauen und als Äquivalent dafür ein Nachtflugverbot zu bekommen. Ich war der Einzige im CDU-Stadtverband Mörfelden-Walldorf, der das gesagt hat, ganz allein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann habe ich mich auf den Weg gemacht und im Kreisverband Groß-Gerau eine Zweidrittelmehrheit für meine Meinung herbeigeführt. Zum Dritten bin ich direkt gewählter Abgeordneter in Mörfelden-Walldorf, in Raunheim, in Kelsterbach – in allen von der Flughafenerweiterung in besonderer Weise betroffenen Gemeinden.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich bin beeindruckt!)

Jürgen May wird mir Recht geben, denn es hat ihn sehr geschmerzt.

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege, bitte zum Schluss kommen.

#### **Rudi Haselbach (CDU):**

Ich will Ihnen einmal sagen, es ist auch eine Frage der Ehre, wie man miteinander umgeht – nicht so, wie Sie das getan haben: „die Haselbachs dieser Region“. Ich stehe zu meinem Wort, darauf können Sie sich verlassen, und darauf kann sich auch dieser Ministerpräsident verlassen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Deshalb sind wir so stark, und deshalb haben wir in diesem Landtag die absolute Mehrheit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Zur Erwiderung hat Herr Abg. Walter, SPD-Fraktion, das Wort.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Frau Präsidentin! Lieber Kollege Haselbach, die Frage der Juso-Liste, und wer wann Abgeordneter war – alles zu seiner Zeit. Beim Thema Flughafen: d'accord. Ich vertrete diese Position. Auch ich halte diese Position für richtig. Diese Position ist eine, die auch für Gegner nachvollziehbar ist.

Aber, lieber Kollege Haselbach, ich wollte darauf hinweisen, dass die Kommune, aus der Sie unstrittig stammen, nämlich Mörfelden-Walldorf, nach diesem Gutachten, das Ihr Ministerpräsident der Öffentlichkeit vorgestellt hat, in der Tat den nicht ganz unwesentlichen Betrag in Höhe von 576.000 € zahlen sollte.

Glauben Sie denn wirklich – die SPD wird das in Ihrem Stadtparlament genauso beantragen wie in jedem Kommunalparlament des Ballungsraums Rhein-Main –,

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

dass dann Ihre Fraktion vor Ort im Kommunalwahljahr, hin zum 26. März, eine solche Entscheidung treffen kann?

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Es mag ja Sie als Person ehren, dass Sie sagen: „Ich werde gegen alle Widerstände, egal was passiert ...“ Aber Ihre Kommunalpolitiker müssen die Interessen von Mörfelden-Walldorf wahrnehmen und schauen, dass sie noch die Kostüme für die Landfrauen bezahlen können.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Das wird dann nicht mehr möglich sein, wenn sich der Herr Ministerpräsident durchsetzt. Was erwarten Sie von denen, die die Interessen der Menschen vor Ort wahrnehmen, die Interessen der lokalen Kultureinrichtungen, der lokalen Vereine? Lieber Kollege Haselbach, ich glaube, dass ich hier die Kolleginnen und Kollegen CDU-Stadtverordneten vor Ort nicht falsch einschätze: Ich bin relativ sicher, wenn derartige Anträge kommen, werden die aufrichtigen CDU-Stadtverordneten sich nicht für die Nibelungentreue zu diesem Ministerpräsidenten und für seinen falschen Weg entscheiden, sondern für die Kommune, für die Menschen vor Ort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin hat Frau Abg. Sarah Sorge das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, diese Regierungserklärung hat nun wahrlich nicht zu den Glanzlichtern Ihrer Regierungszeit gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie wirklich die Probleme der kulturellen Zusammenarbeit dieser Region lösen wollten, hätten Sie sich schon mehr Gedanken machen müssen.

Gestern Morgen in der Fragestunde hat Herr Grüttner auf die Frage, wie hoch die Kosten für die Gutachten zur Beteiligung des Frankfurter Umlandes am Kulturleuchtturm Frankfurt seien, ganz lapidar geantwortet: zwei mal 10.000 €.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll er sonst sagen?)

Meine Damen und Herren, diese Antwort war entlarvend. Denn wenn nicht ausschließlich der Finanzausgleich für Frankfurt das Ziel gewesen wäre, dann hätte Herr Grüttner dieser Fragestellung widersprechen müssen.

Das Dramatischere aber ist, dass man den beiden Studien auf den ersten Blick anmerkt, dass sie nicht wissenschaft-

lich neutral verfasst wurden, sondern dass sie eine Auftragsarbeit nach dem Motto sind: Wir brauchen ein Gutachten, das der Stadt Frankfurt Geld gibt – aber nur nicht so auffällig; am Besten nehmst ihr irgendeinen Bemesungsschlüssel, sodass Offenbach und die anderen Umlandgemeinden auch irgendwie ein bisschen davon profitieren.

Dass dies so oder so ähnlich gewesen sein muss, ist augenscheinlich. Herr Koch, das ist unseriös und billig. Vor allem ist das wirklich alles andere als ein kulturpolitisches Konzept.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen May (SPD))

Herr Ministerpräsident, nach den Peinlichkeiten der letzten Woche verstehe ich, dass Sie sich nicht ausgerechnet von ihrem Kunstmuseum in Ihr Redemanuskript schauen lassen wollen. Aber wenn man Ihre Rede liest, dann gehört das „Klingström-Museum“ Offenbach eigentlich in dieselbe Kategorie wie der „Schöfferhofer Altar“. Insfern trifft hier der Einäugige den Blinden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz finde ich, dass Sie sich ein bisschen mehr Sachverstand darüber, wo die Probleme der kulturellen Zusammenarbeit liegen und wie intelligente Lösungsansätze aussehen könnten, wirklich hätten einholen können.

Sprechen wir aber erst einmal über Finanzen und über den notwendigen Finanzausgleich für Frankfurt. Natürlich muss es einen finanziellen Ausgleich für das Kulturangebot der Stadt Frankfurt geben, das ja nicht nur in die Region hinein, sondern weit darüber hinaus strahlt. Es ist der einzige richtige Punkt in Ihren Ideen, dass dies einmal von der Landespolitik anerkannt wird.

Nicht richtig aber ist, wer zahlen soll, nach welchen Kriterien gezahlt werden soll, was bezahlt werden soll und wer darüber bestimmt, was bezahlt werden soll. Ihre Zwangsverbandsidee gibt bei all diesen Punkten die falsche Antwort. Schauen wir uns das einmal im Einzelnen näher an.

Erstens. Wer soll zahlen? Hier zitiere ich – heute wird er zum berühmten Mann – Herrn Landrat Banzer aus der „FAZ“ vom 9. Juli dieses Jahres, der richtig feststellte:

Das Gutachten hat zunächst einmal festgehalten, dass sich das Land Hessen in seiner größten Stadt in nicht akzeptabler Weise zurückhält.

Weiter sagt er:

Ich würde es besser, wenn die Landesregierung in ihrer größten Stadt stärker präsent wäre und größeres Engagement zeigen würde.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das sagen doch alle Landräte seit 30 Jahren!)

Ohne Herrn Banzer hier zu viel Platz einzuräumen, will ich ihn weiter zitieren, weil er einfach Recht hat. Auf die Frage, ob das Land seiner Meinung nach zu wenig für seine größte Stadt tut, sagt er:

Eindeutig. Zum einen gilt der Gleichheitsgrundsatz. Es ist nicht einzusehen, warum das Land andere Städte wie Gießen, Darmstadt, Kassel usw. fördert, Frankfurt aber nicht in gleichem Maße. Zum anderen: Was an hessischer Kultur wirklich Strahlkraft hat, wird zu einem erheblichen Anteil in Frankfurt produziert. Wenn also das Gutachten fordert, Frankfurt müsste in seinen kulturellen An-

strenghungen unterstützt werden, dann müsste das Land Hessen mit mindestens der Hälfte, also mit 60 Millionen €, dabei sein, insbesondere wenn man die Kriterien des Gutachtens anwendet, denn 36 % der gezählten Besucher kommen von außerhalb des Ballungsraums. Dieser Anteil wäre ohnehin vom Land zu tragen. Und an den anderen zwei Dritteln des Kulturpublikums aus Frankfurt und dem Ballungsraum müsste sich das Land mindestens zu einem geringen Anteil ebenfalls beteiligen, da es dies ja auch in anderen Städten des Landes tut.

Da kann ich nur sagen: Recht hat der Mann. Wer eine veränderte Kulturfinanzierung will – und das wollen wir hier alle, wie ich es sehe –, darf nicht mit dem Finger auf andere Haushalte zeigen und seinen eigenen schonen.

Ein Finanzausgleich für die Frankfurter Kultureinrichtung ist zuallererst Landesaufgabe. Die wichtigsten Frankfurter Kultureinrichtungen müssen analog der Staatstheater und Landesmuseen deutlich vom Land unterstützt werden. Das ist schon allein aus Gerechtigkeitsgründen notwendig. Dass Sie bei einer so wichtigen Frage nicht den Mut haben, das Augenscheinliche zu benennen, finde ich schon wirklich ein Armutszeugnis, Herr Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leere Kassen haben alle, und auch deshalb ist es schäbig, den Kommunen eine finanzielle Mehrbelastung aufzubürden, die man aber selbst zu zahlen nicht bereit ist. Zudem ist es ungerecht und falsch, alle Kommunen ungeachtet der Wirtschaftskraft, ungeachtet der Finanzsituation und ungeachtet dessen, wie hoch der Kulturetat in der jeweiligen Kommune ist, über einen Kamm zu scheren.

Wenn Sie dies durchsetzen wollen, Herr Koch, wird es dazu führen, dass Kommunen Beiträge in ähnlicher Höhe in den Zwangsverband einzahlen müssen, wie sie sie zurzeit für Kultur im jeweiligen Haushalt veranschlagen haben. So sagt der Offenbacher Oberbürgermeister Grandke in der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Juni: „Für meine Stadt würde das bedeuten, dass wir mit 4,2 Millionen € den Frankfurter Kulturetat subventionieren müssten.“ Das sei praktisch der gesamte Offenbacher Kulturetat, und für eigene Kultureinrichtungen bleibe dann kein Cent mehr übrig.

Das ist doch wirklich kulturpolitischer Unsinn, Herr Koch. Das ist keine Kulturförderung, sondern das ist eine Zerschlagung der kommunalen Kulturangebote.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu der Frage, nach welchen Kriterien gezahlt werden soll. Das Ballungsraumgesetz ist dann sicher nicht das richtige Mittel, um die kulturelle Zusammenarbeit der Region zu verbessern. Das Ballungsraumgesetz ist generell ein schlechtes Instrument, da es mit Zwang arbeitet und in seinen Grenzen viel zu eng gefasst ist. Nicht nur wir GRÜNEN sagen: Das Ballungsraumgesetz und seine Zwangsverbände müssen weg, weil sie die Bürokratie aufblähen und mehr Verwaltung und mehr Pöstchen schaffen, aber keine tatsächlich verbesserte Zusammenarbeit in der Region bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wundert es auch nicht, dass sich bis auf meine Heimatstadt, die nach Ihrem Vorschlag verständlicherweise schon die Dollarzeichen in den Augen blitzen sah, alle vehement und, wie ich finde, auch mit den richtigen Argu-

menten gegen den Kulturzwangsverband ausgesprochen haben. Auch die Kommunalpolitikerinnen und -politiker der CDU lehnen ihn doch ab, und das sind nicht nur Landrat Banzer und Frau Jung herr – er ist auch von Herrn Walter hier schon öfter zitiert worden –, sondern auch die CDU-Fraktion in Offenbach hat sich gegen den Kulturzwangsverband ausgesprochen. Nur Herr Staatsminister Grüttner war bei der Abstimmung schnell mal „für kleine Jungs“; er wird doch nicht gegen seinen Chef stimmen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Der kleine Staatsminister!)

Das sind peinliche Spielchen, Herr Grüttner. Zur Politik gehört auch, dass man laut und offen sagen muss, wofür man überhaupt steht. Ich kann Sie allerdings ein bisschen verstehen, Herr Grüttner; denn es ist wirklich offensichtlich, dass eine Zwangsmitgliedschaft der Gebietskörperschaften eines Ballungsraumes in einem Kulturzweckverband ein schwer wiegender Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung ist. Das Offenbacher Stadtparlament hat auch einstimmig beschlossen, gegen den Zwangsverband zu klagen, und hat dafür sogar – wir haben es eben gehört – bereits entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Aus Frankfurter Sicht mag man denken: Für so etwas haben sie Geld. – Wenn man ganz ehrlich ist, muss man auch zugeben: Ein Quäntchen Populismus lässt sich auch in den Äußerungen des Offenbacher Oberbürgermeisters kaum verbergen.

(Jürgen Walter (SPD): Na, na, na! Dem ging es nur um die Sache!)

Aber dass sich auch Ihre Leute vor Ort mit guten Argumenten wehren, müsste Ihnen doch wirklich zu denken geben, Herr Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Die Begründung des Ministerpräsidenten, die beiden Auftragsgutachten sowie die geringe Einsicht seiner „Untertanen“ in den Kommunen und Landkreisen würden ihn quasi zur Androhung des Zwangsverbands geradezu zwingen, ist eine Kapitulation. Das ist die Kapitulation, dass Sie einer so vordringlichen Aufgabe wie der Verbesserung der Zusammenarbeit der Region nicht gewachsen sind, und es ist ein Eingeständnis, dass Sie nicht mit, sondern gegen die Kommunen und gegen die Landkreise Politik machen. Ihre Form von Politik, Herr Koch, ist nicht der Dialog, sondern die Erpressung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Das zieht sich durch Ihre Politik wie ein roter Faden. So haben Sie es bei der Exzellenzförderung gemacht, so machen Sie es immer wieder in den Verhandlungen mit den Hochschulpräsidenten, und so wollen Sie es wieder mit den Kommunen machen. Erpressung statt Dialog ist ein mieser Stil, wie ich finde, und der blinde Aktionismus soll in Wirklichkeit nur verdecken, dass Sie eigentlich keine Lösung für das Problem haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Sie sprechen nämlich hier in der Debatte immer wieder auch selbst von der gesamten Rhein-Main-Region. Sie führen – das haben wir gerade vorhin gehört – selbst die Kultur GmbH an, die ihre Grenzen bewusst viel weiter gefasst hat, als sie im Ballungsraumgesetz festgeschrieben sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Sie stellen beispielsweise auch Vergleiche mit der Gesellschaft für integriertes Verkehrsmanagement an. Auch sie ist weit größer gefasst, und an ihr ist nicht nur das Land Hessen, sondern sogar auch das Land Rheinland-Pfalz beteiligt, und alles ist auf freiwilliger Basis entstanden.

Genauso selbstverständlich wie Verkehrsströme fließen aber auch gerade die Kulturzusammenarbeit und die Besucherzahlen über Grenzen hinweg und machen beispielsweise vor den Toren der Städte Wiesbaden und Darmstadt nicht Halt.

Das kann man doch nicht einfach ignorieren, sondern das muss alles in einem wirklich klugen Konzept mitbedacht werden. In diesem Zusammenhang wäre auch ganz interessant, was eigentlich der für Kunst und Kultur zuständige Minister zu diesem Thema zu sagen hat, wenn er denn überhaupt etwas zu sagen hat. Denn eine erzwungene Zusammenarbeit im Kulturbereich ist ungefähr so abnorm wie die Erbacher Hirschgewehe. Kulturpolitisch ist es nicht nur problematisch, dass durch die Einführung von Zwangsabgaben aus finanziellen Gründen die lokalen Kulturstrukturen nachhaltig zerstört zu werden drohen, sondern wie Sie überhaupt zu den 33 so genannten Leuchttürmen gekommen sind. Das ist kulturpolitisch wirklich sehr schwer nachvollziehbar.

Der Ministerpräsident geht meiner Ansicht nach aus einer falschen Perspektive an die Entwicklung der Kulturregion Rhein-Main heran, nämlich ausschließlich aus der Perspektive eines kulturellen Globetrotters, der heute in Mailand in der Oper ist, morgen in London in der Tate Gallery und abends in New York am Broadway flaniert, um gegen Mitternacht ins Flugzeug zu steigen und sich am nächsten Tag in der Neu-Isenburger Hugenottenhalle am Chiemgauer Volkstheater zu erfreuen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Hugenottenhalle ist einer der 33 Leuchttürme, die die Kommunen im Zwangsverband mitfinanzieren müssen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Elite!)

Sie wird dann, da wir ja weltweit konkurrieren müssen, die kulturell interessierten Menschen in Mailand, in Paris, wahrscheinlich auch in Wisconsin und in Zukunft sogar in Moskau zu den Aufführungen des Chiemgauer Volkstheaters locken.

Meine Damen und Herren, stellen wir uns einmal einen New Yorker vor, der im Internet etwas kulturell Interessantes sucht und stöbert und dann auf die Beschreibung des Chiemgauer Volkstheaters stößt. Da heißt es:

Sepp und Toni, die beiden Söhne des Stangassinger-Hofes, verlieben sich dummerweise in das gleiche Mädchen – Vevi. Noch prekärer wird die Situation dadurch, dass Bauer Thomas Stangassinger nicht nur der Vater der beiden strammen Jungs ist, sondern in seiner wilden Jugend auch bei der jungen Vevi die Finger im Spiel hatte, wovon freilich seine Frau Stasi nichts weiß. Das Lustspiel von Max Neal zeigt in drei Akten die Verwirrungen und Verstrickungen im sündigen Dorf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Hessen bringt Kultur in die Welt. Wow, das sind Visionen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Spaß beiseite, wir haben ja gar nichts gegen die Hugenottenhalle, ganz im Gegenteil. Ich erinnere mich selbst noch gut an das legendäre Konzert der Leningrad Cowboys vor ca. 340 Zuschauern.

(Jürgen Walter (SPD): Da war ich Dezember auch!)

An diesem Beispiel sehen Sie doch, wo das Problem der so genannten Leuchttürme liegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

33 Leuchttürme sind zu viele, um tatsächlich die Strahlkraft zu entfalten und in der Welt zu leuchten. Aber 33 Leuchttürme sind gleichzeitig zu wenige, wenn sie die gesamte Region und die kulturelle Vielfalt der Region abbilden sollen. Herr Koch, Sie haben nicht die Kraft – vielleicht auch nicht die künstlerische Vision –, zu entscheiden, was denn ein paar wenige, bis nach Manhattan strahlende Leuchttürme tatsächlich sein könnten.

Ich will hier nicht sagen, dass dieser Leuchtturmansatz grundsätzlich ein falscher Ansatz wäre. Aber hier gilt: Wer bestellt, der muss auch bezahlen, und zwar nicht nur die Gutachter, sondern auch die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Wenn der Politoberkommissar aus Wiesbaden von oben anordnen will, was seine Untertanen an Kultur um sich haben sollen, dann hat er uns bestimmt nicht an seiner Seite.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen May (SPD))

In dieser Debatte ist auch ganz wichtig, dass die kulturelle Zusammenarbeit nicht in erster Linie verbessert werden muss, um aus der Region heraus zu strahlen, sondern um in die Region hinein zu strahlen, die kulturelle Vielfalt zu stärken, die Qualität zu steigern und um eine noch immer fehlende – nicht nur kulturelle – Identität der Region zu fördern. Herr Koch, auf all das gehen Sie überhaupt nicht ein. Das Problem der fehlenden Vernetzung und der kulturellen Identität ignorieren Sie vollkommen. Dabei ist es genau das, was nicht nur für die Außenwirkung der Region, sondern gerade für die Menschen, die in der Region leben, wichtig ist. Wichtige Impulse für die kulturelle Identität gehen beispielsweise von der Kultur GmbH mit der Route der Industriekultur und mit anderen Projekten aus. Diese Ansätze zu stärken, hier Anreize zu bieten, dass eine solche Zusammenarbeit und Vernetzung auch an anderen Stellen der Region stattfindet, wäre eigentlich Ihre Aufgabe. Hier versagen Sie vollkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Auch andere Fragen beantworten Sie nur andeutungsweise oder gar nicht. Herr Koch, Sie sagen ja, dass keiner Kommune eine Kultureinrichtung weggenommen werden soll, dass aber, wer bezahlt, auch mitbestimmen soll. Das ist so Wischiwaschi, dass es zuerst einmal nicht angreifbar ist. Sagen Sie doch bitte einmal, wie Sie sich das genau vorstellen. Nehmen wir, was wir aus dem Gutachten entnehmen können, als Beispiel einmal die Gemeinden der zwei wichtigsten Bürgermeister im Ballungsraum, Herrn Burghardt aus Friedrichsdorf und Herrn Kern aus Rödermark.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach den Vorschlägen des Gutachters Pfäffli müsste die Stadt Friedrichsdorf wegen der 159 Zuschauer, die in Frankfurt gezählt würden, was 0,43 % des Zwangsbeitrages ausmachen würde, zahlen. Rödermark wäre mit 0,33 % des Zwangsbeitrages dabei. Herr Koch, jetzt beantworten Sie einmal die Frage, wie 0,43 % der Zwangsbeitragszahler an den Entscheidungen beteiligt werden. Hat Herr Kollege Burghardt dann 0,43 % Stimmanteile an der Frankfurter Oper? Was kann er mit diesen 0,43 % überhaupt entscheiden? – Hierauf müssen Sie endlich eine Antwort geben.

Das ist zwar ziemlich unrealistisch, wäre aber die Konsequenz aus Ihrem Vorschlag: Mitbestimmung entsprechend den Finanzierungsanteilen an der Zwangskultur GmbH. All diese Beispiele zeigen, Ihr Konzept ist nicht durchdacht. Dieses undurchdachte Konzept und das Abzocken der Kommunen noch einerseits mit weltweitem Ruhm und andererseits mit dem Notopfer für Frankfurt zu begründen ist relativ unschön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das bekommen Sie auch zurückgemeldet. Was Ihnen aus dem Nabucco-Chor der CDU-Landfrauen und -männer aus den Kommunen und Landkreisen des Ballungsraums entgegenschallt, ist doch mehr als ein Protestlied. Es ist, wie im Falle Offenbach, der geballte Widerstand auch der CDU, auch der Grüttner-Gruppe gegen das unsinnige Vorgehen eines kontraproduktiven Kulturzwangsverbandes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Diese Situation, die wir jetzt haben, dass Offenbacher Kommunalpolitiker, die sonst eher auf rote Ferraris setzen, nun schon einmal den Opel Kombi zur Blockade auf die Straße fahren, haben Sie sich selbst eingebrockt.

Herr Ministerpräsident, aber auch Herr Stadtverordneter Grüttner, der Zwangsverband Kultur ist wirklich der falsche Weg. Er ist eine kulturelle Einbahnstraße, an der vielleicht 33 Leuchttürme strahlen, aber rundherum kulturelle Ödnis herrscht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Koch, wenn Sie Coca-Cola, McDonald's und das Kabelfernsehen sowie die 33 Leuchttürme für das brutalstmögliche Kulturergebnis halten, dann muss das noch lange nicht bedeuten, dass das für alle anderen in der Region gilt. Das Schlimmste aber ist, dass diese Auswahl der Leuchttürme und ihre Finanzierung durch die Gutachter ganz willkürlich von der Staatskanzlei gesteuert wurden und letztendlich die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen total auf den Kopf stellen.

Roland Koch schreibt den Kommunen dann vor, wofür sie die Mittel, die sie aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten, nun ausgeben müssen. „Durchregieren“ heißt das ja auf Neudeutsch. Nur haben Sie eine – noch dazu falsche – Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Gutachter haben sich auf Geheiß der Landesregierung einen falschen Kulturbegriff zu Eigen gemacht – falsch deshalb, weil er zwei große Fehler hat.

Erstens war das Ergebnis sozusagen vor der Untersuchung schon klar. Viel Frankfurt und ein wenig Umland – damit es nicht so auffällt – sollten herauskommen. Dass

dann nicht alles Leuchtturm ist, was vorgeblich blinkt, ist bei diesem Verfahren vorprogrammiert.

Zweitens wurde die Frage, was tatsächlich für die kulturelle Entwicklung der Region wichtig ist, absolut außen vor gelassen. Ich bin mir beispielsweise mit vielen Musikkritikern einig, dass eines der besten Konzerte der letzten Jahre in Offenbach im Capitol stattgefunden hat,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört, hört!)

also nicht in einem der berühmten Leuchttürme, sondern in einer kleineren Halle. Das war ein Konzert mit Philipp Boa, dem Voodooclub und Pia Lund. Ebenso bin ich mir mit vielen Musikkritikern darüber einig, dass der Griechen Mikis Theodorakis einer der wichtigsten Musiker der klassischen und auch der modernen Musik ist. Mikis Theodorakis hatte sein letztes großes Konzert in Hessen auch nicht in einem der 33 Leuchttürme gegeben, sondern in Limburg. Wie schnell man also bei diesen Kriterien falsch liegen kann, ist offensichtlich.

Es leuchtet viel im Rhein-Main-Gebiet. Ihre Leuchtturmpolitik birgt die Gefahr, dass sie kleinere Leuchttürme damit kaputt macht. Ihre Spekulationen, mit dem Bärentrick der 33 Leuchttürme die Kommunen über den Tisch ziehen zu können und der Stadt Frankfurt Gutes zu tun, ohne in den eigenen Geldbeutel zu greifen, wird nicht funktionieren. Es müssen eben alle mitmachen. Wie Sie sehen, machen die Kommunen nicht mit.

Stoppen Sie also die Drohgebärden mit einem kulturellen Zwangsverband, um die Kommunen und Landkreise gegenüber Frankfurt in die Pflicht zu nehmen. Wenn es darum geht, die kulturelle Leistung Frankfurts endlich anzuerkennen, dann haben Sie uns allerdings auf Ihrer Seite. Darauf, dass es auch für die Kultureinrichtungen Hessens größter Stadt einen gerechten Ausgleich geben muss, können wir uns schnell einigen. Dies darf aber nicht zulasten der Umlandgemeinden gehen, sondern das ist Aufgabe des Landes.

Wir kritisieren auch einen weiteren großen Fehler der Gutachter, dass nämlich die Region zu eng gefasst ist, wenn man so wichtige Städte wie Wiesbaden und Darmstadt weglässt. Wir stellen auch fest, dass die Gutachter unterschlagen haben, dass andere Städte wie Darmstadt, Kassel, Gießen und Wiesbaden jeweils vom Land ein Staats- oder Stadttheater sowie die jeweiligen Landesmuseen finanziert bekommen. Wir sagen also: Was für diese Städte gilt, das muss mindestens auch für Frankfurt gelten. Genau das fordern wir heute in unserem Antrag.

Weiterhin sind wir der Auffassung, dass es um eine feiwillige, vom Land geförderte Zusammenarbeit der gesamten Region gehen muss und nicht um die 33 Kulturstituationen im so genannten Ballungsraum. Deshalb fordern wir die konkrete Unterstützung der Frankfurt/Rhein-Main Kultur GmbH. Wir werden sehen, wie sich die vagen Ankündigungen des Ministerpräsidenten im Haushalt widerstreichen werden. Wir wissen, dass die Kultur GmbH noch nicht das große Feuerwerk ist. Aber es ist der richtige Weg.

Die diesjährigen Ansätze der beteiligten Kommunen wie die „Route der Industriekultur“ von Aschaffenburg über Frankfurt und Wiesbaden nach Mainz, das gemeinsame Ticketing und die anderen Projekte zeigen: Das ist die richtige Richtung, in die sich die Kulturlandschaft in der Region entwickeln muss. Wir sagen bewusst: „weiterentwickeln“, und wir meinen, ein Zwangsverband Kultur

wird diese Entwicklung wieder stoppen und das zarte Pflänzchen der Zusammenarbeit, das gerade entstanden ist, brutalstmöglich zerstören.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, das sehen nicht nur wir GRÜNEN so, sondern auch die Grüttner-CDU in Offenbach. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, weil wir GRÜNEN Menschenfreunde sind, fordere ich Sie auf, vom Kulturzwangsverband Abstand zu nehmen und unserem Antrag zuzustimmen, damit sich der Stadtverordnete Grüttner wieder erhobenen Haupts – von mir aus auch im offenen Ferrari – in Offenbach blicken lassen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Beer das Wort.

**Nicola Beer (FDP):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und die Selbstfindung des Menschen. Die Kunst und die künstlerische Arbeit sind ein Teil der Selbstreflexion einer Gesellschaft. Künstlerisches Schaffen sichert nicht nur individuelle, sondern auch soziale Identität. Kunst und Kultur sind wesentlich für die menschliche Verständigung und konstituieren eine Gemeinschaft. Künstlerisches Schaffen fördert zugleich das Verständnis und den Austausch zwischen verschiedenen Kulturen, zwischen Alteingesessenen und neu Zugezogenen. Kurz: Kultur ist die Seele eines Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe diese Ausführungen an den Anfang meiner Rede gestellt, weil ich finde, dass dieser Aspekt, der der eigentliche Aspekt der Kultur, der kulturellen Arbeit und der Kulturpolitik sein sollte, in der aktuellen Diskussion viel zu kurz kommt.

(Beifall der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Roland von Hunnius (FDP))

Gleichzeitig trifft aber auch zu, dass das kulturelle Angebot ein wichtiger Faktor im internationalen Wettbewerb der Standorte ist. Damit hat die Kultur für die Sicherung der Zukunft einer Region zentrale Bedeutung. Das gilt insbesondere auch für das Rhein-Main-Gebiet.

Herr Ministerpräsident, die FDP begrüßt es daher, dass Sie sich höchstpersönlich der Belange der Kultur und dabei insbesondere der Belange der Kultur des Rhein-Main-Gebietes annehmen. Allerdings halten wir den von Ihnen eingeschlagenen Weg für falsch, die Möglichkeiten des Ballungsraumgesetzes zu nutzen und eine Erklärung der Dringlichkeit nach § 6 Ballungsraumgesetz abzugeben.

Lassen Sie mich Folgendes betonen: Die FDP steht weiterhin hinter dem Ballungsraumgesetz, das auch mit den Stimmen der Mitglieder der FDP-Fraktion verabschiedet wurde.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

Herr Kollege, wir halten es aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht für gerechtfertigt, die Dringlichkeit zu erklären. Herr Ministerpräsident, wie die Gründung der Kulturre-

gion Frankfurt/Rhein-Main gGmbH zeigt, bilden sich derzeit erste freiwillige Zusammenschlüsse. Ich gebe zu, dass es sich da noch um zarte Pflänzchen handelt. Aber es handelt sich dabei um Ansätze, die Entwicklungsfähig sind, die wachsen können und wachsen sollen, ohne bedroht zu werden.

Wir glauben nicht, dass der von Ihnen skizzierte Zweckverband gemäß § 6 Ballungsraumgesetz „aus Gründen des öffentlichen Wohls dringend geboten ist“. So steht das im Gesetz. Wir glauben nicht, dass ohne diesen Zweckverband der Betrieb und die Unterhaltung kultureller Einrichtungen überörtlicher Bedeutung nicht zweckmäßig erfolgen könnten. Das wären aber die Voraussetzungen, die gegeben sein müssten, damit das für dringlich erklärt werden kann.

Die Region weist ein sehr vielfältiges und reichhaltiges Kulturangebot auf, das auf den verschiedensten Ebenen von privaten und öffentlichen Trägern erstellt und verantwortet wird. Es wird auf unterschiedliche Art und Weise finanziert. Ebenfalls wird es, räumlich gesehen, von Menschen unterschiedlicher Entfernung genutzt. Die Bevölkerung empfindet diese große Vielfalt des kulturellen Angebotes positiv, die es in der polyzentrischen Region Rhein-Main-Gebiet gibt.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Kollegin, ich darf Sie einen Augenblick lang unterbrechen. – Ich bitte darum, die Gespräche vor der Türe zu führen. Das stört wirklich sehr.

(Rudi Haselbach (CDU): Ich habe gerade an die vielen Opernaufführungen gedacht, die es in Mörfelden-Walldorf gegeben hat! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

– Herr Kollege, das mag ja sein, Sie müssen die jetzt aber nicht besingen.

**Nicola Beer (FDP):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade auch in der Fläche gibt es eine Vielfalt. Herr Kollege, vielleicht mag in Ihrer Heimatgemeinde das Angebot etwas spärlicher sein.

(Dieter Posch (FDP): Nein!)

Herr Ministerpräsident, aber gerade die Vielfalt, die es in der Fläche gibt, gerät in Gefahr, wenn man die Diskussion über die Kultur im Rhein-Main-Gebiet auf eine rein finanzielle Diskussion über die Umverteilung von 120 Millionen € reduziert, statt ein kulturpolitisches Konzept zu erarbeiten. Wir, die Mitglieder der FDP, wollen keine Überforderung der kommunalen Haushalte. Wir wollen auf kommunales kulturelles Engagement nicht verzichten. Wir wollen auch keinen Notbehelf à la Pflichtverband zur Umsetzung des komplexen und vorrangigen Ziels haben, das die Landesregierung im Auge hat. Ich glaube, das ist ihr eigenes Ziel. Dabei geht es um die Schaffung einer dauerhaften, effizienten und erfolgreichen Förderung des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main.

Gerade unter den Gesichtspunkten, dass eine möglichst breite Identifikation mit dem kulturellen Angebot des Rhein-Main-Gebietes erfolgen soll und dass durch freiwillige Trägerschaft eine breite Zustimmung erlangt werden kann, stellen wir die Bildung eines Pflichtverbandes als Mittel zur Erreichung eines solchen Ziels in Frage. Herr Ministerpräsident, ein Pflichtverband mag für die Abfall-

beseitigung oder die Beschaffung von Trinkwasser ein probates Mittel sein. Die Kultur gerade in der Gesamtheit einer Region ist etwas vergleichsweise Komplexes. Genau in dieser Weise haben Sie hier die Kultur angesprochen. Sie sind nicht auf einzelne Einrichtungen eingegangen, sondern Sie haben von der Kultur in der Gesamtheit des Rhein-Main-Gebietes gesprochen. Dies ist ein vergleichsweise komplexes Gebilde mit anderen inhaltlichen und finanziellen Zielen. Mit einem Pflichtverband springt man da zu kurz.

(Beifall der Abg. Florian Rentsch und Roland von Hunnius (FDP))

Man springt dabei sowohl hinsichtlich der Organisationsform und der Aufgabenstellung zu kurz als auch wegen des räumlichen Zuschnitts. Für einen solchen Notbehelf kann auch keine Dringlichkeit vorliegen, da bessere Vorschläge auf dem Tisch liegen, wie man im Augenblick sehen kann.

Das heißt, die Bildung eines Zweckverbandes taugt allenfalls als Drohung. Eine Lösung stellt er nach Ablauf der Frist von einem Jahr nicht dar.

Herr Ministerpräsident, dann darf aus unserer Sicht der von Ihnen gemachte Vorschlag nach Ablauf dieses Jahres auch nicht als unverrückbarer Maßstab dienen, an dem die eigenen Bemühungen der Region gemessen werden können. Das hieße, die Region zu überfordern.

Die Gutachten, die Sie dazu in Auftrag gegeben haben – das gilt insbesondere für das Gutachten des Herrn Prof. Pfäffli –, tragen dabei weniger zu einer Lösung als zu einer Verschärfung der vordergründig geführten Kulturdebatte bei. Anstatt um Kultur geht es gerade in dem Gutachten von Herr Prof. Pfäffli um die Schaffung eines Umverteilungsschlüssels, bei dem die reicheren Regionen des Umlandes die von finanziellen Nöten geplagte Stadt Frankfurt entlasten sollen. Was auf den ersten Blick wie ein wissenschaftlich fundiertes Konzept für eine gerechte Finanzierung aussieht, stellt sich in Teilen als eine grobe Vereinfachung des tatsächlichen Sachverhalts dar.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen. Der Zeitraum der Zählung ist zu knapp ausgefallen. Er ist keinesfalls repräsentativ. Das wurde hier heute schon erwähnt. Aber auch die Liste der vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst – das muss betont werden – vorgegebenen Kriterien ist zu hinterfragen. Sie passt vor allen Dingen überhaupt nicht zu den ausgewählten so genannten Leuchttürmen, also zu den 33 angeblich gemeinsam zu finanzierenden Einrichtungen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Dabei fehlt auch das wichtigste Kriterium. Dabei geht es um die Frage: Muss die speziell betroffene Kultureinrichtung dann über einen Zusammenschluss geregelt, unterhalten und betrieben werden?

Ich will da jetzt keine Herabwürdigung vornehmen. Aber ich habe mir einmal die Liste angeschaut, die es für Frankfurt gibt. Ich kann als Frankfurterin bei diesem Beispiel durchaus auf Frankfurter Einrichtungen zurückgreifen. In dieser Liste findet sich das „Volkstheater Frankfurt Liesel Christ“, das „Fritz Rémond Theater im Zoo“ und „The English Theater“. Herr Ministerpräsident, diese Einrichtungen stellen doch kein Problem dar. Das sind Einrichtungen, die zu einem großen Teil privat finanziert und be-

trieben werden. Darin besteht doch nicht das Problem der Region.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aus meiner Sicht müssen diese Einrichtungen gar nicht einbezogen werden. Auch für das „Ensemble Modern“ und „The Forsythe Company“ gibt es schon eine Förderung des Landes, die die Region sehr begrüßt. Auch dafür benötigen wir keinen Zwangsvorband, mit dem die Finanzierung neu sortiert werden soll.

(Beifall der Abg. Jürgen Walter und Michael Siebel (SPD))

Sie sollten sich einmal den Bericht der Kulturregion anschauen, die unter Leitung von Hilmar Hoffmann tagte. Sie selbst haben heute aus diesem zitiert. Ihnen müsste dann doch aufgefallen sein, dass Hilmar Hoffmann und seine Kulturregion eine wesentlich kürzere Liste überregional bedeutender Einrichtungen genannt haben, als es in dem von Ihnen in Auftrag gegebenen Gutachten der Fall ist.

Herr Ministerpräsident, ich bin der festen Überzeugung, dass Sie mit dem Einbezug einer Vielzahl der Einrichtungen die Aufgabe überfrachten. Diese Überfrachtung der Aufgabe wird aber zu einer Überforderung des Systems und damit zu einer Überforderung der Kommunen führen. Sie sollten sich einmal das Interview anschauen, das Landrat Banzer gegeben hat. Die Stadt Frankfurt erhebt zusammen mit dem Umland gemeinsam die Forderung, wenigstens in Ansätzen so ähnlich wie die Städte behandelt zu werden, die eine spezielle Förderung des Landes für ihre kulturellen Angebote erhalten. Ich spreche dabei von Darmstadt, Wiesbaden und Kassel, aber auch von Marburg und Gießen, die ebenfalls Landesbühnen haben.

Herr Ministerpräsident, eigentlich werden in Frankfurt und in der Region doch folgende Fragen gestellt: Wieso gibt es ein nennenswertes Engagement des Landes z. B. für die Landesbühne in Gießen, aber keines für die Städtischen Bühnen Frankfurts? Wieso bedient man sich für die Finanzierung der Sanierung der Staatstheater des Kommunalen Finanzausgleichs – da werden also alle Städte und Kommunen bis hin zur Stadt Frankfurt und die des Rhein-Main-Gebietes einbezogen; lassen Sie mich aber dabei betonen, dass ich das vom Ansatz her für richtig halte, denn alle Städte und Kommunen Hessens profitieren von den Staatstheatern –, aber warum werden die kulturellen Einrichtungen Frankfurts beim Kommunalen Finanzausgleich nicht ähnlich berücksichtigt? Hier brauchen wir einen gerechten Ausgleich unter Beteiligung des Landes.

Herr Ministerpräsident, ich denke, das ist auch der Grund, warum der in den Gutachten genannte Betrag von 120 Millionen € nicht nachvollziehbar ist, bei dem es um die Umverteilung zwischen der Stadt Frankfurt und dem Umland gehen soll. Gerade im Umland ist das nicht wirklich nachvollziehbar. Er lässt sich auch willkürlich in jede Richtung verschieben.

Ich rege an, dass wir vor dem Hintergrund der Überfrachtung der eigentlichen Aufgabe darüber nachdenken, ob man sich in der aktuellen Diskussion nicht vielmehr auf die Förderung einzelner Einrichtungen konzentrieren sollte. Das könnten etwa die Städtischen Bühnen sein.

(Jürgen Walter (SPD): Dafür brauchen wir keinen Zweckverband!)

Das könnte auch ein Museum mit überregionaler Bedeutung sein, das Landesbezüge aufweist. Ich will jetzt wirklich nur ein Beispiel in die Diskussion werfen, ohne mich dabei festzulegen. Das könnte z. B. das Archäologische Museum Frankfurt sein, das dabei im Verbund mit den anderen archäologischen Präsentationen des Landes stehen müsste.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Das wäre z. B. die Saalburg. Herr Ministerpräsident, dann wäre entsprechend der Logik, die Sie hier vorgetragen haben, nur noch eine Umfinanzierung von 60 Millionen € statt der 120 Millionen € ins Auge zu fassen. Das Umland und das Land müssten dann gemeinsam nur noch knapp 30 Millionen € aufbringen. Ich glaube, wir sollten über ein solches Abrüsten in der Diskussion wahrlich nachdenken.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig muss ich aber insbesondere den Sozialdemokraten dieses Hauses zurufen, dass ihr Beitrag zur aktuellen Diskussion völlig unzureichend ist. Herr Kollege Walter, Sie haben hier heute vor dem Mikrofon gestanden und mit Schaum vor dem Mund auf den Zweckverband gestarrt. Sie haben sich darauf beschränkt, in einer pseudojuristischen Diskussion die bestehenden Klagemöglichkeiten aufzuzählen. In Ihrer Pressekonferenz, die Sie am Montag zusammen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Offenbach gegeben haben, haben Sie auch angedroht, diese Klagemöglichkeiten zu nutzen. Herr Kollege Walter, wer so handelt, der hilft weder dem kulturellen Angebot im Rhein-Main-Gebiet, noch hilft er, die Gründung des Pflichtverbandes zu verhindern.

Von Ihrer Seite, aber leider auch vonseiten der Kollegin Sorge ist heute hier kein einziger Vorschlag gekommen, wie wir dem Handlungsbedarf in der Region Rhein-Main im Bereich der Kultur gerecht werden sollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Da ist mir doch ein Modell wie das der CDU und des Ministerpräsidenten lieber, wo ich in die Detaildiskussion gehen und sagen kann: „Da und da haben wir bessere Vorschläge“, als nur zu sagen: „Ich bin dagegen“, aber ansonsten kein eigenes Angebot habe, Herr Walter.

(Jürgen Walter (SPD): Da ist ja nicht richtig!)

Die FDP setzt dagegen auf eine zügige und wirksame Stärkung des Kulturangebots der Region Frankfurt/Rhein-Main, um vorhandene Stärken weiter zu nutzen, aber auch vorhandene Schwächen – auch das zeigen die Gutachten – bald zu überwinden. Ein freiwilliger Zusammenschluss ist hierzu sehr viel besser und effektiver als ein Zweckverband. Bei den von Ihnen, Herr Ministerpräsident, angeführten erfolgreichen Projekten – Sie haben auf die Regionalparks verwiesen, Sie haben auf die Wirtschaftsförderung verwiesen – wurde nirgends der Zweckverband gewählt, aber auch hier engagiert sich das Land mit erheblichen Anteilen,

(Beifall bei der FDP)

so z. B. mit 10 % Gesellschafteranteil über die Hessen-Agentur bei der Wirtschaftsförderung.

Wir als FDP wollen, dass das Land bei der Förderung und dem Ausbau der Kooperation in der Kulturregion Rhein-Main eine aktive Rolle übernehmen soll. Die Kulturre-

gion Frankfurt/Rhein-Main gGmbH bietet hier eine gute gemeinsame Basis für eine effektive Vernetzung und Zusammenarbeit und zudem den Vorteil, Herr Ministerpräsident, dass sie über den vom Ballungsraumgesetz definierten Rahmen hinausgeht, wenn sie beispielsweise schon jetzt die Region von Mainz bis Aschaffenburg mit einbezieht, was kulturpolitisch absolut notwendig ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage einmal etwas geflacht dazu: Herr Ministerpräsident, ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum Sie in einer Situation, in der die eigentlich handelnden Matadore in der Region fast alle von der CDU gestellt werden, die Bande nicht einfach einmal zusammenrufen und sagen: Jetzt wird hier einmal Tacheles geredet, und wir setzen uns einmal ein paar Stunden zusammen. – Es mag ja sein, dass Sie nach dem Ballungsraumgesetz diese Aufgabe der Oberbürgermeisterin von Frankfurt zugedacht hatten, aber wenn die Dame nicht zu Pote kommt, würde ich doch selber einmal in den Ring steigen. Das müsste doch möglich sein.

(Beifall bei der FDP)

Für uns als FDP gehört als selbstverständliche Tatsache dazu, dass Mitfinanzierung auch Mitbestimmung bedeutet, damit jedem der Beteiligten auch ein kultureller Mehrwert vermittelt werden kann. Ich persönlich halte hierbei eine direkte Beteiligung, z. B. als Gesellschafter, an den Städtischen Bühnen für wesentlich besser und vor allem auch einflussreicher als die der Beteiligung an einem Zweckverband.

Wir als FDP sind auch für eine Vernetzung der kulturellen Angebote und schlagen Ihnen ganz konkret vor, dass die Regionalkonferenz zusammen mit der Kulturinitiative Rhein-Main innerhalb eines halben bis ganzen Jahres ein Konzept für die Zusammenarbeit von staatlichen, kommunalen und privaten Kultureinrichtungen im Rhein-Main-Gebiet erarbeitet und diese über die Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main gGmbH umsetzen soll. Außerdem schlagen wir Ihnen vor, Herr Ministerpräsident, die Gründung einer Kulturstiftung zur Akquisition zusätzlicher privater Mittel zu initiieren. Dies wäre unseres Erachtens ein Punkt für das Engagement des Ministerpräsidenten, hier die entsprechenden solventen, aber auch tatkräftigen Leute zusammenzubringen.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich wollen wir, um auch in der Diskussion über die verschiedenen Finanzströme etwas abzurüsten, eine Überprüfung, ob die Anteile, die die Stadt Frankfurt zur Kulturförderung erhält, und zwar direkt vom Land oder über den Kommunalen Finanzausgleich, der bedeutenden überregionalen Kulturaufgabe gerecht werden. Eine Initiative meiner Fraktion zu diesem Teil ist schon in Vorbereitung. Es ist selbstverständlich, dass wir bei dieser Belehrungsweise auch einbeziehen müssen, dass die Stadt Frankfurt im Rahmen des Kulturvertrags 1999 in wesentlichen Bereichen erheblich entlastet wurde. Aber es ist genauso richtig, einzubeziehen, dass die Stadt Frankfurt mit etwa 10 % ihres Haushalts – Sie hatten darauf hingewiesen: 267 Millionen € – weit mehr für Kultur und kulturelles Engagement tut als das Land mit 220 Millionen € im gesamten Landesetat und von daher dieses Engagement einen immens wichtigen Beitrag zur Kultur im Rhein-Main-Gebiet, aber auch über das Rhein-Main-Gebiet hinaus darstellt.

Wir als FDP-Fraktion denken, dass das Ballungsraumgesetz schon den nötigen Anstoß zur Zusammenarbeit im Bereich der Kultur im Rhein-Main-Gebiet gegeben hat, Herr Ministerpräsident, und dass sich die Landesregierung nun kreativ und konstruktiv anstatt mit Drohgebärden an diesen viel versprechenden Initiativen der Region beteiligen sollte. Die FDP ist bereit, die kulturelle Zusammenarbeit in der Region tatkräftig zu unterstützen, z. B. in der Person von Ruth Wagner, die sich schon einmal als Kulturbotschafterin für dieses Land verdient gemacht hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion der Union bitte ich Frau Kühne-Hörmann.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aus nordhessischer Sicht sozusagen! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem nötigen Abstand!)

**Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist es wichtig, darzustellen, dass durch die Debatte heute und die Diskussionen, die es gibt, die Bedeutung der Kultur anders herausgestellt worden ist. Ich habe auch den Eindruck, Herr Kollege Walter, Abgeordnete, die sich sonst eher selten mit Kultur beschäftigen, tun das auch einmal, und es ist wirklich nicht schädlich für unser Land, dass auch diejenigen, die wenig damit zu tun haben, einmal zur Kenntnis nehmen, welche Bedeutung die Kultur für unser Land hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf)

– Der hört nicht so zu. Der muss erst einmal ein bisschen mit dem Geburtstagskind reden. Das ist zunächst einmal wichtiger.

Ich will darauf hinweisen, dass die Kultur ein Standortfaktor ist. Frau Kollegin Beer hat eben darauf hingewiesen. Mir ist es auch wichtig, darzustellen, dass unter Ruth Wagner der erste Kulturwirtschaftsbericht des Landes Hessen erstellt worden ist, der zum ersten Mal belegt hat, dass Kultur nicht nur ein weicher Faktor ist, sondern auch ein harter Faktor und dass mit Kultur auch Wirtschaftspolitik gemacht wird. Genau aus diesem Grund reden wir natürlich auch heute darüber, nachdem die zwei Gutachten vorliegen, wie man die Kultur im Rhein-Main-Gebiet so positionieren kann, dass sie im internationalen Wettbewerb einfach anders sichtbar ist. Es ist vollkommen klar: Wir werden in Frankfurt nicht so wie die Mailänder Scala oder andere betrachtet, nicht so wie Paris, London oder – das hat der Ministerpräsident gesagt – die Region um New York, aber wir haben das Potenzial dazu, und die beiden Gutachten belegen, dass es darauf ankommt, das kulturelle Gesamtbild der Region Rhein-Main sichtbar zu machen. Darauf kommt es an.

An dieser Stelle muss man auch darauf hinweisen – meine Vorredner haben das weitgehend außer Acht gelassen –, dass es zwischen dem Rhein-Main-Gebiet, dem Umland und der Kernstadt Frankfurt massive Probleme gibt, was die Umverteilung angeht. Rund zwei Drittel der Besucher der Frankfurter Kulturangebote sind nicht Einwohner der Stadt, obwohl die öffentliche Finanzierung der Angebote weitestgehend von der Stadt sichergestellt wird. Die auswärtigen Nutznießer profitieren in hohem Maß von den

kulturellen Leistungen der Stadt. Herr Prof. Pfäffli hat dazu Folgendes gesagt: Es herrscht also ein deutliches Ungleichgewicht bei der Verteilung des finanziellen Aufwands. Dies birgt die Gefahr in sich, dass das Kulturangebot im Ballungsraum zurückfällt, weil die Bereitschaft der Frankfurter, umfangreiche Leistungen für nicht Ortsansässige ohne finanzielle Gegenleistung anzubieten, nachlassen könnte. – Das ist das Hauptproblem, das wir haben: auf der einen Seite die Positionierung der Kulturregion Rhein-Main und auf der anderen Seite das Problem, dass die Frankfurter Bürger – das muss man auch sehen – aus Steuermitteln einen Hauptteil derer, die im Umland wohnen, finanzieren.

Herr Walter, bei Ihnen kann ich es ja noch verstehen, da Sie aus der Wetterau kommen. Bei den beiden Kolleginnen Sorge und Beer ist das natürlich schon etwas anderes, weil die Frankfurter Bürger auch wissen wollen, wie das eigentlich bei uns aussieht. Jetzt nehme ich einmal die Oper Frankfurt. Gutachten von Herrn Pfäffli: öffentliche Finanzierung der Stadt ca. 40 Millionen €. 42,2 % der Besucher sind Einwohner der Stadt Frankfurt. Im übrigen Ballungsraum wohnen 30,8 %. Jetzt will ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich sagen: Über Jahrzehnte ist diese Ungerechtigkeit der Finanzierung, die es in kaum einem anderen Bereich so deutlich gibt wie im Kulturbereich, hingenommen worden, ohne etwas dagegen zu tun. Es ist legitim, heute nachzufragen, auch von den Bürgern, die im Umland wohnen, ob sie nicht bei ihren kommunalen Vertretern einfordern können, dass sie beispielsweise, sage ich einmal, aus Friedrichsdorf in die Oper nach Frankfurt gehen können, dass sie die Oper in Frankfurt erhalten haben möchten und dass sie selbstverständlich ein Interesse daran haben, dass sich die kommunalen Vertreter an den überregionalen Kultureinrichtungen so beteiligen, dass sie auch für Nutzer im Umland zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Diskussion, die wir heute führen. Deswegen ist es an dieser Stelle wirklich verlogen, zu sagen, es werde etwas umverteilt, sondern es wird den Bürgern aus dem Umland auch ermöglicht, weiterhin in Frankfurt in die Kultureinrichtungen zu gehen, die so finanziert werden, dass eine gewisse Gerechtigkeit besteht.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle will ich noch einmal darauf hinweisen, dass natürlich den einzelnen Besuchern kaum Transparenz bei der Finanzierung dargestellt wird. Wer also eine Theaterkarte kauft, kann anhand dieser Theaterkarte nicht sehen, woher die Finanzierung kommt und wer die Finanzierung trägt. Ich bin mir sicher, dass durch die Diskussion, die wir heute führen, viele Bürgerinnen und Bürger im Umland daran interessiert sind, dass das Kulturangebot in Frankfurt weiterhin so qualifiziert und noch qualifizierter erfolgt als in der Vergangenheit, und dass sie selbstverständlich auch bei ihren Politikern mit dafür sorgen werden, da einen Ausgleich hinzubekommen.

Ich halte die Dringlichkeitserklärung – da bin ich der Landesregierung sehr dankbar – deshalb für notwendig, weil in den vergangenen Jahren immer wieder freiwillige Apelle gerade im Kulturbereich fast nichts gefruchtet haben. Frau Kollegin Beer hat darauf hingewiesen, dass es jetzt zarte Pflänzchen in dieser Hinsicht gibt. Natürlich müssen die auch unterstützt werden, keine Frage. Deswegen glaube ich, dass dieses eine Jahr der Freiwilligkeit

durchaus dazu führen kann, dass sich dort etwas entwickelt.

Ich finde in diesem Zusammenhang, dass der Bereich Kultur im Rhein-Main-Gebiet eine gute Chance hat, nationale und internationale Bedeutung zu erlangen. Ich setze auf die Bürger, die die kulturellen Einrichtungen nutzen und die mit ihren Kommunalpolitikern reden werden. Ich setze auch darauf, dass die Kommunalpolitiker vernünftig genug sein werden, mit der Stadt Frankfurt, die die Hauptlast in diesem Geschäft trägt, zu verhandeln, damit die Region Rhein-Main im Kulturbereich Spitze und international wird und die Bürgerinnen und Bürger im Umland zu genau den gleichen Preisen ins Theater gehen können wie die in der Stadt Frankfurt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Mathias Wagner das Wort.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind uns in diesem Haus einig, dass alle Fraktionen die Zusammenarbeit im Rhein-Main-Gebiet verbessern wollen. Das ist nicht der Streit in diesem Haus.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Doch, Herr Kollege Hoff, das würde ich auch der SPD unterstellen, der FDP genauso wie der CDU und natürlich uns GRÜNEN. – Der Streit in diesem Haus entbrennt darum, was dafür das richtige Mittel und das richtige Instrument ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Meinung, dass das richtige Instrument dafür die Schaffung eines Regionalkreises wäre. Die Landesregierung und die CDU sind der Meinung, dass das richtige Instrument dafür das Ballungsräumgesetz ist.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und von der CDU)

– Wieso es bei dieser simplen Feststellung, dass es unterschiedliche politische Konzepte gibt, eine solche Aufregung gibt, verstehe ich erst einmal nicht, Herr Generalsekretär Boddenberg. Ich wollte erst noch auf die Kritik am Ballungsräumgesetz kommen. Dann können Sie sich aufregen, Herr Kollege Boddenberg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Weg der CDU und der Landesregierung der des Ballungsräumgesetzes ist – das wird er bis 2008 sein; so sind bis dahin die Mehrheitsverhältnisse in diesem Landtag –, dann fragen wir als Opposition: Sind diese Instrumente, die Sie anwenden, geeignet, die Probleme des Ballungsräums zu lösen?

Herr Kollege Walter hat bereits darauf hingewiesen, dass der Ministerpräsident heute erstaunlich sanftmütig dorthin kam, erstaunlich kraftlos, weil er erkannt hat, welche großen Probleme sein mit dem Ballungsräumgesetz eingeschlagener Weg bei der kulturellen Kooperation schafft. Aber er kam nicht nur kraftlos daher. Der Minis-

terpräsident kam – da ist untypisch für ihn, und da lohnt es sich immer, genau hinzugucken – auch sehr unpräzise daher in der Darstellung seiner Pläne, in der Darstellung dessen, was er vorhat.

Herr Koch, unpräzise sind Sie normalerweise selten. Sie sind es immer dann, wenn es Probleme in Ihrem Konzept gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Sie waren z. B. sehr unpräzise, was die finanziellen Forderungen an die Kommunen angeht. Da durften wir vor wenigen Monaten von Ihnen lesen, Sie wollten einen Betrag von 200 bis 300 Millionen € umverteilen. Zwischenzeitlich hieß es, 150 Millionen € wollten Sie umverteilen. Jetzt sagen Sie, Sie wollen 70 Millionen € umverteilen. Ich glaube, die Kommunen im Rhein-Main-Gebiet haben ein Anrecht, zu wissen, was es denn jetzt sein soll. Denn zwischen 70 Millionen und 300 Millionen € besteht ein gravierender Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den Finanzminister nicht!)

Herr Ministerpräsident Koch, Sie waren erstaunlich unpräzise, was die eigenen Leistungen des Landes angeht.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Weshalb gibt es für diese Landesregierung das Junktim zwischen den Leistungen der Kommunen und dem, was das Land Hessen für seine Kultureinrichtungen tut? Das ist ein künstlich von Ihnen konstruiertes Junktim. Ich würde von einer Landesregierung erwarten, dass sie, bevor sie Forderungen an andere stellt, erst einmal ihre eigenen Hausaufgaben macht und ihre eigenen Maßnahmen ergreift, wie sie das kulturelle Angebot im Rhein-Main-Gebiet verbessern kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bevor Sie Forderungen an andere stellen, müssen Sie erst einmal beantworten, warum Sie direkte Förderung des Kulturrangebots in Darmstadt, Kassel, Wiesbaden und Gießen für die Theater betreiben und warum Sie das in Frankfurt nicht machen. Diese Frage müssen Sie unabhängig davon beantworten, wie wir die kulturelle Zusammenarbeit im Rhein-Main-Gebiet ansonsten organisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie müssen diesem Hause erklären, warum Sie einen neuen Finanzausgleich schaffen wollen. Wir haben einen Kommunalen Finanzausgleich. Dieser Kommunale Finanzausgleich stellt alle Instrumentarien zur Verfügung, um zu einem Ausgleich zu kommen. Sie müssen begründen, warum Sie ein eigenes Instrument wollen. Der Kommunale Finanzausgleich hätte den großen Vorteil, dass die Finanzkraft der Kommunen tatsächlich berücksichtigt wird und man kein esoterisches, neues Umverteilungsinstrument hat, das diesen Punkt überhaupt nicht berücksichtigt.

Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich auch sagen lassen, wenn es um die Finanzmasse der Kommunen geht: Wer war es denn, der im Bundesrat verhindert hat, dass wir die Gewerbesteuer weiter reformieren konnten und die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer entwickeln konnten? Wenn es um die Finanz-

knappheit der Kommunen geht und wenn es um zu wenig Geld der Kommunen für Kultur geht, dann gehört das in diesen Zusammenhang dazu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie waren auch sehr unpräzise, was die Erfolge des Ballungsraumgesetzes angeht. Ich sage Ihnen: Das Ballungsraumgesetz – am 31. März 2006 tritt es außer Kraft – hatte bislang überhaupt keine Erfolge. Das Einzige, was dieses Ballungsraumgesetz gebracht hat, ist die Verunsicherung und die Spaltung der Region. Materielle Erfolge hatte dieses Ballungsraumgesetz bis jetzt überhaupt keine.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Der Herr Ministerpräsident hat hier das Standortmarketing als Erfolg des Ballungsraumgesetzes angeführt. Der Landrat des Hochtaunuskreises und der Offenbacher Oberbürgermeister hatten sich aufgemacht, dieses Standortmarketing zu gründen, bevor die Landesregierung diese Aufgabe überhaupt für dringlich erklärt hat. Sie können sich hier nicht mit den Leistungen der kommunalen Politiker schmücken, wenn Sie gar nichts damit zu tun hatten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Das Standortmarketing, so wie diese Gesellschaft jetzt beschlossen ist, wäre im Rahmen des Ballungsraumgesetzes als Pflichtverband überhaupt nicht möglich gewesen, weil die Kommunalpolitiker im Rhein-Main-Gebiet sinnvollerweise gesagt haben, sie gehen über den engen und falschen Zuschnitt des Ballungsraumgesetzes hinaus. Insofern können Sie sich hier nicht mit den Erfolgen der kommunalen Familie schmücken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Minister Karlheinz Weimar: Super! Schauen Sie doch, was wir erreicht haben!)

– Herr Weimar, was Sie als Erfolge bezeichnen, endet in verfassungswidrigen Haushalten. Insofern möchte ich um etwas mehr Contenance bitten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist es ein Erfolg. Aber es ist ein Erfolg, der mit dem Ballungsraumgesetz nichts zu tun hat. Das ist doch der entscheidende Punkt. Sie schmücken sich hier mit fremden Federn, weil Ihre eigene Bilanz so schlecht ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Roland Koch: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Auch das integrierte Verkehrsmanagement hat mit dem Ballungsraum nichts zu tun. Es ist eine Initiative der kommunalen Familie.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Frau Zeimetz-Lorz, Sie müssen es halt lesen. Die Zusammenarbeit im Bereich des integrierten Verkehrsmanagements ist nicht für dringlich erklärt worden. Also kann es kein Erfolg der Landesregierung sein, sondern es ist ein Erfolg der kommunalen Familie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Fortgesetzte Zurufe der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Herr Ministerpräsident, Sie waren erstaunlich unpräzise, was die Verfassungsgemäßheit des Ballungsraumgesetzes angeht. Der Staatsgerichtshof hat nicht gesagt, dass alle Instrumentarien, die im Ballungsraumgesetz vorgesehen sind, verfassungsgemäß sind. Er hat gesagt, es ist verfassungsgemäß, einen solchen rechtlichen Rahmen vorzugeben. Das gestehe ich Ihnen zu.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist schon einmal schön! Das hat der Staatsgerichtshof festgestellt!)

– Darüber streiten wir doch gar nicht, Herr Weimar. Das hat der Staatsgerichtshof festgestellt. – Aber der Staatsgerichtshof hat auch festgestellt, dass damit über konkrete Zweckverbände, beispielsweise für Kultur, überhaupt keine Aussage getroffen ist: ob sie verfassungsgemäß sind. Insofern können Sie nicht auf der rechtlich sicheren Seite sein. Ich würde sagen, die angekündigten Klagen der Kommunen haben große Aussicht auf Erfolg: dass festgestellt wird, dass es so eben nicht geht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Karlheinz Weimar: Wie beim letzten Mal! Zum Ballungsraumgesetz sind die gleichen Reden gehalten worden!)

– Herr Weimar, dafür haben wir den Staatsgerichtshof, um das zu entscheiden. Sie haben Ihre Auffassung, wir haben unsere.

Sie müssen auch akzeptieren, dass Sie mit Ihrem Ballungsraumgesetz wesentliche Probleme im Rhein-Main-Gebiet nicht lösen.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Wir haben im Rhein-Main-Gebiet das Problem einer überbordenden Bürokratie und eines zu komplizierten Verwaltungsaufbaus. Das lösen Sie mit Ihrem Ballungsraumgesetz nicht. Sie machen alles noch viel komplizierter. Sie schaffen immer neue Gremien, immer neue Klubs. Das macht den Verwaltungsaufbau wirklich nicht einfacher.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben schlicht und ergreifend nicht die Kraft für eine umfassende Verwaltungsreform in unserem Land. Sie haben nicht die Kraft, die Regierungspräsidien und die Landkreise in neue Regionalkreise zusammenzuführen. Dafür fehlt Ihnen die Kraft, das wollen Sie nicht mehr ansehen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Herr Ministerpräsident, ich wundere mich, dass Sie da so laut dazwischenrufen. Es stand selbst einmal in Ihren CDU-Programmen, dass Sie die Regierungspräsidien in neue Verwaltungsstrukturen überführen wollen.

(Ministerpräsident Roland Koch: 1968!)

– Nicht 1968 stand das darin, Herr Ministerpräsident. Das stand noch in Ihren jüngsten Programmen, und Sie haben heute nicht mehr die Kraft, diese Reform auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU)

Sie geben mit Ihrem Ballungsraumgesetz keinerlei Antwort auf die Finanznot der Kommunen. Wir haben die Situation, dass die Kreisumlage in immer neue Rekorde steigt. Gleichzeitig steigt die Verschuldung der Kreise und der Kommunen. Wir sagen jetzt: Mit einer beherzten Verwaltungsreform, mit dem Regionalkreismodell, wie wir es vertreten, können wir nicht alle Finanzprobleme der Kommunen lösen. Aber wir können dadurch, dass wir Verwaltungsstrukturen schaffen, die den Problemen angemessen sind, einen Beitrag dazu leisten, dass die Kommunen Geld sparen können. Diesen Beitrag wollen wir leisten. Das wollen wir realisieren. Aber Ihnen fehlt die Kraft dazu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wagner, darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Sie denunzieren unser Regionalkreismodell gerne als großen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

(Zuruf von der CDU: So ist es doch!)

Das Regionalkreismodell ist nichts anderes als eine Überprüfung der jetzigen Landkreisstrukturen. Wir sind sicher, wenn man es adäquat machen will, muss man die Landkreisgrenzen heute größer fassen, als man das in den Siebzigerjahren machen wollte. Das ist der Kern unseres Regionalkreismodells. Meine Damen und Herren, wir sind der Überzeugung, wir könnten die Probleme des Rhein-Main-Gebietes so besser lösen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Ruth Wagner, FDP-Fraktion.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Meine Damen und Herren! Wenn es wirklich eines Beweises bedurfte, dass man einem solchen Thema nicht mit einer Regionalreform beikommen kann, dann war das der Beitrag meines Namensvetters. Sie werden doch nicht glauben, dass Sie die Kulturregion Rhein-Main, die in Wahrheit von Mainz bis Aschaffenburg und vom Norden Frankfurts bis herunter nach Heidelberg reicht, mit dem Modell des Regionalkreises lösen können.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Womit denn sonst? – Lebhafte Zurufe von der SPD)

Das ist doch einfach lächerlich. Meine Damen und Herren, es geht darum, dass – das hat der Ministerpräsident zu Recht noch einmal historisch dargestellt – in dem Verband, der so ähnlich konstruiert war, nämlich dem Umlandverband, der ein eigenes Parlament hat, die dort direkt gewählten und versammelten Repräsentanten es im

letzten Jahr nur unter Druck hinbekommen haben, das Thema Müll zu lösen

(Volker Hoff (CDU): Und dann um ihre Auflösung gebeten haben!)

– und dann um ihre Auflösung gebeten haben.

Meine Damen und Herren, es ist nicht wahr, was Sie, Herr Wagner, gesagt haben: dass die Marketinggesellschaft, der Regionalpark und die Verkehrsgesellschaft aus den Ideen der großen Lokal- und Regionalpolitiker entstanden sind. Das waren alles Anregungen der Landespolitik. Das ist doch das Problem, mit dem wir es zu tun haben.

Lassen Sie mich auf zwei, drei Dinge eingehen, die ich noch einmal vortragen will, weil Herr Weimar und ich in der letzten Legislaturperiode uns sehr darum gekümmert haben. Hier ist gefragt worden – das war immer die Frage der Oberbürgermeisterin von Frankfurt –: Warum bekommen die großen Staatstheater Kassel, Wiesbaden, Darmstadt und, dann versetzt mit einem anderen Schlüssel, auch die Landesbühne Marburg und das Stadttheater Gießen hohe Zuschüsse? – Meine Damen und Herren, weil es sich um Residenzstädte handelt, deren Erbe das Land Hessen angetreten hat, weil – auch das hat der Ministerpräsident zu Recht gesagt – sich die Stadt Frankfurt über Jahrzehnte auf ihre alte bürgerschaftliche Tradition gestützt hat, in der das Bürgertum, vor allen Dingen das jüdische Bürgertum, vor 100 Jahren fast alle großen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen selbst gegründet hat, meistens als Stiftung, und weil es sozusagen zur Ehre dieser Stadt gehörte, dass die Bürgerschaft möglichst viel selbst trägt und – das weiß Herr Corts aus seinen Erfahrungen, und das wissen alle Frankfurter Kolleginnen und Kollegen – über die Unternehmen Stiftungen akquiriert. Das hat z. B. in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass das Städel nicht nur durch eine Stiftung getragen wird, sondern dass die gesamte Sanierung mit über zweistelligen Millionenbeträgen an Euro von der Bürgerschaft selbst aufgebracht worden ist. Das ist der Unterschied.

Außerdem haben wir einen Kulturvertrag. Das haben die SPD-Kollegen zusammen mit den GRÜNEN in der alten Koalition noch auf den Weg gebracht. Ich will noch einmal die Zahlen nennen. Das hat damals das Kabinett der Stadt Frankfurt immer wieder ein bisschen vorgehalten. Der Kulturvertrag für zwei großen Kliniken, die Universität, die Universitätsbibliothek, eine ganze Reihe anderer Einrichtungen bedeutet für die Stadt Frankfurt eine Entlastung vom Jahr 1999 bis in dieses heutige Haushaltsjahr 2005 in Höhe von 112 Millionen €. Hochgerechnet vom Finanzministerium und vom HMWK sind das bis zum Jahr 2010 über 227 Millionen €. Das ist ein Teil der Wahrheit.

Zweitens. Herr Kollege Weimar, dazu gehört noch, dass in den letzten Jahren für die Finanzierung, den Ausbau und die Verwaltung der großen Forschungseinrichtungen des Universitätsstandortes, den wir in Hessen haben und der einer der größten in Deutschland und in Europa werden kann, plus der Entlastung des Hoch'schen Konservatoriums – das hat die Vorgängerregierung 30 Jahre lang nicht gemacht – weitere 330 Millionen € pro Jahr vom Land Hessen an die Stadt Frankfurt als Standort von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen gehen. Das darf man nicht vergessen. Ich will das noch einmal ganz deutlich sagen.

Trotzdem ist es wahr – die Kollegin Beer hat das gesagt –: Die Städtischen Bühnen haben heute mit dem Standort des Schauspiels, vor allen Dingen mit der Oper, die zum

ersten Mal nach zwei Jahren unter Herrn Loebe zur Oper des Jahres in Deutschland erkoren wurde – das hatte nur Stuttgart geschafft, meine Damen und Herren –,

(Andrea Ypsilanti (SPD): Richtig!)

einen Qualitätsausweis, den wir so nicht haben. Deshalb will ich noch einmal sagen: Wir wollen am Beginn der Diskussion keine endgültige Entscheidung über einen Zweckverband treffen. Das hat Frau Beer deutlich gesagt. Herr Ministerpräsident, wir wollen mit unserem Vorschlag für eine gewisse Entmilitarisierung sorgen, weil ich glaube, das nützt nichts. Wir sehen das doch. Da sind unsere nicht besser als Ihre, die Schwarzen, die Roten und die GRÜNEN. Das muss geschehen, damit wir endlich aus der lokalen und der regionalen Befindlichkeit herauskommen: ob zu den 33 die Hugenottenhalle in Neu-Isenburg gehört oder das Stadttheater in Rüsselsheim oder die Burgfestspiele in Bad Vilbel, um nur die drei zu nennen; das erlaube ich mir. Entscheidend muss auch die ästhetische und kulturelle Qualität dieser so genannten Leuchttürme sein und nicht nur die Besucherzahlen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da wollen wir erst noch einmal ein bisschen gucken. Herr Hoffmann hat in dem Bericht, den er Ihnen im Dezember 2002 vorgelegt hat, von 17 großen Einrichtungen in Hessen insgesamt sieben herausragende in Frankfurt genannt. Dazu gehörte aber auch die Documenta in Kassel. Dazu gehörte das Jugendstil-Ensemble in Darmstadt. Dazu gehörten das neue Filmfestival „Go East“ in Wiesbaden, das sich unglaublich gemausert hat, und die internationalen Ferienkurse für neue Musik in Darmstadt.

Liebe Freunde, ich zähle dazu z. B. den Standort Aschaffenburg, wo Sie zurzeit im Kunstverein eine Chagall-Ausstellung sehen können. Als ich dort war, haben mich lauter Hessen begrüßt. Frankfurter, Wiesbadener, Rhein-Mainer schauen sich diese tolle Ausstellung an. Das ist doch sozusagen unser Vorzimmer, die Diele zur Haustür.

Zum Theater in Mainz: Herr Zöllner und ich haben mit hohen Lottobeträgen eine Oper, die sich mit dem Schicksal von Celan beschäftigt hat, in Mainz und in Darmstadt und damals bei der Weltausstellung finanziert. Die Oper hatte einen solch hohen Rang, weil sie von Ruzicka, dem Leiter der Salzburger Festspiele, komponiert, geleitet und erstmals aufgeführt worden ist. Das sind die Dinge, wegen derer sich die ganze Welt ins Rhein-Main-Gebiet begibt.

Meine Damen und Herren, diese Region – das ist schon längst gesagt worden – umfasst mehr als das Gebiet des Ballungsraums. Deshalb ist es richtig, dass wir über verschiedene Wege nachdenken. Ich kann aber überhaupt nicht verstehen, dass die SPD heute hier, nur um einige Leute vorzuführen, namentlich darüber abstimmen lässt, welchen Weg man geht. Lieber Herr Walter, empfehlen Sie den drei genannten Kollegen – –

(Zuruf von der CDU: Billig!)

– Es ist mehr als billig, das zu tun, was Sie getan haben. Es ist die Flucht vor der Verantwortung aus Ihrem alten Wahlkreis. Das werden wir nicht tun. Wir werden uns darum kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Jürgen Walter (SPD): Hören Sie auf! Was soll das?)

Das ist keine vergnügungssteuerpflichtige Angelegenheit, bei niemandem. Aber wenn wir wollen, dass das Rhein-Main-Gebiet – wie der Ministerpräsident gesagt hat –

nicht nur wirtschaftlich bedeutend ist und viel größer erscheint, als es von den Einwohnerzahlen her ist, wenn wir wollen, dass es in Deutschland und in Europa wahrgenommen wird, dann ist es an der Zeit, dass wir alles daran setzen, dass in absehbarer Zeit tatsächlich etwas geschieht. Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe viele Gespräche geführt und gelockt und auch ein bisschen gedroht. Die Eifersüchteleien in dieser Region sind das Schlimmste. Die müssen wir überwinden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wagner. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Debatte.

Wir haben den Antrag unter Tagesordnungspunkt 111 abzustimmen, den Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und den Antrag Drucks. 16/4244. Zu diesem SPD-Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt.

Zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist vorgeschlagen, ihn an den Ausschuss zu überweisen. Gibt es hier andere Vorstellungen? – Dann ist der Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend verbesserte kulturelle Zusammenarbeit in der Rhein-Main-Region – kein Kulturzwangsverband, Drucks. 16/4227, zur weiteren Behandlung an den Innenausschuss, federführend, und an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, beteiligt, überwiesen.

Dann kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichen Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, Drucks. 16/4244. Das ist der neue Tagesordnungspunkt 118. Ich bitte die Schriftführer, mit der Verlesung zu beginnen.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt vor. Herr Kollege Hoff, hören Sie gut zu. Für den Antrag haben 44 Kollegen gestimmt, mit Nein haben 55 gestimmt, enthalten haben sich 9. Damit ist der Dringliche Entschließungsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zu **Tagesordnungspunkt 12:**

### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (HAGTierNebG) – Drucks. 16/4191 zu Drucks. 16/4027 zu Drucks. 16/3879 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Grumbach. Bitte sehr.

### **Gernot Grumbach, Berichterstatter:**

Beschlussempfehlung und Zweiter Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (HAGTierNebG), Drucksache 16/3879: Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz in der 70. Plenarsitz-

zung am 7. Juni 2005 zur Vorbereitung der zweiten Lesung zurücküberwiesen worden. Der Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat in seiner Sitzung am 30. Juni 2005 einstimmig die vorgenannte Beschlussempfehlung an das Plenum ausgesprochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Grumbach.

Meine Damen und Herren, es ist keine Aussprache vorgesehen. Dann darf ich sofort in die Abstimmung eintreten. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, Drucksache 16/3879, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Vielen Dank, meine Damen und Herren. Damit ist das Gesetz angenommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war die Abkürzung des Gesetzes?)

– Das ist unglaublich. Das ist etwas für Germanisten der nächsten Generation: HAGTierNebG. Das würde ich in einem Deutschaufzettel nie durchgehen lassen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu **Tagesordnungspunkt 13:**

**Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend die Entwicklung Nordhessens unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels – Drucks. 16/3959 zu Drucks. 16/3018 –**

Vorgesehen sind zehn Minuten Redezeit. Erster Redner ist Herr Heidel für die FDP-Landtagsfraktion.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der FDP zum Thema „Entwicklung Nordhessens unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels“ passt ergänzend gut zu dem vorvorherigen Tagesordnungspunkt, als wir uns über das Ballungsgebiet Rhein-Main und die Facetten unterhalten haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, das ist der Mühe wert, liebe Kolleginnen und Kollegen, da es sich dabei um eine Region handelt, die es verdient, genauso ernst genommen und berücksichtigt zu werden wie die anderen Teile unseres Bundeslandes.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich zuerst recht herzlich bei Minister Dr. Rhiel für die Beantwortung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

Ich sage aber gleich dazu, dass beim Durchgehen der Beantwortung einige Punkte für uns offen geblieben sind, wo sich Fragen stellen. Ich denke, Sie können in Ihrer Rede darauf eingehen und das eine oder andere klarstellen.

Wenn wir vom Logistikstandort Nordhessen sprechen, wie Sie es tun, dann müssen wir auch das Thema Bebra behandeln. Bei dem Thema Bebra vermisste ich ein wenig die

Ergebnisse der Gespräche, die diese Landesregierung mit der Deutschen Bahn AG führt, um hier voranzukommen. Ich denke, das ist ein entscheidender Faktor für den Standort Nordhessen. Hier hätte ich mir ein bisschen mehr Bewegung der Landesregierung gewünscht.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben bei einem anderen Tagesordnungspunkt schon einmal über die Fördermöglichkeiten der EU geredet. Wir haben über die GA-Mittel geredet. Herr Minister, es muss doch eigentlich auch in Ihrem Hause eine Planung geben, wie man im Jahre 2007 und in den folgenden Jahren damit umgeht, ob die Landesregierung z. B. sagt, dass sie hier einen Ausgleich schaffen will.

Das hängt auch mit der IBH zusammen, die wir noch gemeinsam eingerichtet haben. Sie haben jetzt bei der IBH eine Trennung in einen monetären und in einen wirtschaftlichen Teil vorgenommen. Das wäre ein Punkt, wo Sie klar und deutlich sagen müssten, wo die Schnittpunkte sind und was Sie sich von dieser Trennung versprechen.

Zum Thema Technologiestiftung, von uns angesprochen, gibt es im Grunde keine belastbare Aussage. Sie verweisen im Weiteren auf die Hessen-Agentur GmbH. Auch hier stellt sich die Frage: Wie ist die Hessen-Agentur derzeit ausgestattet? Wie ist das mit den Stellenbesetzungen? Wie ist das mit den Entscheidungen, die der Aufsichtsrat getroffen hat? Wie oft hat er getagt? Die FDP-Fraktion wird dazu einen Berichtsantrag in den Landtag einbringen, weil wir denken, dass an dieser Stelle klare Kompetenzen geschaffen werden müssen, damit die Hessen-Agentur arbeiten kann.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt ist die Debatte um die Schließung --

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr Munterkeit!)

– Herr Kollege Kaufmann, Ihre schauspielerischen Fähigkeiten in Ehren, aber lassen Sie mich einmal vortragen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Bei dem Thema Schließung von Bundeswehrstandorten bin ich schon der Meinung, dass auch die Landesregierung gefordert ist, sich zu beteiligen. Es genügt nicht, dass wir uns einmal zusammengesetzt und beim Auseinandergehen beschlossen haben, dass für die betroffenen Standorte erst einmal Gutachten gemacht werden. Die werden die Abwicklungsgesellschaften der Bundeswehr erstellen. Ich denke, auch hier muss sich die Landespolitik einschalten und den Kommunen Hilfe leisten, um geeignete Maßnahmen einzuleiten, damit die Infrastruktur in ihrer Gänze dort erhalten werden kann. Das ist nämlich ein entscheidender Schritt für die Entwicklung Nordhessens.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Technologietransfer, Einbindung der Universitäten und der Gesamthochschule Kassel hat die Vorgängerregierung einiges auf den Weg gebracht. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass Sie den eingeschlagenen Weg verlassen haben. Herr Minister, das halten wir für falsch, weil es nach unserer Meinung eigentlich darum gehen muss, den Technologietransfer auszubauen und zu stärken, gerade um zukunftsfähige Strukturen in allen Bereichen für morgen und übermorgen auch in Nordhessen zu schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Die Aussagen dazu sind uns zu dürfzig. Wir hätten erwartet, dass konkretere Maßnahmen von Ihnen vorgestellt und vorangetrieben werden. Das Thema Netzwerk im Zusammenhang mit der Hessen-Agentur habe ich schon angesprochen. Die Landesregierung will es unterstützen, sie sagt aber nicht genau, wie das geschehen soll und wie es denn geschieht.

Herr Minister, für uns wird außerdem nicht ganz ersichtlich, wie Sie den Veränderungen bei der Ziel-1-Förderung der EU entgegenwirken wollen. Sie erklären zwar, dass sich das Fördergefälle zwischen Nordhessen und Thüringen verschärfen wird, aber Sie reagieren nach den uns bekannten Informationen bis heute überhaupt nicht darauf. Sie nehmen das als gottgegeben hin. Das kann es eigentlich nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Hier sind bundespolitische Initiativen gefragt, auch wenn wir als Nordhessen ganz besonders froh sind – ich sage das zu der Diskussion, die wir heute morgen zum Thema deutsche Einheit geführt haben –, dass wir die deutsche Einheit haben, weil Nordhessen zum geographischen Mittelpunkt dieses Landes, zum geographischen Mittelpunkt Deutschlands und eines sich entwickelnden einigen Europas gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, der Hinweis auf die Erhöhung der Straßenbaumittel greift zu kurz. Sie müssten ehrlicherweise sagen: In der gemeinsamen Regierungszeit haben wir die Straßenbaumittel erhöht. Dann hat die CDU-Alleinregierung die Straßenbaumittel erst einmal gekürzt, Herr Kollege Lübcke, um sie – nach massivem Druck aus allen Bereichen – wieder auf den so genannten Posch-Wert anzuheben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

Das finde ich in Ordnung, und das wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Ich habe das Gefühl, das Thema A 44 und A 49 wird uns noch die nächsten Jahre beschäftigen. Es war im Frühjahr 2003 klar abzusehen, dass Nacherhebungen notwendig sein würden. Es hat aber, warum auch immer, bis Dezember 2003 gedauert, bis diese Nacherhebungen angeleitet wurden. Bis das Planfeststellungsverfahren eingeleitet wurde, war das komplette Jahr 2004 zu Ende gegangen. Auch bei der A 49 haben wir frühzeitig darauf hingewiesen – das ist keine Besserwisserei –, dass Untersuchungen notwendig sein werden. Das ist von der gesamten Landesregierung, nicht nur vom Wirtschaftsminister, lange Zeit verneint worden.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Was hat Posch bei der A 44 gemacht? – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Herr Kollege Gotthardt, wir sind bei den Kammolchen jetzt auf einem guten Weg.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, wo es ebenfalls heißen könnte: Wir haben Recht gehabt. – Wir haben sehr früh darauf hingewiesen, eine Nordhessen-Konferenz einzurichten.

(Beifall bei der FDP)

Das wurde in diesem Landtag abgelehnt. Mittlerweile scheint auch die Landesregierung auf dem Weg zu sein, einen Dialog zu führen und dabei die Regionen Westthüringen, Ostwestfalen und Südniedersachsen einzubeziehen. Wir halten das als FDP-Fraktion für sehr sinnvoll und werden das unterstützen.

Wenn ich das aber zusammenfasse, dann zeigt sich nach meiner Auffassung und nach Auffassung der FDP-Fraktion, dass es für eine Region wie Nordhessen eben nicht ausreicht, wenn die Landesregierung ab und an eingeflogen oder angereist kommt, Staub aufwirbelt und dann schnell wieder verschwindet. Ich meine, diese Region verdient es, nachhaltig unterstützt zu werden. Da ist kontinuierliche Arbeit gefragt. Das wirft auch das Thema Kassel-Calden auf, das ich nur am Rande ansprechen will. Da ist es sicherlich berechtigt, in der CDU einmal für Ordnung zu sorgen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Heidel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz sagen. Werte Kolleginnen und Kollegen, positiv gestimmt kann man für die Menschen im Raum Nordhessen selbstverständlich vieles erreichen. Aus den Ergebnissen des demographischen Wandels sollten wir die entsprechenden Schlüsse ziehen, nämlich Arbeitsplätze für junge Menschen zu gestalten versuchen, damit die jungen Menschen in der Region bleiben – –

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, der Satz ist zu lange.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Darauf müssen wir uns einstellen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar, dass uns die Große Anfrage der FDP Gelegenheit gibt, uns etwas ausführlicher über die regionale Entwicklung in Nordhessen zu unterhalten. Herr Ministerpräsident Koch hat am 10. Mai dieses Jahres in Kassel mit den Präsidenten der Handwerkskammer und der IHK die so genannte „Kasseler Erklärung“ unterzeichnet. In dieser „Kasseler Erklärung“ wird eine ganze Reihe von Punkten, die auch in der Antwort auf die Große Anfrage der FDP genannt sind, deutlich. Vor allem wird eines ganz klar: Wir haben es hier mit einer Landesregierung zu tun, die bei der Entwicklung der Region vor allem auf Beton setzt: auf Autobahnen und auf Flugpisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nennen das Ganze „Ausbau der Infrastruktur“. Ich sage, dass dies der Offenbarungseid einer Landesregierung ist, der für eine ganze Region nichts anderes einfällt, als sie mit Beton zuzukleistern. Durch einen Rückfall in die Siebzigerjahre mit den Mitteln der Siebzigerjahre kann Nordhessen für das 21. Jahrhundert sicherlich nicht fit gemacht werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir gleich auf das wichtigste Projekt zu sprechen, Stichwort: Flughafen Kassel-Calden. Darüber haben wir schon gestern in der Fragestunde gesprochen. Inzwischen steht fest – das ist nicht nur ein Einwand der Opposition –, dass dieses Nonsenseprojekt die Region nicht voranbringen, sondern ruinieren wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein einziges Luftfahrtunternehmen will in Kassel-Calden starten oder landen. Im Gegenteil, alle warnen vor einer gigantischen Verschwendug von Steuergeldern. Dazu ein paar Zitate. Joachim Hunold, Chef von Air Berlin, hat gesagt:

Wir brauchen keine Nonsense-Airports wie Hof-Plauen oder Kassel-Calden. Die Quittung bekommen dann die Steuerzahler.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Der Sprecher der Deutschen BA hat erklärt: „Wir planen derzeit nicht, Kassel-Calden anzufliegen.“ Peter Hauptvogel, Sprecher von Air Berlin, hat gesagt: „Die Airlines und Reiseveranstalter haben erklärt, dass sie bei der derzeitigen Marktlage kein Interesse an Kassel-Calden haben.“ Erst heute, ganz aktuell, wird in der „HNA“ der Generalsekretär der Interessengemeinschaft der in Deutschland tätigen Flugunternehmen, Martin Gaebges zitiert: „Calden ist ein klassisches Beispiel dafür, wie Steuergelder rausgeschmissen werden.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich könnte diese Zitatensammlung noch seitenlang fortsetzen, möchte Ihnen das aber ersparen. Es ist mittlerweile klar, dass alle Zitate in die gleiche Richtung weisen: Der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden ist überflüssig und für die Steuerzahler ruinös.

Es ist nicht so, dass dies nur, wie Herr Minister Weimar gestern als Antwort auf eine mündliche Frage gesagt hat, die Wettbewerber des geplanten Flughafens meinen, die aufgrund ihres eigenen Wettbewerbsinteresses gegen den Neubau des Flughafens in Kassel-Calden – auch anderswo – sind. Vielmehr kündigen viele Luftfahrtunternehmen an, dass sie den Flughafen Kassel-Calden nicht brauchen und dort weder starten noch landen werden. Es gibt keinen Bedarf für einen solchen Quatsch. Der Herr Minister kann keinen einzigen Mitbewerber dieser Airlines aufbieten, der überhaupt ein Interesse am Flughafen Kassel-Calden hat. Das ist und bleibt Fakt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun hat der Herr Ministerpräsident gesagt – jedenfalls wird er so in der Presse zitiert; ich nehme an, dass das stimmt; es würde mit allem, was er bisher verlautbaren ließ, übereinstimmen –: Ohne Flughafen können wir uns alles andere sparen. – Ich sage: Im Gegenteil, durch Kassel-Calden werden alle anderen Maßnahmen für Nordhessen wertlos gemacht. Wer ein solches Nonsenseprojekt als Leuchtturm regionaler Entwicklung anpreist, erklärt

in Wahrheit die ganze Region zu einem Nonsense. Er hat diese Region im Grunde genommen schon aufgegeben.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Deswegen werden wir, die GRÜNEN in der Region und im Landtag, weiterhin mit ganzer Kraft dafür kämpfen, dass die Mittel nicht für den Flughafen Kassel-Calden, sondern für vernünftige Strukturmaßnahmen in Nordhessen ausgegeben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns über die Entwicklungschancen für Nordhessen unterhalten, müssen wir zunächst einmal schauen, wo die Probleme der Region liegen – die es natürlich gibt – und wo die Stärken sind, die wir entwickeln müssen. Die Probleme müssen wir, wenn möglich, bekämpfen. Natürlich – wer wollte das leugnen? – gibt es in Nordhessen Probleme. Zum Beispiel wird der Präsident der Universität Kassel nicht müde, zu betonen, dass in Nordhessen weniger Schüler Abitur machen, weniger studieren und dass sie weniger gut ausgebildet sind als die in den umliegenden Regionen. Hier müssen wir ansetzen.

Wenn die Landesregierung die Mittel für die Universität Kassel gekürzt hätte – das konnte zum Glück noch einmal verhindert werden –, wäre dies ein stärkerer Anschlag auf die Strukturen in Nordhessen gewesen als alles andere. Dann hätten wir uns nämlich tatsächlich alles andere sparen können. Zum Glück konnte das aber abgewendet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Nordhessen zeigt sich jedenfalls besonders deutlich, dass Investitionen in eine bessere Bildung dringend notwendig sind. Deswegen bin ich froh, dass es in der Stadt Kassel inzwischen eine grüne Stadträtin gibt, die für Jugend und Schulpolitik zuständig ist

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine gute Frau!)

– eine gute Frau, ganz genau – und dafür sorgt, dass sich die Situation in Kassel trotz der Schulpolitik der Landesregierung zum Besseren wendet.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass die Universität Kassel, auch in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Fulda und mit anderen Hochschulen, wie Marburg und Göttingen, zu einem wirklichen Leuchtturm der Entwicklung in Nordhessen wird. Es ist auch geplant, dass die Universität mit anderen Bildungsträgern der Region zusammenwächst. Das ist ein richtiger Weg, der unterstützt werden sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gibt es weitere Probleme. Die Landesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage selbst eines benannt: Das produzierende Gewerbe überwiegt den Dienstleistungsbereich deutlich. Bei den Dienstleistern werden aber künftig – das ist die einhellige Auffassung – im Wesentlichen die Arbeitsplätze geschaffen, wohingegen das produzierende Gewerbe aufgrund der Globalisierung im Hinblick auf die Arbeitsplatzentwicklung weiterhin unter Druck stehen wird. Dabei geht es um den Arbeitsplatzexport ins Ausland usw.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist das produzierende Gewerbe notwendig. Dienstleistungen ohne Produktion sind wertlos, das ist klar. Selbstverständlich muss aber im Dienstleistungsbe-

reich deutlich nachgelegt werden. Dieses Problem bleibt vonseiten der Landesregierung im Wesentlichen ohne Antwort. Wir haben in Kassel und in Nordhessen einen starken Rückgang des Finanzdienstleistungsgewerbes zu verzeichnen. Die Geschäfts- und Genossenschaftsbanken, die Versicherungen und andere Finanzdienstleister haben die Zahl ihrer Filialen in Kassel und anderswo auf ein Minimum reduziert. Sie haben sich aus Nordhessen sozusagen zurückgezogen und stattdessen in anderen Regionen, teils in Thüringen, teils in Südhessen oder ganz woanders – auch im Ausland –, Arbeitsplätze geschaffen. Ungefähr 1.500 Arbeitsplätze sind in Kassel und in der Region verloren gegangen.

Nach wie vor fehlt ein Bekenntnis der Landesregierung, im öffentlich-rechtlichen Sektor, also z. B. bei den Sparkassen, der Landesbank und der Landeskreditkasse, gegenzusteuern. Heute haben die regionalen Unternehmen – vor allem kleine und mittlere – kaum noch Ansprechpartner vor Ort, wenn sie Kredite aufnehmen wollen. Das ist ein wirkliches Investitionshemmnis in Nordhessen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Macht doch eine grüne Bank auf!)

Es gibt sicherlich eine ganze Reihe von weiteren Entwicklungsproblemen in Nordhessen, die zu benennen ich hier keine Zeit habe. Keinesfalls aber gehört die Verkehrsinfrastruktur zu den zentralen Entwicklungsproblemen in Nordhessen, wenn man von einigen notwendigen Ausbaumaßnahmen im Straßenbau absieht.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Welche sind notwendig?)

Generell kann man sagen, dass die Erreichbarkeit der Region gesichert ist. Das Regionalmanagement Nordhessen stellt nicht umsonst den Slogan „Die Lage ist gut“ in den Mittelpunkt. Es meint damit die Lage Nordhessens in der Mitte Deutschlands, im Herzen Europas. Das ist ein Pfund, mit dem die Region in der Tat wuchern kann. Da sie logistisch gut angebunden ist, funktioniert das auch heute schon.

Es ist nicht verwunderlich, dass sich Nordhessen zum Logistikstandort entwickelt hat. Hier liegen weitere Potenziale. Das zentrale Ersatzteillager von VW hat seinen Standort in Baunatal. Ebenfalls von Baunatal aus agiert der Logistikunternehmer Rudolph, der längst nicht mehr nur, wie früher einmal, LKW auf die Reise schickt, sondern mittlerweile ganze Logistikketten organisiert: Know-how als Exportschlager aus Nordhessen.

In der Region gibt es eine ganze Reihe von Firmen mit Weltgeltung. Teile unserer Fraktion waren kürzlich zu Besuch beim Heizkesselhersteller Viessmann in Allendorf (Eder), der inzwischen Hightech-Heizanlagen in alle Welt exportiert und in vielen Ländern der Erde über Standorte verfügt. Bombardier, Kali + Salz und Wintershall sind weitere Beispiele für nordhessische Unternehmen, die eine positive wirtschaftliche Entwicklung genommen haben. Die Firma SMA aus Niestetal bei Kassel ist Weltmarktführer bei der Herstellung von so genannten Wechselrichtern. Wechselrichter sind keine Juristen mit unsteter Entscheidungspraxis, sondern Bestandteile für Solarenergieanlagen. SMA hat inzwischen ungefähr 1.000 Beschäftigte und will ihre Zahl in den nächsten Jahren auf bis zu 2.000 erhöhen. Auch das Güterverkehrszentrum in Lohfelden hat fast schon seine Kapazitätsgrenze erreicht.

An diesem Beispiel sieht man auch, dass Nordhessen in vielerlei Hinsicht besser als sein Ruf ist. Zum Beispiel schrieb die „FAZ“ neulich:

Die Region ist voller Unternehmer und Unternehmen, die im Weltmarkt eine Spitzenposition besetzen, aber sie sprechen nicht gerne darüber, denn im calvinistischen Kassel ist Bescheidenheit die höchste Tugend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, der Grundsatz „Tue Gutes und rede darüber“ müsste in Nordhessen noch verinnerlicht werden. Alle diese nordhessischen Unternehmen von Weltgeltung haben übrigens ihre weltweiten Logistiknetze längst organisiert. Keines dieser weltweit agierenden nordhessischen Unternehmen setzt auf Kassel-Calden und weitere Autobahnen. Sie setzen darauf, dass die Wirtschaftsentwicklung weiter positiv gestaltet wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz im Gegensatz zu dem verregnerten Image, das es immer hat, hat sich Nordhessen in den letzten Jahren zu einem Zentrum für erneuerbare Energien entwickelt.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Derzeit ist Nordhessen in Deutschland, wenn nicht sogar in Europa die Solarregion überhaupt.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nirgendwo sonst in Deutschland – wahrscheinlich auf der ganzen Welt nicht – gibt es eine solche Konzentration von wissenschaftlichem Know-how, industrieller Produktion und handwerklichen Fähigkeiten in Sachen Solarenergie wie in Nordhessen.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, die Redezeit ist um.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Okay, ich komme zum Schluss. – Insgesamt werden in diesem Bereich derzeit etwa 3.000 Menschen beschäftigt. Wenn die CDU jetzt allerdings die Atomkraftwerke weiter betreiben sollte, wäre das der Niedergang der Solarregion Nordhessen. Das würde bedeuten, dass Sie damit mehr Arbeitsplätze vernichten, als Sie mit dem Bau des Flughafens Kassel-Calden – selbst in Ihren besten Tagen und in Ihren kühnsten Vorstellungen – je schaffen könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Der nächste Redner ist Herr Frankenberger für die SPD-Fraktion.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Dr. Jürgens, aus Ihrer Sicht war es sicherlich richtig und auch notwendig, darauf hinzuweisen, dass in Kassel seit über einem Jahr eine grüne Stadträtin im Amt ist.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine gute Frau!)

So viel Zeit muss aber sein: Aus Sicht der SPD-Fraktion möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass ab nächster Woche, nämlich ab Freitag, dem 22. Juli, endlich wieder ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt lenkt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Auch so viel Zeit muss sein: So dankbar wir der FDP auch sind, dass sie die demographische Entwicklung zum Thema einer Großen Anfrage gemacht hat, müssen wir doch sagen, dass sich die SPD bereits im Jahr 2001 dafür eingesetzt hat, der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren durch geeignete Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Mittlerweile liegen auch erste Ergebnisse vor. Gemeinsam wissen wir alle: Der demographische Wandel stellt Herausforderungen an die politischen Akteure,

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

die nicht mit Tagespolitik – ach, Herr Kollege Lübcke, lassen Sie einmal Ihre spektakulären Zwischenrufe sein, dann ginge es uns allen viel besser –, kurzfristig bemessenen Aktionen und befristeten Projekten zu bewältigen sind.

(Frank Gotthardt (CDU): Etwas dünnhäutig heute! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine sehr späte Pubertät!)

Niemand kann sich später hinstellen und behaupten, er habe die Folgen des demographischen Wandels nicht ablesen können.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, enttäuschend ist aber die hier vorgelegte Antwort der Landesregierung auf die gestellten notwendigen Fragen in der Großen Anfrage der FDP-Fraktion. Sie lässt uns stark bezweifeln, dass das Ausmaß der Folgen der demographischen Entwicklung von der Landesregierung in ihren Dimensionen erkannt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister Rhiel, aus Ihrer Antwort lässt sich eine vorausschauende Politik für Nordhessen nicht herauslesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch der Abg. Dr. Walter Lübcke und Mark Weinmeister (CDU))

Von einer Differenzierung nach den hessischen Regionen und deren besonderen strukturellen Verhältnissen ist kaum etwas zu spüren. Bei Ihrer Antwort flüchten Sie sich in allgemeine und unverbindliche Aussagen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Es ist richtig, dass sich die Bevölkerungsentwicklung in den hessischen Regierungsbezirken in den kommenden Jahren und Jahrzehnten unterschiedlich darstellen wird. Das bedeutet aber auch, dass differenzierte und auf die Regionen abgestimmte Instrumente erforderlich sind. Nach der mittleren Variante setzt im Regierungsbezirk Kassel bereits ab 2005 der Rückgang der Bevölkerung ein, 2020 gegenüber 2003 um 2 %, 2050 sogar um etwa 15 %.

Herr Minister Rhiel, aber in Ihrer Beantwortung der Großen Anfrage der FDP-Fraktion steckt bereits eine falsche Grundannahme.

(Widerspruch des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Laut mittlerer Variante gibt es einen Bevölkerungsrückgang 2005, und es ist nicht so, wie Sie es hier darstellen, dass sich erst ab 2020 der Bevölkerungsrückgang in Nordhessen drastisch auswirken wird. Nordhessen ist in besonderem Maße für den Bevölkerungsrückgang in Hessen verantwortlich, und deshalb sind dafür auch besondere Instrumente erforderlich.

Meine Damen und Herren, die Fülle der verfügbaren Zahlen zeigt: Der demographische Wandel wird in Nordhessen massive Auswirkungen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens haben. Was aber tut die Landesregierung? Die Landesregierung reagiert auf diese Zahlen mit Abwegigkeit und wenig konkreten Aussagen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leuchttürme!)

Meine Damen und Herren, das ist auch nicht verwunderlich. Denn wer bereits bei den Grundlagen schlampig arbeitet, der wird nicht in der Lage sein, die notwendigen Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Meine Damen und Herren, der Kollege Heidel hat darauf hingewiesen: Es ist schon verwunderlich, in welch kurzen Zeiträumen diese Landesregierung denkt. Diese Landesregierung denkt lediglich in den von außen vorgegebenen Förderphasen der Gemeinschaftsaufgabe West bis 2006 bzw. bis 2007 und bei der EU-Zielförderung bis 2006. Was ganz konkret anschließend an diese Maßnahmen zu bedenken ist, um diese Fördermittel zu ersetzen, darauf gibt diese Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion jedenfalls keine Antwort.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Es wird nicht erkennbar, ob sich diese Landesregierung überhaupt Gedanken über eine Kompensation des Wegfalls oder der Veränderung der Bundes- und EU-Förderprogramme macht.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das muss der Bund machen!)

Meine Damen und Herren, wir erwarten von der Landesregierung endlich ein klares Konzept dafür, wie die Zukunft in Nordhessen gestaltet werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Walter Lübcke und Mark Weinmeister (CDU))

Herr Kollege Jürgens, es besteht an anderer Stelle hier im Plenum noch genügend Gelegenheit, um über den Flughafen Kassel-Calden zu sprechen. Aber dass ich es erle-

ben kann, dass die Lufthansa als Kronzeuge für eine Position der GRÜNEN herhalten muss, finde ich höchst verwunderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Walter Lübke (CDU): Das ist toll!)

Herr Kollege Dr. Jürgens, es wäre doch schön, wenn Sie sich bei dem anderen Ausbauprojekt in Hessen, nämlich beim Ausbau des Flughafens Frankfurt, ebenso konsequent der Argumentation der Lufthansa anschließen würden. Da ist aber leider Fehlanzeige.

(Beifall und Zurufe von der SPD und der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren – auch an die CDU gerichtet –, eines ist aber auch klar: Allein der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden reicht nicht als Zukunftskonzept für die Region Nordhessen aus.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen wissen, wie sich die Landesregierung vorstellt, dass die Menschen in dieser Region gehalten werden können. Wir wollen wissen, wie sich die Landesregierung die Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordhessen vorstellt, damit die jungen Menschen auch in 10, 20 Jahren in Nordhessen einen Ausbildungs- und einen Arbeitsplatz bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Walter Lübke (CDU): Nicht mit Hartz IV!)

Überall dort, wo in der Antwort Klarheit erwartet werden kann, antwortet die Landesregierung unpräzise und vage.

Meine Damen und Herren, wir haben Juli 2005. Die gegebene Zeit ist längst da. Legen Sie endlich klare Konzepte vor, und handeln Sie endlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Schöne an solchen Antworten ist: Man kann sie als Beleg nutzen, man kann mit ihnen arbeiten und umgehen. Ich zitiere aus der Antwort der Landesregierung:

(Günter Rudolph (SPD): Oh Gott!)

Die vorliegenden Prognosen ... sind Status-quo-Aussagen, d. h. sie berücksichtigen die erheblichen Anstrengungen der Landesregierung zur Entwicklung Nordhessens noch nicht.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Sehr gut!)

Dann wollen wir uns doch einmal anschauen, was diese „erheblichen Anstrengungen der Landesregierung“ für Nordhessen bisher gebracht haben. Meine Damen und Herren, seit Beginn der Regierungszeit der CDU steigt Hessen beispiellos ab; besonders betroffen ist das strukturschwächere Nordhessen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Meine Damen und Herren, bei Infrastrukturmaßnahmen werden die Kommunen allein gelassen. Viele finanzschwache nordhessische Gemeinden können keine Maßnahmen mehr realisieren, da sie sie weder allein finanzieren noch über Jahre für das Land in Vorlage treten können. Die kommunale Ebene wird von der Regierung Koch geschröpft,

(Widerspruch der Abg. Dr. Walter Lübke und Mark Weinmeister (CDU))

Behördensstrukturen im ländlichen Raum werden zerstochen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich erinnere hier an die Schließung von Amtsgerichten, die Verlagerung von Finanzämtern, die Reduzierung von Forstämtern. Durch diese Maßnahmen ist die Landesregierung für den massiven Arbeitsplatzabbau in Nordhessen verantwortlich.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Lübke (CDU): Herr Frankenberger, die Bundeswehrstandorte!)

Meine Damen und Herren, mit dieser Politik geht auch die Bürgernähe in den Flächenkreisen Nordhessens verloren. Diese Landesregierung hat drastische Kürzungen im Sozialbereich in Nordhessen zu verantworten. Das Netz der sozialen Hilfen ist stark beschädigt. Der Stadt Kassel stehen im Sozialbereich nach den bereits viel zitierten „erheblichen Anstrengungen“ 900.000 € weniger zur Verfügung, dem Landkreis Kassel 600.000 € weniger, dem Schwalm-Eder-Kreis 670.000 € weniger, Waldeck-Frankenberg 200.000 € weniger, Hersfeld-Rotenburg 250.000 € weniger, Werra-Meißner 400.000 €. Besonders betroffen von diesen Kürzungen sind Projekte für arbeitslose Jugendliche. Mit diesen Folgen werden die Kommunen allein gelassen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Universität Kassel hat das Potenzial zur Jobmaschine in Nordhessen. Die Landesregierung ist aber nicht in der Lage, diesen Schatz, den wir mit der Universität Kassel in dieser Region haben, zu heben. Die Landesregierung hat den Hochschulpakt zum zweiten Mal gebrochen. Die Folgen hat hier insbesondere die nordhessische Universität Kassel mit ihren Beschäftigten und den Studierenden zu spüren bekommen.

(Beifall der Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Für positive Entwicklungen wie Nanotechnik oder Wissenschafts- und Technologietransfer macht diese Landesregierung außer bei feierlichen Eröffnungen keinen Finger krumm und keinen weiteren Cent locker. Meine Damen und Herren, es ist nicht zu verantworten, wie die Landesregierung mit dieser Institution Universität Kassel – die in besonderer Weise für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben der Region qualifiziert ist – umgeht.

Meine Damen und Herren, auch Herr Kollege Dr. Jürgens von den GRÜNEN: Ich weiß, Sie sind kein Fan von Beton.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübke (CDU))

Ich gehe auch nicht so weit wie der Kollege Rudolph und sage, der Kollege Jürgens hat sich hier eindeutig für den Weiterbau der A 49 ausgesprochen.

(Günter Rudolph (SPD): Das habe ich aber so verstanden! – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

So weit möchte ich nicht gehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war die A 44!)

Fakt ist aber doch, es ist diese Landesregierung, die bereits 1999 versprochen hat: Wenn wir kommen, dann rollen am nächsten Tag die Bagger.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, bis heute ist dort nichts passiert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Ja. – Diese Landesregierung betreibt eine Planungsschlamperei bei der A 44. Keine der Hausaufgaben bei der A 49 und der A 44 ist erledigt.

(Mark Weinmeister (CDU): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, das Einzige, was diese Landesregierung an positiver Bilanz vorweisen kann, ist, dass sich die Anzahl der Kammmolche in ihrer Regierungszeit massiv vermehrt hat. Das ist eine recht dürftige Bilanz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege!

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Ich komme zum Schluss. Von diesen „erheblichen Anstrengungen der Landesregierung“ für Nordhessen haben wir genug. Wir brauchen klare Konzepte, wie die Zukunft Nordhessens bewältigt werden kann. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege Landau für die Fraktion der CDU.

**Dirk Landau (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frankenberger, zunächst habe ich große Probleme damit, wie Sie die Beibehaltung eines Amtsgerichts als positive Auswirkung oder als eine Gegenwirkung gegen die demografischen Entwicklungen darstellen wollen, wie Sie das ableiten. Vielleicht können Sie mir das bei Gelegenheit erklären.

(Uwe Frankenberger (SPD): Das können wir Ihnen gerne erklären!)

Zunächst aber möchte ich drei grundsätzliche Aussagen zur demografischen Entwicklung in Bezug auf Nordhessen machen.

Erstens sind wir uns sicher alle darin einig: Das ist kein reines Zukunftsszenario mehr,

(Zuruf des Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

sondern eine bereits stattfindende Veränderung der Bevölkerungsdichte und der Altersstruktur der Bevölkerung. Ferner sind heute Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern und innerhalb Hessens klar er-

kennbar. So ist die derzeit und für die nächsten Jahre zu erwartende Bevölkerungszahl Hessens mit leichten Zuwachsen mit einem positiven Einwanderungssaldo unter den Bundesländern zu sehen,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

während der Wegzug vieler Menschen aus Nordhessen zu einem erheblichen Teil Südhessen und der Rhein-Main-Region zugute kommt.

Zweitens. Die Veränderungen machen sich in den Regionen Hessens bezüglich Intensität und eintretendem Zeitpunkt unterschiedlich bemerkbar. Dabei gilt für Nordhessen, dass die dort seit jeher bestehende Strukturarmut als Brandbeschleuniger einzelner Phänomene der demografischen Entwicklung zu sehen ist.

Drittens. Die Auswirkungen der Entwicklung sind vielschichtig. Sie umfassen von der Verstärkung des Negativtrends bei der Geburtenzahl über veränderte Planungsvoraussetzungen bis zum Steueraufkommen, zur Wirtschaftskraft und zur Aufstellung der sozialen Sicherungssysteme alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Nordhessen ist hiervon früher und heftiger betroffen. Gleichzeitig bieten sich aber gerade in Nordhessen neue Chancen. Damit meine ich weniger die gestiegene Nachfrage der Region als ruhiger und beschaulicher Alterswohnsitz als vielmehr die Verbesserung der Standortqualität: nicht mehr Zonenrandlage, sondern Zentrallage in Deutschland und in einer erweiterten EU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Walter Lübcke (CDU): Mitten in Deutschland!)

In diesem Zusammenhang wird von einer Brückenfunktion zwischen den Wirtschaftsräumen in Ost und West gesprochen. Nach dem wirtschaftlichen Strohfeuer infolge der Wiedervereinigung und dem Konsumnachholbedarf der ostdeutschen Bevölkerung eröffnet die geographische Lage nunmehr erhebliches und dieses Mal langfristiges Potenzial im Bereich der Logistik. Allerdings muss das Potenzial gehoben werden.

Die Hessische Landesregierung hat nicht nur das Potenzial, sondern auch die Notwendigkeit von Hilfestellungen erkannt. Eine davon ist der forcierte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Die Lebensadern Nordhessens finden sich umfangreich im regulären Landesstraßenbauprogramm sowie im Sonderbauprogramm wieder. Darüber hinaus arbeitet die Hessische Landesregierung intensiv daran, den dringend notwendigen Bau der A 44 zwischen Kassel und Herleshausen und den Lückenschluss der A 49 zu realisieren.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieder nur Beton! – Gegenruf von der CDU: Asphalt!)

Herr Dr. Jürgens, ich wäre äußerst gespannt auf die Diskussion, die Sie vor Ort entlang der möglichen Autobahntrasse mit den Leuten zu führen hätten. Sie werden Ihnen ganz andere Dinge als das erzählen, was Sie hier von sich gegeben haben.

Ich möchte ein ganz konkretes Beispiel anführen. Am letzten Sonnabend war der Hessische Ministerpräsident in Hessisch-Lichtenau bei einer Firma, die einen Investitionszuschuss vom Land Hessen erhalten hatte. Sie hat ihn deshalb bekommen, weil sie Arbeitsplätze von Polen nach Deutschland – nach Hessisch-Lichtenau in Nordhessen – zurückgeholt hat. Das hat sie ganz bewusst zum ei-

nen wegen der geographischen Lage getan, die ich ange- sprochen habe, und zum anderen deshalb, weil sie erkannt hat: Der Standort an einer werdenden Autobahn mitten in Deutschland – auch unter dem Gesichtspunkt der Maut- kosten, wenn man Waren von Polen nach Westeuropa überführen muss – ist ideal. Deshalb hat sie dort investiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern sage ich ganz klar und deutlich, auch wenn das eine sehr vereinfachte Sichtweise ist: Autobahnbau bedeutet Gewerbeansiedlungen, Arbeitsplätze und Zukunftschancen.

(Beifall bei der CDU)

Was die Zukunftschancen angeht, die wir noch viel mehr als von dieser einen Firma erleben wollen: Besser kann man einer demographischen Entwicklung nicht entgegenwirken.

Auch das Engagement für den Ausbau des Regionalflughafens Kassel-Calden ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, stellt seine Funktion doch einen wichtigen Beitrag zur weiteren Attraktivitätssteigerung des Standorts dar.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch hier noch einen konkreten Punkt anführen. Die Deutsche Lufthansa hat eine neue Dienstleistung, Serviceleistung im Angebot. Sie nennt sich Private Jet. Damit werden Führungskräfte usw. von Regionalflughäfen zu ihren internationalen Flügen geflogen. Diese Flugzeuge können derzeit in Kassel-Calden nicht landen. Dieses Angebot gibt es seitens der Lufthansa bei dem derzeitigen Ausbauzustand von Kassel-Calden nicht. Auch an so kleinen Beispielen sehen Sie also, wie notwendig Kassel-Calden ist, wenn wir internationale Firmenansiedlungen in Nordhessen haben wollen.

Die Strukturpolitik seitens der Hessischen Landesregierung ist nicht auf Logistik und Verkehrsinfrastruktur reduziert. Weitere Schwerpunkte sind zum einen die Landwirtschaft und zum anderen der Tourismus. In Sachen Landwirtschaft ist die Entscheidung für Witzenhausen als Standort des Kompetenzzentrums HeRo hierunter zu sehen. Zusammen mit der Außenstelle der Universität Kassel – hier Agrarwissenschaften – und vielen ansässigen Ingenieurbüros – dort Umwelttechniken – werden ideale Voraussetzungen für eine Modellregion für Anbau und Verwertung nachwachsender Rohstoffe geschaffen. Hieraus ergeben sich ganz klar entsprechende Zukunftsperspektiven.

Zudem fanden Maßnahmen des hessischen Entwicklungsplanes wie beispielsweise Investitionshilfen in landwirtschaftliche Betriebe, Junglandwirteförderung, Agrar- umweltmaßnahmen, Unterstützung der Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte und die Dorferneuerung in hohem Maße in Nordhessen statt. Ein Beispiel: In dem zuletzt genannten Punkt sind insgesamt 65 % der Mittel nach Nordhessen geflossen.

Meine Damen und Herren, von schönen Landschaften alleine kann niemand leben. Mit einer entsprechenden Vermarktung und dem Aufbau einer touristischen Infrastruktur eröffnen sich jedoch Chancen, die zwar nicht die Größenordnung eines Logistikparks Nordhessen erreichen werden, die aber geeignet sind, ein Standbein der Zukunftsfähigkeit der Region darzustellen. Im Wissen hierum wurden und werden von der Hessischen Landesregierung Förderschwerpunkte bei den GA- und EU-Mitteln in Nordhessen eingesetzt. Marketingmaßnahmen er-

folgen direkt über die Hessen-Agentur und indirekt durch die finanzielle Unterstützung von clusterorientierten Aktivitäten im Rahmen des Regionalmanagements.

Ich möchte als Einwohner einer der beiden Orte, die bei der Umstrukturierung ihrer Kureinrichtungen Hilfe des Landes erhalten haben, Bad Karlshafen und Bad Sooden-Allendorf, nicht ganz unerwähnt lassen: In beiden Fällen wurde mit der Förderung des Baus von Thermen der Weg von einem kommunal betriebenen Kurort hin zu einem privatwirtschaftlich organisierten Dienstleistungsstandort im Bereich Wellness ermöglicht, und auch das eröffnet Zukunftschancen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch der Nationalpark Kellerwald dürfte an dieser Stelle durchaus erwähnt werden. Ich sage es etwas flapsig: Alter Baumbestand und brachliegende Flächen wurden mit Hilfe aus Wiesbaden zu einem Tourismus-Highlight umstrukturiert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu hätte man etwas mehr sagen müssen!)

In all den Fällen, die ich eben geschildert habe, besteht für viele Menschen Aussicht auf eine gesicherte Existenzgrundlage als Gastronom, Betreiber einer Freizeiteinrichtung, Angestellter im Hotelbereich usw. Auch damit erreicht man, dass die Menschen bleiben können und nicht Arbeitsplätzen hinterher ziehen müssen, und vielleicht auch, dass sie in dem Umfeld einer gesicherten Existenz vor Ort eher über Familiengründung und -planung nachdenken.

An dieser Stelle spreche ich meine Zuversicht aus, dass die Hessische Landesregierung alles daran setzen wird – das ist ja schon angesprochen worden –, die Interessen Nordhessens unter den sich ändernden Förderkulissen seitens der EU und der Neuabgrenzung der GA-Gebiete weiterhin hinreichend zu berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Walter Lübcke (CDU): Großer Applaus!)

Ein weiteres Betätigungsgebiet betrifft den Technologie- und Forschungsstandort. Hier sind maßgeblich anzuführen das Voranbringen des Universitätsstandortes Kassel – aus einer Gesamthochschule im Schattendasein ist eine Universität mit exzellenten Fachrichtungen entstanden – und die Unterstützung des Institutes für solare Energieversorgung. Beide Einrichtungen arbeiten zusammen und sind in das hessische Netzwerk für Technologietransfer eingebunden.

Das vom Land geförderte Kooperations- und Projektmanagement Wissens- und Technologietransfer hat in Kassel im Umfeld der Universität zu über 300 Firmengründungen geführt. Somit wurden auch hier Chancen angestossen.

Unter dem Stichwort Firmengründung komme ich zur Wirtschaftsförderung. Sie ist von außerordentlicher Bedeutung für den nordhessischen Raum. Neben der Neuordnung dieses Bereiches erfolgt die Arbeit im Bereich der Beratung und Bewerbung durch die Hessen-Agentur und im Bereich der Vorhaltung finanzieller Förderangebote durch die IBH. Diese Arbeitsteilung ist sinnvoll und wird Nordhessen zugute kommen.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, es hat geklingelt. Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Dirk Landau (CDU):**

Beide Einrichtungen haben übrigens einen Sitz in Kassel und damit in Nordhessen. Das soll der Schlussatz gewesen sein.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Angesichts der Tatsache, dass eine Fraktion mit dem Schiff in Richtung England fahren möchte, möchten wir Sie bitten, Herr Staatsminister, zum Schluss kurz und bündig zu sprechen.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kenne den Terminplan und die zeitliche Enge der Mitglieder dieses Parlaments.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Abgeordnete haben keinen Feierabend!)

Auf der anderen Seite wäre es notwendig, über das, was hier gesagt worden ist, ausführlich zu diskutieren, weil das Thema in der Tat sehr ernst ist und eine Herausforderung darstellt. Aber ich will mich auf Weniges beschränken, damit ich den ernsten Blicken des Vorsitzenden der CDU-Fraktion standhalten kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zwei Sätze sagen. Insbesondere im Anschluss an das, was Herr Frankenberger hier gesagt hat, möchte ich sagen: Nordhessen braucht mehr Fürsprecher als Schlechtdredner. Was wir hier heute gehört haben, ist wenig angebracht, die Stimmung in Nordhessen zu verbessern – ganz im Gegensatz zu dem, was Herr Dr. Jürgens gesagt hat, der zu Recht formuliert hat: Nordhessen ist besser als sein Ruf. – Wenn Sie Ihren Teil wenigstens in dem Sinne beitragen, dass Sie über Nordhessen besser reden, würden Sie schon viel zur Verbesserung der Situation tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lassen Zahlen sprechen. Erlauben Sie mir, dass ich wenigstens einige Zahlen nenne, die Beleg dafür sind, dass die Strukturpolitik der Hessischen Landesregierung in Nordhessen inzwischen sichtbar Früchte trägt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gerade in diesen strukturpolitisch schwierigen Zeiten erkennen wir, dass Nordhessen und seine Wirtschaft in der Tat robust geworden sind. Der Aufholprozess in Nordhessen ist unübersehbar. Die Arbeitslosigkeit in dieser Region ist von 1999 bis heute um 4 % zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist gewachsen, die Beschäftigung nimmt, anders als in vielen anderen Regionen in der Bundesrepublik Deutschland, zu.

Das bestätigen uns auch die strukturpolitischen Prognosen der Forschungsinstitute, ob das nun die Prognos AG ist, ob es die Stiftung Bertelsmann ist oder ob es Ernst & Young ist. Sie alle sagen: Die Regionen in Nordhessen

sind hervorragend aufgestellt. Sie haben einen ausgeglichenen Chancen-Risiko-Mix oder liegen in der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze.

Insbesondere wird der Innovationsprozess hervorgehoben und das, was wir Infrastruktur und Wissenstransfer nennen. Wir haben exzellente Bereiche in Nordhessen. Die Weiterentwicklung wird durch nichts Besseres deutlich gemacht als durch die Institution von Regionalmanagement Nordhessen in der Clusterbildung, die genau das bewirkt und hervorbringt, worauf Herr Dr. Jürgens fairerweise hingewiesen hat, beispielsweise dezentrale Energietechnologie. Hier wurden insgesamt 10.000 Stellen geschaffen. Es sollen bis zum Jahre 2012 30.000 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Das Gleiche gilt für den Bereich der Logistik, das Gleiche auch für das Cluster Tourismus und Gesundheitswesen.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, bitte auf der linken Seite nicht so laut. Wir sind dann auch schneller fertig. Herr Kahl, bitte.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Es ist kein Interesse an Nordhessen vorhanden!)

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Diese Landesregierung wird unabirrt an ihren strukturpolitischen Maßnahmen festhalten. Das gilt für den Straßenbau. Noch in dieser Woche werden wir das Planfeststellungsverfahren für den nächsten Abschnitt der A 49 beginnen.

(Beifall bei der CDU)

Im September wird der erste Abschnitt der A 44 eingeweiht. Wir werden all das nachholen, was die Vorgängerregierungen versäumt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kann sich jemand wie Herr Frankenberger hinstellen, der einer Partei angehört, die zehn Jahre lang in Nordhessen nichts getan hat,

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wie bitte? – Zurufe von der SPD)

einer Partei, die gemeinsam mit den GRÜNEN Planungsgesetze beschlossen hat, die eine erhebliche Behinderung darstellen? Trotzdem schaffen wir es, Maßnahmen Schritt um Schritt umzusetzen. Wir gehen unabirrt den Weg zum Wohl der Menschen in Nordhessen. Seien Sie sicher, diese Menschen werden uns diese Politik auch lohnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, damit ist die Große Anfrage der FDP betreffend Entwicklung Nordhessens unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels, Drucks. 16/3959 zu Drucks. 16/3018, besprochen.

Ich rufe jetzt noch die Beschlussfassung der Ausschüsse zu den Petitionen auf. **Tagesordnungspunkt 104:**

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/4171 –**

Es gibt keine Wünsche auf Sonderabstimmung – doch? Herr Gotthardt.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Frau Präsidentin, nicht auf Sonderabstimmung. Aber wir bitten, die Petition 2728/16 noch einmal zurück an den Ausschuss zu überweisen.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, dann lasse ich darüber zuerst abstimmen. Wer ist dafür, dass die Beschlussempfehlung zu Petition 2728/16 an den Ausschuss zurücküberwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses.

Meine Damen und Herren, dann komme ich zur Abstimmung über die vorliegenden Empfehlungen im Übrigen. Wer seine Stimme erheben will, der soll das bitte tun. – Wer ist dagegen? – Dann ist das einstimmig beschlossen.

Nun hat Herr Kollege Kaufmann nach § 88 der Geschäftsordnung das Wort zu einer Erklärung.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkläre ich zu der gerade durchgeführten Abstimmung über die Petitionen Folgendes. Wir haben den Beschlussempfehlungen zu ausländerrechtlichen Petitionen, die zur Sach- und Rechtslage gestellt wurden und bei denen unter Umständen ein Härtefall vorliegt, nur deshalb zugesagt, weil der Abschluss eines formellen Petitionsverfahrens nach § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Härtefallkommission Voraussetzung für eine Behandlung in dieser Härtefallkommission ist. Meine Fraktion hat diese Verquickung von Petitionsverfahren und Härtefallverfahren immer abgelehnt, wie Sie wissen. Trotzdem sind wir den Regeln unterworfen.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Kollege. Das ist so weit protokolliert.

Meine Damen und Herren, ich wünsche vor allem der einen Fraktion, die sich im Westen Hessens, in einer wunderschönen Landschaft im Rheingau, vergnügt, alles Gute und auch allen anderen, wenn Sie sich in Wiesbaden oder sonst wo vergnügen. 9 Uhr morgen früh: Fortsetzung mit den Aktuellen Stunden. – Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.04 Uhr)

## Anlage (zu Tagesordnungspunkt 118)

### Abstimmungsliste

über die namentliche Abstimmung zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend massiver Eingriff in die Finanzaushalte der Ballungsraumkommunen – Drucks. 16/4244 –

Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- halten	gefehlt	Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- halten	gefehlt
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE	x				Koch, Roland	CDU		x		
Apel, Elisabeth	CDU		x			Kölsch, Brigitte	CDU		x		
Becker (Nidda), Gerhard	SPD	x				Kühne-Hörmann, Eva	CDU		x		
Beer, Nicola	FDP			x		Landau, Dirk	CDU		x		
Bellino, Holger	CDU		x			Lannert, Judith	CDU		x		
Bender, Bernhard	SPD	x				Lautenschläger, Silke	CDU		x		
Beuth, Peter	CDU		x			Lenhart, Roger	CDU		x		
Boddenberg, Michael	CDU		x			Lennert, Dr. Peter	CDU		x		
Bökel, Gerhard	SPD	x				Lenz, Aloys	CDU		x		
Bouffier, Volker	CDU		x			Lörtz, Frank	CDU		x		
Caspar, Ulrich	CDU		x			Lübcke, Dr. Walter	CDU		x		
Corts, Udo	CDU		x			May, Jürgen	SPD	x			
Denzin, Michael	FDP			x		Milde (Griesheim), Gottfried	CDU		x		
Dietz, Klaus	CDU		x			Möller, Klaus Peter	CDU		x		
Dietzel, Wilhelm	CDU		x			Müller (Gelnhausen), Dr. Rolf	CDU		x		
Dörr (Bergstraße), Ilona	CDU		x			Oppermann, Anne	CDU		x		
Eckhardt, Hannelore	SPD	x				Osterburg, Gudrun	CDU		x		
Faeser, Nancy	SPD	x				Otto, Reinhard	CDU		x		
Frankenberger, Uwe	SPD	x				Pauly-Bender, Dr. Judith	SPD			x	
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE	x				Peuser, Helmut	CDU		x		
Fuhrmann, Petra	SPD	x				Pfaff, Hildegard	SPD	x			
Gerling, Alfons	CDU		x			Pighetti, Marco	SPD	x			
Gotthardt, Frank	CDU		x			Posch, Dieter	FDP			x	
Gottschalck, Ulrike	SPD	x				Quanz, Lothar	SPD	x			
Grumbach, Gernot	SPD	x				Ravensburg, Claudia	CDU		x		
Grützner, Stefan	CDU		x			Reif, Clemens	CDU		x		
Habermann, Heike	SPD	x				Reißer, Rafael	CDU		x		
Hahn, Jörg-Uwe	FDP			x		Rentsch, Florian	FDP			x	
Hammann, Ursula	GRÜNE	x				Reuter, Dr. Michael	SPD	x			
Hartmann, Karin	SPD	x				Rhein, Boris	CDU		x		
Haselbach, Rudi	CDU		x			Riege, Bernd	SPD	x			
Häusling, Martin	GRÜNE	x				Rudolph, Günter	SPD	x			
Heidel, Heinrich	FDP			x		Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD	x			
Henzler, Dorothea	FDP			x		Schmitt, Norbert	SPD	x			
Hermanns, Rüdiger	CDU		x			Scholz, Angelika	CDU		x		
Herr, Dr. Norbert	CDU		x			Schönhut-Keil, Evelin	GRÜNE	x			
Hinz, Priska	GRÜNE	x				Schulz-Asche, Kordula	GRÜNE	x			
Hoff, Volker	CDU		x			Siebel, Michael	SPD	x			
Hoffmann, Christel	SPD	x				Sorge, Sarah	GRÜNE	x			
Hofmann, Heike	SPD	x				Spies, Dr. Thomas	SPD	x			
Hofmeyer, Brigitte	SPD	x				Tesch, Silke	SPD	x			
Hölldobler-Heumüller, Margaretha	GRÜNE	x				Wagner (Lahntal), Dr. Christean	CDU		x		
Holler, Christoph René	CDU		x			Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE	x			
Holzapfel, Hartmut	SPD	x				Wagner (Darmstadt), Ruth	FDP			x	
von Hunnius, Roland	FDP			x		Walter, Jürgen	SPD	x			
Irmer, Hans-Jürgen	CDU		x			Waschke, Sabine	SPD	x			
Jung (Rheingau), Dr. Franz Josef	CDU		x			Weimar, Karlheinz	CDU		x		
Jürgens, Dr. Andreas	GRÜNE	x				Weinmeister, Mark	CDU		x		
Kahl, Reinhard	SPD	x				Wiegel, Kurt	CDU		x		
Kartmann, Norbert	CDU		x			Williges, Frank	CDU		x		
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE	x				Wintermeyer, Axel	CDU		x		
Klee, Horst	CDU		x			Wolff, Karin	CDU			x	
Klein (Wiesbaden), Armin	CDU		x			Ypsilanti, Andrea	SPD	x			
Klein (Freigericht), Hugo	CDU		x			Zeimetz-Lorz, Birgit	CDU		x		
Klemm, Lothar	SPD	x				Ziegler-Raschdorf, Margarethe	CDU		x		